

BEILAGE GELD
Wie Frauen für das Alter
vorsorgen können

RÜSTUNG
Aus dem Inneren eines
Panzerkonzerns

CHRISTOPH DAUM
Sein Kampf
gegen den Krebs

ALBTRAUM GAZA

Wie weit kann Israel gehen?
Was wird aus Geiseln und Zivilisten?

Telegram@shabarbibliothek

Ungarn Ft 3790,-
Printed in Germany

Spanien/Kanaren € 8,00
Tschchien K€ 229,-

Slowenien € 7,50
Spanien € 7,70

Schweiz sfr 9,40
Slowakei € 7,70

Österreich € 7,10
Portugal (cont) € 7,50

Kroatien € 9,10 / KN 68,66
Norwegen NOK 125,-

Griechenland € 7,90
Italien € 8,20

Finnland € 9,50
Frankreich € 7,70

BeNeLux € 7,50
Dänemark dkr 74,95

HAUSMITTEILUNG



Annon Gutman / DER SPIEGEL



DER SPIEGEL

Titel

| Seiten 8, 13, 20

Seit dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober hat SPIEGEL-Reporter **Thore Schröder** (l.) immer wieder Angehörige der israelischen Geiseln und Überlebende getroffen. In dieser Woche besuchte er **Merav Svirsky** (M.), 42, Mutter zweier kleiner Kinder, die nun das Oberhaupt ihrer Familie ist, und ihren Bruder **Jonatan**.

Ihre Großeltern haben einst den Kibbuz Beeri mitgegründet, wo Merav Svirskys Eltern von der Hamas ermordet wurden. Ihr Bruder Itai wurde nach Gaza entführt. Jetzt kämpft sie für dessen Freilassung. »Auch wenn ihr ganzes Leben in Trümmern liegt, habe ich bei ihnen keinen Hass gegenüber Palästinensern gespürt«, sagt Schröder. In einem weiteren Text berichten **Monika Bolliger** und Alexander Sarovic über die israelische Bodenoffensive im Gazastreifen und ihre Folgen, insbesondere für palästinensische Zivilisten. Christoph Reuter, der zwei Wochen lang durch den Südlibanon reiste, beschreibt zusammen mit Kollegen, warum der potenziell gefährlichste Konflikt – nämlich ein Kriegseintritt von Iran und der Hisbollah – derzeit nicht bevorsteht.

Christoph Daum

| Seite 88

Ein Schreihals alter Schule – so hatte sich SPIEGEL-Redakteur **Max Polonyi** (r.) den Fußballtrainer **Christoph Daum** vorgestellt, bevor er ihn besuchte. Daum ist vor Kurzem 70 Jahre alt geworden und vor einiger Zeit an Lungenkrebs erkrankt. Er empfing Polonyi bei sich zu Hause in Köln, um davon zu erzählen, wie er mit der Krankheit umgeht. Dort merkte Polonyi schnell, dass er sich geirrt hatte. Er lernte Daum als selbstkritischen Menschen kennen, hinter dessen Motivationsreden sich in manchen Momenten Verzweiflung zeigte. »Wie Daum mit Rückschlägen umgeht, ist beeindruckend«, sagt Polonyi. »Von ihm kann man lernen, wie man barfuß über Scherben läuft.«



Julia Seilmann / DER SPIEGEL

Dolly Parton

| Seite 112



Steve Sommers

Dolly Parton spricht gern über Gott, aber nicht so gern über die Welt. Die fromme Countrysängerin und Popkultur-Ikone vermeidet es zumeist, allzu explizit über Politisches zu sprechen. So hat sie es geschafft, zum Idol für Fans »auf beiden Seiten des Zauns« zu werden, wie sie es nennt: politisch rechts wie links. Beim Interview in London wies die fröhliche, aber resolute 77-Jährige den SPIEGEL-Redakteur **Andreas Borcholte** immer wieder darauf hin, dass es nun genug mit der Politik sei. Man möge doch bitte über ihr neues Album »Rockstar« reden, auf dem sie zahlreiche Stars versammelt hat. »Letztlich«, so Borcholte, »erzählte Parton dann aber doch viel mehr über ihre Sicht auf die Klimakrise und den Zustand der Welt, als sie eigentlich wollte.«

SPIEGEL WISSEN, SPIEGEL GELD

Mal Pause machen und Erholung finden? Das fällt vielen Menschen schwer angesichts von Alltagsstress, Kriegen und fortschreitender Klimakatastrophe. Die neue Ausgabe von SPIEGEL WISSEN will helfen, das Gute in sich und anderen zu pflegen, etwa mit Coaching gegen Stress. Eine Resilienzforscherin erklärt das Gefühl von Ohnmacht, und Musiker Bosse erzählt, wie er Krisen überwand. Das Heft »Sei gut zu dir!« ist von kommendem Dienstag an im Handel. In Deutschland sind vor allem Frauen von Altersarmut betroffen. Das müsste nicht zwingend so sein. SPIEGEL GELD zeigt, dass sie ihre Vorsorge selbst in die Hand nehmen können. Und wie Frauen für mehr Unabhängigkeit im Alter ihre Rentenlücke berechnen und schließen können. Das Heft liegt einem Teil dieser SPIEGEL-Auflage bei.

MIT LUST
IN DIE
ZUKUNFT!

320 Seiten, gebunden · 24,00 €
Auch als E-Book erhältlich.

Zu oft beherrscht Angst unser Denken: Statt mit dem Besten rechnen wir mit dem Schlimmsten. Nicht als Verhängnis, sondern als Möglichkeit erzählt SPIEGEL-Autor Ullrich Fichtner, was uns in den kommenden Jahrzehnten erwartet. Welche neuen Horizonte und Chancen werden sich einem heute geborenen Kind im Laufe seines Lebens eröffnen? Basierend auf aktuellen Forschungen und Recherchen entwirft Fichtner ein so realistisches wie faszinierendes Bild der Zukunft.

DVA
www.dva.de

SPIEGEL
Buchverlag

INHALT

DER SPIEGEL 77. Jahrgang | Heft 45 | 4.11.2023



Mohammed Saber / EPA

Düstere Aussichten in Gaza

TITEL Als Reaktion auf den Terror der Hamas ist Israel in den Küstenstreifen eingerückt. Es gibt viele zivile Opfer, nach einem Angriff auf ein Flüchtlingslager berichten Augenzeugen von katastrophalen Zuständen – und die Familien der israelischen Geiseln fürchten noch mehr um das Leben ihrer Liebsten. | **8, 13**



Chris Hyde / FIFA / Getty Images

Martina Voss-Tecklenburg

Die Bundestrainerin feierte mit den Fußballerinnen Erfolge – jetzt steht sie vor dem Aus. | **92**



Vijat Mohindia

Dolly Parton

Die Country-Ikone spricht über ihr neues Album und ihren bislang politischsten Song. | **112**



Franziska Krug / Getty Images

René Benko

Das Immobilienreich des Milliardärs wankt, Geldgeber wenden sich ab. | **72**

TITEL

8 | Gaza Was kann Israel mit seiner Bodenoffensive erreichen – und wo führt sie hin?

13 | Israel Die Verzweiflung der Angehörigen der Hamas-Geiseln

16 | Nahostkonflikt SPIEGEL-Gespräch mit dem Palästinenser Bassam Aramin und dem Israeli Rami Elhanan über ihre unmögliche Freundschaft

20 | Geopolitik Die Rolle Irans im Konflikt zwischen Israel und der Hamas

DEUTSCHLAND

6 | Leitartikel Verteidigungsminister Boris Pistorius muss liefern

24 | Viele Angriffe auf israelische Flaggen / Innenministerium verweigert Informationen zu Maaßen / Streit in der Regierung um Maskendepot / Der gesunde Menschenverstand

28 | Geflüchtete Wie Olaf Scholz und Nancy Faeser um Migrationsabkommen ringen

31 | Soziales Die Debatte über Bürgergeld für ukrainische Flüchtlinge

34 | Asylpolitik Die »Städte Sicherer Häfen« wollen mehr Geflüchtete aufnehmen, als ihnen das Land zuweist

36 | Außenpolitik Warum sich die Deutschen bei der Gaza-Resolution enthalten haben

38 | Ökologie Die grüne Umweltministerin Steffi Lemke sucht die Nähe zu China

40 | Finanzen Die Lücken im Bundeshaushalt werden in den kommenden Jahre noch größer

42 | Rechtsextremismus Ein ehemaliges AfD-Mitglied steht vor Gericht, weil es mit dem Auto in eine Gruppe linker Aktivisten fuhr

45 | Polizei Mobbingvorwürfe in der Polizeidirektion Niedersachsen

48 | Zeitgeschichte SPIEGEL-Gespräch mit dem Historiker Heinrich August Winkler über sein Leben und sein Vaterland

REPORTER

54 | Familienalbum / »Ist Cycling wie Berghain?«

55 | Eine Meldung und ihre Geschichte Warum sich Ludwigshafen eine achtspurige Helmut-Kohl-Allee baut

56 | Krieg Porträts von vier Israelis, deren Leben sich seit dem Hamas-Terror abrupt verändert hat

61 | Kolumne Leitkultur

WIRTSCHAFT

62 | Fragwürdige Energieausweise / Verspätung bei LNG

64 | Rüstungskonzerne Der Panzerbauer KNDS hadert mit der Zeitenwende

69 | Subventionen Wie nachhaltig ist der Biden-Boom?

72 | Immobilien René Benkos Milliardenimperium
Signa steht am Abgrund

74 | Umwelt Grünes Wirtschaftswachstum ist ein Wunschtraum, sagt Ökonom Jefim Vogel

AUSLAND

76 | Mehr Kontrollen auf der Balkanroute / Machtpoker in Spanien

78 | Haiti Banden terrorisieren die Hauptstadt Port-au-Prince

82 | Nepal Geraubte Götterstatuen kehren in ihre Tempel zurück

84 | Frankreich Eine Kleinstadt will kein Geld mehr vom Kreml für ihren russischen Promi-Friedhof

86 | Zollstreitigkeiten Wie tagelange Lkw-Wartezeiten der Ukraine schaden

SPORT

87 | Gender-Pay-Gap / Hall of Fame: Jessica Hawkins, Formel-1-Testfahrer

88 | Karrieren Christoph Daums mutiger Umgang mit dem Krebs

92 | Fußball Bundestrainerin Martina Voss-Tecklenburg und der DFB vor der Trennung

WISSEN

94 | Ein Wörterbuch, an dem 140 Jahre lang gearbeitet wurde / Analyse: Wie Banken die Klimaziele gefährden

96 | Hanfanbau Warum Deutschland trotz Cannabislegalisierung den Nutzhanfboom verpassen könnte

99 | Medizin Forschende haben entschlüsselt, wie falsche Ernährung Allergien auslösen kann

100 | Evolution Wie kommt Neues in die Welt?

KULTUR

102 | Kollektion von Phoebe Philo / Der preisgekrönte Film »Joyland« / Ein neues Museum für Paris

104 | Debatten Warum der deutsche Kulturbetrieb über den Nahostkonflikt streitet

108 | Kulturpolitik Die Bundesregierung spart bei Goethe-Instituten

110 | Kino Wie der Film »Sound of Freedom« von Amerikas Rechten gekapert wurde

112 | Karrieren Countrystar Dolly Parton über ihre neue Vorliebe für Rock

115 | Kinokritik Die Robert-Seethaler-Verfilmung »Ein ganzes Leben« berührt

SPIEGEL-TV-Programm | **22** Bestseller | **114**
Impressum, Leserservice | **116**
Nachrufe | **117** Personalien | **118**
Briefe | **120** Letzte Seite | **122**



Michael Kappeler / dpa

Abschiebeoffensive der Ampel

Kanzler Scholz und Innenministerin Faeser möchten die Zahl der Rückführungen erhöhen. Auf ihren Reisen in Afrika merken sie: Leicht wird das nicht. In der SPD nimmt die Ungeduld zu. | **28**



Bloomberg / Getty Images

Maschinisten für den Ernstfall

Der Waffenhersteller KNDS muss von Friedensbetrieb auf Kriegproduktion umstellen. Was macht das mit den Leuten, die dort arbeiten? Der SPIEGEL hat einige von ihnen begleitet. | **64**



Ilkay Karakurt / DER SPIEGEL

Cannabis als Hoffnungsträger

Nutzhanf ist ein ökologischer Alleskönner. Er könnte ein Superstar der Agrarwende sein – doch Deutschland macht es Landwirten besonders schwer, ihn anzubauen. | **96**

Nicht kriegstüchtig

LEITARTIKEL Boris Pistorius wollte die Zeitenwende rasch umsetzen. Dass der Verteidigungsminister zu langsam vorankommt, liegt auch am Kanzler.



Minister Pistorius bei Besuch im Libanon an Deck der Korvette »Oldenburg«, Marinesoldaten

Boris Pistorius hat ausgesprochen, was selbstverständlich ist: »Wir müssen kriegstüchtig werden«, sagte er. Dass es Auftrag der Bundeswehr ist, Deutschland gegen Angriffe zu verteidigen, kann man im Grundgesetz nachlesen. Dennoch hat der Verteidigungsminister mit seinen Worten viele verschreckt. Gut anderthalb Jahre nachdem der Kanzler die »Zeitenwende« ausrief, ist immer noch nicht überall angekommen, wie ernst die Lage ist.

Dabei ist die Bundesrepublik außenpolitisch gefordert wie nie. Russland führt einen Stellungskrieg gegen die Ukraine. Auf dem Westbalkan zündeln Nationalisten. Das vom Hamas-Terror heimgesuchte Israel muss sich auf deutschen Beistand verlassen können in einem Krieg, der sich zum Flächenbrand auswachsen kann.

Es ist gut, dass da einer die bedingte Abwehrbereitschaft Deutschlands anprangert. Pistorius erhöht den Druck, die Mängel bei der Bundeswehr abzustellen. Willkommener Klartext – für einen Oppositionspolitiker.

Pistorius aber ist der zuständige Minister. Er muss liefern, was er fordert. Und in den neun Monaten, die der SPD-Mann im Amt ist, forderte er viel. Doch zwischen seinen Ambitionen und dem, was er umsetzen kann, klafft eine Lücke. Pistorius läuft Gefahr, mehr zu versprechen, als er halten kann.

Kaum im Amt, kündigte er an, das dysfunktionale Wehrressort umzubauen, es zu entbürokratisieren und Munition und Material rasch zu beschaffen. Genug zu tun für einen, der womöglich nur zweieinhalb Jahre im Amt ist. Aber Pistorius will noch mehr: Er überraschte mit der Ankündigung, eine Kampfbrigade plus Familienangehörige dauerhaft in Litauen zu stationieren. Er schlug Schnupperpraktika gegen den Bewerbermangel bei der Truppe vor und will die Gleichstellung vorantreiben.

Der hemdsärmelige Stil des Ministers zeugt von Elan. Er stieg zum beliebtesten Politiker des Landes auf. Seine Taten aber bleiben hinter den Erwartungen zurück.

Der große Umbau des Wehrressorts ist abgeblasen. Der Apparat bleibt anfällig für grobe Fehler, wie das Debakel um neue Funkgeräte zeigt: Sie wurden bestellt, ohne dass sich jemand Gedanken darum gemacht hätte, ob man sie überhaupt in die Fahrzeuge einbauen kann. Die Nachbeschaffung bei Munition und militärischem Gerät zieht sich. Auch Pistorius' Prestigeprojekt, die Litauen-Brigade, kommt nur langsam voran. Ihr Aufbau wird Jahre dauern.

Ernüchternd fällt auch die Zwischenbilanz beim Personal aus. Statt eine Werbeoffensive zu starten, stellte der Minister das Ziel infrage, die Bundeswehr bis 2031 auf 203.000 Soldaten aufzustocken. Er will zwar mehr Frauen in Schlüsselpositionen, geht selbst aber nicht voran. In seinem Führungszirkel sind fast nur Männer.

Beim Geld klaffen Anspruch und Wirklichkeit besonders weit auseinander. Bald nach Amtsantritt forderte Pistorius für den Etat seines Hauses 10 Milliarden Euro mehr pro Jahr. Zusätzlich zu den bisher rund 50 Milliarden Euro und unabhängig vom 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen, das der Bundestag nach dem russischen Überfall auf die Ukraine beschlossen hatte. Doch der Haushaltsplan sieht für 2024 gerade einmal 1,7 Milliarden Euro mehr vor. Eine Niederlage, die Pistorius kürzlich vor dem Verteidigungsausschuss des Bundestags eingestand: Mehr sei nicht drin gewesen.

Mit Tricks versucht die Bundesregierung nun, den Wehretat für 2024 so schönzurechnen, dass er auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung kommt, wie von der Nato gefordert. Kindergeldzahlungen an Bundeswehrangehörige und Zinsen auf Rüstungskäufe sollen auf einmal verteidigungsrelevant sein.

Der Minister sagt nicht, wie der Wehretat zwei Prozent der Wirtschaftsleistung erreichen soll, wenn ab 2028 das Sondervermögen aufgebraucht sein wird. Dabei ist hier Verlässlichkeit gefragt – gegenüber der Rüstungsindustrie, die sicher sein will, dass Bestelltes bezahlt wird, und gegenüber der Nato. Deutschland lässt an seinem Führungsanspruch zweifeln.

Pistorius nimmt seine Aufgabe ernst. Er will die Truppe aufrüsten. Doch über Geld entscheiden andere. Finanzminister Christian Lindner klammert sich an die Schuldenbremse, als wäre Sicherheit zum Schnäppchenpreis erhältlich. Kanzler Olaf Scholz verweigert die Antwort auf die Frage, wie Deutschland dauerhaft zwei Prozent in Verteidigung investiert. Das ist innen- wie außenpolitisch fatal. Wenn die Bundeswehr nicht mit Kitas und Kliniken um Geld konkurrieren soll, muss die Ampel mehr bereitstellen. Daran sollte Scholz gelegen sein: Ob Deutschland der »Zeitenwende« gerecht wird, entscheidet sich an der Stärkung seiner Streitkräfte. Offenbar muss Pistorius den Kanzler daran erinnern.

Marina Korbaki

Beim Geld klaffen Anspruch und Wirklichkeit besonders weit auseinander.

A man with a beard, wearing a blue polo shirt and blue trousers, stands in a workshop. He is holding a black VR headset in his right hand. Behind him is a large, circular jet engine component, likely a compressor or turbine, mounted on a yellow stand. The background shows a typical industrial workshop environment with various tools and equipment.

Lufthansa Technik bereitet seine Mechaniker*innen durch VR-Schulungen auf wichtige Reparaturen vor.

Luftfahrtunternehmen wie Lufthansa Technik nutzen das Metaversum, damit ihre Mechanikerteams wichtige Triebwerksreparaturen effektiv lernen und üben können.

Das Metaversum hat bereits einen realen Einfluss.

MEHR DAZU AUF
[META.COM/METVERSEIMPACT/DE](https://meta.com/metaverseimpact/de)

Telegram@shabarsbibliothek

Zeiten des Hasses



Mohammed Al-Nasiri / REUTERS

Helfer im Flüchtlingslager Dschabalia nach Angriff vom 31. Oktober: Ein riesiges Loch, gefüllt mit Schutt und Staub – und vielen Toten

GAZA Die israelische Armee rückt in den Küstenstreifen vor, die Hamas-Terroristen verschanzen sich in Tunneln – und die Zahl der getöteten und verletzten palästinensischen Zivilisten steigt stark. Wie verhältnismäßig ist dieser Krieg, dessen Ende nicht absehbar ist?

Der Schriftsteller Atef Abu Seif besucht am Dienstagmorgens gerade eine verletzte Verwandte im Krankenhaus, als eine Explosion das Flüchtlingslager Dschabalia erschüttert. Abu Seif wurde dort vor 50 Jahren geboren, im größten Flüchtlingslager im Gazastreifen, kleiner als Helgoland, aber bis zum jüngsten Krieg bewohnt von mehr als 100.000 Menschen.

Das Flüchtlingslager ist mittlerweile eine Großstadt, in den vergangenen 75 Jahren sind aus Notunterkünften Wohnsiedlungen geworden, mit dicht aneinandergebauten Häusern und engen Gassen. Als Abu Seif von dem Angriff hört, eilt er sofort nach Dschabalia.

Was er sieht, als er zu Hause ankommt, schildert er so: Sein Haus steht noch, aber das Nachbarhaus ist verschwunden. Dort, wo zuvor noch etwa ein Dutzend Häuser standen, klafft nun ein riesiges Loch, gefüllt mit Schutt und Staub. Abu Seif zählt sechs Krater. Dutzende Helfer sind bereits dabei, nach Verschütteten zu suchen. Auch Abu Seif hilft mit und zieht den zeretzten Körper eines Mädchens aus den Trümmern. Er berichtet, dass sie zudem persönliche Gegenstände suchen, Fotoalben etwa, um die Familien zu identifizieren, die hier getötet wurden.

»Es ist schwer zu beschreiben. Es fühlt sich an wie die Apokalypse«, sagt Abu Seif kurz danach in einer Sprachnachricht, die er an den SPIEGEL schickt. Er ist seit 2019 Kulturminister der Palästinensischen Autonomiebehörde, der offiziellen palästinensischen Regierung, und ein bekannter Hamas-Kritiker. Er lebt in Ramallah und besuchte gerade seine Familie in Gaza, als der Krieg begann. Jetzt kann er nicht mehr weg.

Seine Schilderungen können vom SPIEGEL nicht überprüft werden, decken sich aber mit Foto- und Videoaufnahmen.

»Die Häuser sind zertrümmert, zermalmt. In jedem Haus waren Dutzende Menschen, Familien und Angehörige, die von außerhalb hierhergeflohen waren. Sie dachten, die Armee würde einen so dicht besiedelten Ort nicht angreifen. Der Anblick war fürchterlich, all die Menschen unter den Trümmern. Du findest hier eine abgerissene Hand, ein Bein da, einen Kopf dort.«

Selbst Abu Seif, der Schriftsteller, ringt mit den Worten. Viele andere Menschen im Gazastreifen sind nach alledem, was sie in den vergangenen Wochen gesehen und erlebt haben, in Telefongesprächen oder Textnachrichten oft kaum in der Lage, darüber zu reden – oder es verschlägt ihnen komplett die Sprache. Wenn man sie überhaupt erreicht, denn immer wieder werden Internet und

Telefonnetz durch die israelischen Angriffe unterbrochen.

Abu Seif erzählt von einem 15-Jährigen, der in Dschabalia auf der Straße unterwegs gewesen sei, als die Raketen einschlugen. Etwa zehn Meter vor ihm sei alles in die Luft geflogen. Sein Onkel, mit dem er unterwegs war, sei getötet worden, der Teenager sei unverletzt geblieben – aber seither nicht mehr in der Lage zu sprechen.

Zum Schluss sagt Abu Seif noch: »Wenn wir schlafen, wissen wir nicht, ob wir wieder aufwachen werden.«

Fernsehaufnahmen zeigen, wie mit Staub bedeckte Männer und Teenager versuchen, mit Pickeln, Schaufeln und bloßen Händen Tote und Verletzte aus den Trümmern zu bergen. Eine Gruppe steht am Rand eines der Krater, ein Mann mit vor Trauer verzerrtem Gesicht schüttelt den Kopf, hebt die Fäuste zum Himmel, senkt sie wieder, bis ein anderer ihn beim Arm packt und wegzerzt.

Laut Ärzten des nahen Indonesischen Krankenhauses sollen dort 120 Tote aus Dschabalia eingeliefert worden sein, dazu etwa 300 Verletzte. Auf Fotos sind lange Reihen von Leichensäcken vor dem Krankenhaus zu sehen. Unter den Verwundeten sind offenbar viele Kinder, mit Verbrennungen, Kopfverletzungen und abgetrennten Gliedmaßen. Allein 19 Familienmitglieder eines Mitarbeiters des katarischen Senders Al Jazeera sollen sich unter den Toten befinden. Es liegen zudem vermutlich noch mehr Menschen unter den Trümmern.

Der Luftangriff der israelischen Armee in Dschabalia ist der bisherige traurige Höhepunkt dieses jüngsten Gazakriegs, den – das immer wieder zu betonen ist wichtig – die Hamas-Terroristen durch den brutalen Überfall auf Israel, durch ihr brutales Massaker an über 1400 Zivilisten ausgelöst haben, durch die Entführung von mindestens 240 Menschen, die Vergewaltigung, Misshandlung und Erniedrigung vieler weiterer Unschuldiger.

Aber die Bilder aus Dschabalia legen sich nun über die des Hamas-Überfalls, sie drohen diese zu verdrängen. Propalästinensische

**»Wenn wir schlafen,
wissen wir nicht,
ob wir wieder
aufwachen werden.«**

Atef Abu Seif, Schriftsteller

Aktivisten und Influencer sprechen jetzt vom »Dschabalia-Massaker«, eine bewusst gewählte Analogie zum »Hamas-Massaker« vom 7. Oktober.

11.000 Angriffe hat die israelische Armee seit diesem »schwarzen Samstag« nach eigenen Angaben ausgeführt. Seit dem 27. Oktober läuft auch eine Bodenoffensive, die zwar bislang nicht offiziell so genannt wird, die aber immer deutlichere Umrisse annimmt. Medienberichten zufolge sind seither mindestens zwei Divisionen – insgesamt mehr als 20.000 israelische Soldaten – in den Gazastreifen eingedrungen. Damit ist der Krieg in eine neue Phase eingetreten. Und sie dürfte noch brutaler werden, noch mehr Opfer auf palästinensischer Seite fordern, aber auch unter israelischen Soldaten.

Laut dem palästinensischen Gesundheitsministerium in Gaza gibt es bisher mehr als 9000 Todesopfer, unter ihnen etwa 3700 Kinder. Weil die Behörde der Hamas untersteht, sind Zweifel an diesen Zahlen aufgekommen – und in der jetzigen Situation können sie nicht unabhängig überprüft werden. In der Vergangenheit wichen die Zahlen des Ministeriums jedoch kaum von denen der Uno ab, die jedes gemeldete Todesopfer mit einer zweiten Quelle abglich.

Auch aus Gesprächen des SPIEGEL mit Kontakten vor Ort wird deutlich: Die Zahl der Toten ist in jedem Fall deutlich größer als bei früheren Gazakriegen.

Angesichts dieser vielen Opfer werden Fragen des Völkerrechts noch drängender: Wie kann man einen Krieg in dicht bebauten Städten und Ortschaften führen, wo sich die Terroristen hinter Zivilisten verschanzen? Wie viele getötete Kinder und Frauen sind vertretbar, so zynisch das klingen mag – und ab wann sind solche Angriffe unverhältnismäßig? Was kann diese Offensive überhaupt erreichen, wie kann sie enden – und vor allem: Was kommt danach?

Die Regeln des Kriegs

Das Völkerrecht ist kein pazifistisches Manifest. Es plädiert nicht nur für Frieden, im Gegenteil, es gesteht Staaten sogar manchmal zu, Krieg zu führen, um sich gegen einen Angriff zu verteidigen, und legt die Regeln fest. Das brutale Hamas-Massaker ist so ein Angriff. Und trotzdem gelten für einen solchen Krieg Grenzen. Zivilisten sind zu schonen. Diese Pflicht ist absolut.

Im TV-Sender CNN verteidigte der israelische Armeesprecher Richard Hecht die Bombardierung des Flüchtlingslagers. Auf die mutmaßlich hohe Zahl ziviler Opfer ange-



Israelisches Militär bei Offensive: Umzingelung von Gaza-Stadt, um Terroristen zu »eliminieren«

sprochen, sagte Hecht: »Das ist die Tragik des Kriegs.« Man habe die Bewohner wiederholt aufgefordert, in den Süden des Gazastreifens zu fliehen, und tue alles, um zivile Opfer zu minimieren. »Leider verstecken sie (die Hamas –Red.) sich inmitten der Zivilbevölkerung.«

Tatsächlich nutzt die Hamas Zivilisten als Schutzschilde, baut Stellungen in Wohngebieten und feuert von dort Raketen ab. Womöglich war das auch in Dschabalia der Fall. Die islamistischen Terroristen verstoßen damit eindeutig gegen das Kriegsvölkerrecht, das für sie genauso gilt wie für die israelische Armee. Doch auch hier sind die Regeln des Kriegs eindeutig: Es reicht nicht, eine pauschale Warnung auszusprechen und Menschen zur Flucht aufzufordern, bevor man tonnenweise Sprengstoff über einem Wohnblock abwirft. Insbesondere dann, wenn es – wie in Gaza – keine sicheren Gebiete gibt.

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im humanitären Völkerrecht verlange eine Abwägung zwischen dem antizipierten militärischen Vorteil und den unvermeidlichen Folgen für Unbeteiligte, erklärt Birgit Haslinger, Vorständin des Instituts für Völkerrecht an der Johannes Kepler Universität Linz. Rechtfertigt es die hohe Zahl der Opfer, wenn Israel Hamas-Kämpfer ausschalten will? »Schwierig zu beantworten«, findet sie. »Ich persönlich halte es allerdings für fraglich, inwiefern ein Luftangriff hier als jene militärische Vorgehensweise gewertet werden kann, welche das militärische Ziel – die Ausschaltung – mit den geringstmöglichen Kollateralschäden herbeiführen hätte können.«

Und sie fügt hinzu: »Fakt ist jedenfalls, dass die Verletzung des humanitären Völkerrechts aufseiten der Hamas keine Verletzung dieses Rechts durch Israel rechtfertigt.« Israel, meint sie, wäre gut beraten, »die Grundprinzipien des humanitären Völkerrechts strikt einzuhalten – schon um eine weitere Eskalation der Gewalt aufzuhalten.«

Auf Fotos vom Angriffsort in Dschabalia sind mindestens sechs tiefe Krater zu erkennen. Deren Profil entspricht sogenannten Joint Direct Attack Munitions. Dabei werden ungelenkte Bomben mit GPS oder auch Laser so nachgerüstet, dass sie ihr Ziel präzise treffen. Der Waffenexperte Chris Cobb-Smith von der britischen Sicherheitsberatung Chiron Resources geht anhand der Bilder davon aus, dass es sich bei den Bomben mit hoher Wahrscheinlichkeit um Mk-84 oder die bunkerbrechende BLU-109 handelt. Beide wiegen etwa 900 Kilogramm und sind damit für den Einsatz in dicht besiedeltem Gebiet ungeeignet, da ihr tödlicher Explosionsradius bis zu 360 Meter beträgt.

Ein Armeesprecher behauptete, man habe zwischen die Häuser gezielt – die Zerstörung sei lediglich durch den Einsturz des darunterliegenden Hamas-Tunnelsystems entstanden. Erstens aber wäre der präzise Abwurf von solchen Bomben in schmale Gassen schwer vorstellbar. Und zweitens sind laut Cobb-Smith keine Anzeichen für Tunnel – wie Betonwände oder die typischen halbrunden Deckenverschalungen – zu sehen.

Das humanitäre Völkerrecht legt nicht fest, wie viele zivile Tote bei einem Angriff auf ein militärisches Ziel als verhältnismäßig gelten. Jede Armee hat ihre eigenen internen Vorschriften und Leitlinien. Die USA sollen etwa im Irak zeitweise zehn tote Zivilisten pro feindlichem Kämpfer als akzeptabel angesehen haben; in Afghanistan soll die Zahl hingegen bei einem Zivilisten gelegen haben.

Israel macht seine Einsatzregeln nicht öffentlich. Die Armeeführung entscheidet jeweils, ob sie einen Schlag für verhältnismäßig hält. Rechtsberater begleiten die Einsätze der Truppe. Trotzdem gab es auch in den vergangenen Gazakriegen immer wieder Kritik an israelischen Luftschlägen. Nach dem Krieg 2014, bei dem innerhalb von sieben Wochen 2100 Palästinenser starben, kritisierte die Uno, Israel habe – genauso wie die Hamas –

gegen die Rechte von Zivilisten verstoßen und womöglich Kriegsverbrechen begangen.

Das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte setzte am Tag nach dem Luftangriff folgenden Tweet ab: »Angesichts der hohen Zahl von Opfern und des Ausmaßes der Zerstörung nach den israelischen Luftangriffen auf das Flüchtlingslager Dschabalia haben wir die ernsthafte Sorge, dass es sich dabei um unverhältnismäßige Angriffe handelt, die Kriegsverbrechen darstellen könnten.«

Das Leid der anderen

Zumindest in der israelischen Bevölkerung haben Armee und Regierung derzeit wenig Widerspruch gegen ihr hartes Vorgehen im Gazastreifen zu befürchten. Das Trauma des brutalen Hamas-Massakers vom 7. Oktober sitzt tief – und es lässt wenig Raum für Mitgefühl mit der Gegenseite. Auch wenn es diese Stimmen gibt, sogar von Angehörigen der Opfer. Aber sie sind nur eine Minderheit.

In einer Umfrage des Israel Democracy Institute von Mitte Oktober sagte fast die Hälfte der befragten jüdischen Israelis, das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung solle bei der Planung der nächsten Phase der Kämpfe im Gazastreifen nicht berücksichtigt werden. Ein weiteres Drittel sagte, dass dies »nicht so sehr« berücksichtigt werden solle.

Kriegszeiten seien schon immer Zeiten der Meinungsgleichheit, des Rassismus, der Aufwiegelung und des Hasses gewesen, sagt Gideon Levy, ein bekannter israelischer Publizist und Kolumnist der linksliberalen Tageszeitung »Haaretz«. Er ist inzwischen 70 Jahre alt und seit Jahrzehnten eine Art schlechtes Gewissen der Israelis, berichtet schonungslos über die Gewalt der Siedler gegen Palästinenser im besetzten Westjordanland und die Diskriminierung israelischer Araber. Diesmal, sagt er, sei es noch viel schlimmer als je zuvor. »Die meisten Israelis denken, dass wir nach dem, was passiert ist, das Recht haben, zu tun, was wir wollen, und dass es keine Grenzen gibt. Kein internationales Recht, keine Moral – nichts.«

Das zeige sich auch im Westjordanland, wo derzeit die Gewalt radikaler Siedler gegen die palästinensische Zivilbevölkerung eskaliert. Nach Angaben der Vereinten Nationen haben sich die Übergriffe seit dem 7. Oktober auf durchschnittlich sieben pro Tag mehr als verdoppelt. Palästinenser werden dort von Israelis misshandelt, gefoltert und getötet. Man könne heute ins Westjordanland gehen, eine Waffe nehmen und einen Hirten töten, sagt Levy, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Bereits zu Beginn des Kriegs sprach Israels Verteidigungsminister Yoav Gallant von »menschlichen Tieren«, gegen die nun gekämpft werden müsse. Diese Entmenslichung ist laut Levy beabsichtigt. »Wenn ganz Gaza Hamas ist, wenn alle Terroristen sind und keiner von ihnen als Mensch betrachtet wird, ist das immer der erste Schritt, um das Gewissen auszuschalten: Entmensliche den anderen, dann ist alles viel einfacher.«

Ende Oktober veröffentlichten etwa 50 Rabbiner einen Brief, in dem sie der Regierung von Premierminister Benjamin Netanyahu den Segen gaben, das Schifa-Krankenhaus in Gaza-Stadt zu bombardieren. Die Armee vermutet darunter die Kommandozentrale der Hamas. Es ist aber auch das größte Krankenhaus, in dem täglich Hunderte Kriegsverletzte behandelt werden – und wo Zehntausende Geflüchtete Schutz gesucht haben sollen.

Israels Uno-Botschafter Gilad Erdan sprach Montag vor dem Sicherheitsrat davon, dass Israel seinen Krieg gegen die Hamas fortsetzen würde »bis wir die Hamas-Nazis eliminiert haben«. Während der Rede heftete er sich einen gelben Stern an die Jacke, auf dem »Nie wieder« stand.

Besonders drastisch drückte es vergangene Woche der Nationalist Moshe Feiglin aus, der noch vor acht Jahren für Netanyahus Likud-Partei in der Knesset saß. Inzwischen hat er eine eigene Partei gegründet. »Lasst keinen Stein auf dem anderen. Gaza muss Dresden werden. Löscht Gaza jetzt aus!«, sagte er beim israelischen Fernsehsender Channel 14.

Feiglin galt lange als verrückter Außenseiter, aber jetzt werden auch Leute wie er wieder gehört – und beeinflussen die Stimmung. Den Schrecken des Kriegs in Gaza bekommen Israelis im Fernsehen dagegen kaum zu sehen.

»Die Debatte in Israel ist stark eingeschränkt, weil die Menschen Angst haben, die Art und Weise, wie wir unseren Krieg führen, zu kritisieren. Oder einfach nur Mitgefühl für die unschuldigen Opfer in Gaza zu zeigen«, sagt der israelische Menschenrechtsanwalt Michael Sfard. »Es gibt Hunderte Fälle von Verhaftungen, Ermittlungen und Suspendierungen von Personen, deren Äußerungen als Unterstützung der Hamas angesehen wurden. In Wirklichkeit handelte es sich um Äußerungen, die einfach nur Sympathie oder Solidarität mit den Menschen in Gaza zum Ausdruck brachten.«

Die Angst vor dem endlosen Krieg

Schon Stunden nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober antwortete die israelische Armee mit Luftschlägen im Gazastreifen, bald darauf auch mit Artilleriefeuer. Fast genau drei Wochen später startete die Bodenoffensive. Erst drangen Spezialeinheiten in den Gazastreifen ein. Dann folgten Panzereinheiten, Mörsertruppen und Infanteristen. Kampfjets donnern

seither fast ohne Unterlass durch die Luft, Geschütze feuern, die Einschläge lassen die Erde beben, bis tief nach Israel hinein.

Die große Invasion, die Beobachter erwartet und manche in der israelischen Regierung gefordert hatten, ist bisher aber ausgeblieben – trotz der Mobilisierung von mehr als 300.000 Reservisten. Die Armee spricht lediglich von einer »Ausweitung der Bodenaktivität«. Das dürfte auch daran liegen, dass man den Kriegseintritt der libanesischen Hisbollah-Miliz verhindern will, für die eine Bodenoffensive wohl eine »rote Linie« wäre. Und die USA haben offenbar ebenfalls darauf gedrängt, den ganz großen Einmarsch abzublasen (siehe Seite 20).

Es werde auch in absehbarer Zeit keine große Offensive in Form eines schnellen Bewegungskriegs geben, sagt der unabhängige Militärexperte Franz-Stefan Gady. Stattdessen erwartet er einen »Belagerungskrieg des 21. Jahrhunderts«. Die israelische Armee werde langsam vorgehen, die Festungen der Hamas systematisch isolieren und zerstören. Der größte Teil befindet sich unter der Erde, die Tunnel sollen mehrere Hundert Kilometer lang und mancherorts bis zu 60 Meter tief sein. 40.000 Terroristen haben sich dort angeblich mit Waffen, Munition, Treibstoff, Nahrung und Medikamenten für mehrere Monate verschanzt.

Gady rechnet mit vielen »Mikrobelagerungen« einzelner Stellungen der Terroristen, verbunden mit dem Einsatz von Spezialeinheiten, etwa um Geiseln zu befreien oder Kommandeure zu töten. Tatsächlich scheint der

»Die Verletzung des humanitären Völkerrechts aufseiten der Hamas rechtfertigt keine Verletzung dieses Rechts durch Israel.«

Birgit Haslinger, Völkerrechtlerin

bisherige Verlauf das zu bestätigen. Ihre ersten Vorstöße auf dem Boden führte die Armee im Norden sowie in der Mitte des Küstenstreifens durch. Inzwischen hat sie Gaza-Stadt nach eigenen Angaben umzingelt, den Ort, wo sie das Herzstück der militärischen Infrastruktur der Hamas vermutet. Die Soldaten würden dort laut einem Armeesprecher Posten der Hamas angreifen und Terroristen in direkten Kämpfen »eliminieren«.

Die israelische Armee besteht zum Großteil aus Wehrpflichtigen und Reservisten. Sie sind oftmals keine Experten für den Häuserkampf und müssen ihn erst trainieren. Das geschieht vermutlich gerade – auch das dürfte eine Ursache für das langsame Vorgehen sein. Außerdem vermeidet Israel mit einer begrenzten Bodeninvasion, den Großteil seiner Armee im Gazastreifen zu binden. Das wäre gefährlich, denn noch immer droht ein Großangriff der Hisbollah und damit eine zweite Front im Norden Israels.

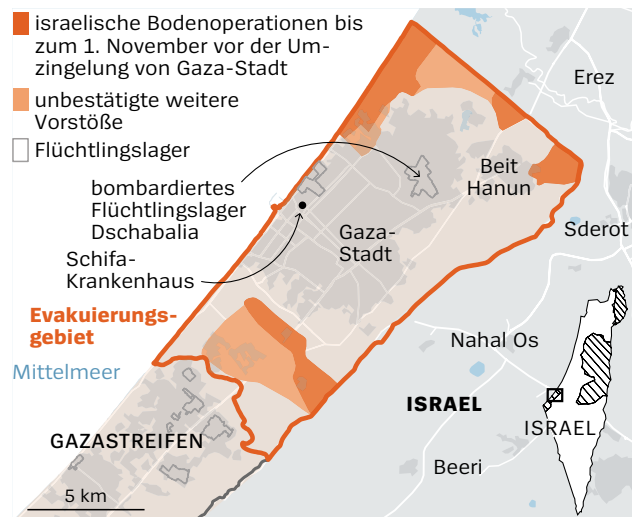
Die Strategie hat indes eine Kehrseite: Israel setzt sehr stark auf Luftangriffe und Feuerkraft. Das Zentrum von Gaza-Stadt wurde in großen Teilen zerstört, Geschäfte, Restaurants, Hochhäuser auf den ersten Blick wahllos bombardiert. Auch der Ort Beit Hanun im Norden ist ein Trümmerfeld. Das gefährdet nicht nur palästinensische Zivilisten, sondern womöglich auch die aus Israel verschleppten Geiseln.

Außerdem dürfte ein lang anhaltender Krieg mit vielen Toten die Welt noch weiter spalten, mehr als es der russische Angriff auf die Ukraine getan hat. Jordanien und Bahrain haben bereits angekündigt, ihre Botschafter abzurufen. Zwar hat bisher lediglich Bolivien die Beziehungen aufgekündigt, aber die Kritik an Israel und die Anfeindung von Juden in aller Welt werden sicherlich zunehmen.

Zumal die Frage unbeantwortet ist, was mit dem Gazastreifen eigentlich passieren soll, selbst wenn es gelingen sollte, die Hamas vernichtend zu schlagen. Einen Plan hat die Regierung noch nicht vorgelegt. Und es gibt Zweifel, dass sie einen hat.

Viele Palästinenser befürchten inzwischen, dass sie erneut vertrieben werden sollen. Da hilft es nicht gerade, dass das israelische Geheimdienstministerium, das zwar einen pompösen Titel trägt, aber wenig zu sagen hat, am 13. Oktober in einem internen Papier als ein mögliches Szenario die Umsiedlung der Palästinenser von Gaza auf die ägyptische

Israels Vormarsch in Nordgaza



■ Quellen: Institute for the Study of War, AEI's Critical Threats Project; Stand: 1. November; Karte: OpenStreetMap

Schenken Sie Lesefreude

Jetzt Ihren Wunschtitel verschenken und Gutscheine sichern.



DER SPIEGEL für ½ Jahr –
26 Ausgaben für nur €5,90
pro Ausgabe.

»Dein SPIEGEL« für 1 Jahr –
12 Ausgaben für nur
€4,90 pro Ausgabe.



SPIEGEL GESCHICHTE für 1 Jahr –
6 Ausgaben für nur €8,50
pro Ausgabe.

Ihr Geschenk:
ein Amazon-Gutschein
in Höhe von €20,-.



Einfach jetzt anfordern:
abo.spiegel.de/geschenk
oder telefonisch unter 040 3007-2700

Sinaihalbinsel vorschlug. Nur ein »Konzeptpapier«, wie Netanyahus Büro schnell betonte – aber für viele Palästinenser ist das nicht glaubhaft.

Schließlich reden rechtsnationale Politiker in Israel inzwischen ganz offen darüber, die Likud-Abgeordnete Ariel Kallner etwa twitterte am 7. Oktober: »Jetzt gibt es nur noch ein Ziel: Nakba!«

Als »Nakba«, was auf Arabisch »Katastrophe« bedeutet, bezeichnen die Palästinenser ihre Vertreibung und Flucht rund um den arabisch-israelischen Krieg von 1948.

Eine Gesellschaft vor dem Kollaps

Aber so unsicher die ferne Zukunft ist, für die meisten Bewohner des Gazastreifens geht es im Moment nur darum, die nächsten Tage und Wochen zu überleben.

Israel hat gleich nach dem Hamas-Massaker die Lieferung von Strom, Wasser und Treibstoff eingestellt, auch Nahrungsmittel können nicht mehr von Israel aus in den Gazastreifen gebracht werden. Zwar wurde ein Teil der Wasserversorgung wiederhergestellt, dürfen mehr Hilfskonvois aus Ägypten in das Gebiet – doch die Versorgungslage ist weiterhin prekär.

Für Brot und Wasser müssen die Menschen oft stundenlang anstehen. Hunderttausende leben in Zelten und Notquartieren. Strom und Treibstoff sind rar, auch die Krankenhäuser fürchten, ihren Betrieb einstellen zu müssen, wenn sich die Lage nicht bessert. Etwa die Hälfte aller 35 Kliniken musste bereits schließen, darunter auch die einzige auf Krebstherapien spezialisierte Klinik. Operationen werden ohne Betäubung durchgeführt, lebenswichtige Medikamente sind nicht verfügbar, und Schwangere können kaum noch versorgt werden.

Die Uno sowie Hilfsorganisationen fordern daher dringend eine humanitäre Feuerpause. Doch danach sieht es bisher nicht aus.

»Aufrufe an Israel, einer Waffenruhe zuzustimmen, sind Aufrufe dazu, sich der Hamas, dem Terrorismus, der Barbarei zu ergeben«, sagte Netanyahu am Montag. »Das wird nicht passieren.«

Bereits einen Tag nach dem Angriff vom Dienstag wurde Dschabalia erneut getroffen. Die Einschlagstelle befand sich nicht mal einen Kilometer entfernt, wieder in einem dicht besiedelten Wohngebiet. Bei beiden Angriffen seien insgesamt 195 Menschen gestorben und 777 verletzt worden, gab das Gesundheitsministerium in Gaza wenig später bekannt.

Am Donnerstagmorgen meldet sich der Schriftsteller Atef Abu Seif mit einer kurzen Nachricht: Der 15-Jährige, dem es beim ersten Angriff auf Dschabalia die Sprache verschlagen hatte, sei nun bei der zweiten Bombardierung ums Leben gekommen.

Nikolai Antoniadis, Monika Bolliger, Oliver Imhof, Marvin Milatz, Juliane von Mittelstaedt, Katharina Graca Peters, Friederike Röhreke, Alexander Sarovic, Fritz Schaap

Telegram@shabarsbibliothek

Zwischen Hoffen und Bomben

Zwillinge Svirsky in
Tal Schachar mit
Plakat ihres vermis-
sten Bruders Itai



Annon Gutman / DER SPIEGEL

ISRAEL Während israelische Bodentruppen in Gaza kämpfen, bangen Angehörige um ihre Verwandten, die noch immer in den Händen der Hamas sind. Nun zeigt sich, vor welchem Dilemma das Land steht.

Die Rosensträube sind vertrocknet, auf der Arbeitsfläche in der Küche stehen ausgewaschene Tupperdosen zur Abholung bereit. Nachbarn, Freunde und Verwandte hätten so viel mitgebracht, dass sie es gar nicht allein hätten aufessen können, sagt Merav Svirsky. Die 42 Jahre alte Frau, Mutter zweier kleiner Kinder, Performancekünstlerin, ist nun das Oberhaupt ihrer Familie. Die üblichen sieben Tage lang hätten sie mit der Schiwa für ihre Eltern, dem jüdischen Ritual zum Abschiednehmen, verbracht, dann hätten sie sich »für die Hoffnung entschieden«. Svirsky und ihre Geschwister wollen daran glauben, dass ihr Bruder Itai zurückkehrt.

Ihre Eltern Orit und Rafi Svirsky wurden am 7. Oktober im Kibbuz Beerli von Hamas-

Terroristen ermordet. Itai, ihr 38-jähriger Sohn, Meravs Bruder, wurde nach Gaza verschleppt. Besonders in den Tagen danach habe Chaos geherrscht, sagt sie. Die Ringe unter ihren Augen sind dunkel, so als hätte sie sich leer geweint in dieser Zeit. Doch während sie auf der Couch ihres Hauses in Tal Schachar südöstlich von Tel Aviv in kurzen, klaren Sätzen schildert, warum sie ans Überleben ihres Bruders glaubt, klingt sie bestimmt und sehr stark. Merav Svirsky sagt: »Wir haben kein Recht darauf, uns zurückzulehnen.«

In Israel hängt in diesen Wochen die Hoffnung Tausender auch daran, auf welcher Liste ihre verschwundenen Angehörigen und Freunde stehen. Der Status vieler Opfer ist noch in der vierten Woche nach dem 7. Okto-

ber ungeklärt: Etwa 1400 Menschen wurden ermordet, 242 als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt, 4 davon wurden bereits freigelassen, eine Soldatin wurde diese Woche bei einer Kommandomission befreit.

Von 40 weiteren Menschen können die israelischen Behörden noch immer nicht sagen, was genau mit ihnen geschehen ist: Sie gelten als vermisst. Die Angehörigen der 22-jährigen Deutschen Shani Louk, deren geschundener Körper am 7. Oktober durch die Straßen von Gaza gefahren worden war, haben vor wenigen Tagen erfahren, dass sie tot ist.

Den Svirskys hingegen haben israelische Behörden zehn Tage nach dem Massaker mitgeteilt, dass Itais Name von der Liste der Vermissten auf die Liste der Geiseln übertragen

worden ist. »Das hat uns ein Ziel und eine Richtung gegeben«, sagt Merav Svirsky. Ihr Zwillingbruder Jonatan sitzt neben ihr auf der gelben Couch, legt seine Hand auf ihr Knie und nickt. Die Geschwister hoffen, dass Itai bei einem Gefangenenaustausch freikommt oder von der Armee befreit werden kann.

So wie Yocheved Lifshitz etwa, die 85-Jährige, die am 7. Oktober aus dem Kibbuz Nir Os verschleppt worden war und in der dritten Woche danach freigekommen ist, wie drei weitere Frauen. Vergangene Woche sprach sie in einer Pressekonferenz über die Tunnel der Hamas, die sie als »Spinnennetz« bezeichnete, und berichtete, dass sie einigermaßen human behandelt worden sei.

Die meisten Familien aber müssen weiter bangen. Unter ihnen die Angehörigen von Vivian Silver, 74, deren Handy nach dem 7. Oktober in Gaza lokalisiert worden war. Viele Jahre hatte sie sich als Friedensaktivistin engagiert, dann setzten Hamas-Terroristen ihr Haus im Kibbuz Beeri in Brand. Oder die Familie von Roni Eshel, 19, die als Späherin am Zaun vor Gaza ihren Militärdienst absolvierte, als die Hamas-Kämpfer sie verschleppten. Mehrere Soldatinnen ihrer Einheit werden vermisst. Zwei konnten fliehen, viele sind tot. Ihre Familie hat Krankenhäuser im ganzen Land abgesehen: ergebnislos.

Am 27. Oktober begann Israels lang angekündigte Bodenoffensive im Gazastreifen. Seitdem sorgen sich die Angehörigen der Geiseln noch mehr: Werden die Islamisten so zu einem Austausch gedrängt? Oder werden sie die Geiseln als menschliche Schutzschilde verwenden? An ihnen Rache nehmen? Wie sicher sind die Gefangenen vor den immer schwereren Bombardements der eigenen Armee? Sieben Geiseln seien am Dienstag beim Beschuss des Flüchtlingslagers Dschabalia im Norden des Gazastreifens zu Tode gekommen, behauptet die Hamas. Die Zahl lässt sich nicht überprüfen. Merav Svirsky sagt: »Es ist schwer, die vielen verschiedenen Informationen zu verarbeiten. Ich weiß nicht, was ich fühlen soll.«

Auf dem Laptop, der im Wohnzimmer neben den Geschwistern auf einem Stuhl steht, läuft eine Diashow. Fotos aus dem Leben der ermordeten Eltern und des verschleppten Bruders: Mutter Orit Svirsky mit ihren beiden Enkeln im Arm und mit Freundinnen in einem Feld voll Klatschmohnblüten. Vater Rafi Svirsky mit seinen drei Golden Retrievern und einem Enkelkind auf dem Schoß. Itai Svirsky mit seiner Großmutter, mit Meravs Kindern. Bruder Jonatan sagt, sie hätten diese Fotos während der Schiwa laufen lassen, um an die Eltern zu erinnern: »Und natürlich an Itai.«

Beeri war für Familie Svirsky das Zentrum ihrer Welt. Mutter Orit hatte im Kibbuz eine Kunstgalerie aufgebaut, war in der Verwaltung für Wohlfahrt und Gesundheit zuständig. Ihr Ex-Mann Rafi hatte die Finanzen verwaltet – und in den vergangenen Monaten regel-

mäßig in Tel Aviv gegen die Politik der recht nationalen Regierung demonstriert. Auch Jonatan, der wie die anderen Brüder das dicke Haar und das breite Kinn vom Vater geerbt hatte, wohnte in Beeri. Itai, der als Lebenscoach in Tel Aviv arbeitete, habe dort häufig seine 97-jährige demente Großmutter Aviva besucht. Fast jedes Wochenende kamen sie alle zusammen. »Beeri ist«, sagt Merav Svirsky und verbessert sich sofort, »Beeri war ein ausgesprochen friedlicher, ein heiterer Ort.« Sogar an den unregelmäßigen Beschuss aus dem nur fünf Kilometer entfernten Gazastreifen hätte sie sich gewöhnt. Wenn sie mit ihrem Hund am Zaun des Kibbuz spazieren war, habe sie sich zwar manchmal gefragt, ob von dort Terroristen kommen könnten: »Aber wir haben auf unsere Armee und die Geheimdienste vertraut.«

Seit dem 7. Oktober liegt dieses Vertrauen in Trümmern. Es gehört zu den Aufgaben eines jeden Staates, Schaden von seinen Bürgerinnen und Bürgern abzuwenden. Das Grundprinzip des zionistischen Projekts, der Schaffung eines jüdischen Staates, aber war es, die Sicherheit der Juden nach Verfolgung und Genozid zu gewährleisten. Man könnte sagen: Der 7. Oktober war das ultimative Versagen Israels.

Jonatan Svirsky hat den Angriff der Hamas überlebt, weil sein Haus eher in der Mitte des Kibbuz liegt. Seine Großmutter Aviva hat keine Erinnerungen daran, wie sie entkam. Ihre philippinische Pflegerin wurde ermordet. Die Eltern wohnten wie die Großmutter auf der Westseite von Beeri, wo die Todesschwadronen aus Gaza wohl als Erstes wüteten. Als Merav von dem Angriff hörte, rief sie ihre Mutter an. Orit Svirsky flüsterte, sie könne jetzt nicht sprechen. Dann schrieb sie in der WhatsApp-Gruppe der Familie, Itai und sie hätten sich unter Fleecedecken im Schutzraum versteckt, um sie herum seien arabische Stimmen und Gewehrfeuer zu hören: »Betet für uns.« Später schrieb sie von Explosionen



»Das größte Problem ist, dass wir unseren politischen Führern nicht mehr vertrauen können.«

Merav Svirsky, Angehörige

und »Allahu akbar«-Rufen. Vater Rafi schrieb, dass er mit seinen Hunden im Schutzraum seines Hauses sei. Die besonders verstärkten Zimmer waren als Deckung gegen Raketen und Mörsergranaten gedacht – aber nicht als Zufluchtsort vor bewaffneten Angreifern mit Benzinkanistern und automatischen Gewehren. Die Türen ließen sich von innen nicht verriegeln. Immer wieder fragten beide Eltern, wann endlich die Armee sie befreien werde. Gegen Viertel nach zehn schrieb Rafi Svirsky über Terroristen in seinem Haus: »Sie sind da.« Itai schrieb zuletzt um kurz nach halb elf, die Fensterscheiben im Haus der Mutter seien zerborsten. Dann fragte er noch: »Was ist mit unserem Vater passiert?« Gegen zehn vor elf schickte Mutter Orit ihre letzte Nachricht: ein Herz. Die Geschwister haben nie wieder von ihnen gehört. »In diesem Moment habe ich gespürt, dass unser altes Leben zu Ende gegangen ist«, sagt Merav Svirsky.

Erst am 17. Oktober wurden Orit und Rafi Svirsky durch DNA-Proben identifiziert. Ihre Kinder nennen das Massaker von Beeri, wo allein mehr als 130 Menschen ermordet worden sind, »unseren Holocaust«.

Im Krieg gegen die Hamas könnte der jüdische Staat seine Bürgerinnen und Bürger – seine Geiseln und Vermissten – nun ein zweites Mal im Stich lassen. »Im jüdischen Glauben ist die Rettung Gefangener ein Gebot«, sagt Politikwissenschaftler Avi Shilon vom Tel Hai College im Norden Israels. »Der Talmud stuft Geiselhaft schlimmer ein als Verhungern und Tod. Israel hat immer wieder danach gehandelt«, sagt Shilon. 1985, nach dem ersten Libanonkrieg, tauschte der Staat 1150 inhaftierte Terroristen, unter ihnen verurteilte Mörder vieler Israelis, gegen drei von einer Palästinenserfraktion gefangene Soldaten aus. 2008 einigte sich Israel mit der libanesischen Hisbollah-Miliz auf einen Deal, wonach der Terrorist Samir Kuntar und vier weitere Milizionäre gegen die sterblichen Überreste der Soldaten Ehud Goldwasser und Eldad Regev getauscht wurden. 2011 wurde der fünf Jahre zuvor von der Hamas gefangene Soldat Gilad Shalit gegen 1027 palästinensische Gefangene ausgetauscht.

Friedensaktivist Gershon Baskin war an den Verhandlungen für die Freilassung Shalits beteiligt. Er sagt: »Die einzige Möglichkeit, die jetzt besteht, ist ein Deal »alle für alle.« Nach Angaben der israelischen Gefängnisverwaltung sind derzeit 5200 Palästinenser im Land inhaftiert. 20 bis 30 Prozent davon sind Hamas-Angehörige. 800 Personen wurden seit dem 7. Oktober in den Palästinensergebieten festgenommen, dazu rund 130 Terroristen, die an den Massakern im Süden beteiligt gewesen sein sollen. Baskin sagt, es werde unter Vermittlung der Ägypter und Katarer verhandelt.

Medienberichten zufolge hat Mossad-Chef David Barnea am Wochenende persönlich in Doha mit Offiziellen des Emirats einen möglichen Deal für die Freilassung der verbliebe-

nen 237 Geiseln diskutiert. Doch der Druck auf Katar – und damit die Hamas – scheint nicht auszureichen. Auch sei die Zersplitterung der Hamas in einen moderateren und einen radikaleren, mächtigeren Flügel ein Problem, sagt Baskin.

Um einen Handel »alle für alle« in Israel durchzusetzen, wäre dort »breite öffentliche Zustimmung und entschiedene politische Führung« notwendig. Beides könne er zu diesem Zeitpunkt nicht erkennen. Das Fenster, die Geiseln durch Verhandlungen freizubekommen, könne sich »binnen Tagen« schließen. Wenn die israelischen Soldaten erst einmal in die Hamas-Tunnel vordrängen, »ist es zu spät«, sagt Baskin. Laut einer bisher unveröffentlichten Studie der Hebräischen Universität Jerusalem ist die Zustimmung für »schmerzhaftes Zugeständnisse«, um die Geiseln zurückzuholen, vom 12. bis 26. Oktober von 43 auf 48 Prozent gestiegen. Über die Hälfte der Israelis spricht sich noch immer nicht für einen weitreichenden Deal aus.

Dabei ist das Schicksal der Verschleppten in Israel allgegenwärtig. Die Fotos und Namen der Geiseln – zwischen neun Monaten und 85 Jahre alt, viele davon krank und auf Medikamente angewiesen – flimmern über Displays, sind auf Postern und Aufklebern, in Zeitungen und Nachrichtensendungen zu sehen. »#bringthemhome« prangt von Werbetafeln am Straßenrand. PR-Unternehmer Haim Rubinstein hat mit zwei anderen Fachleuten das »Hostages and Missing Families Forum« aufgebaut. Die Organisation beschäftigt mittlerweile 2000 Freiwillige, biete den Angehörigen psychologische Hilfe und finanzielle Unterstützung, schicke Delegationen um die Welt, um auf das Schicksal der Verschleppten aufmerksam zu machen.

Merav Svirsky sagt, sie versuche, die Nachrichten auszublenden. »Das größte Problem ist, dass wir unseren politischen Führern nicht mehr vertrauen können«, sagt sie. Deswegen haben sich die Geschwister nach dem 7. Oktober an Deutschland gewandt. Einst musste sich ihre deutsche Großmutter vor den Nationalsozialisten ins damalige britische Mandatsgebiet Palästina retten. Itai, erzählen die Zwillinge auf dem Sofa, habe den deutschen Pass beantragt, um vor allem einfacher reisen zu können. »Wir haben nicht gedacht, dass das Land, aus dem unsere Oma hatte fliehen müssen, eines Tages zur größten Hoffnung für ihren Enkel werden kann.« Im Gegensatz zu den von der israelischen Re-



Tal Shahar / Polaris / laif



Annon Gutman / DER SPIEGEL

gierung beauftragten Offiziellen seien Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes in Berlin und der deutschen Botschaft in Tel Aviv durchgehend erreichbar. Ein deutscher Krisenbeauftragter habe versucht, die Fragen der zwölf Familien von Geiseln mit deutschem Pass zu beantworten. Vor allem im Gegensatz zum israelischen Geiselbeauftragten Gal Hirsch wirkten die Deutschen »ehrlich und seriös«, sagt Merav Svirsky. Der habe ihnen einzig geraten, sich an ausländische Medien zu wenden.

Ganz anders soll sich auch die US-Regierung eingesetzt haben. Adi Levitans Schwester Judith und Nichte Natalie Ranaan etwa, beide US-Staatsbürgerinnen, ließ die Hamas nach Washingtons Intervention am 20. Oktober frei. US-Außenminister Antony Blinken, so erzählt es der Bruder in seiner Wohnung in einem Vorort von Tel Aviv, habe die Angehörigen persönlich getroffen, US-Präsident Joe Biden habe 90 Minuten lang in einem Zoom-Call mit ihnen gesprochen. Der mächtigste Mann der Welt habe »sehr warm und mitfühlend« gewirkt. Von der israelischen Regierung habe sich nicht einmal ein Abteilungsleiter bei ihm gemeldet.

Berichten der »New York Times« zufolge haben US-Verantwortliche zusätzlich immer wieder Druck auf Israel

Freigelassene Lifshitz, Teddybären in Gedenken an entführte Kinder: Das Schicksal der Verschleppten ist allgegenwärtig

ausgeübt. Sie baten die Führung, wegen des Schicksals der Geiseln, unter ihnen wohl mehr als 100 Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die Bodenoffensive zu verschieben – und insgesamt vorsichtiger zu agieren.

Yaakov Peri, früherer Chef des Inlandsgeheimdiensts Shin Bet, hält den Einmarsch trotz aller Bedenken für alternativlos. Die Israelis wüssten »leider immer noch nicht, wo die einzelnen Geiseln sind«: in den Händen der Hamas, des Islamischen Dschihad oder in denen gewöhnlicher Gangster, die am 7. Oktober ebenfalls in den Süden Israels geströmt seien und Menschen verschleppt hätten. Das Vorgehen der Armee sei unter diesen Umständen richtig, aber riskant, sagt er.

Der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant, der wie Premier Netanyahu erst drei Wochen nach dem Massaker Angehörige von Geiseln und Vermissten traf, versicherte: »Ihre Rückkehr ist Teil des Sieges.« Das Angebot der Hamas, alle Geiseln gegen alle palästinensischen Gefangenen einzutauschen, bezeichnete er jedoch als »illusorisch«, es diene vor allem der psychologischen Verunsicherung Israels. Netanyahu sagte, Schlüssel für das Freikommen der Gefangenen sei »die Größe des Drucks.«

Und so tut sich ein Graben auf in der israelische Gesellschaft. Zwischen Angehörigen von Geiseln wie Merav Svirsky, die direkte Verhandlungen mit der Hamas und einen Waffenstillstand fordern: »Wenn das dafür nötig ist.« Und jenen, die die Strategie des Drucks befürworten. Merav Svirsky sagt, sie könne nicht verstehen, was es bezwecken soll, Gaza »auszuradiieren«, wie einige Politiker es nennen. Sehr viele Palästinenser in Gaza, sagt Svirsky, hätten mit dem Angriff auf den Süden Israels nichts zu tun gehabt – und dürften nun nicht aus Rache getötet werden. »Wir haben seit mehr als 20 Jahren gesehen, dass Gewalt unsere Probleme nicht löst«, sagt sie, »und wir müssen auch unsere eigene Menschlichkeit bewahren.« »Ich fühle mich schuldig, dass mein Bruder irgendwo in einem Tunnel in Gaza gefangen ist, während ich hier Kekse esse«, sagt Jonatan Svirsky. Immer wieder müsse er sich vorstellen, wie Itai in einer dunklen Kammer sitzt und bei jedem Türöffnen denkt, dass man ihn nun exekutiert. »Aber«, sagt Jonatan nach ein paar Sekunden, »natürlich könnte er auch freikommen.«

Muriel Kalisch, Michal Marmaray, Alexander Sarovic, Thore Schröder

Lesen Sie auch ► Wie vier Israelis plötzlich mit dem Krieg leben müssen | 56

»Das hier ist kein Fußballspiel, in dem es darum geht, das eigene Team bedingungslos anzufeuern und das andere niederzumachen«



Palästinenser Aramin



Israeli Elhanan

SPIEGEL-GESPRÄCH Der Palästinenser Bassam Aramin und der Israeli

Rami Elhanan haben im Nahostkonflikt jeweils eine Tochter verloren. Statt bitter zu werden, kämpfen sie als Freunde für Frieden. Wie machen sie das?

Ihre Geschichte ist so unwahrscheinlich, dass sie filmreif ist. Und tatsächlich hat Steven Spielberg vor, sie auf die Leinwand zu bringen. Gerade jetzt. Der Palästinenser Bassam Aramin und der Israeli Rami Elhanan kämpfen seit Jahren unermüdlich für Frieden in Nahost. Sie sind Mitglieder der Hinterbliebenenorganisation »The Parents Circle« (zu Deutsch: Elternkreis), sie sind enge Freunde, sie bezeichnen sich als Brüder. Und das, obwohl beide ein Kind in diesem endlosen Konflikt verloren haben.

Elhanans Tochter Smadar war im September 1997 mit einer Freundin unterwegs, um ein Buch zu kaufen, als Selbstmordattentäter der Hamas sie mit in den Tod rissen. Sie wurde 14 Jahre alt. Aramins zehnjährige Tochter Abir war 2007 auf dem Heimweg von der Schule, als sie aus einem Fahrzeug der israelischen Grenzpolizei heraus von hinten tödlich verwundet wurde. Der Grenzschutz hatte zunächst bestritten, am Tod des Mädchens schuld zu sein, aber ein Zivilgericht kam zu einem anderen Ergebnis. Strafrechtliche Konsequenzen gab es für den mutmaßlichen Schützen jedoch keine.

Elhanan, 73, und Aramin, 55, entschieden sich gegen den Hass und werben seither für Versöhnung und ein Ende der israelischen Besatzung palästinensischer Gebiete – was beiden regelmäßig den Vorwurf einbringt, »Verräter« zu sein. Beide wurden mehrfach mit Friedenspreisen ausgezeichnet, ihre Lebensgeschichte war Gegenstand von Dokumentarfilmen und Büchern, zuletzt in Colum McCanns Roman »Apeirogon«.

Elhanan war in Haifa, Aramin in Jericho, als der SPIEGEL sie per Videokonferenz zum Gespräch bat. Zur Begrüßung rief Elhanan seinem Freund zu: »Bruder! Wir haben uns schon lange nicht mehr gesehen!« Ein Scherz. Tatsächlich hatten die beiden an dem Tag schon mehrere Interviews gegeben, sie sind gefragt wie selten zuvor. Wo gibt es das zurzeit schon, einen Israeli und einen Palästinenser, die gemeinsam für Aussöhnung kämpfen?

SPIEGEL: Herr Aramin, Herr Elhanan, Sie sagen, der Wahnsinn in Nahost wird nie aufhören, wenn wir nicht miteinander reden. Haben Sie nach den Ereignissen der vergangenen Wochen noch Worte?

Aramin: Es fällt mir schwer, dieses Grauen zu beschreiben. Wir Palästinenser wussten, dass so etwas früher oder später passieren würde, es war keine Überraschung. Aber wir haben nicht diese Zahl an Toten erwartet und auch nicht diese furchtbaren Übergriffe, schon gar nicht gegen Frauen und Kinder. Sie sind durch nichts zu rechtfertigen.

SPIEGEL: Warum hat Sie das nicht überrascht?

Aramin: Kein Mensch kann jahrzehntelang eine brutale Unterdrückung und Besatzung ertragen. Deshalb habe ich immer zu Israelis gesagt, schließt Frieden mit uns, solange ihr in einer Position der Stärke seid und es keine

Kämpfe gibt, sonst wird das alles in einem De-saster münden, und keiner wird sich mehr um Menschenrechte kümmern. Wir wussten, dass in diesem Fall Tausende und Abertausende Zivilisten den Preis zahlen würden.

SPIEGEL: Verstehen Sie, wenn nun überall auf der Welt Menschen argumentieren, man müsse entweder voll auf der Seite Israels oder voll auf der Seite der Palästinenser stehen?

Elhanan: Nein, das verstehe ich nicht. Das hier ist kein Fußballspiel, in dem es darum geht, das eigene Team bedingungslos anzufeuern und das andere niederzumachen. Wir sagen immer, seid bitte nicht für Israelis oder für Palästinenser, seid für den Frieden und gegen Ungerechtigkeit. Was wir gerade sehen, ist ein Blutbad, eine Orgie der Unmenschlichkeit in all ihren übelsten Formen. Es macht keinen Unterschied, ob ein Bewaffneter ein Baby enthauptet oder ein Pilot eine Bombe auf ein Haus voller Zivilisten abwirft. Das Ergebnis ist dasselbe.

SPIEGEL: Ist es von den Eltern des Babys oder den Angehörigen der Zivilisten nicht etwas zu viel verlangt, dass sie die Motivation der Kämpfenden verstehen sollen?

Aramin: Natürlich ist das eine Zumutung, vor allem in diesen Wochen. Sie empfinden jetzt unerträglichen Schmerz. Aber eine Tatsache bleibt: Sie werden ihre Lieben nie wiedersehen. Es ist vorbei. Wie nimmt man Rache für die Tötung eines Kindes? Indem man anderer Leute Kinder tötet? Lindert das den Schmerz?

SPIEGEL: Sie haben beide in diesem endlosen Konflikt Töchter verloren, Smadar und Abir, und dennoch den Hass überwunden. Wie ist Ihnen das gelungen?

Elhanan: Ich glaube, der einzige Weg ist, sich klarzumachen, dass sie nicht wieder zurückkommen wird. Und dass du aus diesem Teufelskreis der Gewalt nicht rauskommst, wenn du nicht miteinander redest. Das ist extrem schwer, aber es ist möglich. Wir sind der Beweis dafür, dass es möglich ist. Und die etwa 600 Mitglieder unserer Organisation »The Parents Circle« zeigen das täglich.

SPIEGEL: Sie wollten die Verantwortlichen für den Tod Ihrer Tochter nie brutal bestraft oder gar tot sehen?

Elhanan: So ein Mensch bin ich nicht, ich war noch nie gewalttätig. Ich war sehr, sehr, sehr wütend damals – auch auf die Umstände, die dazu führten, dass eine unschuldige 14-Jährige sterben musste. Sie war keine Soldatin, sie war nicht Teil dieses Konflikts. Im Gegenteil: Als Smadar acht Jahre alt war, hat sie an

»Menschen ohne jedes demokratische Recht über Jahre zu unterjochen und zu demütigen ist nicht jüdisch – Punkt.«

Rami Elhanan

die Präsidenten von Israel und Ägypten Briefe geschrieben und sie aufgefordert, sich auszusöhnen. Sie zu verlieren war so schmerzhaft, dass ich es nicht beschreiben kann. Es hat mich mit einer unglaublichen Energie erfüllt, fast nuklearer Energie. Und man kann diese Energie natürlich nutzen, um Zerstörung, Dunkelheit und Tod zu bringen. Aber man kann auch auf ganz andere Art Rache nehmen, indem man Menschen davon überzeugt, dass es einen anderen Weg gibt.

SPIEGEL: Was hat Sie, Herr Aramin, davon überzeugt, diese nukleare Energie nicht destruktiv zu nutzen?

Aramin: Ich war in einer etwas anderen Situation, als Abir starb. Ich habe schon als Jugendlicher sieben Jahre lang in einem israelischen Gefängnis gesessen, weil ich Steine auf einen israelischen Panzer geworfen hatte. In der Zeit habe ich viel gelernt. Anschließend wurde ich einer der Mitgründer von »Combatants for Peace« (zu Deutsch: Kämpfer für Frieden), einem Zusammenschluss von früheren palästinensischen Kämpfern und ehemaligen israelischen Soldaten. Ramis Sohn war einer von ihnen. Ich hatte also schon vor dem Tod meiner Tochter Abir Jahre, um die israelische Gesellschaft zu begreifen und zu verstehen, was Israelis bewegt. Das hat meinen Blick auf die Welt ins Wanken gebracht. Es ist immer eine Zumutung, in deinem Feind Menschlichkeit und Würde zu erblicken.

SPIEGEL: Sie haben im Gefängnis sogar Hebräisch gelernt. Aber hat Sie das alles auf den Tod Ihrer Tochter im Jahr 2007 vorbereitet?

Aramin: Nicht auf den Schmerz und die Wut. Damit kämpfe ich bis zum heutigen Tag. Aber es hat mir geholfen, in dem Schützen, der Abir getötet hat, auch das Opfer zu sehen: seiner Erziehung, seiner Gesellschaft, des israelischen Besatzungsregimes.

SPIEGEL: Abir war auf dem Schulweg, als sie von hinten mit einem Gummigeschoss getötet wurde. Das Warum ist bis heute nicht restlos geklärt. Haben Sie den Schützen je persönlich getroffen?

Aramin: Das hätte ich gern, aber es wurde ihm offenbar von den Behörden nicht erlaubt. Ich habe ihn aber vor Gericht gesehen. Dort sagte ich zu ihm: »Du bist kein Held, du hast nicht den Feind getötet, nur ein zehnjähriges unschuldiges Mädchen. Wenn du stolz darauf bist, genieß dein Verbrechen. Aber solltest du mich je aufrichtig um Verzeihung bitten wollen, dann werde ich dir verzeihen – nicht um dir einen Gefallen zu tun, sondern mir, meiner Tochter und meiner Familie. Ich habe noch fünf Kinder, und die würde ich gern aufwachsen sehen.«

SPIEGEL: Es gibt sehr viele, die das so nicht könnten. Oder wollten.

Aramin: Mein Bruder Rami hier sagt immer, wir sind glücklicherweise menschliche Wesen, wir sind vernunftbegabt. Wir können uns entscheiden, ob wir mehr Brücken oder mehr Gräber wollen.

SPIEGEL: Sie haben als unwahrscheinliche Freunde mittlerweile mit Tausenden Schul-

kindern, Hinterbliebenen, Soldaten und Militanten gesprochen. Die Reaktionen sind nicht immer positiv, oder?

Elhanan: Es ist manchmal ziemlich schwierig. Einmal musste ich mir von israelischen Schulkindern anhören, es sei schade, dass ich nicht zusammen mit meiner Tochter in die Luft gesprengt worden sei. In einer palästinensischen Schule forderte der Rektor die Kinder auf, nicht auf mich zu hören, weil sonst der Freiheitskampf geschwächt werden würde. Aber wir rechnen immer mit solchen Reaktionen.

SPIEGEL: Wieso das?

Elhanan: Mit Schülerinnen und Schülern zu reden ist, als stürzte man sich in den Krater eines aktiven Vulkans. Die meisten dieser Kinder haben noch nie einen Israeli und einen Palästinenser erlebt, die sich nicht andauernd bekämpfen, die nicht ihren Schmerz auf dem Tisch ausbreiten und darüber zanken, wessen Schmerz der größere ist.

Aramin: Manchmal ist es für uns aber sogar schwerer in, sagen wir, Berlin als in Tel Aviv. Es ist unglaublich.

SPIEGEL: Erzählen Sie.

Aramin: Wir waren im vergangenen Jahr in Deutschland unterwegs. Und an einem Abend hat ein junger Mann – ein Deutscher ohne jüdische Wurzeln – versucht, Rami zu bekehren. Als ich sagte, unser gemeinsamer Feind sei die israelische Besatzung palästinensischer Gebiete, wandte sich dieser Mann an Rami und meinte: »Warum sagen Sie nichts dazu? Es gibt doch gar keine Besatzung!«

Elhanan: Ich antwortete ihm, als Deutscher müsste er über das Thema Besatzung eigentlich besser Bescheid wissen. Aber er blieb dabei.

Aramin: Selbst diese simple Tatsache ist für viele schon unzumutbar. Dabei gibt es zwischen Richtig und Falsch doch einen Ort. Wir sollten uns dort treffen.

SPIEGEL: Wann, glauben Sie, haben Sie Erfolg mit Ihren Vorträgen?

Elhanan: Wenn auch nur ein Schulkind am Ende unseres Auftritts anerkennend nickt, ist das ein Wunder. Es bedeutet, dass wir einen Tropfen Blut gespart haben. Und im Judentum ist ein Tropfen Blut die ganze Welt.

Aramin: Wir stehen vor einer verzweifelt dicken Wand. Und wenn es uns gelingt, kleine Risse darin zu erzeugen, ist das schon ein Erfolg.

SPIEGEL: Viele Palästinenser betrachten bereits jeden Austausch mit Israelis als Frevel. Damit erkenne man die Besatzung an, heißt es.

Aramin: Ja, meine Landsleute nennen es »Normalisierung«. Dabei wird es ganz sicher keine Normalisierung geben, denn wir werden niemals die israelische Besatzung akzeptieren, auch nicht in den kommenden 3000 Jahren. Rami und ich sind Freunde, aber nichts ist für uns normal. Ich lebe in Jericho, er in Jerusalem, das sind normalerweise 20 Minuten mit dem Auto, wenn die Checkpoints nicht wären. Die sind manchmal offen, manchmal

geschlossen, ohne Ankündigung. Durchkommen kann Stunden dauern, je nachdem, in welcher Stimmung die israelischen Soldaten sind. Darüber miteinander zu reden heißt nicht, es zu akzeptieren.

SPIEGEL: Sie haben in Interviews und Vorträgen beklagt, dass in Israel und auf palästinensischem Gebiet Kinder systematisch indoktriniert und aufgestachelt werden.

Elhanan: Wir reden über zwei Gesellschaften, die Krieg gegeneinander führen. Und beide müssen ihre Kinder darauf vorbereiten, dass sie sich zu opfern haben, wenn die Zeit gekommen ist und sie sich der Armee oder einem Kampfverband anschließen. Und am besten bringt man diese Kinder dazu, indem man die andere Seite vollständig dämonisiert und entmenslicht und den Kontakt untereinander radikal beschränkt. Ich war 47, als ich zum ersten Mal persönlich einem Palästinenser begegnet bin, und dafür schäme ich mich noch heute.

SPIEGEL: Von Martin Luther King stammt der Satz: »Menschen hassen sich, weil sie sich voreinander fürchten. Sie fürchten sich voreinander, weil sie sich nicht kennen.« Lügen die Dinge anders, wenn die Palästinenser mehr über die Schoa wüssten und die Israelis mehr über die Nakba, die gewaltsame Vertreibung und Flucht von rund 700.000 Palästinensern Ende der Vierzigerjahre?

Aramin: Ganz sicher. Die meisten Palästinenser kennen nur die Besatzung, weil sie die Checkpoints und die Schikane täglich erleben. Sie wissen nicht, warum Juden ursprünglich hierhergekommen sind. Dasselbe gilt für die andere Seite. Viele Israelis verhalten sich wie Menschen, die ungefragt in dein Haus einziehen und rufen: »Wer bist du? Verschwinde!« Das ist alles Teil dieser systematischen Gehirnwäsche in beiden Gesellschaften. Würden die Menschen ihren Feind kennenlernen, wäre das ein enormer Fortschritt.

SPIEGEL: Selbst bei besserem Verständnis bliebe jedoch die Angst. Wie überwindet man die?

Elhanan: Gar nicht. Wir Juden befinden uns seit Jahrtausenden in einer Opferrolle. Und es gibt Gründe dafür. Der Holocaust war real. Jede Jüdin, jeder Jude wird mit Angst geboren. Die Frage ist, was tut man damit? Wenn du dich aus Angst verschanzt und mit dem Gewehr in der Hand auf den Feind wartest, dann wird er irgendwann kommen. Wenn du dich dagegen öffnest und zu verstehen versuchst, hast du eine Chance.

SPIEGEL: Die jüngsten Entwicklungen deuten eher auf das Gegenteil. Israel hat aktuell die

rechtteste Regierung seiner Geschichte, Befürworter einer Zweistaatenlösung sind auf der israelischen wie palästinensischen Seite in der Defensive. Anscheinend ist es einfacher, Hass zu säen als Versöhnung.

Aramin: Für uns Palästinenser macht die aktuelle israelische Regierung keinen wirklichen Unterschied. Sie setzt die Besatzung fort, die Siedlungspolitik, die Häuserzerstörung, alles. Das geht seit 75 Jahren so. Selbst Yitzhak Rabin...

SPIEGEL: ...der ehemalige israelische Premier und Friedensnobelpreisträger, der 1995 ermordet wurde.

Aramin: ...war für uns ein Krimineller, er hat zahllose Palästinenser auf dem Gewissen. Am Ende haben wir ihn jedoch als Kämpfer für den Frieden betrachtet, nachdem er verstanden hatte, dass man ein Volk nicht für immer unterdrücken kann.

Elhanan: Bassam hat recht, es gibt im Kern keinen Unterschied zwischen dieser Regierung und ihren mehr oder weniger linken Vorgängern. Unsere ehemalige Außenministerin und Ministerpräsidentin Golda Meir und ihre Freunde haben das Besatzungsregime erfunden. Nur: Die aktuelle Regierung hat sämtliche Regeln gebrochen und jeden Burgfrieden zerstört, der ein friedliches Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft ermöglicht. Das ganze Jahr über gab es Massendemonstrationen gegen die geplante Justizreform der Regierung von Benjamin Netanyahu, und die Wut wird noch größer sein, wenn wir unsere Toten bestattet haben. Die Tage dieser Regierung sind gezählt, Netanyahu wird gehen müssen.

SPIEGEL: Ihre Frau Nurit war Schulkameradin und eine Freundin von Netanyahu. Ist sie das noch immer?

Elhanan: Schon seit vielen Jahren nicht mehr. Als 1997 unsere Tochter ermordet wurde, war Netanyahu Premierminister und hatte gerade Har Homa ermöglicht, eine jüdische Siedlung im palästinensischen Ostjerusalem. Die Bombe, die unsere Smadar tötete, war eine Antwort der Hamas auf Har Homa. Am Anfang der siebentägigen Trauer rief Netanyahu persönlich an. Er wollte mit mir reden, und als ich mich weigerte, verlangte er nach Nurit. Sie fragte ihn: »Was hast du getan?« Seither haben sie kein Wort mehr miteinander geredet.

SPIEGEL: Haben Sie je daran gedacht, Israel zu verlassen?

Elhanan: Ich bin der Sohn eines Flüchtlings. Mein Vater hat den Holocaust überlebt, er kam allein aus Ungarn nach Israel, der Rest seiner Familie war ermordet worden. Es gibt keinen anderen Ort, an den ich gehen könnte.

SPIEGEL: Dieser ganze Konflikt war immer auch ein Krieg der Worte. Würden Sie die Hamas als Terrorgruppe bezeichnen, Herr Elhanan?

Elhanan: Die Hamas hat meine Tochter getötet, ich habe nichts für sie übrig. Man sollte allerdings auch wissen, dass israeli-

**»Es ist immer eine
Zumutung, in deinem Feind
Menschlichkeit
und Würde zu erblicken.«**

Bassam Aramin



Jonas Opperskalski / DER SPIEGEL

sche Geheimdienste geholfen haben, die Hamas zu gründen, um ein Gegengewicht zur palästinensischen Befreiungsorganisation und zu Jassir Arafats Partei Fatah zu bilden. Sie war von Anfang an ein nützliches Werkzeug der israelischen Politik.

SPIEGEL: Zu welchem Zweck?

Elhanan: Sie brauchen die Hamas, um sagen zu können, es gibt nichts zu bereuen und niemanden zum Reden. Aber zu Ihrer Frage: George Washington war in den Augen der Briten ein Terrorist. Nelson Mandela war angeblich ein Terrorist. Und schauen Sie sich Bassam an: Er war jahrelang ein israelischer Häftling, er ist ein vollqualifizierter Terrorist.

SPIEGEL: Was ist Ihr Wort für die israelische Armee, Herr Aramin?

Aramin: Sie hat meine Tochter auf dem Gewissen. Und für mich als Palästinenser ist sie eine der größten Terrororganisationen überhaupt. Ich glaube jedoch nicht, dass alle ihre Soldaten oder Soldatinnen Monster oder Terroristen sind.

Elhanan: Ich war von 1967 an Teil dieser Armee. Ich habe im Abnutzungs-

krieg gegen Ägypten gekämpft, im Jom-Kippur-Krieg, im Libanon. Und doch bezeichnen Bassam und ich uns heute als Brüder.

SPIEGEL: In diesem Krieg der Worte lauern überall Minen. Uno-Generalsekretär António Guterres sagte jüngst, die Hamas-Attacken seien nicht im luftleeren Raum entstanden, und warnte Israel vor einem völkerrechtswidrigen Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung in Gaza. Prompt wurde er des Antisemitismus bezichtigt.

Elhanan: Das passiert pausenlos. Nahezu jede Kritik an Israel macht dich inzwischen zum Verräter oder Antisemiten. Aber bleiben wir bei den Fakten: Millionen Menschen ohne jedes demokratische Recht über Jahre zu unterjochen und zu demütigen ist nicht jüdisch – Punkt. Und das anzuprangern ist nicht antisemitisch.

SPIEGEL: Wurden Sie auch schon Antisemit genannt?

Elhanan: Nein, mich bezeichnen sie als selbsthassenden Juden. Es ist jenseits aller Logik. Wir müssen end-

Getötete Mädchen

Abir, Smadar: »Du bist kein Held, du hast nicht den Feind getötet, nur ein zehnjähriges unschuldiges Mädchen«

lich begreifen, dass wir nicht besser und nicht schlechter als andere Menschen sind. Wir sollten uns als Juden, als Israelis, als Menschen neu definieren. Vielleicht ist bei vielen der Schmerz jetzt so stark, dass er zu einer Neubewertung führen wird.

SPIEGEL: Sie haben mal gesagt, die Trennlinie in Nahost liege nicht zwischen palästinensischen Muslimen und israelischen Juden, sondern zwischen jenen, die keinen Frieden wollen, und jenen, die bereit seien, für den Frieden einen Preis zu zahlen. Was ist der Preis?

Elhanan: Ganz einfach: Der Preis ist die Fähigkeit, deinen Nächsten so zu respektieren, wie du selbst respektiert werden möchtest.

SPIEGEL: Ist das so einfach? Der ganze politische und geografische Schlamassel ist damit doch nicht gelöst.

Elhanan: Wir können einen Staat haben oder zwei oder 10.000, eine Konföderation oder eine Föderation. Das sind technische Fragen. Aber um dort hinzukommen, müssen wir aufhören, auf den jeweils anderen herabzublicken und uns als Besatzer und Besetzte zu begegnen. Ich gebe zu, dass es schwer wird, an diesen Punkt zu gelangen.

SPIEGEL: Was lässt Sie glauben, dass man ihn je erreichen wird?

Elhanan: Es gibt keine Alternative. Wir werden es nicht schaffen, die Palästinenser in die Wüste zu treiben, und die Palästinenser werden es nicht schaffen, uns ins Meer zu treiben. Wir sind dazu verdammt, gemeinsam hier zu leben, auf die eine oder andere Weise. Deswegen werden beide Seiten früher oder später an den Verhandlungstisch zurückkehren, den sie vor 23 Jahren in Camp David verlassen haben. Aber ich glaube nicht, dass das kurzfristig passieren wird.

Aramin: Vielleicht sollte man es mal so betrachten: Die Israelis haben nicht sechs Millionen Palästinenser getötet, und die Palästinenser haben, anders als die Deutschen, nicht sechs Millionen Juden ermordet. Und trotzdem sind Israel und Deutschland heute befreundete Nationen, es gibt einen deutschen Botschafter in Tel Aviv und einen israelischen Botschafter in Berlin. Was heißt das? Es heißt, wir können es auch schaffen. Alles, was wir dafür brauchen, sind mutige Anführer, die uns entschlossen vom Grauen und vom Schmerz der Vergangenheit wegführen.

SPIEGEL: Herr Aramin, Herr Elhanan, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

Die Ruhe neben dem Sturm

Demonstranten mit brennender US-Flagge während einer Anti-Israel-Kundgebung in Teheran



Rolle spielen die USA bei der Frage, ob Israels Offensive auf Gaza beschränkt bleibt oder zum Flächenbrand wird?

Iranische Politiker haben oft genug zur Vernichtung Israels aufgerufen, unterstützen die Hisbollah, die Hamas und andere Milizen wie die Huthis im Jemen, die Anfang der Woche vollmundig Israel den Krieg erklärten. Irans ehrgeiziges Nuklearprogramm hat das Regime in den Augen Israels zum Feind Nummer eins gemacht. Mutmaßlich israelische Geheimdienste ließen eine ganze Reihe beteiligte Wissenschaftler von Killerkommandos ermorden. Auf den ersten Blick ausreichend Grund zu der Annahme, dass Teheran einen Anlass wie den Hamas-Angriff auf Israel vom 7. Oktober nutzen könnte.

Doch dem ist nicht so. Bislang jedenfalls nicht. Laut dem iranisch-amerikanischen Experten Ali Alfoneh vom Arab Gulf States Institute in Washington begrenzen die iranischen Kommandeure der Quds-Brigade, des bewaffneten Arms des Regimes für Auslandseinsätze, ihre Attacken seit Jahren, um keinen Angriff auf Iran zu riskieren: Schon »während eines Besuchs in Beirut im Dezember 2020 nach der Ermordung eines iranischen Atomwissenschaftlers wies Quds-Kommandeur Esmail Ghaani die Hisbollah-Führung an, »Israel nicht zu provozieren«, sagt Alfoneh. »Auch später sollten Raketenangriffe auf Israel stets unterhalb der Schwelle dessen bleiben, was einen Krieg provozieren könnte.«

Selbst jetzt, nach dem brutalen Überfall der Hamas und den Vergeltungsschlägen Israels auf Gaza mit verheerenden Folgen, sei das Kalkül gleich geblieben. Iran sehe die Hamas offenbar als entbehrlichen Bauern im großen Schachspiel an, während das Land die Hisbollah als wertvollen strategischen Aktivposten betrachte, so der Iranexperte. Das Raketenarsenal der Hisbollah sei der entscheidende Schutz Irans vor einem israelischen Angriff auf seine Nuklearanlagen. Ähnlich schätzt es Azadeh Zamirirad von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik ein: »Für Iran ist die Hisbollah das Kronjuwel ihrer »Achse des Widerstands«, das in jedem Fall zu schützen ist. Die Hamas spielt für Iran dagegen eine nachrangige Rolle.« Sich aber mit Israels nuklear bewaffneten U-Booten und der US-Flotte anzulegen wäre Irans Armageddon. Das will Teheran vermeiden.

Die Feindschaft zwischen der Islamischen Republik Iran und Israel ist eine andere als zu arabischen Staaten: Es gibt keine gemeinsame Grenze, Iran war nicht direkt an den Kriegen mit Israel seit 1948 beteiligt. Im Gegenteil, Iran war einer der ersten Staaten, die das Existenzrecht Israels anerkannten. Bis zum Sturz des Schahs in Iran 1979 kooperierten die Geheimdienste der beiden Staaten, vereint in ihrer Distanz zu allem Arabischen. Für Revolutionsführer Ruhollah Khomeini hingegen waren die USA der »große Satan«, der jahrzehntelang den Schah militärisch gestützt hatte. Unmittelbarer Todfeind war der

GEOPOLITIK Sie sind erklärte Feinde. Aber in der gefährlichsten Situation seit Langem wollen weder Israel noch Iran oder die Hisbollah im Libanon gegeneinander Krieg führen. Bislang jedenfalls.

Der Morgen blieb ruhig. Während sich aus Gaza die Hamas-Kommandos ihren Weg freisprengten und über Stunden israelische Soldaten, Zivilisten, tanzende Festivalbesucher und Familien in ihren Häusern massakrierten, gab es an der Nordgrenze zum Libanon keinen Angriff in den frühen Stunden des 7. Oktober. Auch nicht, nachdem Stunden vergangen waren und den entsetzten Israelis das Ausmaß ihrer Überrumpfung klar geworden war.

Das große Angstsszenario, vor dem Israels Generäle ihren Premier Benjamin Netanyahu monatelang versucht hatten zu warnen, fand nicht statt: ein Großangriff der hochgerüsteten Hisbollah aus dem Libanon. Wie verheerend der wäre, illustriert schon die Schwierigkeit, diese abgeschottete Kadertruppe zu definieren. Die Hisbollah ist ausgerüstet von

Iran wie eine veritable Armee, sie kontrolliert ihrerseits Miliztruppen im Jemen, im Irak und in Syrien. Überdies ist sie als politische Partei im libanesischen Parlament vertreten und agiert weltweit im Drogengeschäft. Außerdem besitzt sie bis zu 150.000 Raketen, von denen viele jeden Ort Israels erreichen können.

Seit dem 7. Oktober beschießen israelische Armee und Hisbollah einander zumeist mit Artillerie, auf beiden Seiten sterben Menschen – aber beide Seiten bemühen sich, diesen Kleinkrieg nicht außer Kontrolle geraten zu lassen.

Versucht man, das Kalkül der regionalen Feinde Israels zu verstehen, ist die Ruhe jenes Morgens im Norden das klarste Indiz, um sich zwischen Drohgebärden und echten Absichten der Frage zu nähern: Was will Irans Regime? Was will die Hisbollah? Und welche

irakische Diktator Saddam Hussein, dessen Truppen 1980 Südiran überfielen.

Aber Israel? Die Feindschaft zu dem jüdischen Staat war von oben verordnet, kein Sentiment der Bevölkerung. Khomeini rief den al-Quds-Tag zur Befreiung Jerusalems ins Leben – hatte aber keine Probleme damit, während des Krieges gegen den Irak über Jahre Waffen aus Israel zu beziehen. Für Khomeini, den selbst ernannten Führer der »islamischen Revolution«, war der jüdische Staat ein Projektionsfeind, um den religiösen Furor der eigenen Anhängerschaft anzufeuern.

Wie wenig Widerhall diese verordnete Feindschaft heute in der iranischen Bevölkerung hat, zeigte sich in den Tagen nach dem 7. Oktober: Während in arabischen Staaten Menschen auf die Straßen gingen und gegen Israels Bombardements im Gazastreifen protestierten, wurde eine offizielle Solidaritätsbekundung mit Palästina bei einem Fußballspiel in Teheran vom Publikum wütend ausgebuht.

In den Erwägungen Irans kollidierten dieser Tage zwei ganz verschiedene Feindschaften: die ideologisch deklarierte zu Israel und die in den vergangenen 20 Jahren viel folgenreichere zwischen den beiden großen Lagern der islamischen Glaubenswelt, den Schiiten Irans und den Sunniten in der arabischen Welt. Diese erbitterte Konkurrenz hat fast alle Kriege der vergangenen 20 Jahre im Nahen Osten entscheidend beeinflusst. Sei es im Irak, in Syrien oder im Jemen: Immer ging es auch um Machtübernahme oder -erhalt der Schiiten im Land, massiv unterstützt mit Waffen, Know-how, Geld und Miliztruppen, geschickt aus Teheran.

Die Hamas als Frontorganisation gegen Israel wurde von Iran lange unterstützt, obwohl die Palästinenser mehrheitlich Sunniten sind. Doch als ab 2011 weite Teile der sunnitischen Bevölkerung in Syrien gegen die Assad-Diktatur rebellierten, stellte sich die Hamas auf die Seite der Aufständischen – gegen die Diktatur und eben auch gegen Iran. Der schickte Zehntausende Milizionäre aus dem Irak, Libanon, Afghanistan nach Syrien, um seinen Vasallen Baschar al-Assad vor dem Aufstand der eigenen Bevölkerung zu retten.

»Die von der Hamas sind uns damals in den Rücken gefallen«, sagt ein Hisbollah-Elitekämpfer in Südbeirut, der selbst jahrelang in Syrien gekämpft hat. »Dort haben wir die von

uns gelieferten Waffen entdeckt, von der Hamas an unsere Feinde weitergereicht.« Das habe man nicht vergessen. Auch nicht, als sich die Hamas-Führung 2017 nach dem Scheitern des syrischen Aufstands kleinmütig wieder einreihete bei den Klientelgruppen Irans.

Ein Hisbollah-Kommandeur im Südlibanon sagt, alle in der Bewegung seien angewidert gewesen vom bestialischen Gemetzel der Attentäter aus Gaza: »So was machen wir Schiiten nicht. Wie erschießen unsere Feinde.« Die Hamas-Führung habe anschließend verdruckst mitgeteilt, sie hätte die Lage nicht mehr unter Kontrolle gehabt, als ihre Angreifer völlig unerwartet stundenlang kaum auf Widerstand stießen. »Aber nun haben die getan, was sie getan haben.« Er seufzt. »Und jetzt müssen wir sie verteidigen.« So offen wie er spricht kaum jemand aus den oberen Rängen. Aber einen klaren Marschbefehl vermeidet auch Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah, aller martialischen Rhetorik zum Trotz. Zumindest bisher.

Das mag alles kleinteilig klingen angesichts der katastrophalen Dimensionen einer Konfrontation, die von Tel Aviv bis Teheran die gesamte Region verwüsten könnte. Aber in Hinblick auf die fortwährende Feindschaft von Israel und Iran kann die Lage rasend schnell eskalieren. Der Terrorüberfall der Hamas und das für alle überraschende Versagen der israelischen Militärs und Geheimdiens-



Irans Außenminister Amirabdollahian

Adem Altan / AFP

te sowie die entsprechend brachiale Vergeltung haben den Nahen Osten an den Rand eines Krieges gebracht. Niemand hat ihn geplant, und niemand, bis vermutlich auf die Hamas, will ihn. Ihn abzuwenden bleibt trotzdem ein ungewisses Unterfangen.

Die Bodenoffensive der Israelis in Gaza hält selbst ein hoher US-Militär in Katar »militärisch, moralisch und politisch« für falsch und gefährlich. Die USA sind die engsten Partner Israels.

US-Präsident Joe Biden steckt in einem Dilemma. Einerseits hat er signalisiert, dass er Israel beistehen werde, sollte das Regime in Teheran mithilfe der Hisbollah eine zweite Front gegen Israel eröffnen. Zwei Flugzeugträgerverbände hat er bereits ins östliche Mittelmeer geschickt.

Einen offenen Krieg mit Iran will Biden aber unbedingt verhindern. Für das Weiße Haus ist es schon kompliziert genug, dass es neben dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nun auch noch einen Krieg in Gaza gibt, der Geld und Ressourcen bindet; eine dritte Front käme einer Katastrophe gleich.

Als Biden im Januar 2021 ins Amt kam, gab es die Hoffnung, dass die USA – mithilfe der Europäer – den Atomdeal wiederbeleben könnten, aus dem Donald Trump im Mai 2018 mit einem großen Knall ausgestiegen war. Biden ernannte den inzwischen suspendierten Robert Malley als Sonderbotschafter für Iran; einen Yale-Absolventen, der zusammen mit US-Außenminister Tony Blinken auf die Schule gegangen war und schon unter Barack Obama Atomverhandlungen mit geleitet hatte.

Aber die Gespräche für eine Wiederbelebung des Deals in Wien brachten keinen Durchbruch, der Krieg in der Ukraine und die Massenproteste in Iran im vergangenen Jahr verkomplizierten die Lage zusätzlich: Iran stand plötzlich als Waffenlieferant an der Seite Russlands, und die Bilder vom brutalen Vorgehen gegen protestierende Frauen auf Teherans Straßen machten das Mullah-Regime vollends zum Paria.

Um Zeit zu gewinnen, führten die USA im Frühjahr 2023 geheime Verhandlungen mit Iran im Golfstaat Oman. Sie wurden von US-Seite nie offiziell bestätigt, aber sollten offenkundig bis zur amerikanischen Präsidentschaftswahl für Ruhe sorgen. »Nach meinem Verständnis haben sich die Iraner dazu bereit erklärt, keine modernen ballistischen Raketen nach Russland zu liefern«, sagt

Ringens um Macht



SPIEGEL TV Programm



AfD-Landtagsabgeordneter Halembe (r.) mit seinem Anwalt Dubravko Mandic

SPIEGEL TV

MONTAG, 6.11., 23.25 – 0.00 UHR, RTL

Rechter als rechts: Die Jugendorganisation der AfD

Haftbefehl, Festnahme und Ermittlungen wegen Volksverhetzung: Der Fall des AfD-Politikers Daniel Halembe hat jüngst Schlagzeilen gemacht. Kürzlich war er noch Kassenwart in der bayerischen »Jungen Alternativen«, der Jugendorganisation der Partei. Wer sind die Nachwuchsrechten? Und warum ist die AfD in den sozialen Medien so erfolgreich?

VOX

SAMSTAG, 4.11., 20.15 – 0.10 UHR, VOX

Griff nach den Sternen – Arbeitsplatz Luxushotel

Einblicke in eine Welt, zu der nur wenige Menschen Zutritt haben: das mondäne Universum der Luxushotels. Drei Fünfsternepaläste gewähren einen exklusiven Blick hinter die Kulissen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten den Betrieb am Laufen und sorgen rund um die Uhr dafür, dass der Gast sich wohlfühlt. Wer in einem der besten Häuser Deutschlands arbeiten möchte, muss für seinen Beruf brennen. SPIEGEL TV begleitet fünf Auszubildende auf ihrem Weg. Wer darf zum Contest



Gäste, Auszubildende in Luxushotel

der Selektion Deutscher Luxushotels fahren und um den Titel »Azubi des Jahres« kämpfen?

ARTE RE:

DONNERSTAG, 9.11., 19.40 – 20.15 UHR, ARTE

Rechtsextreme in der Wikingerszene

Helme, Schwerter und historische Schlachten – einmal im Jahr versammeln sich Hunderte Wikingerfans im polnischen Wolin zum größten Wikingerfestival der Welt. Doch das Kostümspektakel ist nicht nur Treffpunkt von Hobby- und Freizeitwikingern. Seit Jahren mischen sich auch Rechtsextreme unter Teilnehmer und Besucher.

ARTE RE:

FREITAG, 10.11., 19.40 – 20.15 UHR, ARTE

Gerettet vor der Shoa – Auf den Spuren von Sousa Mendes

Eine Reisegruppe begibt sich auf die Spuren des Mannes, dem die Teilnehmer ihr Leben verdanken: Aristides de Sousa Mendes. Als portugiesischer Generalkonsul in Bordeaux stellte er im Juni 1940 im Akkord Transitvisa und Pässe aus, um Tausende Menschen vor den Nazis zu retten, darunter viele europäische Juden.



Geretteter vor Mendes-Büste

der Iranexperte Vali Nasr, der an der Johns Hopkins University in Washington lehrt. »Sie sicherten zu, keine Tanker zu kapern und keine Amerikaner im Nahen Osten anzugreifen. Außerdem erklärten sie sich bereit, ihr waffenfähiges Uran nur bis 60 Prozent anzureichern.« Für eine Bombe sind 90 Prozent notwendig. Die Amerikaner hätten im Gegenzug zugestanden, so Nasr, bei den sanktionsblockierten Ölexporten Teherans ein Auge zuzudrücken.

Offenbar hatte das Weiße Haus auch wegen dieser Vereinbarung das Gefühl, erst einmal Druck aus dem Kessel gelassen zu haben. Die Region sei heute so ruhig wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr, sagte Bidens Sicherheitsberater Jake Sullivan in einem Interview Ende September in Washington. Acht Tage später schlug die Hamas zu.

Dieser Tage versucht Teheran den Spagat, sich verbal an die Spitze des Kampfs gegen Israel zu stellen und sich gleichzeitig als potenzieller Mittler zu präsentieren. Deshalb nur die Scharmützel an Israels Nordgrenze, die vereinzelt Raketen selbst aus dem entfernten Jemen in Richtung Israel, der Beschuss amerikanischer Basen in Syrien kürzlich. Zugleich fuhr Irans Außenminister Hossein Amirabdollahian nach Katar, traf dort den exilierten Hamas-Chef Ismail Haniyyeh, reiste dann weiter gen Syrien, Libanon und in die Türkei, um zu zeigen, dass man mit allen Seiten im Gespräch sei und vermitteln könne.

Noch bleibt dieses Spiel mit dem Feuer innerhalb der zynischen Spielregeln. Wie es weitergehen wird, hängt in erster Linie davon ab, was nun in Gaza geschieht. Wie massiv die israelische Armee weiter vorgeht – und wie die Menschen in der arabischen Welt darauf reagieren werden.

2,3 Millionen Menschen in Gaza sind zu doppelten Geiseln geworden: der Hamas und nun von Israels Militärschlägen. Jerusalem hat Wasser, Strom, Treibstoffversorgung gekappt, nur ein winziger Bruchteil der früheren Nahrungslieferungen kommt über den ägyptischen Grenzübergang Rafah durch. Die Menschen können aus dem Norden in den Süden des Küstenstreifens fliehen, aber bombardiert wird fast überall. Selten hat sich das stets um Neutralität bemühte Komitee des Roten Kreuzes so drastisch geäußert: »Das menschliche Leiden ist schockierend. Tausende wurden getötet. Krankenhäuser sind nahe am Kollaps. Selbst Kriege haben Grenzen.«

Dass Premierminister Benjamin Netanyahu von einer Rache für den Terrorangriff der

Israels historisch verständliche Doktrin: militärisch stets absolute Überlegenheit demonstrieren

Hamas sprach, stieß in Israels traumatisierter Bevölkerung auf Zustimmung.

Israels zentrale, historisch verständliche Doktrin, nie wieder wehrlos sein zu dürfen, seiner jüdischen Bevölkerung Sicherheit zu garantieren, hat dazu geführt, dass das Land in der Region militärisch stets absolute Überlegenheit demonstrieren will.

Um einzuschätzen, was der jetzige Krieg für die Zukunft bringt, hilft ein Blick in die Vergangenheit, zurück an jene Grenze, die für Israels Sicherheit viel wichtiger ist als der Gazastreifen. Denn die heutigen Gegner Israels kommen nicht aus dem Nichts, sie sind auch keine Nazis, wie Premier Netanyahu stetig wiederholt.

In einem christlichen Dorf direkt an der israelisch-libanesischen Grenze erinnert sich der alte Bauer Giorgios Farah an die Siebzigerjahre, als geflohene Palästinenser den Südlibanon zur Operationsbasis ihrer Attacken machten: »Die palästinensische Besatzung damals war schlimm. Sie haben bei ihren Angriffen gegen Israel überhaupt keine Rücksicht auf uns genommen. Als die israelischen Truppen einmarschierten, haben wir uns erst gefreut.« Die Freude wurde nahezu von allen Gruppen im Südlibanon geteilt: »Aber dann wurde es noch viel schlimmer. Sie benahmten sich, als ob unser Land ihnen gehören würde, ließen Menschen verschleppen, foltern, umbringen«, sagt der Bauer mit Blick auf die Israelis.

Auch während des Libanonkriegs 1982 hieß es, Israel kämpfe gegen die »Nazis« von der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Als ob es genüge, alle Feinde nur als »Nazis« zu stigmatisieren, egal wie historisch abwegig das war, um sie anschließend rücksichtslos bekämpfen zu können. Die wenigen Tausend palästinensischen Kämpfer wurden aufgerieben, ein Teil wurde auf amerikanischen Druck nach Tunesien evakuiert. Israel siegte gegen einen Feind – der Preis war allerdings, dass den israelischen Besatzern ein neuer, weit mächtigerer Gegner erwuchs: die Hisbollah im Südlibanon mit ihren Raketen.

Als im Herbst 1983 eine israelische Armee-
patrouille mitten in eine religiöse Prozession in einer Stadt im Südlibanon fuhr und die Soldaten im Tumult das Feuer auf die Menge eröffneten, kippte die Stimmung im Süden endgültig. Schiitische Kleriker riefen zum Widerstand gegen die Besatzer auf. Ein junger Offizier namens Meir Dagan ordnete daraufhin an, den prominentesten Geistlichen im Südlibanon zu ermorden. Drei Jahrzehnte später warnte derselbe Dagan als Ex-Chef des Auslandsgeheimdienstes Mossad davor, Iran anzugreifen und sich immer neue Feinde zu schaffen.

Zu spät, um den Aufstieg der Hisbollah noch zu verhindern. Jeder Versuch, die aktuellen Gegner in die Unterwerfung zu zwingen, hat seit Jahrzehnten immer nur neue Feinde geschaffen.

Susanne Koelbl, Christopf Reuter

Den Körper verstehen. Das Leben verlängern.



320 Seiten, gebunden · 26,00 € · Auch als E-Book erhältlich.

SPIEGEL-Bestsellerautor Jörg Blech lüftet das Geheimnis der Gesundheit und legt den ultimativen Masterplan für Leib und Seele vor.

Er räumt mit Mythen der Medizin auf und zeigt uns die wahren Bedürfnisse unseres Körpers. Denn die meisten Alterserkrankungen sind gar nicht vorbestimmt.

Acht einfache Regeln zeigen: Wer seinen Körper kennt, kann selbst mehr für seine Gesunderhaltung tun als die besten Ärzte.

DVA
www.dva.de

SPIEGEL
Buchverlag



Das alte, versunkene Edersee-Atlantis ist wieder aufgetaucht. Nur rund ein Drittel des üblichen Wasserpegels hat der Anfang des 20. Jahrhunderts aufgestaute See in diesen Tagen. Zu sehen ist hier die alte Aseler Brücke in der hessischen Gemeinde Vöhl (Landkreis Waldeck-Frankenberg), über die nun wieder Spaziergänge möglich sind. Das Wasser wird aus dem Stausee abgeleitet, um den Pegelstand der Weser und des Mittellandkanals zu regulieren.

Sven Plötner / dpa

Attacken auf israelische Flaggen

ANTISEMITISMUS Israels Nationalsymbol ist in Deutschland seit dem Terrorüberfall der Hamas immer wieder das Ziel von Angriffen.

Seit dem Terrorüberfall auf Israel sind in Deutschland mindestens 176 israelische Flaggen geschändet oder gestohlen worden. Das geht aus SPIEGEL-Recherchen bei den Innenministerien der Bundesländer hervor. Demnach gab es seit der Hamas-Attacke am 7. Oktober mindestens 104 dokumentierte Einzelfälle, in denen Flaggen, vor allem an öffentlichen Gebäuden, heruntergerissen, geklaut, angezündet oder auf anderem Weg zerstört wurden. So berichtet Nordrhein-Westfalen unter anderem von 35 gestohlenen und 11 verbrannten weiß-blauen Fahnen mit dem Davidstern. Andere Bundesländer machen lediglich grobe Angaben: Baden-Württemberg registrierte Vorfälle »im niedrigen drestelligen Bereich«, Niedersachsen im »unteren zweistelligen Bereich«, ebenso Schleswig-Holstein und Hessen. Das Bayerische Innenmi-

nisterium teilte mit, die Attacken auf Flaggen oder Fahnen seien in der Statistik nicht recherchierbar, obwohl es Berichte über mehrere Vorfälle unter anderem in Passau und Augsburg gibt. In Bamberg soll ein bislang Unbekannter mit einer israelischen Fahne seine Schuhe abgewischt und die Flagge dann in einen Papierkorb geworfen haben. Im niedersächsischen Stade waren junge Männer ins historische Rathaus eingedrungen und hatten versucht, eine aus Solidarität angebrachte Israelflagge herunterzureißen. In Giengen (Baden-Württemberg) waren zwei Scheiben am Rathaus eingeschlagen worden. Der Täter versuchte, einen Brand im Gebäude zu entfachen, und stahl eine israelische und eine ukrainische Flagge. Wer Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten verletzt, dem droht Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder eine Geldstrafe. HIM

Offensive Verteidigung

JUSTIZ Der unter dem Verdacht der Bestechlichkeit stehende Thüringer CDU-Chef Mario Voigt geht juristisch gegen die ermittelnde Staatsanwaltschaft Erfurt vor. Wie die Ermittler bestätigen, glaubt der Christdemokrat, dass »unzutreffende Informationen aus dem gegen ihn geführten Ermittlungsverfahren an die Medien übermittelt worden seien«. Voigt, auch Spitzenkandidat seiner Partei, habe Anwälte mit der Sache betraut. Welche Informationen er meint, ist nicht bekannt, der Politiker hat auf eine entsprechende Anfrage des SPIEGEL nicht reagiert.

Während die Staatsanwaltschaft die Vorwürfe nach eigenen Angaben noch immer prüft, hat die Behördenleitung derweil ungewöhnlich reagiert. Dem Sprecher der Staatsanwaltschaft, einem Oberstaatsanwalt, wurde die Pressearbeit in dem Fall abgenommen. Auf Anfragen reagiert die Hausspitze nun selbst mitunter sparsam. Die Staatsanwaltschaft Erfurt ermittelt seit 2022 gegen Voigt. Es geht darum, ob eine Zahlung an ihn im Zusammenhang mit einer Auftragsvergabe durch die Europäische Volkspartei steht. Der Vorwurf der Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr steht im Raum. Voigt bestreitet den Vorwurf, bestochen worden zu sein. STW

Terminvergabe bei Ärzten hakt

GESUNDHEIT Bürgerinnen und Bürger lassen sich dringende Arzttermine lieber über Privatanbieter vermitteln als über die kassenärztliche Terminservice-stelle. Das geht aus einer Kleinen Anfrage der Linksfraction im Bundestag hervor. Eigentlich ist für die Arztsuche der kassenärztliche Bereitschaftsdienst mit der Nummer 116 117 zuständig. Zuletzt ist die Nutzung gestiegen: 672.135 Arzttermine wurden 2022 vermittelt, fast dreimal so viele wie 2018. Doch private Terminserviceanbieter wie Doctolib werben mit einer Million Terminvermittlungen im Monat.

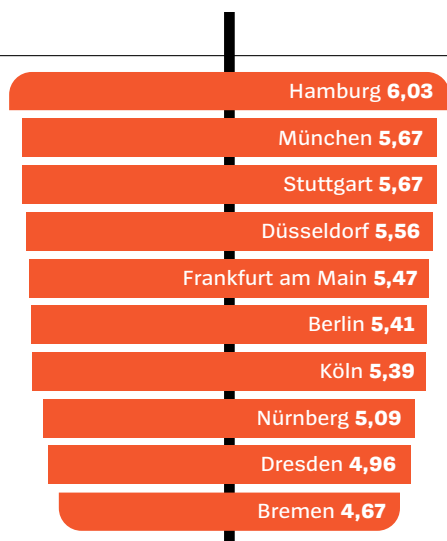
Die Bundesregierung will die Digitalisierung der Anlaufstelle weiter ausbauen. Der Linkenfraktion im Bundestag reicht das nicht aus. »Ärzt:innen bieten freie Termine oft lieber über kommerzielle Onlineportale an als über ihre eigene Organisation, weil die KVen die Digitalisierung verschlafen haben«, sagt die Abgeordnete Kathrin Vogler. Vielfach würden dann offene Termine beim Patientenservice der Kassenärzte gar nicht mehr angezeigt. Zugleich seien die Patienteninformationen aus Datenschutzgründen bei Privatunternehmen schlecht aufgehoben, so die Linkenabgeordnete. Dennoch sehe die Bundesregierung keinen Handlungsbedarf. MFH

Nachgezählt

Durchschnittlicher Preis für einen Döner in ausgewählten Großstädten in Deutschland im Jahr 2022, in Euro

Rund
18

Dönerläden pro 100.000 Einwohner hat Berlin - die höchste Dichte aller ausgewählten Städte.



Quelle: Lieferando

DER GESUNDE MENSCHENVERSTAND

Deutschland-Knigge



Von Markus Feldenkirchen

Zuletzt herrschte Verunsicherung in Deutschland. Was darf man eigentlich noch sagen, fragten sich Millionen dauerbesorgter Mitbürger. Was darf man noch machen? Das Land drohte ins Chaos zu taumeln. Selbst der Bundeskanzler wirkte zuletzt leicht derangiert. Erst lief er mit Augenklappe durch die Gegend. Dann verfehlte er im Ausland den roten Teppich.

Zum Glück gibt es endlich Orientierung. Die »Bild«-Zeitung hat uns einen Kompass geschenkt. Sie hat begriffen, wie groß die Gefahr ist: »Wenn wir jetzt stolpern, dann fallen wir.« So hat sie »ein Manifest« in die Welt gesetzt, eine »Leitidee für das, was unsere freie Gesellschaft zusammenhält«. Man könnte auch sagen: einen Deutschland-Knigge, einen Leitfaden fürs Leben in Deutschland, so konkret, wie es Friedrich Merz' »Leitkultur« nie war.

Das »Bild«-Manifest ist leserfreundlich in »50 Punkte« gegliedert und geht richtig gut los. »Für jeden, der in Deutschland lebt, gilt Artikel 1 des Grundgesetzes: »Die Würde des Menschen ist unantastbar!« Außer für manche Leute, über die »Bild« berichtete, hätte man noch anfügen können, aber das wäre vermutlich etwas kleinlich gewesen. Und kleinlich wollen »wir« in Deutschland nicht sein. Es geht schließlich um Größeres: »Deutschland muss jetzt NEIN sagen! Zu Judenhass, zu Menschenfeindlichkeit und zu all denen, die »Nein« zu uns sagen.«

Und so geht's: »Wir sagen Bitte und Danke.« (Punkt 9) Das stimmt, man denke nur an den Lieblingssatz vieler Patrioten: »Danke, Merkel!« Zentral ist ferner: »Viele

Deutsche essen Schweinefleisch.« (Punkt 12) »Im Schwimmbad tragen Frauen Bikini oder Badeanzug.« (Punkt 19)

»Wir verheiraten keine Kinder. Und auch Männer nicht mit mehr als einer Frau.« (Punkt 31)

»Messer gehören bei uns in die Küche und nicht in die Hosentasche.« (Punkt 34)

Ganz wichtig auch Punkt 40: »Prost, Deutschland! Hierzulande gehören Bier und Wein zur Kultur. Das sollte man respektieren.«

Fast könnte man meinen, die lieben Kollegen hätten bei ihren wertvollen Regeln

Endlich wissen wir wieder, was uns im Kern ausmacht: »Deutschland ist ein Land der Griller.«

vor allem an Menschen mit Migrationshintergrund gedacht. Aber das wäre natürlich üble Nachrede, und die verkneifen wir uns als ordentliche Deutsche so selbstverständlich wie das Messer- und Burkintragen. Jedenfalls wissen wir nun endlich wieder, was uns im Kern ausmacht: »Deutschland ist ein Land der Griller. Nach einem Picknick im Park nehmen wir unseren Müll wieder mit.« (Punkt 33)

Bei aller Dankbarkeit an die Verfasser des Manifests. Ein paar Tugenden, die zur urdeutschen DNA gehören, habe ich dann doch vermisst. Zum Beispiel: »Wir benutzen unser Handy nicht als Blitzableiter und schreiben nicht: »fuck the intolerant muslims und all das andere Gesochs.« Oder auch: »Wir nutzen unsere Machtstellung im Büro nicht aus und graben keine Untergebenen an.« Aber vielleicht kommen ja bald schon die nächsten 50 Punkte in »Bild«.

An dieser Stelle schreiben Anna Clauß, Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.



Notreserve in Not

MASKEN Der Aufbau einer Nationalreserve an Masken und Medikamenten droht an der noch immer fehlenden Rechtsgrundlage zu scheitern. Das ergibt sich aus einem Bericht des Bundesrechnungshofs. Demnach sollte es für die Maskenreserve des Bundes schon 2022 ein Gesetz geben, mit dem der Bund in die Beschaffung von Schutzgütern einsteigen darf; derzeit ist das Ländersache. »Ob eine rechtliche Veranke-

rung erfolgt, ist noch nicht entschieden«, heißt es nun vom Rechnungshof. Das Gesundheitsministerium macht laut Bericht das Innenministerium verantwortlich, das eine dafür notwendige Verfassungsänderung »aktuell nicht aktiv weitertreibe«. Das Innenministerium wiederum spielt auf Anfrage den Ball zurück: Vorbereiten müsse die Verfassungsänderung das Gesundheitsministerium; solange von dort nichts komme, sei man nicht zuständig. Bisher sind in der Nationalreserve

245 Millionen übrig gebliebene Masken aus der Pandemiezeit eingelagert, die sukzessive entsprechend dem Haltbarkeitsdatum vernichtet werden. Weitere Beschaffungen, so das Gesundheitsministerium, scheiterten auch daran, dass der Finanzminister »bislang keine Haushaltsmittel zugewiesen« habe. Zudem habe der Haushaltsausschuss des Bundestags eine Prüfung verlangt, ob Bundesdepots nötig und wirtschaftlich seien. Die Prüfung laufe noch, ohne dass ein Ende absehbar sei. AMP

Union wirft Ampel Schlamperei vor

LOBBYREGISTER CDU und CSU im Bundestag beklagen handwerkliche Fehler bei der Änderung des Lobbyregisters durch die Koalition. Die Änderung des Registers war am 19. Oktober im Bundestag beschlossen worden, eine knappe Woche später meldete die Bundesregierung eine »offenbare Unrichtigkeit« in der Empfehlung beim Geschäftsordnungsausschuss. Dabei geht es um Bußgelder für Interessenvertreter, die sich zum Beispiel unvollständig registrieren – ohne eine entsprechende Präzisierung

würde die Vorschrift nach Ansicht der Regierung ins Leere laufen. Wegen des Einspruchs der Unionsfraktion kann dies nun nicht vor der Einbringung in den Bundesrat geschehen. »Die Änderungen im Lobbyregistergesetz sind nicht nur inhaltlich, sondern auch handwerklich vollkommen vermurkst«, sagt Patrick Schnieder, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion. Wie die nachträgliche Korrekturbitte der Bundesregierung zeige, triefe das Gesetz »von unscharfen Formulierungen«. »Die Ampelregierung ist nun dringend aufgefordert, Zweifel an den unklaren Regelungen auszuräumen.« FLO

Ausweichende Antworten

BESTATTUNGEN Die Stadt Kiel hat die in Schleswig-Holstein im Rahmen eines Pilotprojekts geduldete Beerdigung kompostierter Leichen auf ihren Friedhöfen verboten. Bei dieser Beisetzungsvariante sind Verstorbene 40 Tage lang in einem Tank mit Grünschnitt einer beschleunigten Verwesung ausgesetzt. Die Überreste werden, gemeinsam mit den anschließend geschredderten Knochen, in einem Tuch begraben (SPIEGEL 39/2023). Bereits Ende Juni hatte das nordrhein-westfälische Gesundheitsminis-

BMI verweigert Auskunft über Maaßen

VERFASSUNGSSCHUTZ Das Bundesinnenministerium (BMI) weigert sich, Antworten zur Amtsführung von Hans-Georg Maaßen als Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) zu geben. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linkenabgeordneten Martina Renner und ihrer Fraktion hervor. Sie wollte etwa wissen, ob Maaßen eine Löschung von Daten angeordnet oder Korrekturen an Verfassungsschutzberichten vorgenommen habe. Das BMI schreibt, dies könnte »wegen des unzumutbaren Aufwandes nicht erfolgen«. Dabei hatte Renner die Anfrage extra zeitlich begrenzt – auf die sieben Monate rund um Maaßens Treffen mit der damaligen AfD-Chefin Frauke Petry 2015. Laut BMI würde die Arbeitsfähigkeit des BfV dennoch »in nicht vertretbarer Weise eingeschränkt«, etwa weil das elektronische Aktensystem die Suche »ab dem 1000. Dokument systemseitig abbrechen« würde. »Die Verweigerung hat zum Teil groteske Züge«, sagt Renner. Allen voran, wenn das BMI schreibe, das Aktensystem könne nicht erkennen, ob es sich bei Treffern, etwa zu Hans-Georg Maaßen, um ihn handle oder um jemanden mit demselben Namen. Man müsse klären, »inwieweit Maaßen seine Machtposition genutzt hat, um seine extrem rechte Agenda umzusetzen«. Solche Vorwürfe hat er stets zurückgewiesen. AKM, MBA

terium die vom Unternehmen Meine Erde angebotene Bestattungsvariante untersagt, weil die Firma nicht belegt habe, dass dabei »Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung ausgeschlossen werden können«. Dem Kieler Verbot vorangegangen war ein Besuch von Mitarbeitern der städtischen Friedhöfe in einer Pilotanlage des Unternehmens Meine Erde. Dort hätten sie auf ihre Fragen zu den Themenbereichen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz von Mitarbeitern des Unternehmens keine oder nur ausweichende Antworten erhalten und sich deshalb an ihre Berufsgenossenschaft gewandt. GLA

»Schnell raus«

Alexander-Georg Rackow, 39, ist Vizechef der FDP-Fraktion im Kreistag von Bad Segeberg in Schleswig-Holstein. Zusammen mit 25 Mitstreitern stellt er die Ampelkoalition infrage.

SPIEGEL: Herr Rackow, Sie fordern gemeinsam mit 25 anderen FDP-Mitgliedern in einem »Weckruf Freiheit!«, die Parteispitze solle über einen Ausstieg aus der Ampel nachdenken. Warum?

Rackow: Nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern bewegen wir uns im Bund in Umfragen bereits in der Todeszone von vier bis fünf Prozent. Das muss uns in der Partei, auch in der Bundesführung, zu denken geben. Wir müssen daher möglichst schnell aus der Ampel raus, sonst wird diese FDP in zwei Jahren bei der Bundestagswahl scheitern.

SPIEGEL: Haben Sie FDP-Chef Christian Lindner vorab über Ihre Liste informiert?

Rackow: Ja, er hat den Aufruf von mir als Erster erhalten.

SPIEGEL: Wie hat er reagiert?

Rackow: Nur so viel: sehr schmallippig.

SPIEGEL: Lindner hat sich als Reaktion auf den Aufruf öffentlich für den Verbleib in der Ampel ausgesprochen, sofern weiter Kompromisse möglich sind.

Rackow: Ich gehe davon aus, dass auch Herr Lindner unsere Position noch mit in seine Überlegungen einbeziehen wird.

SPIEGEL: Streben Sie eine Mitgliederbefragung an?

Rackow: Eine entsprechende Mitgliederbefragung, für die die Unterschriften von mindestens 500 Mitgliedern brauchen, haben wir bereits angestoßen. Ein Aufruf wurde von der FDP Kassel-Stadt ins Internet gestellt.

SPIEGEL: Bislang ist den »Weckruf«-Unterzeichnern niemand mit bundespolitischer Prominenz aus der Ampelkoalition beigesprungen. Gibt es Personen in Berlin, auf die Sie dennoch setzen?

Rackow: Es gibt eine Reihe von FDP-Bundestagsabgeordneten, die unzufrieden sind mit unserem Verbleib in der Ampel. Ich setze darauf, dass sie den Mut

finden, ihren Ärger auch öffentlich zu machen.

SPIEGEL: Ihr Aufruf erinnert an die Zeiten der schwarz-gelben Koalition von 2009 bis 2013, in der sich die FDP zerstritt und am Ende erstmals in ihrer Geschichte aus dem Bundestag flog. Möchten Sie an diese Krawallzeiten anknüpfen?

Rackow: Im Gegenteil. Mit unserem Weckruf verbinden wir die Hoffnung, ein Debakel wie 2013 zu verhindern, indem diesmal rechtzeitig die Basis intensiv mit eingebunden wird.

SPIEGEL: Wie waren die Reaktionen aus Ihrem Landesverband in Schleswig-Holstein?

Rackow: Es gab zwar den Hinweis von dem ein oder anderen Funktionsträger, wonach wir für unsere Kritik doch bitte schön die üblichen Strukturen in der Partei – also Orts- und Kreisverbände – hätten nutzen sollen. Aber es gab keine grundsätzliche Ablehnung. Ich habe vor allem von einfachen Mitgliedern viel Zustimmung erhalten.

SPIEGEL: Es herrscht Krieg in der Ukraine und in Nahost, die Wirtschaftslage in Deutschland ist angespannt. Wollen Sie in dieser Situation Neuwahlen riskieren, die mit dem Rauswurf der FDP aus dem Bundestag enden könnten?

Rackow: Nein. Mein Wunsch wäre es, dass die FDP wieder in die Opposition ginge und SPD und Union eine neue Regierung bilden würden. Ich bin mir sicher, dass CDU und CSU ihrer staatspolitischen Verantwortung für eine Übergangszeit gerecht werden würden.

SPIEGEL: In der Opposition würde die FDP Einfluss verlieren. Was soll das bringen?

Rackow: Ja, klar. Aber es wäre der richtige Weg. Seit Anbeginn der Ampel sind wir doch in der Rolle, allenfalls Schlimmeres an der Seite zweier linker Parteien zu verhindern. Wir sind nur noch der Steigbügelhalter für rot-grüne Erziehungsfantasien. SEV



Rackow

Privat



Milos Djuric / DER SPIEGEL

»Wir machen keinen Schickimicki«

DER AUGENZEUGE Necip Cakir, 64, führt mit seiner Frau die Eckkneipe Kupferkanne in Berlin-Schöneberg, in der sogar Rapvideos gedreht werden.

»Seit der Berliner Rapper Ski Aggu hier in der Kneipe ein Musikvideo gedreht hat, kommen immer mal wieder Leute, die die Kneipe unbedingt finden wollen. Gerade war eine Gruppe Jungs da, die waren extra aus Köln gekommen. Ski Aggu kam früher öfter, natürlich ohne Skibrille. Jetzt war er schon länger nicht mehr da, der hat ja auch genug zu tun.

Wir hatten auch schon andere Rapper für Drehs hier. Wir sind zwar eine alte Eckkneipe, aber inzwischen sind 90 Prozent unserer Kundschaft junge Leute. Letztens war der neue Hertha-Spieler, Fabian Reese, mit seiner Freundin hier. Die haben ein richtiges Shooting vor der Tür gemacht. Das war ein geiles Gefühl, ich bin selbst Hertha-Fan.

In Berlin gibt es immer weniger Kiezkneipen – aber unser Laden läuft gut. Das liegt, glaube ich, daran, dass meine Frau und ich hier jeden Tag hinterm Tresen stehen. Wir lieben diesen Job, und das merken die Leute. Berlin verändert sich: Wir haben 1984 angefangen, haben den Mauerfall erlebt, die Gentrifizierung. Inzwischen erzählen mir Kunden, dass sie 800 Euro für ein WG-Zimmer zahlen! Aber wir machen kei-

nen Schickimicki. Wir erhalten die Kiezkneipenkultur.

Nächstes Jahr feiern wir 40-jähriges Bestehen. Dabei wollten meine Frau und ich die Kneipe eigentlich nur ein halbes Jahr führen. Vor uns haben das meine Schwiegereltern gemacht. 1984 baten sie uns, auszuweichen, weil es ihnen gesundheitlich nicht gut ging. Aus einem halben Jahr wurde ein weiteres halbes Jahr, und dann haben wir immer weitergemacht. Die Achtziger waren geil: Gemeinschaft hat in der Kneipe stattgefunden, man traf sich hier einfach so. Heute schreibt man auf dem Handy miteinander. Klar, die jungen Leute verabreden sich, um hier gemeinsam zu trinken, aber es ist doch etwas anderes.

Auch wenn die Stadt und die Kundschaft sich verändern – getrunken wird immer noch dasselbe: Bei uns an erster Stelle Bier. Futschi wird auch viel bestellt, Cola mit Weinbrand. Seit zehn Jahren trinken die jungen Leute mehr Berliner Luft. Aber sonst? Bleiben die Dinge, wie sie sind. Wir machen einmal im Monat Karaoke, jetzt gibt es wieder Bingoabende. Die jungen Leute hatten sich das gewünscht.«

Aufgezeichnet von Hannes Schrader

Telegram@shabarsbibliothek

Gute Stimmung, kaum Erfolge

GEFLÜCHTETE Kanzler Olaf Scholz und Innenministerin Nancy Faeser werben für Migrationsabkommen mit Ländern, aus denen viele abgelehnte Asylbewerber stammen. Doch schnelle Ergebnisse sind nicht zu erwarten – da kommen aus den eigenen Reihen bereits radikalere Forderungen.

Nancy Faeser kann noch lachen, immerhin. Daheim in Deutschland steht sie unter großem Druck. Die hohen Flüchtlingszahlen, die angespannte Sicherheitslage, die Pleite bei der Hessenwahl: Die Bundesinnenministerin von der SPD wird von vielen Seiten scharf kritisiert. Im fernen Rabat aber erntet sie erst einmal großes Lob.

Sie habe »good vibes« verbreitet, sagt Marokkos Arbeitsminister Younes Sekkouri bei der gemeinsamen Pressekonferenz zu Wochenbeginn. Sein Team sei von Faesers guter Stimmung angesteckt worden. »Thank you so much«, sagt die Gelobte – und strahlt.

Faeser hat sich in dem nordafrikanischen Land ins Zeug gelegt. Sie verhandelte mit den Marokkanern, sie umschmeichelte sie regelrecht. Ihre Mission: ein Deal bei der Migration. Das Königreich soll – anders als bisher – abgelehnte Asylbewerber verlässlich zurücknehmen. Im Gegenzug will die Bundesregierung jungen Marokkanerinnen und Marokkanern Wege eröffnen, um in Deutschland arbeiten zu können, als Pflegekraft etwa. Der Bedarf ist groß. Klingt nach einem Deal, doch so einfach ist die Lage nicht. Faeser reiste mit einer »gemeinsamen Absichtserklärung« zurück, mehr war erst mal nicht drin. Ob nun die Zahl der Abschiebungen nach Marokko spürbar steigt? Ungewiss.

Die Maghrebreise der Ministerin vermittelt einen Eindruck, wie langwierig Asylpolitik ist. Dabei benötigt die Bundesregierung schnelle Erfolge.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres beantragten rund 230.000 Menschen hierzulande Asyl – mehr als im gesamten vergangenen Jahr. Etliche Landräte und Bürgermeister fühlen sich überfordert, Wohnraum, Schul- und Kitaplätze sind vielerorts knapp (siehe auch Seite 34).

Die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Ampel ist groß, die Zustimmung zur in großen Teilen rechtsextremen AfD ist gewachsen. Viele erachten Zuwanderung und Flucht als das wichtigste Problem, um das sich die Regierung kümmern müsse. Der Bundeskanzler sieht das ähnlich und hat sich seine Hürde selbst gelegt: »Es kommen zu viele«, sagte Olaf Scholz kürzlich im Gespräch mit dem SPIEGEL. »Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu blei-

ben.« An dieser klaren Ansage muss sich der Kanzler nun messen lassen. Die Frage, ob seine Abschiebeoffensive mehr ist als nur eine Worthülse, dürfte auch über seine Wiederwahl 2025 entscheiden.

Anfang der Woche reiste Scholz nach Westafrika. In Abuja warb er um »Talente aus

Nigeria«, die zum Arbeiten nach Deutschland kommen könnten. Zugleich drängte er darauf, dass die Regierung Landsleute zurücknimmt, wenn ihr Antrag auf Asyl in Deutschland abgelehnt wurde. Knapp 14.000 Nigerianer sind aktuell ausreisepflichtig, davon sind rund 12.500 geduldet, oft weil sie keine Ausweis-

Regierungschef Scholz in Nigeria



papiere haben. Wenn die Dokumente fehlen, verweigert Nigeria die Rücknahme, es ist ein Dauerproblem in der Asylpolitik.

Scholz' Team mühte sich, Nigerias Präsidenten Bola Ahmed Tinubu dazu zu bringen, dass seine Behörden bei der Identitätsfeststellung helfen. Doch Tinubu verweigerte die Zusage. Seine Landsleute seien in Nigeria »willkommen«, sagte er, »soweit sie sich gut benommen haben.« Vage Worte, kaum geeignet als Basis für verbindliche Abmachungen, wie Scholz sie wünscht. Der Kanzler wird noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen.

Scholz scheint dazu entschlossen. Legale Arbeitsmigration nach Deutschland im Austausch gegen erleichterte Abschiebungen, der Kanzler schwärmt von einer »Win-win-Geschichte«. Er muss nun nur noch dafür sorgen, dass sich auch alle als Gewinner sehen. Das gilt nicht nur für die künftigen Partner im Ausland, sondern ebenso in Berlin. Scholz sucht neuerdings das Gespräch mit der Union.

»Eine sozialdemokratische Ideallösung sieht anders aus.«

Lars Castellucci, Frank Schwabe, Fabian Funke, Bundestagsabgeordnete

Lange zeigte der Kanzler Oppositionsführer Friedrich Merz die kalte Schulter. Nun schreiben sie einander nette Briefe, verabreden sich zu abendlichen Runden, um über die Migrationspolitik zu sprechen. Auch am Montag wird das Thema oben auf der Tagesordnung stehen, wenn Scholz die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder trifft.

In der SPD hofft man, dass er die Vorbehalte der Union beim Fachkräfteeinwanderungsgesetz ausräumt. Dass auch CDU und CSU nicht nur Ja zu mehr Abschiebungen sagen –

sondern auch zu Arbeitsmigration im großen Stil. Bisher sieht die Union das so: Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz diene nicht der Einwanderung von Fachkräften, sondern locke lediglich Geringqualifizierte nach Deutschland.

Der Kanzler sucht – zumindest nach außen hin – den überparteilichen Konsens in der Asylfrage, er sorgt sich offenbar vor ihrem gesellschaftlichen Spaltpotenzial. Zudem will er sich nicht von der Union mit immer neuen Forderungen treiben lassen.

Doch die Konflikte gibt es nicht nur mit der Opposition, selbst in der Ampel ebbend sie nicht ab. Sollte Scholz gehofft haben, mit seiner Klartextansage im SPIEGEL die Ampel hinter sich zu vereinen, hat er sich getäuscht. Die FDP sieht sich von der neuen Härte des Kanzlers offenbar dazu ermuntert, ihrerseits noch schärfere Vorschläge vorzubringen. Finanzminister Christian Lindner und Justizminister Marco Buschmann fordern die Absenkung von Leistungen für Asylbewerber – unter Umständen sogar »auf null«.

Und selbst aus der SPD kommt jetzt ein Vorstoß, der die klare Linie des Kanzlers fast milde erscheinen lässt – und sie sogar infrage stellt.

Die Bundestagsabgeordneten Lars Castellucci, Fabian Funke und Frank Schwabe haben ein Papier verfasst, das eine radikale Abkehr von der bisherigen europäischen Asylpraxis vorsieht. Es trägt den Titel »Schluss mit dem Massengrab Mittelmeer durch humanes und kontrolliertes Asylmanagement« und liegt dem SPIEGEL vor.

Die Kernidee: Schutzsuchende sollen gar nicht erst nach Europa kommen, um einen Antrag auf Asyl zu stellen. Die Verfahren sollen außerhalb der EU, in sogenannten sicheren Drittstaaten stattfinden. Dafür bräuchte es dort »Migrationszentren«, die »als Anker- und Anlaufpunkt für Schutzsuchende« dienen sollen. »Jeder Person, die die gesetzlichen Kriterien für Asyl erfüllt, wird ein Schutzstatus gewährt. Es gibt keine Obergrenze für Schutzsuchende. So wird irreguläre und lebensbedrohliche Migration durch legale und sichere Migration ersetzt«, heißt es in dem Papier. Wer asylberechtigt ist, soll von dort direkt in ein EU-Land geflogen werden, ohne in marode Boote steigen zu müssen, die immer wieder untergehen und Menschen in den Tod reißen.

Was nach einer Auslagerung von Verantwortung klingt, erklären die drei Sozialdemokraten so: »Schutzsuchende müssen die Möglichkeit bekommen, Asylanträge für EU-Mitgliedstaaten zu stellen, ohne dass sie ihr Leben riskieren und sich in die Hände von Schleppern und Schleusern begeben müssen.« Bislang müssen Migranten EU-Boden betreten, um Asyl beantragen zu können. Dann haben sie das Recht, bis zur Entscheidung zu bleiben.

Nach dem Willen des SPD-Trios wäre damit Schluss. Auch Asylbewerber, die bereits in die EU eingereist sind, sollen für die Dauer ihres Verfahrens in sichere Drittstaaten ge-



Michael Kappeler / dpa

bracht werden können. In den dortigen Migrationszentren sollen dann ihre Asylanträge bearbeitet werden. »Bei positivem Bescheid wird über Kontingente die sichere Reise in die EU gewährleistet«, schreiben Castellucci, Schwabe und Funke.

Bemerkenswert ist: Die drei Verfasser gehören nicht etwa dem konservativen Flügel der SPD an. Der Menschenrechtspolitiker Schwabe und der Juso Funke sind Parteilinke, der stellvertretende Innenausschussvorsitzende Castellucci zählt zu der laut Selbstbeschreibung progressiven Strömung der Netzwerker. »Uns ist bewusst«, schreiben sie, »dass eine sozialdemokratische Ideallösung anders aussieht.« Dass selbst Linke offen sind für eine 180-Grad-Wende in der EU-Asylpraxis, liegt einerseits am Massensterben im Mittelmeer. Andererseits dürfte es auch am Druck aus dem Wahlkreis liegen, den viele Abgeordnete zunehmend spüren. Die Angst ist groß, dass die AfD von der Unzufriedenheit vieler mit der Asylpolitik profitiert und an Einfluss gewinnt.

Welche Länder sich für die Pläne eignen würden, lassen die drei Sozialdemokraten offen. Sie betonen, dass die Staaten die »Migrationszentren« für Asylverfahren gemeinsam mit dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen und der EU betreiben müssten. Außerdem müsse ein solches Vorgehen »allen humanitären und menschenrechtlichen Standards« genügen. Mögliche Gegenleistungen für kooperierende Drittstaaten könnten vereinfachte EU-Arbeitsvisa für die Bürgerinnen und Bürger der jeweiligen Länder sein. Oder »Zuwendungen« für Regionen mit Migrationszentren, sprich: ein großzügiges Geldgeschenk.

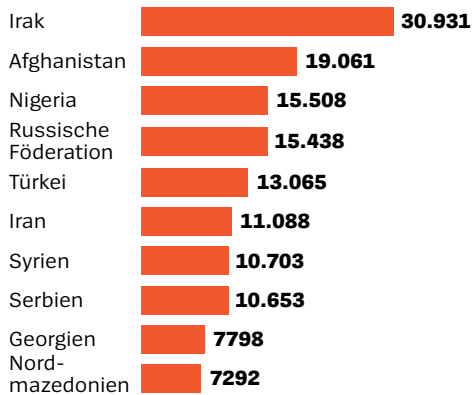
Die vorgebrachte Idee ist nicht neu: Schon 2004 schlug der damalige Innenminister Otto Schily (SPD) vor, Aufnahmezentren für Flüchtlinge in Nordafrika zu schaffen und dort Asylanträge zu prüfen. 2015 wärmte sein Nachfolger Thomas de Maizière (CDU) den Vorschlag auf. Beide Male war die Empörung im linken politischen Spektrum groß.

Heute wird die Idee ernsthaft debattiert. Der Migrationsexperte Gerald Knaus wirbt für Asylverfahren in sicheren Drittstaaten und findet parteiübergreifend Gehör. Der Impuls des SPD-Trios ist von Knaus inspiriert, auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hatte den Vorschlag kürzlich vorgebracht. Der Kanzler wurde auf seiner Westafrikareise danach gefragt. »Es gibt viele Vorschläge, zu denen man vielleicht erst die Drittstaaten fragen sollte, was sie dazu sagen, bevor man anfängt, das im Einzelnen zu diskutieren«, sagte Scholz. Er gab sich skeptisch, lehnte die Idee aber auch nicht klar ab. Ebenso Faeser. In Marokko sagte sie, die von ihr geplanten Migrationsabkommen mit einzelnen Herkunftsländern seien zielführender. Aber sind sie auch realistisch?

Der Mann, der die Migrationsabkommen aushandeln soll, steht am Montagabend im Garten der Residenz des deutschen Botschaft-

Unerwünscht

Häufigste Herkunftsländer ausreisepflichtiger Ausländer in Deutschland*



* zum 30. Juni 2023, insgesamt 279.098 Menschen, von ihnen sind 224.768 geduldet (u. a. wegen fehlender Dokumente, medizinischer oder humanitärer Gründe)

Quelle: Bundesregierung

ters in Rabat, der Mond taucht die Palmen in ein fahles Licht. Joachim Stamp zieht an seiner Zigarette. Er ist zufrieden. Der erste Schritt mit Marokko ist getan.

Der FDP-Politiker war einst Integrationsminister in Nordrhein-Westfalen. Seit Februar ist er Sonderbevollmächtigter für Migrationsabkommen, ein Job, den es vorher nicht gab. Er war in Tiflis und Chişinău, in Taschkent und Bischkek, den Hauptstädten von Georgien, Moldau, Usbekistan und Kirgisistan. Mit Kolumbien und Kenia laufen ebenfalls Gespräche. Und mit weiteren Staaten, denen die Bundesregierung Vertraulichkeit versprochen hat. Stamp hat sich Visitenkarten auf Arabisch und Russisch drucken lassen. Weitere Sprachen könnten folgen.

Der Sonderbevollmächtigte soll ausloten, unter welchen Bedingungen Staaten zur Rücknahme abgelehnter Asylbewerber bereit sind. Anbieten kann er den Ländern neben Jobmöglichkeiten für Fachkräfte erleichterte



Migranten auf Lampedusa

Visazugänge oder auch Investitionen in Zukunftstechnologien. Mit Georgien und Moldau sollen die Gespräche weit gediehen sein. Bald dürften beide Staaten vom Bundestag zudem zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden, was Asylverfahren und Abschiebungen beschleunigen soll. Aus Sicht der Bundesregierung wäre es ein wichtiger Schritt: Die rund 25.000 Asylanträge, die Georgier und Moldauer seit 2021 in Deutschland gestellt haben, wurden nahezu alle abgelehnt.

Doch ein fertiges Migrationsabkommen kann Stamp auch nach neun Monaten im Job nicht vorweisen. Von Anfang an hat er versucht, die Erwartungen zu dämpfen. Eine Wirkung sei »eher mittel- und langfristig« zu erwarten, sagte er kürzlich dem SPIEGEL.

Stamps Chef, Innenministerin Faeser, ist jedoch auf schnelle Erfolge angewiesen. Sie wollte Ministerpräsidentin in Hessen werden, die Wahl am 8. Oktober endete im Debakel. In Umfragen befand eine Mehrheit, Faeser solle als Innenministerin zurücktreten. Doch Scholz beließ sie im Kabinett, hat sich aber eines ihrer Kernthemen, die Migration, zur eigenen Aufgabe gemacht. Jetzt muss Faeser sich dringend beweisen.

Kaum eine Woche vergeht, in der sie nicht ein neues Gesetz vorlegt: Die Dauer des Ausreisegewahrsams soll verlängert werden, damit die Behörden Abschiebungen besser vorbereiten können. Beamte sollen mehr Befugnisse bekommen, Flüchtlingsheime nach Menschen zu durchsuchen, die Deutschland verlassen müssen. Schleuser sollen härter bestraft werden. An den Grenzen nach Tschechien und Polen ordnete Faeser stationäre Kontrollen an.

All das soll signalisieren: Die Ampel bekommt die Migration unter Kontrolle. Intern rechnet aber auch die Bundesregierung damit, dass derartige Maßnahmen die Zahl der Asylbewerber nur in überschaubarem Umfang senken werden. In einem der Gesetzentwürfe schätzen die Beamten, dass es etwa 600 zusätzliche Abschiebungen jährlich geben dürfte. Im laufenden Jahr waren es bisher insgesamt gut 12.000.

Faesers Hoffnung liegt auf der Reform des europäischen Asylsystems, die sie mitverhandelt hat. Über einen großen Teil der Anträge soll künftig in Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen entschieden werden. Abgelehnte Asylbewerber sollen direkt abgeschoben, Flüchtlinge gerechter auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Ob das Modell funktioniert? Und ob es reicht, um Deutschland zu entlasten? Offen ist zudem, wann die Reform in Kraft tritt. EU-Kommission und EU-Parlament sind sich in vielem noch uneins, und auch zwischen den EU-Staaten ist längst nicht alles geklärt.

Scholz, Faeser und Stamp werden künftig viel auf Reisen sein, um für Migrationsabkommen zu werben. Sie werden auch gegenüber zweifelhaften Staatschefs um »good vibes« bemüht sein. Damit die Ampel-Asylpolitik nicht zur Luftnummer wird.

Marina Kormbaki, Wolf Wiedmann-Schmidt



CDU-Politiker Frei mit Ukrainerinnen: Über Ausgestaltung der Hilfen »noch mal neu nachdenken«

Florian Boillot

Ungleiche Flüchtlinge

SOZIALES Arbeiten deshalb nicht mehr ukrainische Geflüchtete in Deutschland, weil sie Bürgergeld beziehen? Die Diskussion wird von Union und FDP befeuert, Experten bezweifeln einen Zusammenhang.

Ernüchternd« – so beschreibt Matthias Jendricke seine Erfahrung mit ukrainischen Geflüchteten, »ziemlich ernüchternd«. 50 Minuten lang erläutert er am Telefon, wie er zu dieser Einschätzung gelangt.

Jendricke ist Landrat im thüringischen Nordhausen. Er habe geglaubt, sagt der SPD-Politiker, dass man die Ukrainerinnen und Ukrainer leichter in den Arbeitsmarkt bekommen würde als andere Geflüchtete, wegen ihrer Ausbildung, wegen ihrer Kenntnisse über Deutschland. Deshalb habe er in den Wochen nach dem russischen Überfall auf die Ukraine Geflüchtete aus dem Land sogar mit Bussen aus Berlin abholen lassen. Er habe helfen wollen, sagt Jendricke. Und sein Landkreis habe dringend Arbeitskräfte gebraucht. Doch dann, sagt der SPD-Mann, »kam die völlig falsche Entscheidung«.

Er meint den Beschluss, wonach ukrainische Geflüchtete Bürgergeld anstelle von Asylbewerberleistungen erhalten. Die Bundesregierung ließ ihn zum 1. Juni vergangenen Jahres in Kraft treten. Ukrainische Geflüchtete erhalten damit 502 Euro im Mo-

nat statt 410 Euro und dürfen von Anfang an in einer Wohnung statt in einer Gemeinschaftsunterkunft leben. »Damit hat man es ihnen zu nett gemacht«, sagt Jendricke. »Dann ist einfach das Sofa gemütlicher als der Deutschkurs.«

Ähnlich sieht es Joachim Walter von der CDU, auch er ist Landrat, im Kreis Tübingen in Baden-Württemberg. »Die Arbeitsbereitschaft von Geflüchteten aus der Ukraine hat mit dem Wechsel hin zum Bürgergeld deutlich nachgelassen«, sagt Walter. Auch er macht die »hohen Zahlungen« dafür verantwortlich: »Das treibt die Menschen nicht unbedingt an, hier zu arbeiten.« Von den rund 3400 ukrainischen Geflüchteten, die sein Landkreis aufgenommen habe, würden nur 60 arbeiten, rechnet Walter vor. Die Mehrheit der Erwachsenen – nämlich 1960 Menschen – bezöge demnach Bürgergeld, 720 Geflüchtete besuchten Sprachkurse.

Jendricke und Walter sind nur zwei von vielen Kommunalpolitikern, die sich so oder so ähnlich zuletzt zu Wort gemeldet haben. Auch der Deutsche Landkreistag forderte vor

wenigen Wochen, dass neu nach Deutschland kommende Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nicht mehr unmittelbar Bürgergeld erhalten sollten, sondern künftig wieder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Nordrhein-Westfalens CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst schaltete sich kürzlich ebenfalls in die Debatte ein. »Wenn etwas nicht funktioniert, muss man es auch ändern«, sagte er dem Sender RTL.

Derzeit haben etwa 19 Prozent der nach Deutschland geflüchteten erwerbsfähigen Ukrainer einen sozialversicherungspflichtigen Job – in anderen europäischen Ländern ist die Quote teilweise deutlich höher. So lag sie 2022 laut einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen bei 66, in den Niederlanden sogar bei schätzungsweise 70 Prozent. Etwa 700.000 Ukrainer beziehen hierzulande Bürgergeld, darunter auch Kinder. Und wie immer gibt es auch eine schwer einzuschätzende Zahl an Geflüchteten, die sich über Schwarzarbeit etwas dazuverdienen.

Die Ampelkoalition hatte im Juni 2022 ukrainische Geflüchtete ins Bürgergeldsystem integriert und damit bessergestellt als andere neu ankommende Geflüchtete. Ukrainerinnen und Ukrainer müssen nach einer EU-Regelung auch keinen Asylantrag in Deutschland stellen.

Inzwischen hat die Regierung erkannt, welche zusätzlichen Ausgaben die besondere Behandlung für den Haushalt bedeutet. Kein Wunder also, dass sich Finanzminister Christian Lindner (FDP) jüngst zu dem Thema äußerte, als er die Steuerschätzung vorstellte. Er mache »nur eine Fußnote«, sagte Lindner – und verwies dann auf die Ausgaben für das Bürgergeld für ukrainische Flüchtlinge: Diese würden im Bundesetat »im nächsten Jahr mit 5,5 bis 6 Milliarden Euro zu Buche« schlagen.

Aber es ist eine heikle Debatte: Bislang gilt maximale Solidarität zur Ukraine als Konsens unter den etablierten Parteien. In der CDU hat man noch den Aufschrei im Ohr, den Parteichef Friedrich Merz auslöste, als er im Herbst 2022 einen »Sozialtourismus« ukrainischer Flüchtlinge konstatierte. Droht Ähnliches, wenn man für sie nun eine Leistungskürzung fordert? Ist das Argument, die höheren Sozialleistungen wirkten arbeitshemmend, überhaupt stichhaltig?

Prominente CDU-Bundespolitiker sind sich in der Antwort einig. »Angesichts der extrem ungleichen Verteilung der Flüchtlinge in Europa müssen wir über die konkrete Aus-

**Rund
19
Prozent**

**der
geflüchteten
erwerbs-
fähigen
Ukrainer
haben
einen sozial-
versiche-
rungspflichtigen Job.**

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

gestaltung der Hilfen noch einmal neu nachdenken«, sagt Thorsten Frei, der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsbundestagsfraktion. Man müsse der Frage nachgehen, »warum die Zahl der Kriegsflüchtlinge, die hierzulande einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen, so viel niedriger ist als in den anderen europäischen Ländern«. Die Bereitschaft der Bevölkerung, diesen Menschen zu helfen, werde nur erhalten bleiben, glaubt der CDU-Politiker, »wenn sie den Eindruck hat, dass die Flüchtlinge aus der Ukraine zunächst einmal alles versuchen, um sich selbst zu helfen«.

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann kritisiert, »dass das Bürgergeld an alle de facto bedingungslos gezahlt wird.« Es müsse »doch klar sein, dass jeder, der in Deutschland Sozialleistungen bezieht und arbeiten kann, auch arbeiten gehen muss«. In der Union ist man der Meinung, das Bürgergeld halte auch deutsche Empfänger vom Arbeiten ab.

Selbst in der Ampelkoalition gibt es ähnliche Stimmen. So sagt der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler: »Das Bürgergeld setzt falsche Anreize für Flüchtlinge – auch für die aus der Ukraine.« Allerdings ist bei den Liberalen auch die Gegenposition zu vernehmen, etwa vom Arbeitsmarktexperten Pascal Kober. Auch er will ukrainische Flüchtlinge verstärkt in den Arbeitsmarkt bringen, aber unter den bestehenden Bedingungen.

Herbert Brücker, Leiter des Bereichs Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, sieht keinen Zusammenhang zwischen Bürgergeld und Arbeitsquote. »Das Bürgergeld ist ja nicht mal sehr viel höher als die Leistungen, die Asylbewerber bekommen«, sagt der Experte. Dass die Differenz von 92 Euro »den großen Unterschied« mache, könne er sich nicht vorstellen.

Aus Brückers Sicht gibt es andere Gründe dafür, dass bisher nur knapp ein Fünftel der ukrainischen Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter in Deutschland einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen. Etwa 70 Prozent der arbeitslosen Ukrainerinnen und Ukrainer besuchten derzeit Sprachkurse oder machten eine Ausbildung. »Diese Menschen stehen dem Arbeitsmarkt natürlich nicht wirklich zur Verfügung«, sagt er. Sie könnten durch diese Kurse jedoch langfristig besser an Jobs gelangen, die ihrer Qualifikation entsprechen.

Zudem seien etwa 80 Prozent der Geflüchteten Frauen, da die meisten Männer wegen der Wehrpflicht in der Ukraine bleiben mussten, sagt der Experte. Sehr viele dieser Frauen müssten ihre Kinder oder auch ältere Angehörige oder Bekannte versorgen. Eine Kita zu finden sei schon für viele deutsche Familien schwierig – erst recht für Geflüchtete. Hinzu käme bei vielen die psychische Belastung durch den Krieg.

»Grundsätzlich ist das Bildungsniveau der Ukrainer sehr hoch«, ergänzt Brücker. »Die Anerkennung der Abschlüsse ist aber sehr



PAUL LOUIS WÄGNER / GFF

»Für Menschen, die schon hier sind, müssten Leistungsänderungen möglich sein.«

Nora Markard, Juristin

kompliziert, weil sich das deutsche vom ukrainischen Bildungssystem stark unterscheidet.« Aus Brückers Sicht wird das im Pflegebereich deutlich. Krankenschwestern hätten in der Ukraine in der Regel sogar studiert, fänden hier dann aber oft keinen Job, weil ihnen praktische Ausbildungselemente fehlten.

Mit der Zeit würden außerdem deutlich mehr Ukrainer Jobs bekommen, glaubt der Experte. So sei es auch bei Geflüchteten aus anderen Ländern gewesen: »Nach sechs Jahren liegt Deutschland bei der Erwerbstätigenquote unter Geflüchteten mit 54 Prozent klar vor anderen Ländern«, sagt Brücker.

Bleibt allerdings die offensichtliche Ungleichbehandlung von Geflüchteten in Deutschland in den ersten Monaten. Könnte

»Jobturbo« für Ukrainerinnen und Ukrainer in Deutschland

Hubertus Heil, Arbeitsminister



Jens Gyarmaty / Jens Gyarmaty / laif

die Gleichheit wiederhergestellt werden, indem auch Geflüchtete aus der Ukraine Leistungen wie Asylbewerber erhalten, auch wenn sie ausländerrechtlich einen anderen Status haben?

Rechtlich möglich wäre eine entsprechende Änderung, erklärt Nora Markard, die an der Universität Münster zu internationalem öffentlichem Recht und Menschenrechtsschutz forscht. Laut der entsprechenden EU-Richtlinie, die für ukrainische Kriegsflüchtlinge gilt, sei nur wichtig, dass gewisse Mindestanforderungen erfüllt sind – also Sozialleistungen, Sicherung des Lebensunterhalts und medizinische Versorgung.

Zwar sei es wegen ihres aktuellen Aufenthaltstitels bislang nicht möglich, ukrainischen Geflüchteten nur noch die Leistungen für Asylbewerber zu zahlen. »Das könnte man aber ändern, indem das Gesetz reformiert wird«, sagt Markard. »Für Menschen, die schon hier sind, müsste das ebenfalls möglich sein. Das wäre kein Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot.« Allerdings gibt es auch Experten, die eine Zurückstufung rechtlich für bedenklich halten.

Für Sozialdemokraten und Grüne im Bund besteht dazu auch keine Notwendigkeit. Natürlich müssten Geflüchtete in den Arbeitsmarkt integriert werden, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Helge Lindh. »Dass das nicht sofort passiert, hängt aber nicht mit vermeintlich hohen Sozialleistungen zusammen.« Lindh ist sich sicher: »Was uns nicht helfen wird, sind Leistungskürzungen und Stimmungsmache gegen Geflüchtete.« Deutschland habe sich bewusst dazu entschieden, den Ukrainerinnen und Ukrainern beizustehen. »Das sollte man in so einer Debatte nicht leichtfertig revidieren.«

Die Grünenvorsitzende Ricarda Lang drückt es ähnlich aus. »In der aktuellen Debatte dürfen wir nicht in einen Überbietungswettbewerb um die vermeintlich härteste Forderung verfallen«, sagt sie. »Stattdessen gilt es das voranzutreiben, was den Kommunen vor Ort tatsächlich hilft.«

Lindh und Lang sind sich jedoch auch darin einig, dass Hürden, die ukrainischen Geflüchteten bislang die Aufnahme von Arbeit erschwerten, dringend beseitigt werden müssten. Das sieht mittlerweile auch die Bundesregierung so: SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil kündigte unlängst einen »Jobturbo« für Ukrainerinnen und Ukrainer an. Erwerbsfähige Geflüchtete aus dem Kriegsland, die Bürgergeld beziehen, sollen künftig alle sechs Wochen beim Amt vorsprechen müssen. Zudem sollen die Ämter aktiver Arbeitsangebote vermitteln, bei mangelnder Kooperation können Leistungen gekürzt werden.

Die Bundesregierung nehme »Sorgen vor Überforderung und Kontrollverlust« durch die hohen Migrationszahlen ernst, sagt Heil. Daher sollten nun auch die, die in Deutschland Schutz fänden, ihren Beitrag leisten.

Sophie Garbe, Florian Gathmann, Marco Rauch, Serafin Reiber, Sarah Vojta, Severin Weiland

Platznot in den Häfen

ASYLPOLITIK Rund 120 Kommunen haben sich im Bündnis »Städte Sicherer Häfen« zusammengetan. Ihr Ziel: Sie wollen mehr Flüchtlinge aufnehmen, als ihnen die Bundesländer zuweisen. Doch wie realistisch ist das überhaupt noch?

An einer viel befahrenen Straße neben ein paar Plattenbauten stehen die neuen Notunterkünfte für Geflüchtete im Zentrum Leipzigs, unweit der Deutschen Nationalbibliothek. Vier der Leichtbauhallen werden bald als Schlaf- und Wohnbereiche dienen, eine weitere ist für die Gemeinschaftsküchen vorgesehen. Draußen stehen Container mit Duschen und Toiletten. Das ganze Areal ist umgeben von einem hohen Metallzaun.

In den Unterkünften sollen dünne Trennwände ein Minimum an Privatsphäre garantieren. Die nach oben offenen Zellen sind jeweils mit zwei Doppelstockbetten, vier Spinden und einem Tisch möbliert. Durch die Zeltplanen dringt der Lärm der angrenzenden Straße. »Es wird hier insgesamt sehr laut werden, und eines ist klar: Es ist eine Notlösung«, sagt Einrichtungsleiterin Manon Martens, die durch die Hallen führt, bevor nun Anfang November die ersten der rund 200 Geflüchteten einziehen.

»Ich kann mir vorstellen, dass manche, die hierherkommen, frustriert sein werden«, sagt sie. Viele der Geflüchteten kämen aus Erstaufnahmeeinrichtungen und erhofften sich wahrscheinlich eine Verbesserung ihrer Wohnsituation. Sie habe die Sorge, dass sie den Wechsel nicht als eine solche empfinden würden.

Insbesondere alleinstehende Männer müssen sich in Leipzig darauf einstellen, dass sie so schnell keine andere Bleibe finden werden. Freie Plätze in besser geeigneten Gemeinschaftsunterkünften oder Wohnungen würden bevorzugt an Familien vermittelt, heißt es bei der Stadtverwaltung. Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Seit 2021 kamen rund 4000 Asylsuchende aus Ländern wie Syrien, Afghanistan und Venezuela in Leipzig an, hinzu kamen seit dem russischen Angriffskrieg 11.000 Geflüchtete aus der Ukraine. Die Stadtverantwortlichen wissen nicht mehr, wie sie so vielen Migrantinnen und

»Wir brauchen ein neues, kluges System der Zuwanderung.«

Matthias Knecht, Oberbürgermeister von Ludwigsburg

Migranten eine gute Perspektive bieten sollen.

Dabei gehört Leipzig zum Bündnis »Städte Sicherer Häfen«, also jenen Kommunen in Deutschland, die sich besonders offen für Geflüchtete zeigen – und sogar fordern, mehr Menschen aufnehmen zu dürfen, als ihnen zugewiesen werden. Asylsuchende werden nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel, der sich nach Steuereinnahmen und Bevölkerungszahl richtet, auf die Bundesländer verteilt – nicht nach der Aufnahmebereitschaft der Städte dort.

Im Herbst 2020 hatte der Leipziger Stadtrat beschlossen, ein »Sicherer Hafen« zu werden. Zu dem Bündnis zählen inzwischen 125 Kommunen, darunter Metropolen wie Berlin und München, aber auch Städte wie Gevelsberg in Nordrhein-Westfalen oder das baden-württembergische Örtchen Deckenpfronn mit nur rund 3000 Einwohnern. Der Verbund kämpfte in der Vergangenheit lautstark dafür, auf eigene Initiative schiffbrüchige Migranten aus dem Mittelmeer aufnehmen zu dürfen oder unbegleitete Minderjährige aus

Leipziger Einrichtungsleiterin Martens: Doppelstockbetten und Spinde



Thomas Victor / DER SPIEGEL

griechischen Elendslagern wie Moria. Manche boten auch zusätzliche Plätze für afghanische Ortskräfte an.

Doch inzwischen ist es still geworden um die Initiative.

Leipzig kann über die der Stadt zugewiesenen Menschen hinaus schwerlich noch weitere aufnehmen. So viel ist klar. Auch wenn Sozialbürgermeisterin Martina Münch (SPD) sagt, dass man weiterhin zur »Verpflichtung, Menschen in Not zu helfen«, stehe. Doch wie sieht es bei den anderen Mitgliedern aus? Welche Städte und Gemeinden sehen sich angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen noch so gut aufgestellt, dass sie an den Zielen des Bündnisses festhalten wollen? Und erwarten sie auf absehbare Zeit eine Entlastung?

Eine SPIEGEL-Anfrage bei den 125 Partnern der »humanitären Wertgemeinschaft«, von denen 105 antworteten, ergab folgendes Bild: Mehr als 40 Prozent der Städte gaben an, dass es bei ihnen im Oktober keine freien Unterkunftsplätze mehr für Geflüchtete gegeben habe oder nur noch vereinzelt. Nicht abgefragt wurde, wie viele Migranten über die vorgegebene Quote hinaus derzeit untergebracht sind. Städte wie Regensburg, Konstanz oder das kleine Deckenpfronn wiesen jedoch darauf hin, ohnehin schon mehr Menschen aufgenommen zu haben, als sie müssten.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine groß angelegte Onlineumfrage, die der Mediendienst Integration zusammen mit der Universität Hildesheim bundesweit unter deutschen Städten machte. 40 Prozent der 600 teilnehmenden Kommunen berichteten demzufolge von einer »Überlastung« beziehungsweise sehen sich »im Notfallmodus«.

Beim Bündnis Städte Sicherer Häfen gaben in der SPIEGEL-Erhebung zudem ein knappes Drittel der Gemeinden an, dass sie Notunterkünfte einrichten mussten. Allerdings unterscheiden sich die Definitionen. Manche Verwaltungen benutzen den Begriff nur, wenn sie Zelte aufstellen oder Turnhallen zweckentfremden mussten. Andere bezeichnen auch Container und angemietete Hotelzimmer als Notunterkünfte.

In Berlin kamen seit Januar mehr als 12.000 Geflüchtete an, im Vergleich zum gesamten Vorjahr ist das eine Steigerung von mehr als 30 Prozent. Der Senat ist dabei, rund 8000 zusätzliche Schlafplätze als Reserve einzurichten. Dafür soll etwa das sogenannte Ankerzentrum auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel ausgebaut werden.



Thomas Victor / DER SPIEGEL

Leichtbauhallen in Leipzig: »Manche, die hierherkommen, werden frustriert sein«

Auch in vielen anderen Städten versuchen die Mitarbeiter der Sozialbehörden jeden Tag aufs Neue, freie Zimmer oder Wohnungen zu finden. In Darmstadt etwa konnten sie Hunderte Plätze in Hotels oder Pensionen für Geflüchtete anmieten, außerdem will die Stadt zusätzlich bald ein Bürogebäude nutzen.

Die Dresdner Behörden stellten bis Ende September fast 850 Plätze »in Hotels, Eventhallen und Wohncontainern bereit«. Anfang 2024 will man zudem sechs Wohncontainer-Standorte mit mehr als 500 Betten in Betrieb nehmen. Gevelsberg im südlichen Ruhrgebiet mit 32.000 Einwohnern nutzt nun Etagen eines ehemaligen Kaufhauses in der Innenstadt, um Asylsuchende unterzubringen. Derzeit gibt es dort 50 Plätze, die Stadt will weitere 50 einrichten. Ursprünglich hatten die Gevelsberger die Idee, dass dort die Bücherei und die Musikschule einziehen könnten.

Auf die Frage, ob sie in absehbarer Zeit mit einer Entspannung der Lage rechneten, antworteten drei Viertel der befragten Kommunen mit: Nein. Denn es geht ja nicht nur darum, die Geflüchteten unterzubringen. »Die größte Herausforderung ist die Versorgung mit Kita- und Schulplätzen sowie die professionelle und auch ehrenamtliche Betreuung von Flüchtlingen«, heißt es etwa im baden-württembergischen Schwäbisch Gmünd. Aus Bonn kommt die Einschätzung: »Der Krieg in der Ukraine hält an, ebenso der Zustrom von Geflüchteten in die Europäische Union, vor allem aus Syrien, Afghanistan und den afrikanischen Ländern.« Zusätzliche Krisensituationen wie aktuell in Israel und Palästina oder Aserbaidschan entstünden neu. Hinzu komme, dass die Zahl wohnungsloser Menschen in Bonn wie in den meisten Großstädten beständig zunehme, für deren Unterbringung die Städte ebenfalls verantwortlich seien.

Die bayerische Landeshauptstadt München geht indes davon aus, dass der Druck zumindest im Winter nachlasse. Braun-

schweig schreibt, die Entwicklung hänge davon ab, ob und wie die europäischen Staaten mit der Reform des Asylsystems vorankämen.

Bezeichnend ist, dass kaum eine andere Kommune den Asylkompromiss explizit erwähnt, um den die EU-Mitgliedstaaten derzeit ringen, um die Flüchtlingszahlen zu reduzieren. Eine zügige Entlastung an der Basis scheint sich dadurch also fast niemand zu erhoffen. Genauso wenig wie von den Ankündigungen der Bundesregierung, verstärkt abschieben zu wollen oder illegale Migration einzudämmen. Am kommenden Montag wird sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit den Ministerpräsidenten der Länder treffen, um über diese Themen zu beraten.

Mike Schubert, SPD-Oberbürgermeister in Potsdam und Wortführer des Bündnisses Städte Sicherer Häfen, sitzt in seinem Büro im Rathaus der brandenburgischen Landeshauptstadt. Er hat in den vergangenen Jahren viel Zeit und Arbeit in die Initiative gesteckt. Als Horst Seehofer (CSU) noch Bundesinnenminister war, bis 2021 also, habe er »eine kleine Brieffreundschaft« mit ihm gepflegt, erzählt Schubert. Seehofer störte sich an den flüchtlingsfreundlichen Lokalpolitikern, sendeten sie doch fortwährend das Signal, Asylsuchende seien hierzulande willkommen. Der Innenminister setzte lieber auf Abschreckung und fand einen Alleingang kommunaler Aktivisten in der Asylpolitik kontraproduktiv. Schubert und seine Mitstreiter ließen sich davon nicht beirren.

Aber auch Potsdam ist an seine Grenzen gekommen. Schubert musste in Büroräumen auf dem Gelände der Stadtverwaltung Unterkünfte einrichten, bald soll auch wieder eine Halle im Filmpark Babelsberg umfunktioniert werden. Auch er weist darauf hin, dass es ja nicht nur darum gehe, Wohnungen bereitzustellen. »Wenn Integrationsarbeit funktionieren soll, dann muss vom Sportverein über die Schulen über die Kitas eben alles mitwachsen«, sagt Schubert. »Ansonsten ver-

lieren wir die Akzeptanz in der Bevölkerung.« Ob sich das Städtebündnis seiner Meinung nach überlebt hat? Der Bürgermeister schüttelt den Kopf. Noch immer würden Städte zu der Initiative dazustoßen, zuletzt das baden-württembergische Wiesloch. »Wir sehen uns auch ein Stück weit als Plattform für jene, die sagen: Bitte nehmt uns doch als Kommunen in der Diskussion mit.« Das Ziel, einen sinnvolleren Verteilungsmechanismus für Geflüchtete zu schaffen, sei nicht weniger wichtig geworden. Zudem habe sich nichts am Grundkonsens geändert. »Dieser lautet: Wir bieten gerne Menschen Sicherheit in unseren Städten, wenn wir die Kapazitäten dafür haben«, sagt er.

Eine ähnliche Haltung drücken auch viele andere Lokalpolitikerinnen und -politiker aus. »Wir stehen nach wie vor zu unserem Beitritt zum Bündnis, auch als ein Bekenntnis zur zivilen Seenotrettung«, schreibt etwa der parteilose Ludwigsburger Oberbürgermeister Matthias Knecht. Allerdings seien die Kommunen bei der Unterbringung von geflüchteten Menschen am äußersten Rand der Kapazitäten angekommen. »Meiner Meinung nach brauchen wir ein neues, kluges System der Zuwanderung, damit auch nur jene zu uns kommen, die Asyl zwingend brauchen.«

Einzelne Städte bieten aber auch weiterhin zusätzliche Plätze an, Arnberg in Nordrhein-Westfalen mit seinen 74.000 Einwohnern etwa. »Sicherlich würden wir es ermöglichen, über das Aufnahmemaß hinaus eine begrenzte Anzahl von in Seenot geratenen Flüchtlingen aufzunehmen«, schreibt eine Sprecherin. Dabei dürfe aber die Grenze von etwa 20 Geflüchteten nicht überschritten werden. Flensburg gibt an, noch circa 150 freie Betten zu haben und deshalb auch über die Zuweisungen des Landes hinaus Migranten aufnehmen zu können. Die Lage sei »herausfordernd, aber nicht kritisch«. Ähnlich sehen das rund 700 Kilometer weiter südlich die Verantwortlichen in Rottenburg am Neckar.

Die Stadt war 2019 unter den Erstunterzeichnern der Initiative. Die derzeitige Lage sei »nicht außerordentlich kritisch«, sagt Oberbürgermeister Stephan Neher (CDU), deshalb wolle man auch weiterhin zusätzlich Geflüchtete aufnehmen. Dies sei möglich, weil die Stadt viele Angebote von Bürgerinnen und Bürgern bekomme, die bereit seien, leer stehende Wohnungen oder Häuser zu vermieten. »Wenn man sich intensiv darum bemüht, funktioniert das auch.«

Neher glaubt, dass vielerorts schlicht zu wenig Bereitschaft bestehe, »die Aufgabe aktiv anzugehen«. Manche würden die aktuelle Lage vielmehr nutzen, um ihre flüchtlingskritische Haltung zum Ausdruck zu bringen.

Das brandenburgische Cottbus jedenfalls wandte sich nun de facto vom Bündnis Städte Sicherer Häfen ab. Die CDU hatte gemeinsam mit der AfD-Fraktion einen Antrag dazu in der Stadtverordnungsversammlung eingebracht. Mit der Unterstützung einer SPD-Stimme setzten sie sich durch.

Katrin Elger, David Fuhrmann, Lisa Pham

Diplomatisches Hochreck

AUSSENPOLITIK Im Verhandeln um die Gaza-Resolution der Uno gab es für die Deutschen keine einfache Lösung. Am Ende entschieden sich der Kanzler und die Außenministerin für das kleinere Übel. Der politische Preis ist dennoch hoch.

Als sich die Empörungswelle aufbaut, ist alles schon vorbereitet. Es ist der letzte Freitag im Oktober, um 22.09 Uhr, exakt 21 Minuten nach der Abstimmung in der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York. Da veröffentlicht das Auswärtige Amt eine Erklärung der grünen Außenministerin.

»Wir konnten erreichen, dass wichtige Punkte wie eine klare Verurteilung aller Terrorakte und zumindest ein Ruf nach Freilassung der Geiseln enthalten sind«, lässt sich Annalena Baerbock da zitieren. Aber: »Weil die Resolution den Hamas-Terror nicht klar beim Namen nennt, die Freilassung aller Geiseln nicht deutlich genug fordert und das Selbstverteidigungsrecht Israels nicht bekräftigt, haben wir mit vielen unserer europäischen Partner entschieden, der Resolution am Ende nicht zuzustimmen.«

Es ist Baerbocks Versuch, der Debatte über Deutschlands Enthaltung bei einer Resolution über eine Feuerpause im Gazastreifen noch in letzter Minute die Richtung vorzugeben. Schnell wird klar, dass dieser Versuch scheitern muss.

»Baerbock hat versagt!«, erregt sich die »Bild«-Zeitung, und die »Frankfurter Rundschau« assistiert: »Es war ein beschämendes Schauspiel, schäbig, schlicht unerträglich.« Johann Wadephul, der stellvertretende Fraktionschef der Union im Bundestag, geißelt die Enthaltung: »Wir haben Israel im Stich gelassen.«

Der Zentralrat der Juden kritisiert die Regierung ebenso wie der israelische Botschafter, überraschend meldet sich auch der Koalitionspartner zu Wort. »Das Votum des Außenministeriums ist enttäuschend und nicht nachvollziehbar«, sagt FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai dem »Tagesspiegel«. Und FDP-Chef Lindner beteuert in der ARD, er habe mit Baerbock nicht sprechen können. »Ich nehme nur wahr, dass die Hamas das Votum feiert und Israel stark kritisiert«, sagt er.

Die Vorlage ist ja auch zu schön. Da beteuern Außenministerin und Kanzler, die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsräson, und kaum wird es mit der Gaza-Resolution ernst, schlagen sie sich in die Büsche. Das also soll die »wertegeleitete Außenpolitik« sein, zu der sich die Ampelregierung verpflichtet hat?

Aber ist es wirklich so simpel? Der SPIEGEL hat mit Beteiligten an der New Yorker Entscheidung geredet, die aber anonym bleiben wollen. Sie zeichnen ein komplexeres Bild des Ringens um die Resolution. Folgt man ihrer Schilderung, gab es keine einfache Lösung, denn jede Entscheidungsoption war mit hohen politischen Kosten verbunden.

Das Drama beginnt am 24. Oktober, einem Dienstag, 17 Tage nach dem Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel. Baerbock reist nach New York. »Für Deutschland ist die Sicherheit Israels nicht verhandelbar«, sagt sie vor dem Uno-Sicherheitsrat. Wie jeder andere Staat der Welt habe auch Israel das Recht, sich gegen Terrorismus zu verteidigen.

Die Notlage der Palästinenser zu thematisieren stehe aber in keinem

»Das Votum des Außenministeriums ist nicht nachvollziehbar.«

Bijan Djir-Sarai,
FDP-Generalsekretär

Widerspruch zu dieser »klaren und unerschütterlichen Haltung«, sagt Baerbock. Dann wird sie emotional. »Ich habe palästinensische Flüchtlingsfamilien in Jordanien getroffen, die mir erzählten, dass in den letzten Tagen 53 ihrer Familienangehörigen und Freunde im Gazastreifen getötet wurden. 53. Stellen Sie sich vor, es wäre Ihre Tochter, Ihr Sohn. Das Leben aller Zivilistinnen und Zivilisten ist gleich viel wert.«

Doch so leicht lassen sich die hartgesottenen Minister und Diplomatinen, die der Deutschen an diesem Tag im Sicherheitsrat zuhören, nicht bewegen. Wie schon beim Ukrainekrieg ist das wichtigste Gremium der Vereinten Nationen auch in der Nahostfrage ein Totalausfall.

Vier Resolutionen zum Terrorangriff der Hamas sind im Sicherheitsrat bereits gescheitert, jetzt soll die Generalversammlung die Sache richten. Deren Beschlüsse sind zwar im Gegensatz zu denen des Sicherheitsrats rechtlich nicht verbindlich, aber wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit immerhin ein starkes politisches Signal. Die Gruppe der arabischen Staaten unter Führung Jordaniens drängt auf eine Sitzung der Vollversammlung, die muslimischen Staaten Asiens wie Bangladesch und Indonesien auch.

Es ist klar, dass im Sicherheitsrat an diesem Dienstag keine Entscheidungen fallen werden, aber die Erklärungen sind wichtig, denn alle achten auf die Sprache der Redner. Wer nutzt welche Formulierung, die vielleicht später in einer der Resolutionen auftauchen könnte? Baerbock redet von »humanitären Fenstern«, die geöffnet werden müssten, Uno-Generalsekretär António Guterres von »humanitären Korridoren«. Was sich ähnlich anhört, ist in Wahrheit höchst unterschiedlich.

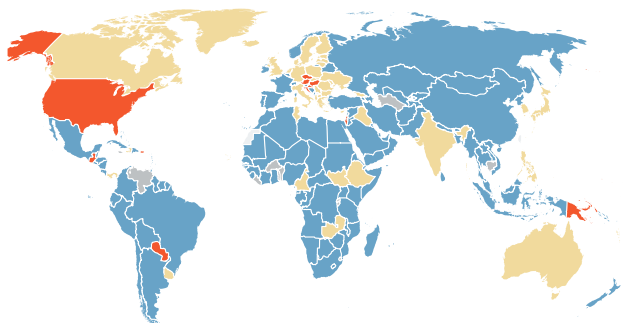
Am Dienstagabend liegt der deutschen Vertretung bei den Vereinten Nationen ein erster Resolutionsentwurf der Jordanier vor, der sofort nach Berlin weitergeleitet wird. Die Nahostfrage ist politisch so heikel, dass die deutschen Diplomaten in New York auf Weisungen aus der Hauptstadt angewiesen sind. Schnell wird klar, dass der jordanische Entwurf weit hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Die drei Kernpunkte, auf die Berlin drängt, sind darin nicht enthalten: die Freilassung der Geiseln, die Verurteilung der Hamas und das Recht Israels auf Selbstverteidigung. Stattdessen hat sich eine Formulierung aus der abgelehnten russischen Sicherheitsratsresolution in den Text geschlichen.

Uneiniges Europa

Abstimmung der Uno-Vollversammlung am 27. Oktober zur Resolution über eine Waffenruhe im Gazastreifen

■ 120 Stimmen für Resolution ■ 14 Gegenstimmen
■ 45 Enthaltungen ■ 14 nicht abgestimmt (z.B. abwesend)



Quelle: Uno



Delegierte der Uno-Generalversammlung bei Abstimmung, Außenministerin Baerbock in New York: Die Deutschen turnen mittendrin

Unter Punkt eins wird ein sofortiger Waffenstillstand gefordert – und damit Israel das Recht auf Selbstverteidigung abgestritten.

Die Weisung, die einen Tag später aus Berlin kommt, ist eindeutig. Bleibt es bei diesem Entwurf, wird Deutschland mit Nein stimmen. Die Deutschen sollen nun die anderen EU-Staaten in New York von der ablehnenden Linie überzeugen, gleichzeitig aber auch eigene Textvorschläge ausarbeiten. In Berlin ist inzwischen die israelische Botschaft aktiv geworden und speist über das Auswärtige Amt ihren Input in die New Yorker Diskussionen ein.

Am Mittwoch wird im Uno-Hauptgebäude bis in den Abend hinein verhandelt. Die Israelis drängen über ihre Kanäle auf zwei Punkte, die in der Resolution auftauchen müssten: eine Verurteilung der Hamas und die Freilassung der Geiseln. »Keep it simple«, ist ihre Botschaft, haltet es einfach.

Während die EU-Staaten Verbesserungsvorschläge für die jordanische Resolution ausarbeiten, macht sich eine weitere Gruppe westlicher Staaten, darunter auch die Deutschen, unter Führung Kanadas die israelische Idee zu eigen. Ihre Überlegung geht so: Für viele Länder in Afrika, Asien oder Südamerika ist der Nahostkonflikt weit weg. Wer diese Länder auf seine Seite ziehen will, muss es schlicht halten. Und so bringen die Kanadier im Namen von 35 Uno-Mitgliedstaaten ein dreizeiliges »Amendment« ein, einen Zusatzartikel, der nur die beiden Forderungen der Israelis enthält: die Verurteilung der Hamas und die Freilassung der Geiseln.

Inzwischen haben auch die Jordanier einen überarbeiteten Entwurf vorgelegt. Der ist aus Sicht der Deutschen besser als die erste Version, weil er immerhin den »Angriff vom 7. Oktober« für die Gewalteskalation im Nahen Osten verantwortlich macht. Ein unmissverständlicher Hinweis auf die Terrororganisation Hamas aber fehlt nach wie vor. Auch das Wort »Geisel« taucht nicht auf.

Am Freitag überschlagen sich die Meldungen aus New York, bei der Uno jagt ein Treffen das nächste. Es ist ein Moment höchster Anspannung. Wer sendet welche Signale aus? Welche sollte man selbst aussenden? Wer lässt sich in die Karten schauen, wer nicht? Welche Formulierung ist für wen akzeptabel und warum? Man müsse sich das Ganze wie eine Übung am diplomatischen Hochreck vorstellen, sagt einer der Beteiligten später. Und die Deutschen turnen mittendrin.

Die Zeit läuft allen davon. Für den Nachmittag ist in New York die Abstimmung in der Uno-Generalversammlung angesetzt, aber noch wandern Resolutionsentwürfe hin und her. Kurz vor Beginn der Versammlung meldet die deutsche Vertretung bei den Vereinten Nationen weißen Rauch. Die mehrfach überarbeitete Resolution der Jordanier steht, jetzt muss sich Deutschland entscheiden, aber wie?

In Berlin ist es schon Nachmittag, als Kanzler Olaf Scholz und Außenministerin Baerbock miteinander telefonieren. Mit Ja zu stimmen kommt nicht infrage. Bleiben also Nein oder Enthaltung. Beide tauschen die Argumente aus. Lehnt Deutschland die Resolution ab, zahlt es womöglich außenpolitisch einen hohen Preis.

Jordanien, das die Resolution eingebracht hat, würde düpiert und damit ein enger Verbündeter der Deutschen, ohne den eine Lösung des Nahostkonflikts unmöglich erscheint. Und Berlin würde wohl die ganze arabische Welt und große Teile des Globalen Südens gegen sich aufbringen, Länder also, die der Kanzler in den Fokus seiner Außenpolitik gesetzt hat. Eine Zusammenarbeit mit ihnen hält Scholz für essenziell, um den Wohlstand im eigenen Land zu sichern.

Eine Enthaltung dagegen gilt Baerbock und Scholz als innenpolitisches Gift. Sie können sich denken, wie die Opposition, israelische Vertreterinnen und Vertreter, viele Medien und die deutsche Öffentlichkeit dann

reagieren werden. Welcher Preis also ist höher, der innenpolitische oder der außenpolitische? Der innenpolitische Streit scheint ihnen kalkulierbarer zu sein, und so entscheiden sich der Kanzler und die Ministerin für eine Enthaltung. Jetzt muss nur noch der Koalitionspartner eingebunden werden.

Gegen 18 Uhr meldet sich Außenstaatssekretär Thomas Bagger schriftlich bei seinem Amtskollegen Steffen Saebisch im FDP-geführten Finanzministerium: Deutschland werde sich der Stimme enthalten. Saebisch nimmt die Information entgegen und stellt ein paar Fragen. Widerspruch habe der Vertraute von FDP-Minister Christian Lindner aber nicht angemeldet, heißt es im Auswärtigen Amt.

In New York ist die Abstimmung auf 15 Uhr Ortszeit angesetzt, also 21 Uhr deutscher Zeit. Pakistan kündigt an, für den Fall eines Erfolgs des kanadischen Amendments einen eigenen Zusatzartikel einzubringen, in dem Israel einseitig scharf verurteilt wird. Die Deutschen haben keinen Zweifel daran, dass Pakistan dafür eine Mehrheit bekommen würde. Dann wären sowohl das kanadische als auch das pakistanische Amendment Teil der jordanischen Resolution – und Deutschland müsste wegen der Verurteilung Israels doch mit Nein stimmen.

Um 15.45 Uhr wird zunächst über den kanadischen Zusatzartikel abgestimmt. 85 Staaten stimmen mit Ja, darunter Deutschland, 55 mit Nein. Damit verfehlen die Kanadier knapp die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Doch die große Zustimmung ist ein starkes Signal. Die Deutschen atmen auf, der pakistanische Vorstoß ist damit vom Tisch.

Drei Minuten später steht das Ergebnis für die jordanische Resolution fest. Sie erreicht mühelos die Zweidrittelmehrheit: 120 Ja-stimmen, 14-mal Nein, 45 Enthaltungen.

Eine davon stammt aus Deutschland.

Konstantin von Hammerstein,
Marina Korbaki

Reise mit Risiko

ÖKOLOGIE Die Regierung will sich aus der Abhängigkeit Chinas lösen, zugleich sucht sie die Zusammenarbeit mit Peking in Klima- und Naturfragen – eine heikle Mission für die grüne Umweltministerin.

Im klinisch sauberen Überwachungsraum einer chinesischen Abfallverwertungsanlage lernt die Bundesumweltministerin, wie eine Diktatur ihren Müll trennt. Auf einem Monitor sind sechs rot behelmte Arbeiter an einem Förderband zu sehen. Stoisch greifen sie nach Plastik- oder Metallteilen auf dem Band und werfen sie in Trichter. Acht Stunden täglich, vier am Vormittag, vier am Nachmittag. Eine Sekundenuhr leuchtet.

Warum die Arbeiter für die anstrengende, aber ungefährliche Arbeit am Förderband Helme tragen, will Steffi Lemke, die deutsche Ministerin, wissen. Eine Managerin lächelt. »Partikel vom Band« könnten auf die Köpfe der Arbeiter fallen, sagt sie. Außerdem sei das »nationale Vorschrift«. Wieder Lächeln, welcome to China.

Fast eine halbe Stunde lang hat eine Mitarbeiterin zuvor die 2018 installierte Anlage in Taicang angepriesen, mechanisch verlas sie deren Vorzüge. Dann wurde es lyrisch:

»Grün ist die Grundfarbe der Natur, aber auch die Grundfarbe einer hochwertigen Entwicklung. Grüne Berge sind goldene Berge.« Die »grüngoldenen Berge« gehen zurück auf einen Spruch von Xi Jinping, Chinas Diktator.

Die deutsche Umweltministerin verzieht keine Miene, eine schnippische Bemerkung kann sie sich dennoch nicht verkneifen. Das sei doch kein rezyklierter Beton, was nämlich zuvor jemand behauptet hatte, sagt sie beim Anblick kleiner Steine in einem Schauglas. Die grüne Ministerin will sich offenbar nicht beirren lassen. Sie ist 55 Jahre alt, in Sachsen-Anhalt aufgewachsen und weiß, wie kommunistische Propaganda funktioniert.

Drei Tage lang hält sich Lemke nun in China auf, so lange wie kein Kabinettsmitglied der Ampel vor ihr. Sie nimmt am deutsch-chinesischen Umweltforum teil, das in Taicang organisiert ist, einer Retortenstadt in der Provinz Jiangsu, die mit 85 Millionen Menschen mehr Einwohner hat als Deutschland.

Es ist eine heikle Reise. Mit ihrer neuen Chinastrategie will die Bundesregierung ihre starke Abhängigkeit von Peking verringern, »Derisking« lautet das Stichwort. Risiken verringern. Gerade die beiden mächtigen Kabinettsmitglieder der Grünen, Wirtschaftsminister Robert Habeck und Außenministerin Annalena Baerbock, betonen immer wieder, dass China nicht nur ein wirtschaftlicher Partner, sondern vor allem ein systemischer Rivale sei – und ein mögliches Sicherheitsrisiko für Deutschland.

Lemke sieht das im Grundsatz ähnlich, doch zugleich ist sie auf eine enge Zusammenarbeit mit den Machthabern in Peking angewiesen. Umwelt- und Klimapolitik sind Menschheitsaufgaben, die Probleme lassen sich nur global lösen. Die grüne Ministerin muss Offenheit und Distanz zugleich signalisieren, es ist für sie ein diplomatischer Spagat.

Die Voraussetzungen, dass er gelingen könnte, scheinen auf den ersten Blick gar

nicht so schlecht. Lemkes Amtskollege Huang Runqiu, ein jugenhaft lächelnder Professor mit biederer Ausstrahlung, teilt viele ihrer Ziele. Ließ die beispiellose Industrialisierung Chinas noch vor wenigen Jahren die Flüsse in allen Farben leuchten, so genießt der von oben verordnete Schutz der Natur jetzt hohe Priorität in der chinesischen Politik. Bei der Wahl seiner Methoden aber ist der chinesische Minister mitunter gnadenlos.

Lemke hat das aus nächster Nähe miterlebt, auf der Weltnaturkonferenz vergangenen Dezember in Montreal. Runqiu leitete das Treffen, wegen Chinas rigider Pandemiapolitik musste es in Kanada stattfinden. Als dort das erste globale Abkommen zum Schutz der Natur kurz vor Ende der Konferenz wegen Bedenken einiger afrikanischer Staaten zu scheitern drohte, schuf der chinesische Minister per Hammerschlag Tatsachen: Trotz des Widerstands der Demokratischen Republik Kongo bellte er kurz nach halb vier Uhr morgens ein »adopted« in den Saal – und erklärte das Abkommen für beschlossene Sache.

Runqiu ist einer der wenigen Minister in der Geschichte Chinas, die nicht der kommunistischen Partei, sondern einer Blockpartei angehören. Auf Parteilinie ist er trotzdem. Dank der chinesischen Umweltpolitik seien »der Himmel blauer, die Natur grüner, die Flüsse klarer«, sagt er. Die Macht in seinem Ressort liegt aber wohl bei seinem Stellvertreter Jinlong Sun, der auf der Website des Ministeriums prominent über Runqiu gelistet ist. Jinlong ist kein Unbekannter. Er wird für die brutale Umerziehung und Unterdrückung von Millionen Uiguren verantwortlich gemacht und steht deshalb auf einer Sanktionsliste der USA.

Mit Runqiu scheint Lemke dennoch klarzukommen, ein bilaterales Gespräch bei weißem Tee sei konstruktiv und nicht nur entlang der Sprechzettel verlaufen, heißt es aus ihrem Umfeld. Was vielleicht auch daran lag, dass Lemke die Uigurenfrage aussparte, schließlich sei sie dafür nicht zuständig.

Der chinesische Minister habe seine Absicht beteuert, die Umsetzung des Montrealabkommens zügig anzugehen und Entwicklungsländer dabei zu unterstützen. Bei der Weltnaturkonferenz hatten sich die Delegierten überraschend darauf geeinigt, 30 Prozent der Erde unter Schutz zu stellen.

China ist als einer der weltweit größten Verursacher von Plastikverschmutzung außerdem ein entscheidender Akteur beim globalen Plastikabkommen, das 175 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen 2022 auf den Weg gebracht und sich damit zur Vermeidung dieser Art von Müll bekannt haben.

Für die Müllbilanz ihres eigenen Ministeriums ist die Chinareise allerdings äußerst unvorteilhaft. Nach Ankunft in Deutschland müssen über ein Dutzend Handys und Laptops sämtlicher Mitreisender vernichtet werden – zu groß wäre die Gefahr chinesischer Spionage.

Serafin Reiber



Grünenpolitikerin Lemke, chinesische Gastgeber: Schnippische Bemerkung im Recyclingcenter

Die Milliardenlücke

FINANZEN Im Bundeshaushalt für 2024 fehlen bislang riesige Beträge. In den nächsten Jahren tun sich noch größere Löcher auf. Wer findet eine Lösung?

Das Drehbuch für den dramatischen Showdown liegt schon vor. Die abschließende Beratung des Haushaltsausschusses für den Bundesetat 2024, im Fachjargon »Bereinigungssitzung« genannt, werde sich dieses Jahr wieder rekordverdächtig in die Länge ziehen, erwarten Koalitionsvertreter.

Vor einem Jahr brauchten die Haushälter mehr als 18 Stunden, um einen Haken an das Zahlenwerk zu machen. Damit werde man dieses Mal leider nicht auskommen, unken Eingeweihte. Zu groß seien die zusätzlichen Ausgabewünsche, zu schwierig sei die Lage, zu knapp das Geld. Und so schwören die Haushälter ihre Mitarbeiter, vor allem aber die Minister der Bundesregierung darauf ein, dass sie sich für den Tag – oder auch: die Nacht – der Wahrheit am 16. November noch mehr Zeit freihalten sollen als sonst.

Das Jammern gehört zum Geschäft des Haushälters wie in anderen Branchen das Klappern. Turnusmäßig im November beklagen die 45 Mitglieder des Ausschusses ihr Schicksal, weil sie die begrenzten Mittel des Bundes mit den tendenziell unendlichen Bedürfnissen der Ministerriege in Einklang bringen müssen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Haushälter, wie vor der Coronapandemie, Milliardenüberschüsse zu verteilen haben oder, wie derzeit, die Knappheit verwalten müssen. Bislang arbeiteten sie noch jedes Mal die Nacht durch.

Was macht die Sache diesmal noch komplizierter als sonst? Der Regierungsentwurf für den Haushalt 2024 stammt von Anfang Juli – und seither hat sich einiges verändert: Die Konjunktur trübte sich ein, die Schätzung über die Steuereinnahmen wurde korrigiert. Und es kamen neue Vorhaben hinzu wie das höhere Bürgergeld, für die im Juli noch kein Geld vorgesehen war.

Eingefleischte Gegner der Schuldenbremse, etwa SPD-Chefin Saskia Esken, wittern ihre Chance und bringen eine Lockerung des ungeliebten Mechanismus, der nur eine minimale Neuverschuldung erlaubt, ins Spiel. Wenn der Bund, so ihr Kalkül, wie in den Jahren der Coronapandemie eine Ausnahme-situation feststellen würde, könnten sämtliche Schranken für die Neuverschuldung fallen. Das lästige Gefeielsche ums Geld hätte ein Ende.

Doch diesem Plan steht der Finanzminister im Weg, in Personalunion FDP-Vorsitzender. Christian Lindner und seine Partei halten, unterstützt von Kanzler Olaf Scholz (SPD), eisern an der Grundgesetzregel fest, bislang jedenfalls.

Im Bundesfinanzministerium (BMF) bemühen sie sich, die Haushaltslücke möglichst kleinzureden: So groß sei das Loch gar nicht, das die Haushälter zu schließen haben. Es fehlten gerade einmal 4 Milliarden Euro, heißt es aus Lindners Ressort. Darunter fielen 2,5 Milliarden Euro für ein höheres Bürgergeld und 900 Millionen Euro für die von Lindner geplante Erhöhung von Grundfreibetrag und Kinderfreibetrag in der Einkommensteuer. Weitere 600 Millionen Euro müssten für das geplante »Wachstumschancengesetz« aufgebracht werden. Das hat zwar insgesamt ein Volumen von 7 Milliarden Euro, doch auf den Bund entfällt lediglich ein Anteil von 2,6 Milliarden Euro. Und in seinem Etatentwurf hat Lindner schon 2 Milliarden Euro dafür eingeplant.

Außerdem, argumentiert Lindners Haus, habe der Bund im nächsten Jahr mehr finanziellen Spielraum als gedacht. So darf der Minister nun 21,9 Milliarden Euro an neuen Schulden machen – statt 16,6 Milliarden Euro wie noch im Etatentwurf vom Juli vorgesehen. Auslöser dafür ist die schwache Konjunktur. Je trüber die Wachstumsaussichten, desto mehr frische Kredite darf Lindner

nach den Vorgaben der Schuldenbremse aufnehmen.

Auch die Steuerschätzung verschafft dem Finanzminister Erleichterung, 3,8 Milliarden Euro zusätzlich sagt sie ihm für 2024 voraus. Allerdings hat Lindner in seinem Entwurf schon 2 Milliarden Euro an sogenannten globalen Mehreinnahmen eingeplant – als tatsächliches Plus bleiben also nur 1,8 Milliarden Euro.

Insgesamt verfügt der Bund damit im nächsten Jahr über zusätzliche Mittel von gut sieben Milliarden Euro. Wo also ist das Problem?

Neue Möglichkeiten wecken neue Begehrlichkeiten. Die Liste der Extrawünsche wird derzeit beinahe täglich länger.

Schon Anfang nächster Woche kommt es zum Schwur. Dann steht ein Gipfel von Bund und Ländern an. Es ist kaum zu erwarten, dass der Bund ohne weitere finanzielle Lasten bei der Flüchtlingspolitik davorkommt. Die lassen sich bislang noch nicht beziffern, aber es dürfte mindestens um einen niedrigen Milliardenbetrag gehen.

Ähnlich sieht es bei der Verbilligung des Stroms für energieintensive Unternehmen aus – auch hier ist noch vieles unklar. Kommt sie? Und, wenn ja, wird sie aus dem regulären Haushalt bezahlt oder aus einem Schattenetat?

Genau beziffern lässt sich hingegen, welchen Aufschlag Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) fürs nächste Jahr fordert. Er hat zusätzliche 5,9 Milliarden Euro angemeldet, mit denen er die Ukraine weiter militärisch unterstützen will.

Lindner und seine Leute wollen Pistorius nun davon überzeugen, dass er die Kosten erst einmal aus dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr finanziert. Der Vorteil: Die zusätzliche Ukraineunterstützung würde am regulären Bundeshaushalt vorbeifließen, die Haushälter müssten nicht kürzen oder anderweitig Geld auftreiben.

Ein weiterer Posten könnte die sogenannte Aktienrente sein, mit der die Regierung die staatliche Alterssicherung mit einem Kapitalpuffer ausstatten will. Sollte sie auf die Idee kommen, dass sie im nächsten Jahr weitere zwölf Milliarden Euro dafür braucht, müsste der Haushaltsausschuss das nötige Geld bewilligen.

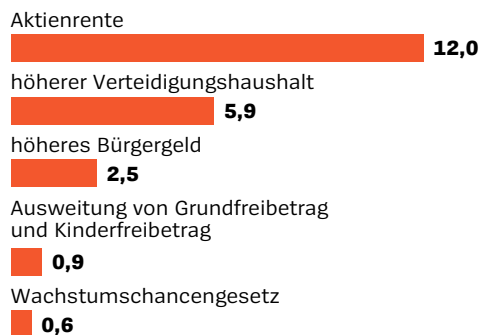
Das fiele vergleichsweise leicht: Der Bund könnte den Zuschuss über frische Kredite finanzieren, ohne dass sie bei der Schuldenbremse mitzählen. Der Grund: Den neuen Verbindlichkeiten stünde eine Forderung in gleicher Höhe gegenüber.

Wenn alles so kommt, hätten die Haushälter der Koalition einen Kraftakt vor sich, der sich aber mit Geduld, Hartnäckigkeit und Einfallsreichtum gerade so eben bewältigen ließe. Die wirklichen Herausforderungen warten in den Folgejahren. Kraftakt jetzt, Herkulesaufgabe später.

Nach Kalkulationen des Finanzministeriums fehlen in der Finanzplanung für 2025

Offene Forderungen

Mögliche zusätzliche Lasten im Bundeshaushalt 2024, in Milliarden Euro



5 • Quelle: BMF



Minister Lindner: »Lieber Werner, das war nicht dein letzter Haushalt«

nach derzeitigem Stand rund 10 Milliarden Euro. Das ist doppelt so viel wie noch im Sommer angenommen. Ursache dafür sind die neuen, noch nicht berücksichtigten Vorhaben, die auch in Zukunft finanziert werden müssen. 2026 wächst die Lücke demnach auf 15 Milliarden Euro an, ein Jahr später soll sie schon bei 20 Milliarden Euro liegen.

Lindners Beamte sprechen in diesem Zusammenhang beschönigend von »Handlungsbedarf«, was nichts anderes bedeutet als: Kürzungen. Zum Vergleich: Im Haushaltsverfahren für 2024 verlangte der Finanzminister von seinen Ressortkollegen Einsparungen von insgesamt 3,5 Milliarden Euro. Schon das empörte viele Regierungsmitglieder.

Zumindest wird Lindner im nächsten Jahr weiter eine bewährte Fachkraft an seiner Seite wissen. Der lang gediente Haushaltsstaatssekretär Werner Gatzert bleibt bis auf Weiteres im Amt. Bei einem traditionellen Umtrunk mit der Haushaltsabteilung im Garten des Ministeriums gab Lindner dem Spitzenbeamten eine Jobgarantie. »Lieber Werner, das war nicht dein letzter Haushalt«, sagte Lindner bereits im September vor der versammelten Truppe, wie Teilnehmer berichten. Bislang

war davon nichts nach außen gedrungen, nun erfuhr der SPIEGEL von der Personalie.

Erstaunlich daran: Im Frühjahr hatte es noch ganz anders ausgesehen. Da gab es Meldungen, Lindner wolle sich von dem Sozialdemokraten trennen, der schon vier Finanzministern gedient hat.

Doch Lindner setzt angesichts der schwierigen Haushaltslage offenbar lieber auf jemanden, der über Erfahrung und Einfallsreichtum verfügt – und der keine Scheu kennt, fehlendes Geld im Zweifel auch mit Tricks und Finten aufzutreiben. Lindners Leute beteuern mittlerweile, bei den Gerüchten um die Ablösung Gatzerts habe es sich ohnehin nur um eine »Räuberpistole« gehandelt.

Lindner und sein Staatssekretär stehen im nächsten Jahr vor einer besonderen Heraus-

Künftige Finanzminister müssen etliche Milliarden reservieren, um Altschulden abzutragen.

forderung. Sie müssen nicht nur die Löcher im Etat stopfen. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung haben sie auch darzulegen, wie der Bund ab 2028 damit beginnen will, die in den Coronajahren angehäuften Schulden zurückzuzahlen.

In der Zeit der Pandemie zogen Lindner und vor allem sein Vorgänger Olaf Scholz eine Ausnahmeregelung in der Schuldenbremse. Weil der Staat dringend Geld brauchte, um Wirtschaft und Verbraucher zu stützen, aber auch, um Medikamente zu beschaffen, setzten sie die Vorgaben der Schuldenbremse mit Zustimmung des Bundestags aus. Nun durften sie nach Bedarf und Belieben in die roten Zahlen gehen.

Die Sache hat nur einen Haken: Der Bund muss das geliehene Geld, das die von der Schuldenbremse vorgegebene Maximalverschuldung übersteigt, zurückzahlen. Das Gleiche gilt für die mit Krediten finanzierten Nebenhaushalte, etwa das Sondervermögen für die Bundeswehr oder den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF).

Die Tilgung beginnt 2028 für jenen Teil des Schuldenbergs, der wegen der Pandemie angehäuften wurde. Das sind insgesamt 358,6 Milliarden Euro, sie müssen in 31 Jahresraten abgetragen werden. Daraus ergibt sich nach Berechnungen des BMF eine jährliche Belastung für den Bundeshaushalt von 11,6 Milliarden Euro.

Drei Jahre später wird sich die Lage nochmals verschärfen. Von da an muss der Bund auch noch die knapp 180 Milliarden Euro Schulden tilgen, die er im Rahmen des WSF aufgenommen hat. Das Finanzministerium beziffert die jährliche Rate auf weitere 5,8 Milliarden Euro.

Ebenfalls Anfang 2031 steht die Rückzahlung des Sondervermögens für die Bundeswehr mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro an. Dafür gibt noch keinen Tilgungsplan. Legt die Regierung wieder einen Zeitraum von 31 Jahren fest, fallen pro Jahr noch einmal gut 3 Milliarden Euro an Tilgung an. Insgesamt muss der Bund in den nächsten Jahrzehnten also rund 21 Milliarden Euro jährlich aufbringen, um Verpflichtungen aus der Vergangenheit zu bedienen. Zinsen und Zinseszinsen sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Also einfach noch mehr Schulden machen? Das verhindert die Schuldenbremse, sie erlaubt dem Bund nur eine konjunkturunabhängige Nettokreditaufnahme von derzeit 12,6 Milliarden Euro. Künftige Finanzminister müssen also etliche Milliarden im Haushalt reservieren, um Altschulden abzutragen. Das wird ihren Spielraum einengen. Das Geld steht dann nicht mehr für Investitionen oder Sozialausgaben zur Verfügung.

So richtig eng wird es demnach ab Ende des Jahrzehnts. Lindner dürfte dann kaum noch Finanzminister sein. Und sein Staatssekretär Gatzert geht Ende nächsten Jahres in den Ruhestand.

Christian Reiermann

»Ich hasse die Linken«

RECHTSEXTREMISMUS Ein 19-jähriges AfD-Mitglied fährt am Rande einer Parteiveranstaltung in Gegendemonstrierende. Im Prozess sagt er, er wollte sich verteidigen. Die Beweisaufnahme ergibt wohl etwas anderes.

Als ihr Sohn an jenem Oktoberabend 2020 nach Hause gekommen sei und sagte, er habe eine Frau angefahren, sei ihr heiß geworden vor Entsetzen. Melvin war 19 Jahre alt, er war mit ihrem Auto gefahren. Er habe sich mit seinen drei Freunden in die warme Küche in ihrem Haus in einem kleinen Ort im Kreis Segeberg gesetzt. Die jungen Männer behielten ihre dicken Jacken an und starrten vor sich hin. So schildert die Mutter jene Momente später im Gerichtssaal.

Sie habe gefragt, wie schwer die Frau verletzt gewesen sei. Sie habe sich Sorgen gemacht um die Frau. Aber auch darum, was das für ihren Sohn bedeuten würde. Die jungen Männer hätten erzählt, dass sie eigentlich zu MediaMarkt wollten, aber dann im Radio hörten, dass die AfD mit dem damaligen Parteichef Jörg Meuthen im Bürgerhaus von Henstedt-Ulzburg nahe Hamburg tage. Auch Gegendemonstrierende seien vor Ort.

Die jungen Männer seien dann aus Neugierde hingefahren. Vor Ort seien sie jedoch von einer Ordnerin des Platzes verwiesen worden. Da seien verummte Gegendemonstranten gewesen, von denen sie sich bedroht gefühlt hätten. Sie seien ins Auto gesprungen, einen tonnenschweren Pick-up VW Amarok, und hätten dann auf der Flucht die Frau angefahren. Ein Unfall.

Der Staatsanwalt im Saal 132 des Landgerichts Kiel erzählt eine ganz andere Geschichte. Seine Behörde hat Melvin S., inzwischen 22 Jahre alt, wegen versuchten Totschlags angeklagt. Sie ist überzeugt, dass S. an jenem 17. Oktober 2020 die Frau und zwei weitere Teilnehmer einer Demo gegen rechts gezielt angefahren haben soll. Ein weiterer Mann habe sich nur durch einen Sprung zur Seite retten können, wurde aber dennoch verletzt.

Zur Tatzeit war Melvin S. Mitglied der AfD.

Er wohnt noch zu Hause, bei seinen Eltern, den Großeltern und einem Großonkel in einem ehemaligen Schulgebäude in einem Dorf bei Bad Bramstedt in Schleswig-Holstein. Zur Verhandlung erscheint Melvin S. im Kapuzenpullover. Er arbeitet als Lagerlogistiker in einem großen Unternehmen. Jeden Morgen steht er um 4.30 Uhr auf; gemeinsam mit seiner Mutter, 55, fährt er zur Arbeit. Danach kocht er gemeinsam mit den

Eltern, in seiner Freizeit liest er gern Fantasyromane.

Die Mutter schildert im Gericht, wie sehr ihr Junge unter den Anschuldigungen leide. Ein Jahr lang hätten sie unter Polizeischutz gestanden, anfangs sei stündlich ein Streifenwagen vorbeigefahren. Auf Rat der Polizei hätten sie sich Überwachungskameras angeschafft. Fremde hätten sich auf ihrem Grundstück herumgetrieben, verdächtige Autos auf der Straße vor ihrem Anwesen gestanden. »Ich vermute, das waren Freunde der Nebenkäufer.« Zur politischen Einstellung ihres Sohnes will sie nichts sagen. »Es ist ja schließlich kein politisches Verfahren.«

Rechtsanwalt Björn Elberling vertritt in diesem Prozess einige der angefahrenen Nebenkäufer, er setzt sich seit vielen Jahren für Opfer rechter Gewalt ein. Der Jurist spricht von einer eindeutig politisch rechts motivierten Tat.

Auch die Beweisaufnahme ergibt ein anderes Bild von Melvin S. als das eines netten jungen Mannes mit Familiensinn. Demnach



AfD-Mitglied S. in Henstedt-Ulzburg



VW Amarok nach der Gewaltfahrt

landeten die vier jungen Männer mitnichten zufällig am Bürgerhaus in Henstedt-Ulzburg. Melvin S., Julian R., Finn P. und Finn T. kannten sich aus einer WhatsApp-Gruppe namens »Ortskontrollfahrt«, gegründet während der Coronapandemie. Sie trafen sich zu zweit, fuhren Patrouille, »nachgucken, was so geht«. Was genau diese Fahrten sollten, dazu will sich im Gericht keiner der selbst ernannten Auto-Sheriffs erinnern.

Die Polizei hat das Handy von Melvin S. ausgewertet und fand darauf ein manipuliertes Harry-Potter-Video, in dem eine Hakenkreuzflagge gehisst wird, außerdem rassistische Witze und Liedgut mit Strophen wie »Arisches Blut soll nicht untergehen« und »Wir sind die Kämpfer der NSDAP«. Es seien »gängige Videos der rechten Szene«, wie ein Ermittler aussagt. In einem Videoclip posiert Melvin S. in Uniform in einem Wald, grinsend, eine Softair-Waffe im Arm, er singt das Soldatenlied »Erika«, als würde er in den Krieg ziehen.

In einer Chatnachricht an seinen Kumpel Julian beschwert sich Melvin S., dass Vorschläge für »Aktionen« offensichtlich in seinem Umfeld keine Resonanz fänden. Was genau er damit meint, erklärt er nicht. Aber er schreibt: »Ich hasse die Linken so sehr wie du die Kanacken hasst.«

Im Prozess zeigt sich, dass sich die vier jungen Männer an dem Tag der Demo gegen die AfD verabredeten, weil sie »Zecken glotzen« wollten, wie sie in ihrem Chat schrieben, damit gemeint waren ihre politischen Gegner. Außerdem wollte Melvin S. ein Foto machen: er vor den Demonstrierenden, in schwarzen Springerstiefeln mit einer Flasche »Reichs-Brause«, einer von dem Thüringer Neonazi Tommy Frenck produzierten Limonade in Wehrmachtsdesign.

Sie hatten an jenem Tag auch Aufkleber des rechtsextremen Propagandanetzwerks »Ein Prozent« mitgebracht, die sich in der Nähe des Autos an Stromkästen fanden. Wer die angeklebt hat, wollen die vier jungen Männer vergessen haben. Sowieso sei alles bloß ein Scherz gewesen.

Bis dann eine Gruppe Linker sie verfolgt habe. Ein Maskierter habe Finn P. geschlagen, deshalb seien Melvin S. und Julian R. ins Auto geflüchtet.

Augenzeuginnen und -zeugen beschreiben im Prozess, wie Melvin S. auf die Menschen zugesteuert sei. Laut Anklage soll er den Wagen erst auf den Bürgersteig gelenkt haben, wo er zwei Männer angefahren und schwer verletzt habe. Er habe das Auto auf sich zurasen sehen, sagt Stefan P., 47, im Gericht. Es habe ihn erfasst und über die Motorhaube geschleudert. Aus Reflex habe er seinen Begleiter auf die Seite geschubst.

Dann habe Melvin S. erneut beschleunigt, trägt Staatsanwalt Lorenz Frahm vor, um auf weitere Menschen zuzuhalten, die rund 30 Meter entfernt gestanden hätten. Melvin S. habe billigend in Kauf genommen, dass sie »durch die Kollision tödlich verletzt werden



Demonstrierende in Henstedt-Ulzburg: Erfasst und über die Motorhaube geschleudert

könnten«. Eine 24-jährige Demonstrantin habe sich nicht mehr retten können und beim Aufprall auf den VW Amarok ebenfalls schwere Verletzungen erlitten. Stefan P. beschreibt das Geräusch, als das Auto die Frau traf. »Das vergisst man nicht.« Bis heute ist der Erzieher arbeitsunfähig.

Im Gericht geben sich Finn P. und Finn T., beide 22, fast reuig. Es sei eine »Scheißaktion« gewesen. Danach schrieb Finn T. einem Bekannten allerdings, man könne die Aktion ja in drei Jahren wiederholen, »aber dann komplett eskalieren«. Darauf angesprochen, antwortet T., das sei auch nur ein Scherz gewesen, »ein ganz schlechter«.

Melvin S. schrieb kurz nach der Tat: »Wenn die Polizei weiß, dass ich AfD-Mitglied bin, wird das in der Presse hochgespielt.« Er traf sich mit dem AfD-Politiker Julian Flak. Der ist Parteivorsitzender im Kreis Segeberg und mittlerweile stellvertretender Parteichef in Schleswig-Holstein. Nach der mutmaßlichen Autoattacke von S. in Henstedt-Ulzburg verteilte er Flyer, die ein Verbot der Antifa forderten. Im Gericht sagt Flak, er habe Melvin S. nahegelegt, aus der Partei auszutreten, um Schaden von ihr abzuwenden. Die AfD lehne Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab. Flak berichtet, er habe Melvin S. gesagt, dass es eine »ziemlich dumme Aktion« gewesen sei. Danach kündigte S. seine Mitgliedschaft.

Eine Analyse des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin im Mai 2023 legt eine zunehmende Gewaltbereitschaft bei Funktionären der AfD nahe. Insbesondere Kommunalpolitiker der Partei griffen demnach verstärkt politische Gegner an, teilweise mit Waffengewalt.

Im Gericht wird eine Sprachnachricht abgespielt, die Melvin S. nach dem Vorfall sei-

nem Freund Finn T. schickte. Ein AfD-Mitglied habe ihm von einem ähnlich gelagerten Fall berichtet: »Da ging es aber um einen Neonazi, ähm, der wohl einen Linken überfahren hat, und das endete sogar tödlich für den Linken. Aber der Neonazi ist freigekommen, weil es auch irgendwie Selbstverteidigung war.«

Offenbar um ein vermeintliches Selbstverteidigungsszenario glaubhafter zu machen, bat Melvin S. seinen Freund Finn P., gegen den verummten Linken, der ihn angeblich angegriffen habe, Strafanzeige zu erstatten: »Weil das alles in ein ganz anderes Licht rückt«, wie er in einer Chatnachricht schrieb. In welches denn, will Nebenklagevertreter Alexander Hoffmann im Prozess wissen. Finn P. rutscht im Zeugenstand hin und her. Dass es nicht so aussehe, dass Melvin S. »aus Lust und Laune über den Bürgersteig fuhr und es ein Terroranschlag war«.

Finn P. erstattete tatsächlich Strafanzeige und sagte bei der Polizei, Melvin S. habe ihn bloß verteidigen wollen. Daran hält P. auch vor Gericht fest. Allerdings hatte der angebliche Angreifer längst von P. abgelenkt, als S. losfuhr.

In einer WhatsApp, die er nach der Strafanzeige bei der Polizei an Melvin S. schickte, schreibt P. jedoch: »Ob du jetzt bewusst auf die zufahren wolltest, die umballern wolltest, die erschrecken wolltest, dazu habe ich keine Angaben gemacht.« Julian R. schrieb seinem Kumpel Melvin S.: »Weißt du, eigentlich bist du sogar ein Held.«

Stefan P., der die mutmaßliche Attacke überlebte, sagt in einer Verhandlungspause, er wünsche sich, dass das Gericht anerkennt, dass es ein rassistischer Anschlag war. Die verletzte Frau ist schwarz.

Jan Kürschner, rechtspolitischer Sprecher der Grünen im schleswig-holsteinischen

Landtag, ist skeptisch, dass der Prozess das leisten kann. Er ist als Beobachter dabei und will dafür sorgen, dass der Innen- und Rechtsausschuss des Landtags rekonstruiert, warum nach dem Vorfall die Tat nicht an ein für Tötungsdelikte zuständiges Kommissariat zur Bearbeitung gegeben wurde. Auch der Öffentlichkeit gegenüber wurde sie nicht als rechtsextremistischer Anschlag eingeordnet.

Tatsächlich hatte die Polizei in einer Pressemitteilung erklärt, »im Rahmen eines Verkehrsunfalls« sei »eine Person der linken Szene schwer verletzt« worden.

Das Ermittlungsverfahren sei wegen des Vorwurfs der gefährlichen Körperverletzung und des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr eingeleitet worden, sagt Oberstaatsanwalt Henning Hader. Jedoch sei von Beginn an die Möglichkeit eines versuchten Tötungsdelikts in Betracht gekommen und aktenkundig gemacht worden.

Wann und von wem sie erfahren habe, dass ihr Sohn den Pick-up gezielt auf Menschen gelenkt haben soll, wisse sie nicht mehr, sagt die Mutter vor Gericht. »Haben Sie ihn mal gefragt, ob dieser Vorwurf stimmt und warum er das getan hat?«, fragt die Vorsitzende Richterin Maja Brommann. »Für mich waren andere Dinge wichtiger.« – »Kam Ihnen irgendwann mal die Idee, dass das kein gewöhnlicher Unfall war?« – »Nein. Melvin hat gesagt, er wollte niemanden verletzen.« – »Haben Sie ihn mal gefragt, warum er auf den Gehweg gefahren ist?« – »Nein.« – »Warum nicht?« – »Warum sollte ich? Ich bin nicht sein Anwalt.«

Brommann lässt sich durch die schnippischen Antworten der Mutter nicht irritieren. Hartnäckig hakt sie nach: »Es ist Ihr Auto, Ihr Sohn – und dann hören Sie, der Wagen soll bewusst auf den Gehweg gelenkt worden sein, im Kontext tauchen Vermummte auf... Sie sind seine Mutter, fragt man da nicht mal nach: Warum fährst du denn da auf den Gehweg?« – »Nein, da habe ich nicht nachgefragt.«

Eine der beisitzenden Richterinnen ringt sichtbar um Fassung: »Ihr Sohn sitzt hier wegen des Vorwurfs der versuchten Tötung, und Sie haben nicht mit ihm geredet?« – »Ich bin mir definitiv sicher, weil das mein Sohn ist, dass er das nicht gemacht hat.« Mutter und Freunde beschreiben Melvin S. als ausgeglichenen, introvertierten Charakter, nicht impulsiv, nie aggressiv. Das müsse eine »Panikaktion« gewesen sein, behauptet Finn P. »Ein normal integrierter Mensch wie Melvin, der einer geregelten Arbeit nachgeht, der macht ja so was nicht.«

Staatsanwalt Frahm fragt die Mutter im Gericht, warum der Sohn keinen Kontakt zu den Verletzten aufgenommen, sich nicht entschuldigt habe, wenn er doch niemanden habe verletzen wollen. »Das hätte uns vielleicht ein Anwalt raten sollen«, sagt die Mutter. Ob man »aus menschlicher Sicht« nicht selbst auf die Idee kommen könne, fragt Frahm. »Darauf sind wir nicht gekommen.«

Julia Jüttner



Niedersachsens Innenministerin Behrens, Vizepolizeichef Lange im März: Abhilfe versprochen

Hauke-Christian Dittich / picture alliance / dpa

Rau und unerträglich

POLIZEI Eine Affäre erschüttert die Polizei in Niedersachsen: Acht Frauen beschwerten sich über grobes Verhalten ihres Vorgesetzten, am Ende wird dessen Chef suspendiert. Es gibt auch einen #MeToo-Vorwurf. Aber stimmt der?

Die junge Sachbearbeiterin hatte einen guten Draht zu ihrem Vorgesetzten in der Zentralen Polizeidirektion von Niedersachsen in Hannover. Der deutlich ältere Polizeihauptkommissar habe zu ihr eine Art »Vater-Tochter-Beziehung« gehabt, sagen Augenzeugen. Er habe ihr sogar einen Wäschetrockner geschenkt und nach Hause gebracht. Einige Kolleginnen fragten sich, ob so viel Nähe überhaupt angemessen sei. Schließlich waren es eben nicht Vater und Tochter, sondern ein führender Polizeibeamter und eine Untergebene. Ein ungleiches Machtverhältnis.

Aber so war der Polizeihauptkommissar mit der Halbglatze nun mal: ein Kumpeltyp, einer, mit dem man Pferde stehlen konnte – das sagen diejenigen, die ihn mögen.

Die Sachbearbeiterin gehört inzwischen zu jenen, die ihn nicht mehr mögen. Denn im vergangenen Jahr sei sie bei ihm in Ungnade gefallen. So jedenfalls will sie das erlebt haben. Sie habe jeden Tag »Angst, in die Teeküche zu gehen«, weil sie ihm dort begegnen könnte, schrieb sie später in ihrer Mobbing-Beschwerde an die Behördenleitung. Von einem Tag auf

den anderen habe ihr der Chef die kalte Schulter gezeigt, kaum noch mit ihr gesprochen und sie »ignoriert«.

Der Anlass für die nachhaltige Verstimmung des Vorgesetzten soll so banal gewesen sein, dass er wohl mehr über den Chef aussagen würde als über ein mögliches Fehlverhalten der Mitarbeiterin: Der Hauptkommissar hatte der Kollegin einen Laptop für eine Fortbildung besorgt und für sie eingerichtet. Das fertige Gerät sollte die Sachbearbeiterin an einem Freitag bei ihm abholen. Doch die Frau ließ den Mann wissen, sie schaffe es leider nicht vor Montag. »Er war stinksauer«, notierte sie.

Die Sachbearbeiterin war nicht die Einzige im Dezernat 01, die sich über den hochrangigen Beamten beschwerte. Sieben weitere Frauen vertrauten sich der Gleichstellungsbeauftragten der Behörde an und klagten sich über Wutausbrüche und verbale Ausfälle des Chefs, drei von ihnen schriftlich. Die Beschwerdestelle der Polizeidirektion spricht in einer ersten Stellungnahme im Mai von »Machtmissbrauch« und von einer »Atmosphäre der Angst«. Es sei gegebenenfalls sogar zu prüfen, ob

»Merkmale der sexuellen Belästigung« erfüllt seien.

Nun steht der fast 60-jährige Beamte im Zentrum einer Mobbing- und #MeToo-Affäre, die die niedersächsische Polizei belastet. Im Mai musste er seinen Posten räumen, eine Anfrage zu den Vorwürfen hat der Beamte nicht beantwortet.

Im August versetzte SPD-Innenministerin Daniela Behrens auch denjenigen, der die Vorwürfe gegen den Beamten aufklären lassen sollte. Uwe Lange, kommissarischer Präsident der Zentralen Polizeidirektion, musste an die Polizeiakademie, wo er nun ein Digitalisierungsprojekt leiten soll. Lange geht juristisch gegen die Versetzung vor. Das Innenministerium wirft ihm vor, zu spät und nicht energisch genug auf die Vorwürfe gegen den Kommissar reagiert zu haben.

Der Fall, soweit er sich anhand von Dokumenten und Gesprächen mit Zeugen rekonstruieren lässt, führt in eine hierarchisch geführte Polizeibehörde, in der es offenbar ruppig zugeht. Mit modernem Konfliktmanagement tat man sich eher schwer. Es ist die Geschichte einer Eskalation, die womöglich vermeidbar gewesen wäre.

Ende 2020 sollen die ersten Beschwerden über den Polizeihauptkommissar im Dezernat 01 bei der Gleichstellungsbeauftragten angekommen sein. Sie war damals erst ein paar Monate im Amt. Eine Mitarbeiterin berichtete ihr, sie sei von dem Kommissar angeschrien worden. Überhaupt sei der Ton sehr laut. Bald meldeten sich weitere Frauen.

Die Gleichstellungsbeauftragte will nicht namentlich genannt werden, aber sie ist für ein Gespräch in ein Café am Hannoveraner Hauptbahnhof gekommen. Sie arbeitet seit sechs Jahren bei der Polizei. »Ich hätte nie gedacht, dass die Sache so eskalieren würde«, sagt sie. Der Fall belaste die betroffenen Frauen und auch sie persönlich sehr.

Wenn es stimmt, was die Frauen berichteten, dann konnte der Vorgesetzte unangenehm und vulgär werden. »Ich reiße ihm den Kopf ab und scheiß ihm in den Hals«, soll er gepöbelt haben, wenn er sich über irgendjemanden ärgerte. Der Ton, so die Beschwerdeführerinnen zu der Gleichstellungsbeauftragten, sei rau, die Atmosphäre unerträglich. Vor allem, wenn man nicht zu den Lieblingskolleginnen des Chefs zählte.

Die Mitarbeiterinnen seien verzweifelt gewesen, sagt die Gleichstellungsbeauftragte. »Sie hatten wahnsinnige Angst, dass alles noch viel schlimmer werden würde, wenn he-

»Ich verstehe nicht, wie das so eskalieren konnte.«

Uwe Lange

REDEN WIR ÜBER ISRAEL



192 Seiten, gebunden · 22,00 €
Auch als E-Book erhältlich.

Richard C. Schneider, SPIEGEL-Autor und langjähriger Israel-Korrespondent der ARD, lebt seit fast 20 Jahren in Tel Aviv, kennt Alltag und Geschichte des Landes und weiß um die gängigen Vorurteile in Deutschland.

Bei den Antworten auf fünf oft gestellte Fragen setzt er an, um einige grundlegende Dinge über Israel zu erklären – 75 Jahre nach der Staatsgründung und in einem entscheidenden Moment für die Demokratie des Landes.

rauskäme, dass sie sich beschwert hatten.« Deshalb hätten die Betroffenen darum gebeten, die Details vertraulich zu behandeln.

Bei der Zentralen Polizeidirektion, die mit ihren 2300 Mitarbeitern für die technische Ausrüstung der Polizei zuständig ist, gab es offenbar kein Arbeitsklima, das die Frauen ermunterte, sich den Vorgesetzten anzuvertrauen. Das mag auch an den engen Beziehungen liegen, die der Polizeihauptkommissar zu dem damals geschäftsführenden und designierten Polizeipräsidenten Uwe Lange unterhielt. Die beiden kennen sich seit 40 Jahren, der umstrittene Beamte war Gast auf Langes Hochzeit.

Im Mai 2021 sprach die Gleichstellungsbeauftragte die Beschwerden in einem der regelmäßigen Treffen mit Lange an. Weil die Frauen anonym bleiben wollten, blieben die Vorwürfe gegenüber der Polizeiführung vage. Lange habe in den Gesprächen keinen Hehl aus seiner Freundschaft zu dem leitenden Beamten gemacht, den er als seinen besten Mann beschrieb, berichtet die Beauftragte. Der Mann habe halt seine Schwächen, aber die habe ja jeder, soll Lange gesagt haben. Er versprach, mit dem Freund zu reden.

Er habe damals mehr als ein klärendes Gespräch mit dem Freund geführt, sagt Lange heute. Er sagt außerdem, dass der umstrittene Freund durchaus Fans bei der Polizei gehabt habe, »auch unter den Frauen«. Das sei so ein 24/7-Beamter, also immer dienst- und hilfsbereit, sehr engagiert und absolut pflichtbewusst.

Der SPIEGEL traf Lange an einem warmen Tag im Oktober an der Nordseeküste in St. Peter-Ording, Lange war dort zur Kur, seit seiner Versetzung war er krankgeschrieben. »Die Versetzung beschäftigt mich praktisch die ganze Zeit, weil ich nicht verstehe, wie das so eskalieren konnte«, sagt der 57-Jährige. »Ich stehe morgens damit auf und gehe abends mit den Gedanken ins Bett. Ständig frage ich mich, was ich eigentlich falsch gemacht habe.« Seine Versetzung hält Lange für »unverhältnismäßig«.

Im März wiesen zwei Frauen Lange in seiner Funktion als kommissarischer Polizeipräsident noch einmal eindringlich auf die Probleme mit dem aus ihrer Sicht schwierigen Beamten hin. Der war inzwischen zum Polizeioberrat aufgestiegen. Bei diesem Treffen ging es um konkrete Fälle. Lange sagt, er habe Abhilfe versprochen, die Frauen dann aber nicht mehr für eine Rückmeldung erreicht. Die Frauen sagen, es habe sich damals erneut nichts geändert. Drei Kolleginnen entschlossen sich daraufhin zu schriftlichen Beschwerden: Aus wichtigen Anlässen habe ihr Vorgesetzter einen aggressiven Ton gewählt und sei bedrohlich nah an sie herantreten, so hielt es eine von ihnen fest. Eine Kollegin soll er zehn Minuten lang angebrüllt haben.

Vermutlich gibt es solche lauten und ruppigen Typen auch in anderen Behörden. In einer der Beschwerden findet sich allerdings ein Satz, der aus der Affäre einen möglichen #MeToo-Fall macht: »Er nimmt unaufgefor-

dert körperlichen Kontakt auf (Arm umlegen, Arm streicheln, Arm auf die Schulter, Arm auf die Taille)«. Lange sagt: »Solche Vorwürfe von Frauen waren mir nicht bekannt, bis ich im Mai die schriftlichen Beschwerdebeschreiben las.«

Möglicherweise ist die Darstellung des Körperkontakts auch missverständlich. »Keine der acht Frauen hat sich bei uns darüber beklagt, dass der Vorgesetzte sie unangemessen berührt habe«, sagt die Gleichstellungsbeauftragte. Die Beschreibungen beziehen sich demnach auf Frauen im Dezernat, mit denen der umstrittene Chef vertraut war, die sich aber gar nicht über die körperliche Nähe beschwerten.

Nachdem die Briefe mit den Vorwürfen eingegangen waren, versetzte Lange seinen Freund auf eine andere Stelle und leitete das Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Doch der Konflikt war damit nicht ausgestanden, im Gegenteil. Lange sagt, er habe sich von den Beschwerdeführerinnen, »mit denen ich jahrelang vertrauensvoll zusammengearbeitet hatte«, übergangen gefühlt: Sie hätten ihn nicht vorab über ihre schriftlichen Beschwerden informiert.

Seinen Unmut teilte er den Betroffenen mit. Eine der Mitarbeiterinnen lud er zu einem Personalgespräch ein, das von der Chefin der Personalabteilung protokolliert wurde. Anwesend war auch eine Abteilungsleiterin der Behörde, die dafür bekannt war, dass sie Konflikten mit Vorgesetzten nicht aus dem Weg ging. Sie hatte ein Buch über einen #MeToo-Fall bei der Polizei geschrieben, bei dessen Aufklärung sie mitgewirkt hatte und der den betroffenen Polizeichef schließlich den Job und die Pensionsansprüche gekostet hatte.

Lange glaubt, dass die Abteilungsleiterin an der Beilegung des Konflikts kein Interesse hatte. »Sie spitzte den Konflikt mehr zu, als dass sie zu seiner Lösung beitrug.« Er vermutet, »dass es ihr Ziel war, mich an der Spitze der Direktion zu beschädigen. Ich sollte abgesetzt werden«.

Lange und die Abteilungsleiterin haben eine Vorgeschichte. Als er noch Vizepräsident war, hatte er versucht, sie loszuwerden.

Das Personalgespräch in Anwesenheit der Abteilungsleiterin soll konfliktreich gewesen sein. Sie verfasste danach eine achtseitige Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Lange. Kurz darauf war er seinen Job an der Spitze der Behörde los.

Bedienstete der Zentralen Polizeidirektion haben inzwischen eine Petition für Lange aufgesetzt, in der sie seine Rückkehr fordern. Mehr als 200 Bedienstete sollen unterschrieben haben. Als kommissarischer Polizeipräsident war er in der Belegschaft sehr beliebt, nun ist von tiefen Gräben die Rede. Die Gleichstellungsbeauftragte sagt, »menschlich« tue ihr der Abgang ihres Chefs Uwe Lange leid. Gewinner gibt es in dieser Geschichte offenbar nicht.

Hubert Gude

Kleine Schritte, große Wirkung.



Ich bleibe cool.

Mit Persil wird meine Wäsche strahlend sauber, bereits ab 20°C. So spare ich bis zu 70%* Energie.

*Im Vergleich zum 60°C Standard-Waschprogramm.



Ich rocke beim Duschen.

Ich dusche zu meinem 4-minütigen Lieblingssong, um das Duschen kurz* zu halten und Wasser und Energie zu sparen.

*Im Vergleich zu den durchschnittlichen 6 Minuten eine Reduktion um 1/3. Quelle: The German Norm Institute, 2022.



Ich wechsle zu Eco.

Das Eco-Programm meines Geschirrspülers spart Energie, Wasser und Geld. So kann ich mit Somat bis zu 45% Energie sparen*.

*Bei Wechsel vom Intensiv- zum Niedrigtemperatur-Eco-Programm



Ich entscheide mich für Social Plastic®.

So helfe ich mit Nature Box* Plastikmüll zu reduzieren und gleichzeitig das Leben von Menschen in Armut zu verbessern.

*Die Flaschenkörper von Nature Box bestehen zu 100% aus recyceltem Social Plastic®.



WEIL ES EINEN UNTERSCHIED MACHT

Weitere Informationen zur neuen Nachhaltigkeitskampagne von Henkel finden Sie hier:
www.weileseinenunterschiedmacht.de

Henkel

»Ich hoffe, dass Deutschland auch aus einer schweren Krise nicht wieder als Diktatur hervorgeht«

SPIEGEL-GESPRÄCH Der Historiker Heinrich August Winkler, 84, zählt seit Jahrzehnten zu den führenden Intellektuellen der Bundesrepublik. Jetzt blickt er zurück auf die Geschichte des Landes – und seine eigene.



Julia Steinigeweg / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Professor Winkler, Sie stammen aus einer Historikerfamilie und beschäftigen sich seit fast 70 Jahren mit Geschichte. Was haben Sie dabei über die Menschen gelernt?

Winkler: Das Studium der Geschichte stimmt skeptisch gegenüber allen Versuchen, einen neuen Menschen zu schaffen. Die katastrophalsten Beispiele für solche Versuche sind die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts, also Nationalsozialismus und Kommunismus. Man wird auch skeptisch gegenüber utopischen Zukunftsvisionen, darüber, wie sich die Geschichte zu entwickeln hat. Man gelangt zu einem realistischen Menschenbild.

SPIEGEL: Auch mit Blick auf uns Deutsche?

Winkler: Ja, soweit damit die Gefahr der politischen Verführbarkeit gemeint ist. Für die meisten Historiker meiner Generation war die Frage aller Fragen: Wie war die Katastrophe der Jahre 1933 bis 1945 möglich? Dass ein Land, das kulturell zum historischen Westen gehört und einen entscheidenden Anteil hat an der europäischen Aufklärung, sich so vielen Konsequenzen der politischen Aufklärung so lange verweigert hat – der Idee der unveräußerlichen Menschenrechte, der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie. Warum bedurfte es erst des Absturzes in die Barbarei und der nationalen Katastrophe, um in der Bundesrepublik die vorbehaltlose Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens zuwege zu bringen, wie es der Philosoph Jürgen Habermas genannt hat?

SPIEGEL: Die langjährige Kanzlerin Angela Merkel glaubt, dass die Demokratie in Deutschland nur stabil sei, wenn der Wohlstand bleibt. Wie sehen Sie das?

Winkler: Es ist richtig, dass die Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens einherging mit dem Wirtschaftswunder. Nach der Weimarer Republik hatten viele Demokratie und Wohlstand für unvereinbar gehalten. Die junge Bundesrepublik hingegen zeigte, dass auch in einer parlamentarischen Demokratie Prosperität möglich ist. Und ich hoffe, dass Deutschland auch aus einer schweren wirtschaftlichen Krise nicht wieder als Diktatur hervorgeht, sondern als reformierte Demokratie – so wie etwa die USA mit dem New Deal während der Großen Depression.

SPIEGEL: Für wie gesichert halten Sie denn unsere Demokratie?

Winkler: Bedenken hinsichtlich der Stabilität müssen einem fast zwangsläufig kommen, wenn man sieht, wie Vorurteile gegenüber der westlichen Demokratie heute fortleben.

SPIEGEL: Sie meinen den Erfolg der AfD?

Winkler: Ja. Ich kenne das aus Westdeutschland aus den Fünfzigerjahren. Als Geschichtsstudenten sind wir im Auftrag der baden-württembergischen Landeszentrale für politische Bildung in Schulen auf der Schwäbischen Alb gegangen, um auszugleichen, was am Geschichtsunterricht oder in den Elternhäusern fehlte, nämlich Aufklärung über die

Weimarer Republik und die NS-Zeit. Nach der Wiedervereinigung zeigte sich, dass sich manche alte deutsche Vorbehalte gegenüber der westlichen Demokratie, auch gegenüber den USA, in den östlichen Bundesländern behauptet haben.

SPIEGEL: Die DDR nahm für sich in Anspruch, ein antifaschistischer Staat zu sein.

Winkler: Der offiziell verordnete Antifaschismus hat keinen Bewusstseinswandel in der Breite der Bevölkerung bewirkt. Insofern haben die Westdeutschen mit ihren Besatzungsmächten sehr viel mehr Glück gehabt als die Ostdeutschen mit der Sowjetunion. Die westlichen Besatzungsmächte haben die Öffnung gegenüber der politischen Kultur der Demokratie ermöglicht. In der DDR war das bis zum Mauerfall und zur Wiedervereinigung nicht möglich, und danach ist viel versäumt worden, um es gerade auch in der schulischen Bildung nachzuholen.

SPIEGEL: Und die AfD profitiert davon?

Winkler: Die AfD ist ein gesamtdeutsches Phänomen. Aber dass sie in den östlichen Ländern stärker vertreten ist als im Westen, lässt sich wesentlich dadurch erklären, dass die politischen Kulturen in West und Ost sich nach 1945 so unterschiedlich entwickelt haben. Die tiefe Spaltung in zwei politische Kulturen wirkt bis heute nach.

SPIEGEL: Sie selbst kommen aus einem national-konservativen Elternhaus, wieso haben apologetische Geschichtsdeutungen bei Ihnen nicht verfangen?

Winkler: In meiner Schulzeit in Ulm gab es ein Schlüsselerlebnis: die leidenschaftlichen Debatten im Bundestag über die Wiederbewaffnung 1952. Wir haben fast auf Anhieb gelernt, was für ein fantastisches System die parlamentarische Demokratie ist, in der solche Auseinandersetzungen möglich sind. Wir haben dann in unseren Schülerarbeitskreis Politiker eingeladen, etwa den SPD-Abgeordneten Karl Mommer, einen Ex-Kommunisten. Er sagte nach einem Vortrag, wenn es solche Schülerarbeitskreise in der Weimarer Republik gegeben hätte, wäre diese nicht gescheitert. Wenn man überlegt, welche fatale Rolle Hochschulen und Gymnasien bei der geistigen Zerstörung der Weimarer Republik gespielt haben, lässt sich das nachvollziehen. Die Nationalsozialisten hatten dort enormen Zulauf. Wenn Politiker heute an die Schulen gehen, dann tun sie etwas, was nachhaltige Wirkung haben kann.

SPIEGEL: Sind Sie auch den Tätern des NS-Regimes begegnet?

Winkler: Nicht wissentlich. Ich habe die Nähe zu Remigranten gesucht, etwa zu dem Politologen Ernst Fraenkel, der aus dem Exil nach Deutschland zurückgekehrt ist. Von ihm habe

ich gelernt, dass zu einer funktionierenden Demokratie beides gehört: Raum für die politische Kontroverse. Aber dann auch ein Bereich, der nicht mehr infrage gestellt werden sollte, eine Art Verfassungskonsens.

SPIEGEL: Eine Theorie mit aktuellen Bezügen.

Winkler: Die Krise der Demokratie ist in manchen europäischen Ländern weiter gediehen als bei uns, wie man an den Erfolgen von Rechtspopulisten und Nationalisten feststellen kann. Verglichen damit ist der nicht-kontroverse Sektor im Sinne von Fraenkel bei uns noch relativ stabil.

SPIEGEL: Die AfD eilt gerade von Wahlerfolg zu Wahlerfolg.

Winkler: Argumenten ist vermutlich nur ein Teil, aber immerhin ein erheblicher Teil der AfD-Anhänger zugänglich. Auch bei uns gibt es den verbreiteten Eindruck, dass »die da oben« in anderen Sphären schweben und kein Verständnis für die Alltagsprobleme haben.

SPIEGEL: Sie spielen auf die Debatte über die Zuwanderung an.

Winkler: Wir müssen uns ehrlich machen. Wir dürfen nicht mehr versprechen, als wir halten können. Die westlichen Demokratien sind nicht in der Lage, alle Menschen aufzunehmen, die vor Krieg und Not fliehen. Und wir müssen uns über den nicht-kontroversen Sektor verständigen.

SPIEGEL: Was gehört dazu?

Winkler: Die politische Kultur des Grundgesetzes. Voraussetzung für eine Verleihung der Staatsbürgerschaft muss die vorbehaltlose Anerkennung der Grundrechte sein, einschließlich der Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Religionsfreiheit. Schon das setzt der Integration Grenzen. Erlauben Sie noch eine historische Bemerkung.

SPIEGEL: Gern.

Winkler: Dass wir ein individuelles Recht auf Asyl haben, geht zurück auf eine Entscheidung im Parlamentarischen Rat, der das Grundgesetz ausgearbeitet hat. Dem Ausschuss für Grundsatzfragen lag am 23. September 1948 ein Entwurf vor mit dem Satz: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts«. Auf Antrag des SPD-Abgeordneten Carlo Schmid wurden die letzten fünf Worte aus redaktionellen Gründen gestrichen. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes waren sich damals nicht bewusst, dass sie mit der Streichung ein Recht begründeten, das es in keiner anderen westlichen Demokratie gibt, nämlich ein individuelles, subjektives Recht auf Asyl.

SPIEGEL: Was wollten die Verfassungsschöpfer denn?

Winkler: Sie wollten das Asylrecht als eine Pflicht des Staates verankern, politisch Verfolgte nicht in Verfolgerstaaten zurückzuschicken. Mehr war nicht beabsichtigt. Aber die Kürzung hat zu einer Interpretation des Artikels 16 geführt, wonach es ein Recht auf Zutritt zum Gebiet der Bundesrepublik gibt.

SPIEGEL: Sie kommen aus Ostpreußen. Auch Sie haben als Kind Ihre Heimat verloren. Wie sind Sie damit umgegangen?

»Ein erheblicher Teil der AfD-Anhänger ist Argumenten zugänglich.«

Winkler: Ich habe als Schüler damit gehadert, als Student ist mir klar geworden: Wenn es eine Lösung der deutschen Frage geben sollte, dann nur in den Grenzen von 1945. Das war einer der Gründe, warum ich die Ostpolitik Willy Brandts unterstützt habe. Ich sollte hinzufügen: Als Schüler war ich in der CDU, bin aber 1961 ausgetreten wegen der Kampagne gegen den unehelich geborenen Emigranten Brandt. Seit 1962 bin ich Mitglied der SPD.

SPIEGEL: Deutschland war damals geteilt.

Winkler: Ich empfand die ungleiche Verteilung der Lasten der Geschichte als ungerecht. Die deutsche Frage war für mich so lange ungelöst, solange ein Teil Deutschlands frei und der andere unfrei war. Da stand nicht die Idee der staatlichen Einheit im Vordergrund, sondern die Chancengleichheit für alle Deutschen, die ja in gleicher Weise schuld waren an der Katastrophe. Insofern war aus meiner Sicht die Freiheit für die Menschen in der DDR wichtiger als die staatliche Einheit. Einen Nationalstaat nach Art des Deutschen Reichs hielt ich für obsolet. Das war aus meiner Sicht Europa nicht zumutbar.

SPIEGEL: Erinnern Sie sich an den 13. August 1961, den Tag des Mauerbaus?

Winkler: Ich hörte die Nachricht im Transistorradio und habe meinen Campingurlaub an der französischen Atlantikküste abgebrochen in der Annahme, dass ich einberufen werde. Als ich in Tübingen anlangte, hatte sich die Krise so weit entschärft, dass damit nicht mehr zu rechnen war. Aber ich habe das als tiefe Zäsur empfunden.

SPIEGEL: Die Sechzigerjahre gelten als Zeit des Aufbruchs.

Winkler: Das deckt sich mit meiner Erinnerung. Ich war ab 1964 Assistent an der Freien Universität Berlin. West-Berlin war damals ein brisantes politisches Pflaster, Stichwort Studentenbewegung.

SPIEGEL: Waren Sie selbst von der Radikalisierung der Studenten betroffen?

Winkler: Ich hatte 1972 einen Ruf der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg angenommen und bei meiner Antrittsvorlesung 1973 die Revolutionstheorie von Marx zu entkräften versucht. Daraufhin wurden meine Vorlesungen gesprengt. Wir haben dann von der Studentenbewegung gelernt und mit einer Art Professorenstreik erreicht, dass die Störungen aufhörten.

SPIEGEL: War die Spaltung der Gesellschaft damals größer als heute?

Winkler: Politische Spaltungen hat die alte Bundesrepublik viele erlebt, etwa beim Streit um die Wiederbewaff-

nung und um die brandtsche Ostpolitik. Aber noch nie ist die liberale Demokratie von so vielen infrage gestellt worden wie heute.

SPIEGEL: Sie waren einer der Wortführer im Historikerstreit 1986/87, in dem es um die Einzigartigkeit des Holocaust ging. Heute wird dessen Bedeutung durch AfD-Politiker wieder kleingeredet.

Winkler: National apologetische Denkmuster im Umkreis der radikalen Rechten sind nichts Neues, das gab es damals auch bei der Partei der Republikaner. Im Historikerstreit hat der Berliner Geschichtswissenschaftler Ernst Nolte versucht, die Einzigartigkeit des Holocaust durch die Konstruktion angeblicher Parallelen und Kausalitäten zum Stalinismus zu ent-singularisieren. Habermas hat dann eine Gegenoffensive eingeleitet.

SPIEGEL: Also eine Erfolgsgeschichte, an der es nichts zu korrigieren gibt?

Winkler: Ich habe damals geschrieben, dass die NS-Diktatur das menschenfeindlichste Regime der Geschichte gewesen sei. Richtiger wäre es gewesen zu sagen, es wurde von keinem Regime je an Menschenfeindlichkeit übertroffen. Niemand wird im Ernst behaupten, dass Stalin, Pol Pot in Kambodscha oder Idi Amin in Uganda menschenfreundlicher gewesen seien. Das habe ich schon vor Jahren eingeräumt.

SPIEGEL: Postkoloniale Historikerinnen und Historiker kritisieren, dass die Deutschen auf den Holocaust fixiert seien und dabei übersehen hätten, was die Kolonialherren den Menschen in Afrika, Asien oder Lateinamerika angetan haben.

Winkler: Es ist keine Frage mehr, dass der erste Völkermord im 20. Jahrhun-

»Putin hat eine ganze Völkerrechts-epoche für erledigt erklärt.«

NSDAP-Chef Hitler auf dem Reichsparteitag in Nürnberg 1929



dpa / picture alliance / dpa

dert von Deutschen im damaligen Deutsch-Südwestafrika an den Herero und Nama verübt wurde. Nun gab es auch koloniale Verbrechen anderer Mächte, aber das ist kein Grund, einer selbstkritischen Aufarbeitung auszuweichen. Wenn dann allerdings argumentiert wird, dass der Holocaust als koloniales Verbrechen zu sehen sei, übersehen die Befürworter dieser These, dass zwar der deutsche Ostkrieg Züge eines Kolonialkriegs trug. Hitler hat von Belarussen, Ukrainern und Russen als »unseren Indianern« gesprochen. Aber der Entschluss, die Juden Europas auszurotten, steht auf einem ganz anderen Blatt. Er ergab sich aus den Gelegenheiten, die der Ostkrieg nach 1941 bot und aus der Logik der nationalsozialistischen Rassenideologie.

SPIEGEL: Können Sie das präzisieren?

Winkler: Der Holocaust ist ein einzigartiges Verbrechen. Die totale, unterschiedslose, mit industriellen Mitteln betriebene Liquidierung des europäischen Judentums liegt auf einer anderen Ebene. Die Kolonialmächte zielten nicht auf die Ausrottung einer vermeintlichen Rasse, einschließlich einer großen Gruppe von Menschen, die zum eigenen Volk gehörten.

SPIEGEL: Von Friedrich Schlegel stammt das Bonmot, Historiker seien rückwärtsgekehrte Propheten. Haben Sie den Mauerfall kommen sehen?

Winkler: Nein, aber ich habe im Juni 1989 einen Vortrag an der Karl-Marx-Universität Leipzig gehalten. Schon die Einladung hatte mich verblüfft, weil ich in meinen Büchern die Mitverantwortung der Kommunisten für den Untergang der Weimarer Republik herausgearbeitet hatte. In den Gesprächen stellte ich fest, wie sehr bis in die Kreise der SED-Intelligenz Gorbatschow der Held der Stunde war. Glasnost und Perestroika sollten auch in der DDR verwirklicht werden. Und da gewann ich das Gefühl, hier bahnt sich eine Umwälzung an. Ich habe dann einen Bericht an einige Politiker geschickt, vor allem in der SPD, und argumentiert, es gehe nicht an, dass man mit der DDR immer nur auf der Ebene von Staats- und Parteiführung spricht, denn in der DDR bahnte sich eine tiefe Krise an. Ich habe sehr viele Reaktionen darauf bekommen, unter anderem vom damaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Johannes Rau, der mich einlud, ihn auf einer Reise nach Polen zu begleiten.

SPIEGEL: Die deutsche Einheit hat Ihrer Karriere einen enormen Schub gegeben.

Winkler: Ich war überglücklich, als ich aufgefordert wurde, mich um einen

Lehrstuhl an der Humboldt-Universität zu Berlin zu bewerben. Und in der Tat, ich kann mir schwer vorstellen, dass ich meine deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts – »Der lange Weg nach Westen« – anderswo hätte schreiben können als in Berlin. Da sind so viele Gespräche eingeflossen mit Akteuren.

SPIEGEL: In den vergangenen Jahren kam vermehrt Kritik an Ihrem Werk. Die Historikerin Hedwig Richter etwa moniert, Deutschland sei »ein recht gewöhnlicher Fall der Demokratiegeschichte« gewesen, vergleichbar anderen westlichen Ländern. Einen langen Weg nach Westen habe es daher nicht gegeben.

Winkler: Deutschland hat kulturell zum Westen gehört und hat auch, siehe Immanuel Kant, einen markanten Anteil gehabt an der europäischen Aufklärung. Aber die Konsequenzen, die daraus in den Vereinigten Staaten und in Frankreich politisch gezogen wurden, die hat Deutschland nur zum Teil übernommen. Diese Unterscheidung macht Frau Richter nicht.

SPIEGEL: Geht es konkreter?

Winkler: Die Grundidee der allgemeinen unveräußerlichen Menschenrechte, der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie wurde von Deutschland nicht rezipiert. Im Ersten Weltkrieg haben deutsche Kriegs-ideologen den westlichen Demokratien die sogenannten Ideen von 1914 entgegengestellt, die auf Ordnung, Zucht und Innerlichkeit hinausliefen und als Gegenposition gedacht waren zur westlichen Trias von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Aus meiner Sicht war der Nationalsozialismus der Höhe- oder besser Tiefpunkt der deutschen Auflehnung gegen diese universalistische, individualistische Ausdeutung der Aufklärung in den klassischen westlichen Demokratien. Nur mit der mangelnden Vertrautheit der Deutschen mit der Idee der unveräußerlichen Menschenrechte lässt sich erklären, dass so viele am Holocaust mitwirkten.

SPIEGEL: Leidet die deutsche Geschichte nicht eher daran, dass es hier nie eine echte Revolution gab?

Winkler: Ich bezweifle die Annahme, konsequente Revolutionen verbürgten immer eine demokratische Nationalgeschichte. Die Französische Revolution mündete bekanntlich im republikanischen Terror. Eine parlamentarische Demokratie wurde Frankreich erst sehr viel später.

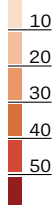
SPIEGEL: Warum scheiterten alle deutschen Revolutionen?

Winkler: Es ist eine Ironie der Geschichte, dass nicht die Reaktion, sondern der Fortschritt einer erfolgreichen Revolution in Deutschland entgegenstand. Die Erfahrung mit dem aufgeklärten Absolutismus, etwa Friedrichs II. von Preußen, hat die Erwartung befördert, dass man durch Reformen Probleme lösen könne und keine gewalttätige Revolution benötige. Als es 1848 in der Märzrevolution zu massenhaften Erhebungen kam, haben die Liberalen von Anfang an versucht, den Ausgleich mit reformwilligen Obrigkeiten zu finden. Die große Mehrheit der Deutschen

Rechtsruck in Europa

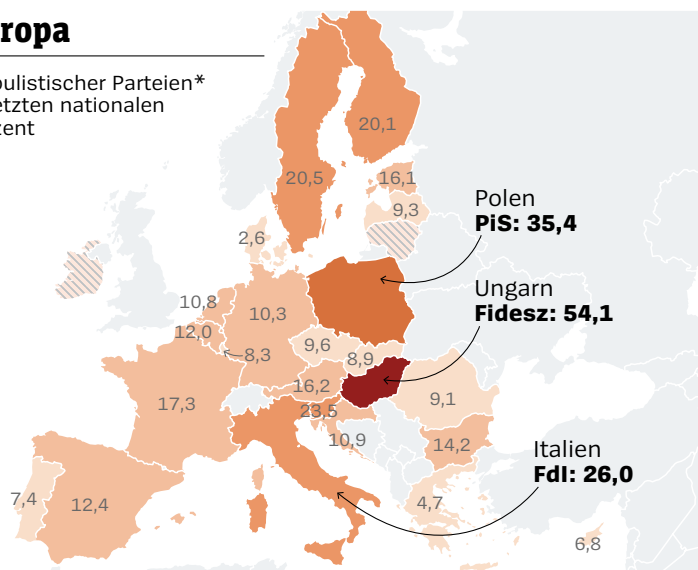
Stimmenanteile rechtspopulistischer Parteien* in der EU bei den jeweils letzten nationalen Parlamentswahlen, in Prozent

nicht im Parlament



* jeweils die stärkste rechtspopulistische Partei im Parlament

5 Grafik, Stand: 25. Oktober 2023



wollte nicht die Republik, sondern eine konstitutionelle Monarchie mit Beteiligung des Volkes in Parlamenten und mit gesicherten Bürgerrechten.

SPIEGEL: Und das war kein Einzelfall?

Winkler: In der Revolution 1918/19 haben wir eine ähnliche Konstellation. Die Mehrheit wollte eine Ausdehnung des bereits vorhandenen Wahlrechts, also mehr Demokratie und nicht etwa den radikalen Umsturzversuch einer linksradikalen Minderheit, die eine Diktatur des Proletariats errichten wollte. Auch hier war es eine gewisse Fortschrittlichkeit der Institutionen, die genau dieses Ergebnis zeitigte.

SPIEGEL: Wir haben jetzt viel über den Westen gesprochen. US-Präsident Joseph Biden oder auch Kanzler Olaf Scholz behaupten, mit dem russischen Angriff auf die Ukraine werde auch der Westen angegriffen.

Winkler: Ich sehe das auch so. Mit dem Angriff auf die Ukraine 2014 und in verschärfter Form seit 2022 hat Putins Russland die KSZE-Charta von Paris vom November 1990 zerrissen, die allen Unterzeichnerstaaten das Recht auf nationale Souveränität, territoriale Integrität und freie Bündniswahl zusicherte. Putin hat darüber hinaus eine ganze Völkerrechtsepoche für erledigt erklärt, die 1945 mit der Gründung der Vereinten Nationen und deren Charta begonnen hat. Die Charta sieht ausdrücklich das Verbot eines Angriffskrieges vor. Das ist eine tiefe Zäsur. Das große Dilemma des Westens liegt nun darin, dass man nur mit Staaten verhandeln kann, die vertragsfähig und -willig sind. Ich kann bei Putins Russland beides nicht erkennen. Und deswegen muss die Ukraine weiter unterstützt werden. Denn hätte Putin dort Erfolg, müsste man davon ausgehen, dass die Ukraine nicht das letzte Angriffsobjekt gewesen ist.

SPIEGEL: In Ihrem historischen Werk kommt Russland eine meist problematische Rolle zu.

Winkler: Russland spielt seit dem 18. Jahrhundert eine Schlüsselrolle in der deutschen Geschichte. Preußen und Österreich haben

zusammen mit Russland Polen geteilt. In den Zwanzigerjahren unterhielt die Reichswehr geheime Verbindungen zur Roten Armee mit dem Ziel, Polen von der Landkarte zu tilgen. Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 war das krasseste Beispiel eines Zusammengehens von Völkern zwischen ihnen. Und es gibt da eine Denkfigur, die in erstaunlicher Weise auch die Wiedervereinigung überlebt hat, und zwar parteiübergreifend. Sie finden das bei Horst Teltschik, dem außenpolitischen Berater Helmut Kohls, oder dem Sozialdemokraten Klaus von Dohnanyi: Wenn Deutschland und Russland sich vertragen, ist das gut für Europa. Die Interessen der Polen, Ukrainer, Moldauer oder Balten spielen offenbar keine Rolle.

SPIEGEL: Wie lautet Ihr Einwand?

Winkler: Wir sind mit Balten und Polen verbündet, im Rahmen der Nato und der Europäischen Union. Ihre Interessen können nicht einer isoliert nationalen Interpretation vermeintlicher deutscher Interessen untergeordnet werden, wie das in der Vergangenheit allzu häufig der Fall war.

SPIEGEL: Der Diplomat Rolf Nikel, einst stellvertretender Sicherheitsberater von Merkel, hat eine Enquete-Kommission des Bundestags gefordert, um die Russlandpolitik aufzuarbeiten.

Winkler: Ich halte eine solche Aufarbeitung für dringend erforderlich, und zwar unter Einbeziehung aller Denkmuster, die aus der Zeit vor der Wiedervereinigung nachwirken.

SPIEGEL: Sie leiden erkennbar an der Geschichte dieses Landes. Lieben Sie Deutschland?

Winkler: Ja, in der Form, wie es der dritte Bundespräsident Gustav Heinemann in seiner Antrittsrede 1969 ausgedrückt hat: »Es gibt schwierige Vaterländer. Eines davon ist Deutschland. Aber es ist unser Vaterland.« Das klingt etwas altmodisch. Aber einen aufgeklärten, selbstkritischen Patriotismus halte ich für legitim und notwendig.

SPIEGEL: Professor Winkler, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Stolz, 1975

FAMILIENALBUM Volkmar Schneider, 69, aus Leverkusen

Aus dem Europapokal kann man schlecht Sekt trinken, er läuft einem eher die Wangen hinab. Man kleckert auch viel.

Das lernte ich im Sommer 1975, als ich für einige Tage die echte Trophäe des FC Bayern München in meine Heimatstadt Leverkusen bringen durfte.

Mein Vater und der damalige Bayern-Präsident, Wilhelm Neudecker, waren befreundet, sie kannten sich aus dem Baugewerbe. Seit meiner Jugend hatte auch ich Neudecker immer wieder getroffen. Er nahm mich mit ins Stadion und stellte mir die Mannschaft vor. So wurde ich früh zum Bayern-Fan, bis heute bin ich Mitglied.

Während meines Jurastudiums jobbte ich in einem Bekleidungsgeschäft. Einem Freund und mir kam die Idee, dass wir ein paar Wimpel und Trikots in dem Laden aufhängen könnten – als Werbung für unseren Lieblingsklub. Beim nächsten gemeinsamen Essen im Restaurant fragte ich Neudecker, ob er uns die Fanartikel organisieren könne. Seine Antwort machte mich sprachlos.

»Wenn, dann machen wir das richtig«, sagte er. Und bot uns an, den Europapokal der Landesmeister ins Schaufenster zu stellen – das Original. Außerdem sollten einen Tag vor dem Auswärtsspiel der Bayern in Mönchengladbach noch drei Spieler zur Autogrammstunde vorbeikommen:

Franz Beckenbauer, Sepp Maier und Gerd Müller. Mit einem VW-Bulli fuhr ich nach München und holte an der Säbener Straße, dem Hauptquartier des Vereins, den Pokal ab, er lag in einer Holzkiste, in Samt eingeschlagen. Während der Rückfahrt dachte ich: »Hoffentlich baue ich keinen Unfall und mache das Ding kaputt.« An einer Raststätte machten wir erste Fotos.

Zu Hause rief ich einige Freunde an, wir kauften zwei, drei Flaschen Sekt, kippten sie in den Pokal und leerten ihn. Als hätten wir ihn selbst gewonnen, so kamen wir uns damals vor.

Und dann, am 19. September 1975, kamen tatsächlich Beckenbauer und Maier zu uns. Die gesamte Fußgängerzone war voller Menschen, die Polizei musste die Seitenstraßen sperren. Anderthalb Stunden schrieben die beiden Autogramme. Sie hatten dafür sogar einen früheren Flug als der Rest der Mannschaft genommen. Gerd Müller fehlte leider, wegen einer Verletzung.

Zwei Wochen lang stand der Pokal in dem Fenster des Ladens. Nur nachts wurde er zur Bank gebracht und in einem Tresor verschlossen. Aufgezeichnet von Jonah Lemm

► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten? Schreiben Sie an: familienalbum@spiegel.de

RADFAHREN

»Ist Cycling wie Berghain, Frau Cöllen-Sorger?«

SPIEGEL: In Großstädten rennen plötzlich alle Hipster zum Cycling. War das nicht ein Sport aus den Achtzigern?

Cöllen-Sorger: Cycling erlebt eine Wiedergeburt. In dunklen Räumen, mit gutem Soundsystem und schneller elektronischer Musik. Diese Erfahrung nimmt jetzt einen Platz für Leute ein, die mit Anfang vierzig nicht mehr jede Woche ins Berghain gehen können. Stattdessen gehen sie zum Cycling. Einer unserer Stammkunden ist ein sehr bekannter Techno-DJ.

SPIEGEL: Cycling ist wie ein Klub, das Berghain?

Cöllen-Sorger: Du bist auf dem Fahrrad, hörst diese pumpende Musik, vorn fährt ein Trainer, der dich so motiviert, dass du diese Glückshormone bekommst, die man auch beim Tanzen spürt. Nach 45 Minuten Cycling fühlst du dich so gut, als hättest du drei Stunden im Berghain getanzt. Und dann gehst du zurück ins Büro oder dein Homeoffice.

SPIEGEL: In manchen Cycling-Studios wirkt das eher esoterisch. Da stellen die Trainer Kerzen auf und rufen: »Lasst alles Toxische von euch ab!«

Cöllen-Sorger: In manchen Studios rufen sie auch: »If you want to eat your Currywurst, work harder on the bike.« Das gibt's bei uns nicht. Wir konzentrieren uns auf gutes Training.

SPIEGEL: Bei dem es um Adrenalin geht?

Cöllen-Sorger: Cycling ist ein »adrenaline driven workout«. Das hat Suchtpotenzial. Wir leben aber in einer Welt, in der es keinen Stillstand mehr gibt, in der wir die ganze Zeit auf Achse und gestresst sind. Es ist wichtig, sich auch mal beim Pilates runterzubringen.

SPIEGEL: Was wird der nächste große Trend nach dem Cycling?

Cöllen-Sorger: Boxen. JLE



Gundula Cöllen-Sorger, 40, aus Berlin ist Gründerin der Fitnessstudios *Becycle* und *Beyond*.

Im Beton-Delirium

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE Warum sich Ludwigshafen eine achtspurige Helmut-Kohl-Allee baut

Man betritt also die Eingangshalle im Hauptbahnhof von Ludwigshafen und findet das Lokal »Zur Pfalzbahn« vor, montags gibt es »Cevapcici oder Cordon bleu«, dienstags »Fleischkäse oder Cordon bleu«, mittwochs »Schnitzel«. Man ist hier, weil die Stadt der Geburtsort von Helmut Kohl ist, der nun durch eine Helmut-Kohl-Allee geehrt werden soll, und der Gedanke drängt sich auf: wie passend, alte Bundesrepublik, drinnen Schnitzel und draußen große Straßen.

Es wird passen und auch wieder nicht.

Ein Herr mit Fahrrad wartet auf dem Bahnhofsvorplatz, es ist der Beigeordnete Alexander Thewalt, der Leiter des Dezernats Bau, Umwelt und Verkehr der Stadt Ludwigshafen. Man überquert mit ihm den Vorplatz und sagt: »Seltsam. Das hier erinnert mich an ...«

»Ja!«, er sagt es begeistert. »Sofia! Oder Moskau! Es könnte irgendwo im Osten sein, in den Sechzigerjahren!«

Es stimmt. So viel Platz. Betonierter Raum mit ein paar Autos darauf, daneben Brachland, auf dem irgendwas Ungeplantes wächst. Ein Hotel, an dem im Moment nur »Hotel« steht, kein Name, es wirkt wie eine kapitalismusferne Abstraktion.

Ein Stück weiter, schräg hinter dem Hotel: die Hochstraße Nord. Um die geht es jetzt. Sie soll abgerissen und auf ebene Erde verlegt werden und dann nicht mehr Hochstraße Nord heißen, sondern Helmut-Kohl-Allee.

Es bietet sich an, zusammen mit dem Beigeordneten und seinem Fahrrad dem Verlauf dieser Hochstraße zu folgen. Über Thewalt spannt sich ein Himmel aus Beton, vielspurig, auf grauen elefantenfußartigen Betonpfeilern ruhen Fahrbahnen, Auffahrten, Abfahrten, Seitenarme, Stützmauern. Geplant in den Fünfzigerjahren, gebaut in den Sechzigern und Siebzigern, ein Delirium aus Beton.

Eine »autogerechte Stadt«. Man sagt es kritisch.

»Zu Unrecht.« Das sagt Thewalt. Weil, so sagt er, das mit der »autogerechten Stadt« völlig falsch verstan-

den werde, weil der Stadtplaner Hans Bernhard Reichow, der 1959 ein Buch darüber schrieb, das ganz anders gemeint habe: nicht nur auto-, sondern auch menschengerecht.

Zum Beispiel dadurch, dass es wenige Kreuzungen gibt, dass Gehwege und Straßen getrennt sind, dass sich Fußgänger und Autoverkehr nicht zu begegnen brauchen. Also so wie hier: die Autos da oben, und unten gehen wir spazieren.

»Stadtautobahnen! Wie in Amerika! Wer hat das schon!«

Vielleicht muss man wie Thewalt im Vorstand des Deutschen Straßenmuseums sein, um so auf Beton zu blicken: als Zeugnis menschlichen Schaffens und insofern kulturhistorisch interessant.

Allerdings bröckelt das menschliche Schaffen da oben; deshalb soll die Straße jetzt nach unten. Mit bis zu acht Spuren. Muss das sein?

Anderswo, in Hannover beispielsweise, will man den Autoverkehr beruhigen, verlangsamen, extrem verringern. Wäre das nicht viel besser?

Der Beigeordnete stellt sein Fahrrad ab, zeigt ins Bebaute, auf einen rot-weißen Turm: »Da beginnt BASF.« Er zeigt mehr nach rechts: »Da ist der Hafen.« Ludwigshafen, das ist seine Botschaft, hat mitten in der Stadt Wirtschaftsverkehr, der nicht mit Lastenrädern bewältigt werden kann. Es

»Stadtautobahnen! Wie in Amerika! Wer hat das schon!«

Beigeordneter Thewalt, Screenshot von rheinpfalz.de



R Plus Helmut-Kohl-Allee kommt - Ja zu einem Jahrhundertprojekt

lässt sich nicht mit einem Fingerschnippen in Hannover oder Freiburg oder was auch immer verwandeln. Es ist eben Ludwigshafen, die versiegelteste Stadt der Republik. Ludwigshafen wurde vor Jahren nachgesagt, es liebe seine Hochstraße wie Speyer seinen Dom.

Ludwigshafen hat viel Parkraum, erstaunlich viel, man bemerkt es beim Weg unter der Hochstraße entlang, aber verändert, so hört man, hätten sich die Prioritäten auch hier.

Neben der neuen Straße werde es Radwege geben, mit Grünstreifen. Eidechsen würden umgesiedelt. Dass der Beton vom Abriss recycelt werde, sehe er als selbstverständlich an, sagt Thewalt; netto werde mit dem neuen Straßenverlauf weniger Beton verbaut sein als zuvor.

900 Alleeebäume würden gepflanzt, sonst wäre die Helmut-Kohl-Allee ja keine Allee.

Richtig, Helmut Kohl. Man hätte ihn fast vergessen.

In Ludwigshafen geboren, in Ludwigshafen gestorben, schon einmal, kurz nach seinem Tode im Jahr 2017, hätte der Ex-Bundeskanzler eine Straße bekommen sollen. Die Rheinallee, so sah es der Stadtrat, bot sich an.

Viele Bürger sahen es anders.

Es gab eine Onlinepetition, dagegen. Die Gründe finden sich immer noch im Netz: die Spendenaffäre, die schwarzen Kassen. Die Missachtung Ludwigshafens: Ständig habe Kohl nur von Oggersheim gesprochen und eben nicht von der ganzen Stadt. Gäste führte er lieber nach Speyer. Dort liegt er auch begraben, er wollte es angeblich so. Außerdem, klagten Geschäftsleute, müsse man dann die Visitenkarten ändern. Und überhaupt: Der Name Rheinallee sei doch schön.

Für die neue Helmut-Kohl-Allee wird niemand Visitenkarten ändern müssen, weil es die Straße bisher ja nicht gibt.

Groß wird sie sein, raumgreifend. So wie die Postkarten an einem Kiosk, zu dem Thewalt jetzt führt. Die vielspurige Kurt-Schumacher-Bücke über den Rhein. Das klotzige Rathaus-Center. Der Hauptbahnhof, überragt von einem riesigen, brückenträgenden Pylon.

Gewürdigt werden all diese Bauten hier wie Errungenschaften. Wie Fortschritt.

Man sieht diese Postkarten und ist in einer anderen Zeit und denkt plötzlich mit Wohlwollen an ein Schnitzel im Bahnhofsrestaurant.

Barbara Supp

Abschied eines
israelischen Soldaten
vor dem Einsatz



An den Toren der Hölle

KRIEG Ein linker Autor, der auf die Hamas schießt. Eine Zahnärztin, die Terroropfer identifiziert. Ein Klimaaktivist, der der Welt das Grauen zeigt. Und ein Major der Reserve, der auf Rache sinnt: wie der Krieg das Leben der Israelis bestimmt. *Von Jonathan Stock*

Am Tag, als mehr als 100 israelische Jets den Gazastreifen bombardieren, als er von Land und Meer so heftig beschossen wird, dass der Himmel sich orange färbt und das Internet in Gaza ausfällt, sitzt der Feldwebel Bar in einem Auto mit einem Sturmgewehr zwischen den Füßen, um zum Dienst zu fahren. Sein Dienst ist es, Gaza mit Sprenggranaten zu beschießen. »Es ist nicht meins«, sagt er und deutet auf das Sturmgewehr, »sie haben es mir gegeben.«

Es klingt wie eine Entschuldigung, als ob er sich nicht freiwillig gemeldet hätte, als einer von mehr als 300.000 Reservisten, als ob seine Fahrt in den Krieg einfach so geschähe. Er möchte seinen Nachnamen nicht veröffentlicht sehen, weil er eigentlich keine Interviews geben darf. Bar ist 32 Jahre alt, hat eine Tochter, neun Monate alt, und einen vierjährigen Sohn, der mit seiner Frau und seinem Hund zu Hause auf ihn wartet. In seiner Tasche trägt er ein Buch über zivilen Ungehorsam in Krisenzeiten. Die Besatzung von Gaza, die er immer noch so nennt, hält er für falsch.

Er hat seine große Reisetasche eingepackt mit Alkohol für die Kameraden und der Musikbox für die Wartezeit, wenn sie die Sprenggranaten laden. Manchmal würden sie nur alle zehn Minuten schießen, manchmal jede Minute, manchmal gar nicht, sagt er. Er hat sich den Bart rasiert und ist mit seinem schwarzen Sturmgewehr in der Nähe des Rothschild-Boulevards in Tel Aviv in das weiße Allradfahrzeug gestiegen, das ihn zu seinem Stützpunkt bringen soll.

Bar erzählt die ganze Fahrt hindurch, mit sympathisch lispelnder Stimme. Und als der Wagen die Stadt hinter sich lässt und in die Wüste hinausfährt, schaut er freundlich in den Rückspiegel, als ob er gucken wolle, was er zurücklässt. Er wird heute sein Federbett in Tel Aviv gegen ein Lager auf einem Acker eintauschen, die Stadt am Strand gegen den Staub der Wüste Negev. Manche seiner Kameraden, sagt er, schliefen auch in der gepanzerten Haubitze. Das sei eben das, was er gut kann: Artillerie.

Bar kennt die Panzerhaubitze M109 genau, Kaliber 155 Millimeter, ihren Motor, ihre Reichweite, ihre Macken. Es ist dasselbe Gerät, das die Armee schon im Jom-Kippur-Krieg nutzte, ein Stück israelischer Geschichte, mit Granaten so schwer wie ein großes Kind, die die Männer nur mit zwei Händen tragen können.

Er weiß, was er machen muss, wenn die M109 klemmt, oder was er tun muss, damit sie trifft. Geschütze. Bunker. Häuser. Er hält seine Augen auf die Straße. Es passe nicht zu ihm, das alles, sagt er selbst.

Bar ist ein reflektierter Mensch, er nennt sich liberal, fast links. Er interessiert sich für somalische Flüchtlinge, die hohen Lebensmittelpreise und Skandale in Gefängnissen. Und er schreibt als Journalist darüber. Er war bei den Demonstrationen gegen Ministerpräsident Benjamin Netanyahu dabei. Zweimal sollte er Dienst im Westjordanland leisten,

zweimal habe er abgelehnt. Wahrscheinlich würde er dort auch die Moral der Truppe senken, sagt er lächelnd. Er trägt Che-Guevara-Shirts, er raucht mal einen Joint. Er streite sich mit den rechten Kameraden seiner Truppe, die, wie er sagt, Gaza am liebsten zurück in die Steinzeit bomben wollten.

Einer dieser Kameraden war auf dem Musikfestival in der Negev-Wüste und habe sich stundenlang in einem verrauhten Schutzraum versteckt, ein anderer hat seinen Schwiegervater verloren, als er mit ihm die Kühe melken wollte und dabei erschossen wurde. Der Unterschied, sagt Bar, zwischen der Mehrheit der Menschen Israels und den Ultrarechten sei, dass die Mehrheit Gaza zu einem Strand machen wolle und die Ultrarechten an diesem Strand auch noch Häuser für Israel bauen wollten. Auf Instagram teilt er Bilder von Zehntausenden Protestierenden gegen Netanyahu und einem riesigen Spruchband, auf dem der Ministerpräsident ein Diktator genannt wird. »Ich bin gegen die Besatzung«, sagt er, »aber jetzt bombardiere ich Gaza. Das ist der Konflikt.«

»Ich bin gegen die Besatzung, jetzt bombardiere ich Gaza. Das ist der Konflikt.«

Bar, Feldwebel

Er sagt, er frage nach jedem einzelnen Ziel. Er sagt, dass sie keine dicht besiedelten Gegenden bombardierten, keine Wohnhäuser, nur die Umgebung, damit die Bodentruppen manövrieren könnten. Die Bilder der zerstörten Häuser, das sei die Luftwaffe. Er sei froh, dass er das nicht machen müsse. Wenn sie Gaza vernichten wollten, meint Bar, müsste man die israelische Artillerie einfach nur zwei Stunden lang schießen lassen. Das passiert ja nicht. Er habe bisher nur in der Grenzregion geschossen, um die Reparatur des Zauns und die Arbeiter zu schützen.

Und wenn der Befehl kommt, in eine belebte Ortschaft zu schießen? »Dann«, sagt er zögerlich, »werde ich nicht schießen.«

Er denkt noch eine Weile über den Satz nach und fügt hinzu, er würde es nur tun, um verletzte israelische Soldaten zu beschützen. »Dann werden wir uns um nichts anderes kümmern, als unseren Kameraden zu helfen.«

Als vor vier Jahren sein Sohn geboren wurde, mussten sie in Tel Aviv in einen Schutzraum, weil aus Gaza Raketen kamen, sagt er. Als sein Sohn in den Kindergarten kam, mussten sie auch in den Bunker. Als sein Sohn aus den Windeln rauskam, auch. Jetzt, wo seine Tochter frisch auf der Welt ist, herrscht wieder Krieg. Alle Etappen ihrer Leben lassen sich an irgendeiner Attacke, an irgendeinem Angriff festmachen. Wir müssen das noch durch-

halten, sagt Bar, bis die Kinder 18 Jahre alt sind und länger.

Er werde schießen, sagt er, weil es nicht anders geht. Und weil es das ist, was er in der Armee gelernt hat. Wenn sie angegriffen werden, schlagen sie zurück.

Israel ist ein anderes Land geworden. Der Terror hat die Menschen aus ihrem Alltag gerissen, der Krieg hat sie zusammengebracht, er bestimmt ihr Leben. Sie haben Angst, sie sinnen nach Rache. Ein linksliberaler Autor beschießt Gaza, ein Hochschullehrer will Menschen die Kehle durchschneiden, der Spendensammler einer Hilfsorganisation redet von »Tieren«, wenn er von den Angreifern der Hamas spricht, und von Vergeltung.

Jede Generation Israels ist eine Kriegsgeneration. Viele haben die Hoffnung, sie zögen in die letzte, finale Schlacht für Israel, um ihren Kindern genau dies zu ersparen. Der Glauben an den großen Frieden rechtfertigt jeden Krieg. Das Männer- und Frauenbild in Israel war lange martialisch; Schwäche, Zweifel, Opfergefühle wurden abgelehnt. Das hat sich geändert. Nach der Attacke des 7. Oktobers wird offen über Ängste geredet, wird offen geweint. Das ganze Land merkt plötzlich, wie verwundbar es geworden ist.

Die israelischen Streitkräfte haben die vierthöchsten Militärausgaben der Welt pro Kopf, hinter ihnen stehen fast alle, vom ultrarechten Siedler bis zum linken Aktivist. Jeder, mit dem man im Land spricht, sagt: Etwas muss passieren, etwas muss dem Terror entgegengesetzt werden. Krieg ist das, was alle können. Viele der Sprenggranaten, die abgefeuert werden, markiert Bar mit einem Edding-Stift. Er schreibe darauf die Namen der Toten, entweder seiner Kameraden oder der Tänzer auf dem Trance-Festival, das am 7. Oktober von der Hamas angegriffen wurde, mit mehr als 270 Opfern.

Bar sitzt jetzt auf dem Beifahrersitz, Kobi Wolf lenkt den Wagen neben ihm, die Schnellstraße 34 hinunter, Richtung Gaza. Wolf ist Kriegsphotograf, er fährt seinen Freund Bar heute in den Krieg. Die beiden haben sich auf Protesten gegen Netanyahu kennengelernt. »Greif mal nach rechts«, sagt Wolf. Bar greift in das Türfach und holt ein kleines Stück Metall hervor, 5,56 Millimeter, zerdrückt von der Wucht des Aufpralls, die scharfen Kanten noch fühlbar. Es ist das Geschoss eines Maschinengewehrs, damit sind die beiden am 7. Oktober von der Hamas auf dieser Straße beschossen worden.

»Hat der Mechaniker am Motorblock gefunden«, sagt Wolf. »Lass das die Versicherung bezahlen«, sagt Bar.

Das sind die Probleme, die nach den Fernsehbildern kommen. Eine Attacke, eine Rakete auf das Haus, ein zerschossenes Auto. Aber welche Versicherung zahlt bei einem Hamas-Angriff? Gibt es genug Mechaniker, oder sind die auch gerade im Krieg? Und wie soll ich bezahlen, wenn ich gerade keine Arbeit habe?

»Warst du schon beim Psychiater?«, fragt Bar. Wolf schüttelt den Kopf. »Wenn der



1 | Kibbuz-Bewohner Yellim im Kibbuz Beeri 2 | Feiernde Soldaten in einem Trainingslager südöstlich von Tel Aviv

Krieg vorbei ist, gehe ich nach Indien, meditieren.«

Auf der Straße zwischen Netivot und Sderot fahren sie langsamer und überlegen in der Kurve, aus welcher Richtung sie am 7. Oktober beschossen worden sind. Als sie damals die Nachrichten von den Angriffen gehört hätten, seien sie mit acht Wagen los, Journalisten, Fotografen, Reservisten, den Terroristen entgegen, in Richtung der Rauchsäulen. Sie wollten mit eigenen Augen sehen, was in ihrem Land passiert. Erst hätten sie einen getroffenen Wagen gesehen, dann zwei, dann Dutzende, dann die Leichen.

Sie stiegen aus, um zu arbeiten, wie sie sagen, also um die Toten zu fotografieren und die Zerstörung. Aber Bar erinnert sich vor allem an einen Hund, der auf dem Rücksitz eines Autos saß, darin ein totes Pärchen, das versucht hatte, in Deckung zu gehen. Der Hund habe gewartet, dass das Herrchen zurückkommt. Dann seien Schüsse gefallen, sie hätten sich hinter einem Auto versteckt. Dort, Bar zeigt zu einer Anhöhe, müssen die Kämpfer gestanden haben. Als die Schüsse näher kamen, krabbelte Bar über die Straße, verharrte kurz und sprang dann über die Begrenzungssteine aus Beton. Nach einer Weile hörte der Beschuss auf. Als er zum Auto zurückkam, sah er drei Kugeln an der Seite, eine davon im Tankdeckel. Daraufhin habe er sich zum Militäreinsatz entschlossen. Seine Familie sei verwundbar geworden, sagt er.

Sie fahren jetzt, Wochen später, an Baumwollfeldern vorbei, Bar in seiner Uniform bekommt von zwei Leuten ein Eis angeboten. Am schlimmsten sei an der Front das Warten auf den nächsten Schuss, sagt er. Sie säßen im Zelt, tranken, rauchten, scrollten durch ihre Timeline, hörten Musik.

Bar und die anderen Soldaten hätten neu-lich im Nebel gestanden, nur ein paar Meter weit gucken können. Dann hätten sie Schüsse gehört, und dann sei wieder die Angst

über sie gekommen. Denn davor haben die Reservisten ständig Angst: dass die Hamas kommt und sie nachts gefangen nimmt, aus irgendeinem Tunnel, aus irgendeinem Hinterhalt.

Sie schliefen in ihrer kugelsicheren Weste, mit Schuhen und Gewehr mitten auf dem Feld. Sie verbarrikadierten sich hinter einem Sandwall. Alles, was er sagen konnte, als er die Schüsse im Nebel hörte, war: »Schießt nicht auf die eigenen Leute. Aber schießt, wenn ihr müsst.« Am Ende war es ein Kamerad, der auf eine Drohne geschossen hatte, kein Hamas-Kämpfer. Es könne jeden treffen, jederzeit, sagt Bar, auch ihre Kinder.

»Wir feiern das Leben.«

Israelischer Soldat

Er muss jetzt die Ortung seines Handys ausstellen, damit ihn die Angreifer nicht finden. Die Abschussstellung der Geschütze ist geheim. Zwischen den Obstbäumen in der Nähe zur Grenze von Gaza tauchen weitere Soldaten mit Sturmgewehren auf. Auf einer staubigen Straße hält der Wagen an. Bar nimmt seine Tasche, umarmt seinen Freund und verschwindet zwischen Obstbäumen. Die Raketen aus Gaza brauchen bis hier nur 15 Sekunden. Die Geschosse nach Gaza ähnlich lange. Als es dunkel wird, beginnt der Beschuss. Wolf fährt zurück nach Tel Aviv.

Es ist merkwürdig, in diesen Tagen in Tel Aviv unterwegs zu sein. Man sieht im Park Yogaschüler, die unter dem Lärm von Militärhubschraubern den herabschauenden Hund üben. Jeden Tag sind die Treffer der Abfangraketen im Himmel dumpf zu hören und Kampfjets, die Richtung Gaza donnern. Und

doch versuchen die Menschen, etwas Normalität zu simulieren. Auf dem Meer sind wieder die ersten Segelboote unterwegs, Jogger laufen am Strand entlang, Windsurfer und Schnorchler sind auf dem Wasser. Und dann heulen plötzlich die Sirenen, ertönen die Signale auf den Handys, und alle rafften ihre Kleider zusammen und laufen in die Schutzräume.

Ein Mädchen aus Aschkelon, das sich in einen der Schutzräume flüchtet, sagt, sie habe Angst. Weil ihr Haus vergangene Woche von einer Rakete getroffen wurde. »It's just property damage«, sagt ihre Schwester, es sei ja nur ein Sachschaden. »Gutes Mädchen«, sagt ihr Vater, und dann sagt er noch, man solle der Welt erzählen, dass sie stark seien, die Israelis, sehr stark.

Erntehelfer fehlen auf den Feldern, Touristen in den Cafés. Die Wirtschaft ist gefährdet, die Mieten sind hoch, Schulen und Kindergärten sind geschlossen. Wer kann, öffnet seinen Laden wieder. Und nicht weit von Tel Aviv entfernt werden wieder und wieder die Geschichten der Massaker erzählt, auf einem Militärstützpunkt 20 Kilometer südöstlich der Stadt. Dort liegen die Leichen aus dem Kibbuz Beeri, vom Festival, vom Massaker in Kfar Asa, von allen Orten. Manchmal, sagt einer, hätten sie nur noch ein paar Zähne gefunden.

Als Journalist kann man die Tour zu den Containern und den Kühlaggregaten bei Ramla buchen. Aufgrund der großen Nachfrage wird die Führung zweimal am Tag angeboten. Helfer öffnen dann die Türen, und man sieht die schwarzen und weißen Säcke mit den Leichen. Auf einer anderen Tour, erzählt ein Fotograf, habe er in einer Schlange anstehen müssen, um eine Blutlache zu fotografieren.

Wieder Raketenalarm. »Wir werden angegriffen«, sagt die Führerin mit routinierter Stimme in die Kameras. Aus rechtlichen Gründen müssen alle Teilnehmer der Tour



3 | Forensische Zahnärztin Engel **4** | Soldat Ansbacher (l.) vor einem mit Schabbatbrotten gedeckten Tisch

ein Formular unterschreiben. In einem Treck wird der Pulk zu einem Kühlcontainer geführt. Die Fotografen drängeln jetzt. »Wir machen die Container erst auf, wenn ihr euch in eine Reihe stellt«, sagt ein Pressesprecher der Regierung. Es ist das erste Mal, dass Israel die Leichen seiner Bewohner in geführten Touren präsentiert.

»Dies sind die Tore der Hölle«, ruft der Pressesprecher, dann öffnet ein Arbeiter die Türen der Container. In einer Stunde kommt die nächste Gruppe. »Diese Leichentour ist zu viel«, sagt ein britischer Journalist danach auf dem Parkplatz, der über die vergangenen vier Kriege mit Gaza berichtet hat, »sie überleben es.«

Nicht weit davon sitzt Ilana Engel in einem kleinen Büro und schaut sich Zähne an. Ein Röntgenbild leuchtet auf ihrem Bildschirm, das Bild eines Toten. Engel, 32 Jahre alt, arbeitete vor dem Krieg in einer Privatpraxis in Jerusalem. Normalerweise macht sie Porzellankronen und Implantate, sie sagt, das Lächeln der Menschen sei ihr wichtig, die Ästhetik. Jetzt, sagt sie, könne sie auf Fotos nicht mehr lächeln.

Nach der Arbeit holt sie ihren dreijährigen Sohn aus der Kita ab, dann machen sie das Sirensenspiel, wenn sie in den Schutzraum müssen. Sie stellt sich vor, dass auf dem Röntgenbild ihr Sohn zu sehen sei, und dann muss sie ihre Gefühle wie in einer Box verstauben. Sie backt gern Pfannkuchen oder guckt Serien. Am Sonntag, als der Krieg begann, wollte sie eigentlich mit ihrem Sohn Eis essen. Stattdessen ging sie Zähne sortieren.

Sie arbeitet für die forensische Einheit der Tel Aviver Polizei, die für die Identifizierung der Leichen zuständig ist, als Freiwillige. Manchmal hört sie die Familien nebenan weinen, wenn ihre Kollegen die Gebisse der Toten röntgen. Seit zehn Jahren ist sie bei Attentaten, bei Morden, bei Gewaltverbrechen aller Art gerufen worden, um die Zähne den Opfern zuzuordnen. Sie mache das, sagt sie,

um den Familien zu helfen. Dann gehe sie nach Hause und umarme ihren Sohn. Sie habe viel erlebt, aber das hier, einen Anschlag mit mehr als 1400 Opfern, mit abgetrennten Köpfen, toten Babys, Kindern, Toten mit Verbrennungen – das habe sie, das habe noch keiner erlebt.

Am Montag bekam sie eine Plastikbox mit Fragmenten eines Kieferknochens. »Schauen Sie hier«, sie deutet auf ein Röntgenbild, »der Zahn neben dem Weisheitszahn, dort ist der graue Strich eines Wurzelkanals zu sehen. Daneben haben wir eine Wölbung, deren Form ich mir merke.« Sie gibt die Daten in ein System von Interpol ein, Zahnnummer, Auffälligkeiten, kieferchirurgische Eingriffe. Engel hat ein sehr gutes Gedächtnis für Zähne, sie kann sich die Gebisse aller ihrer Patienten merken. Das hilft ihr jetzt.

Manchmal findet sie auf Facebook das Lächeln eines Kindes von einem der Hinterbliebenen, dann fällt ihr eine bestimmte Färbung auf, eine besondere Zahnstellung, und dann beginnt sie in der Datenbank zu suchen. Das Problem sei, dass so viele junge Leute gestorben seien. Junge Leute hätten gute Zähne mit wenigen Auffälligkeiten.

Auf dem Computer vergleicht sie die Zähne der Toten mit denen der Lebenden, mit Röntgenbildern aus Archiven der Vermissten. Und dann, sagt sie, fällt ihr irgendwann auf, dass sie diese Zähne schon einmal gesehen hat, einen ähnlichen Wurzelkanal, eine ähnliche Wölbung. Wieder erfährt dann eine Familie, dass ihr Sohn tot ist, und sie kann ihn begraben. Verbrannte Leichen seien schwierig, erklärt Engel, da gebe es nur schwer verwendbare DNA. Und die Leichen von Babys seien schwierig, denn die hätten keine Zähne. Problematisch sei es auch, wenn eine Familie vollständig ausgelöscht sei. Dann gebe es niemanden, der bei der Identifizierung helfen könne.

Sie sagt, sie denke nicht an die Hamas, nicht an die Täter. Nicht, bis sie alle Zähne

verglichen habe. Dann zieht sie sich ihren Anzug an und streift die Gummihandschuhe über und geht wieder an die Arbeit. Die Seele der Toten, sagt sie noch, werde gemäß ihrer Religion erst Frieden finden, wenn der Körper vollständig begraben sei.

Ein gepanzerter Bus bringt Journalisten auch in den Kibbuz Beeri. Beeri, so heißt es in Israel, ist der Ort, wo man seine Kinder aufziehen möchte, weil er so schön ist. Der Sonnenuntergang in der Wüste, die Olivenhaine, die grünen Felder, ein guter Ort, um Urlaub zu machen. 17 Stunden lang wüteten Hamas-Kämpfer hier. Mehr als 100 Menschen starben. Beeri heißt jetzt das Butscha Israels. Um 17 Uhr geht es zurück in den Bus, bitte seien Sie vorsichtig, sagt der Pressesprecher, und öffnen Sie keine Schubladen.

Die Folgen des Angriffs der Hamas sind hier in ihrer rohen Form zu besichtigen. Vor den Journalisten steht Or Yellim, 30 Jahre alt, mit einer gelben Warnweste. Er hat das Massaker überlebt. Yellims Vater saß als Abgeordneter in der Knesset, dem israelischen Parlament, er selbst hat Geld gesammelt für verwundete Soldaten, arbeitete in einer Hilfsorganisation gegen den Klimawandel, half bei der Arbeit im Kibbuz. Am Tag des Angriffs hielt er 16 Stunden lang mit einem Messer bewaffnet im Schutzraum aus, um seine Familie zu beschützen. Nachdem das Militär kam, um sie zu befreien, holte er seine Waffe und ging zurück nach Beeri. Yellim hält jetzt eine Rede neben einem Vorgarten, bekommt in dem Kinderspielzeug liegt, er trägt Turnschuhe und ein Gewehr um den Hals.

»Ich entschuldige mich«, sagt er, »weil es jetzt nicht schön wird.« Er spricht von den »Tieren«, die hier gewütet hätten, von den Vergewaltigungen, von den Massakern, von verbrannter DNA. »Das ist die Situation«, sagt er.

An diesem Kibbuz liebe er die Idee der Gemeinschaft. Sie lebten zusammen und teilten alles. Keiner werde beurteilt, keiner ab-



Kobi Wolf / DER SPIEGEL

Soldat Ansbacher auf Trainingsgelände: »Wir werden die Geschichte verändern«

gewertet. Dann geht er los, um den Reportern und Fotografen ein Haus zu zeigen, in dem ein zwölfjähriges Mädchen die Wunden ihrer Eltern mit einer Aderpresse abband, dessen Mutter trotzdem starb, und dessen Vater seine Beine verlor. Näpfe mit Hundefutter stehen noch an der Straße. Journalisten streiten sich um Redezeit mit Or Yellim.

Yellim, der Zeuge des Terrors, ist wichtig für Israel, denn der Krieg ist auch ein Wettkampf darum, wer die überzeugendere Geschichte erzählt. Israel zeigt seine Opfer des Hamas-Angriffs; die Hamas zeigt die toten Zivilisten nach israelischen Angriffen auf Gaza. Es ist ein Krieg um die Köpfe und die Sympathien der Welt. Es riecht nach Blumen und nach Leichen.

Ein Team von Archäologen sucht in der Asche der verbrannten Häuser nach Knochen und Zähnen. Fast alle Fußböden sind mit Trümmern bedeckt. In einem der Häuser hängt ein leerer, verkohlter Bilderrahmen. In den Ruß gekratzt ist der Satz: »Die Menschen Israels werden ewig leben.«

Die Menschen Israels symbolisierten das Leben, sagt Yellim, und die anderen – er meint die Terroristen – symbolisierten den Tod. Sie würden in jedes Land kommen, auch nach Europa. »Wir werden das alles wieder aufbauen«, er schaut auf die Trümmer, »aber diesmal ohne Schutzräume.« Sie wollten sich nie wieder verstecken. Nicht einmal ein Messer solle in Gaza übrig bleiben.

Auch der Kriegsreporter Kobi Wolf wäre fast am Tag des Angriffs am 7. Oktober nach Beeri gekommen. Doch als sein Wagen angeschossen wurde, fuhren er und Bar zurück nach Tel Aviv. Ein anderer Fotograf aber, der Kriegsreporter Ziv Koren, über den gesagt wird, er habe immer eine Pistole dabei, fuhr weiter. In Beeri und in Kfar Asa, wo die Hamas mehr als 100 Menschen tötete, sei er einer Spezialeinheit gefolgt. Koren fotografiert seit 25 Jahren Kriege, er begann seine Arbeit als Armee Fotograf.

Ziv fotografierte im Kibbuz einen Soldaten, Mitglied einer Spezialeinheit, der eine Küche betrat. Auf dem Tisch war ein Schabbatmahl angerichtet, eine Challah, ein traditionelles Decktuch lag über den Schabbatbroten, und beim Anblick des Challah-Tuches begann der große, trainierte Soldat der Spezialeinheit zu weinen wie ein kleines Kind. Sein Kommandeur nahm ihn in den Arm. Der Soldat heißt Yair Ansbacher, er will erzählen, warum er geweint hat.

Ansbacher ist telefonisch zu erreichen und lädt zur Basis der Antiterrorereinheit »Lotar« südöstlich von Tel Aviv ein. Von Weitem

»Willkommen auf der Party. Hörst du die Explosionen?«

Yair Ansbacher

hört man die Schüsse des Trainings, den dumpfen Aufprall der Geschosse zwischen Kiefern.

»Willkommen auf der Party«, sagt Ansbacher. »Hörst du die Explosionen?« Das Foto, auf dem er weint? Er schüttelt ärgerlich den Kopf. Seine Freunde hätten ihn ausgelacht, sagt er, »aber ich habe geweint wegen des Holocaust«. Er setzt sich auf eine Bank unter die Zweige der Bäume, zwischen seinen Fingern rollt er die Ohrstöpsel vom Schießtraining.

Ansbacher ist orthodoxer Jude. Sein Großvater Mordechai Ansbacher aus Würzburg überlebte das KZ Dachau, verlor aber als 17-Jähriger seine gesamte Familie in Auschwitz. Als einzige Erinnerung an sein Elternhaus nahm er die Challah mit, das Decktuch, so ähnlich wie sein Enkel es 80 Jahre später im Kibbuz Beeri sah. »Ich fühlte mich wie mein Großvater«, sagt Ansbacher, »ich schloss die Augen der Toten.«

Ansbacher ist kein linker Israeli, wie der Reservist Bar, er ist ein Rechter. Er lebt in einer Siedlung im Westjordanland. Er sagt, er habe arabische Freunde, kein Problem. Aber das sei jetzt alles egal. Es geht eine kalte Wut von ihm aus und eine Entschlossenheit. Sein Leben bestand bisher aus Vorträgen und Powerpoint-Präsentationen aus seiner Doktorarbeit über Spezialeinheiten als Major in der Reserve. Er arbeitete vor dem Krieg in einem Thinktank als Berater für das Verteidigungsministerium.

In der Nacht bevor der Krieg begann, erzählt er, tanzte Yair Ansbacher mit der Tora in der Hand. Er schlief gut und stand mit seinem Vater am nächsten Morgen vor der Synagoge, als er den Alarm aus Jerusalem in der Ferne hörte. Sein Vater sagte: »Das ist es.«

Seit Jahren bereite sich das Land auf den einen großen Krieg vor, den Krieg, der alle Kriege beendet. Dieser Krieg, sagt Ansbacher, sei jetzt gekommen. Er ging also nach oben in sein Zimmer, holte seine Ausrüstung und sagte seiner Frau, sie solle sich keine Sorgen machen. Ein dummer Satz, sagt er jetzt. Denn seine Frau machte sich natürlich erst recht Sorgen. Er ließ die fünf Kinder zurück, meldete sich beim Stützpunkt der »Lotar«-Einheit in der Adam-Anlage und begab sich zum Kampf.

Sie seien am Anfang unterlegen gewesen, sagt er, obwohl sie auf israelischem Boden kämpften. Denn die Hamas hatte sich dort verschanzt.

Neben dem militärischen Trainingsgelände wird eine Party gefeiert, Trancemusik dröhnt aus Boxen, es wird gegrillt, Massagen werden angeboten, man kann sich schminken lassen. »Wir feiern das Leben«, sagt einer der Soldaten. Frauen und Männer tanzen. Nach all den Gräueltaten der Hamas? Während mehr als 200 gekidnappte Menschen in Gaza ausharren? Für die Menschen hier ist es das Natürlichste der Welt. Israel ist eine traumatisierte Gesellschaft, in der Tod und Leben dichter als anderswo nebeneinanderliegen. Viele Israelis fühlen sich in ihrem Alltag ständig bedroht. All die Kriege, die es ändern sollten, haben es nicht ändern können.

Israel, sagt Ansbacher, sei ein Löwe. Und die Feinde seines Landes hätten einem Löwen ins Bein geschossen. Ein großer Fehler. Seine Stimme wird leise. Sie wollten mehr als Rache, sagt er. »Wir werden die Geschichte verändern, wir werden die Landkarte verändern.« Ihre Feinde, sagt Ansbacher, seien jetzt schwach. Er und seine Leute hätten zu lange schon in Angst gelebt. Jetzt sei es an der Zeit, anderen Angst einzujagen, Zerstörung anzurichten, und, so sei das Gefühl aller hier, »to cut some throats«, ein paar Kehlen durchzuschneiden.

Im Hintergrund beginnt der Raketenalarm. »Wir sollten in den Schutzraum gehen«, sagt Wolf. »Nein«, sagt Ansbacher, »wir bleiben. Es ist Krieg.«

Das kleine Schwarze

LEITKULTUR Alexander Osang über seine Schwierigkeiten, sich angemessen für Katastrophen zu kleiden

Vor ein paar Tagen war ich Gast auf einer Beerdigung in Israel. Am Morgen hatte ich einem israelischen Bekannten, den ich dort hin begleitete, am Telefon gestanden, dass ich keine schwarzen Sachen dabei habe. Ich hatte einen Schutzhelm im Koffer und überraschenderweise auch eine Badehose. In den Jahren, in denen ich in Tel Aviv lebte, lag ich manchmal am Strand, während über dem Meer Militärhubschrauber Richtung Gaza flogen. Anfangs fühlte ich mich schlecht, irgendwann aber nicht mehr so sehr. Das war alles unvorstellbar jetzt. Baden gehen.

»Du brauchst keinen schwarzen Anzug«, sagte mein Bekannter. »Das ist uns hier nicht so wichtig.«

In Zeiten einer solchen Katastrophe werden auch die scheinbar kleinen, alltäglichen Dinge bedeutsam. Gerade wenn man aus Deutschland anreist, wo sich Rechthaber mehr über das Schweigen von Schauspielern ereifern können als über die Schlächter der Hamas.

Ich nahm ein dunkelblaues Cordhemd aus dem Koffer und zog es an. Dazu hatte ich zwei Hosen zur Auswahl. Jeans. Ich stand vor dem Spiegel und überlegte, ob ich das Hemd in die Jeans stecken sollte oder nicht, ließ es dann aber draußen. Ich sah aus wie ein Lastwagenfahrer.

Ich bin unsicher, was Dresscodes angeht. Ich kaufe seit Jahren Anzüge, die ich nicht brauche. Aus Angst, nicht richtig auf ein Ereignis vorbereitet zu sein, von dem ich gar nicht weiß, was das sein könnte. Mein Kleiderschrank sieht aus wie der eines Kundenbetreuers der Deutschen Bank. Am stärksten wackele ich bei Katastrophen. Ich will zweckmäßig gekleidet sein, aber auch würdevoll. Am 11. September stand ich bestimmt fünf Minuten unschlüssig vor meinem Kleiderschrank in Brooklyn, bevor ich in Richtung Manhattan loslief. Es konnte sein, dass es nach dem Inferno eine Pressekonferenz gab. Mit Bürgermeister und Präsidenten. Zwei Stunden später war meine sorgsam



Alexander Osang / DER SPIEGEL

ausgesuchte Garderobe mit der weißen Asche des zusammenfallenden Nordturms bedeckt. Am Morgen des 12. September erschien ein Kollege mit einem Pearl-Harbor-T-Shirt im New Yorker Büro, das er von den Dreharbeiten des »Pearl Harbor«-Films mit Ben Affleck aus Hawaii mitgebracht hatte. Ich sah zu, wie die Entschiedenheit, mit der er das T-Shirt angezogen hatte, langsam aus seinem Körper wich. Ich verstand das gut. Am vorletzten Montag wollte ich eigentlich mit meinem Trikot vom Tel-Aviv-Marathon 2019 beim Fußball in unserer Turnhalle in Berlin-Mitte auflaufen. Ich hatte es schon an, habe es dann aber wieder ausgezogen. Ich spielte lieber mit einem schwarzen Jersey. Der symbolische Gehalt entging meinen Mitspielern, weil ich das Trikot sowieso oft trage.

Jedenfalls kackte mir am späten Vormittag im Schatten eines riesigen Ficusbaums ein Vogel auf mein dunkelblaues Cordhemd. Mitten im Gespräch mit Avidor Schwartzman, der seine Schwiegereltern beim Terrorangriff der Hamas auf Kfar Asa verlor, einem Kibbuz, wo auch er, seine Frau und seine Tochter lebten. Er erzählte mir, wie er 20 Stunden lang an der Tür seines Schutzraumes

Trauer Gäste bei Beerdigung eines von der Hamas getöteten Fußballfans

Mein Kleiderschrank sieht aus wie der eines Kundenbetreuers der Deutschen Bank.

stand, während die Hamas seine Nachbarn tötete, folterte und entführte. Ich rieb ein bisschen auf meinem Hemd herum. Irgendwann sagte Avidor Schwartzman: »Vogelkacke bringt Glück.«

Er lächelte. Ich wäre am liebsten aufgestanden und hätte ihn geküsst.

Die Beerdigung, die wir am Nachmittag nördlich von Tel Aviv besuchten, glich einem Fantreffen. Es waren Hunderte Trauergäste da, jeder zweite trug das rote Trikot der Fußballmannschaft Hapoel Tel Aviv. Der Tote, der ebenfalls im Kibbuz Kfar Asa gelebt hatte und von der Hamas ermordet worden war, hieß Omer Hermesh. Er war ein Hapoel-Fan. Direkt vor mir stand jemand, der eine Maschinenpistole über dem Mannschaftstrikot trug. Es wurde geweint, gelacht und gesungen, unter anderem ein Schlachtgesang von Hapoel. Für Omer, so schien es, war der Klub eine Familie. Eine Arbeiterfamilie.

Mein Bekannter erzählte mir, dass Hapoel die Underdogs im Tel Aviver Fußball sind. Ein Arbeiterverein. Der 1. FC Union von Tel Aviv, das Chemie Leipzig der israelischen Hauptstadt, der FC St. Pauli des Mittelmeers. Aber anders als diese sogenannten deutschen Underdogs trägt Hapoel Hammer und Sichel im Vereinswappen. Sie sind ein wirklich roter Verein. Mein Begleiter erwähnte ein Lied des israelischen Sängerstars Arik Einstein, in dem der seine Liebe zu Hapoel beschreibt, »Meine Roten«. Im Song »Fahr langsam« schildert Einstein, wie er 1974 während eines Regenturms in den Süden fährt, ausgerechnet nach Kfar Asa. Er beschreibt den Hagel und die Granaten aus Gaza, an einer Stelle singt er:

»Mein Scheibenwischer gibt den Geist auf

Zvi sagt, es wird kalt, kurbel das Fenster hoch

Und ich denke, Hapoel hat wieder verloren.«

Fußball, Regen, Krieg und Autofahren in einem Lied. Was für ein Land, dachte ich. Wie schön es ist, bei den Underdogs zu sein. Ich fühlte mich angemessen gekleidet für einen israelischen Arbeiterverein. Ich war hier doch zu Hause bei den Roten, dachte ich, obwohl ich das Land drei Tage später über Zypern verlassen würde. Ich trug das Gefühl wie ein kleines schwarzes Kleid. Da kannte ich auch noch nicht den Schimpf, den sie bei Hapoel für die reichen, erfolgreichen Nachbarn von Macabi Tel Aviv haben, die immer alles richtig machen und meist gewinnen.

Sie nennen sie: die Deutschen. ■



LNG-Terminal in Lubmin

Kommt das Terminal auf Rügen zu spät?

ENERGIE Die umstrittene LNG-Anlage auf Rügen dürfte erst zum Ende der Heizperiode in Betrieb gehen – nicht rechtzeitig, um eine Gaskrise zu verhindern, sagen Kritiker. Die Bundesnetzagentur sieht das anders.

Der Bau des Terminals für Flüssigerdgas (LNG) auf Rügen droht sich weiter zu verzögern. Grund dafür sind unter anderem offene Fragen im Genehmigungsverfahren. So spricht sich das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern für eine Umweltverträglichkeitsprüfung der geplanten Anlage im Hafen von Mukran aus. Das geht aus einer Protokollnotiz hervor: Das Terminal könne trotz einer solchen Prüfung noch 2024 in Betrieb gehen. Es bedürfe keiner weiteren Beschleunigung.

Die Einschätzung ist brisant, denn der Bund will das Projekt im Eiltempo umsetzen. Im Sommer hatte er den Standort Mukran in das LNG-Beschleunigungsgesetz aufgenommen. Dies erlaubt, die Umweltverträglichkeitsprüfung wegzulassen, sofern

das dazu beiträgt, eine Krise der Gasversorgung zu bewältigen oder abzuwenden. Mit einer beschleunigten Zulassung könne das LNG-Terminal »bereits in der kommenden Heizperiode in Betrieb genommen werden«, wirbt der Betreiber Deutsche Regas.

Doch selbst unter Idealbedingungen erscheint dieser Plan ambitioniert. Zuletzt teilte Deutsche Regas mit, die Importkapazitäten in Mukran könnten »voraussichtlich ab April 2024 genutzt werden«. Sprich: erst zum Ende der Heizperiode. Bislang haben die Behörden nur die Pipeline genehmigt, die das Terminal mit dem Festland verbinden soll, nicht die übrige Infrastruktur. Obendrein könnte raues Wetter die Arbeiten verzögern, warnt das Bundeswirtschaftsministerium. Kritiker fühlen sich

bestätigt. »Es gibt weder eine Gaskrise in Deutschland, noch könnte das geplante LNG-Terminal einer vermeintlichen Gaskrise akut und im relevanten Maße abhelfen«, sagt Karsten Schneider, Bürgermeister der Rügener Gemeinde Binz. »Wir werden weiter gegen das LNG-Terminal klagen.«

Die Bundesnetzagentur widerspricht: LNG-Importe über die Ostsee seien eine »notwendige Versicherung« für den Fall, dass die Deutschen in einem kalten Winter weniger Gas sparen als nötig – bei zugleich sinkenden Lieferungen aus den Nachbarstaaten. »Es gibt weiterhin Restrisiken für die Gasversorgung, nicht nur im kommenden Winter, sondern auch in den nächsten Jahren«, warnt Bundesnetzagentur-Präsident Klaus Müller. **BEM**

Benner soll VW-Aufseherin werden

AUTOINDUSTRIE Die neue IG-Metall-Chefin Christiane Benner, 55, soll in etwa einem Jahr in den Aufsichtsrat des VW-Konzerns einziehen. Die Arbeitnehmerseite im Kontrollgremium des Autoherstellers rechne »fest damit«, dass die Gewerkschaftsführerin das Mandat wahrnehmen werde, erklärt der VW-Betriebsrat. Zuvor müsse Benner allerdings ihren Aufsichtsratsposten beim Konkurrenten BMW niederlegen und »eine gängige Wartezeit« verstreichen lassen. Der Betriebsrat gehe deshalb davon aus, dass Benner »nicht vor Ende 2024« zum Mitglied des VW-Aufsichtsrats ernannt werden könne. Bis dahin soll Ex-IG-Metall-Chef Jörg Hofmann sein derzeitiges Mandat weiter ausüben. Die IG Metall bestätigt diese Einschätzung. Für Deutschlands größte Einzelgewerkschaft ist der Posten im VW-Aufsichtsrat eine wichtige Machtbasis, allein am Konzernsitz Wolfsburg vertritt sie mehr



als 90.000 Mitglieder. Innerhalb des Autokonzerns gelten die Arbeitnehmer als besonders einflussreich: Gemeinsam mit dem Land Niedersachsen kommen sie bei Abstimmungen im Aufsichtsrat auf eine Mehrheit. Noch-Mitglied Hofmann fiel durch streitbare Positionen auf, unter anderem übte er Kritik am umstrittenen VW-Werk im chinesischen Xinjiang. Aktuell ist der Gewerkschafter Mitglied des mächtigen Präsidiums und wirkt außerdem als Aufsichtsratsvize. Insider rechnen damit, dass Benner ebenfalls ins Präsidium einrücken soll. Dort sitzt bereits eine weitere Arbeitnehmerführerin: VW-Betriebsratschefin Daniela Cavallo. SH

Thomas Lohnes / Getty Images

Allianz-Prämie verärgert Mitarbeiter

INFLATION Der Versicherungskonzern Allianz hat juristischen Ärger mit Arbeitnehmern wegen einer Einmalzahlung von 500 Euro. Diese war als Teil eines Tarifabschlusses bereits 2022 vereinbart worden und wurde im Mai dieses Jahres überwiesen. Kurz zuvor erfuhr die Belegschaft, dass die Zahlung als Inflationsausgleichsprämie deklariert wurde – und damit steuer- und sozialversicherungsfrei erfolgt. Dafür habe

man vom Finanzamt München »grünes Licht« bekommen, hieß es im Intranet der Allianz. Die zur Abfederung der gestiegenen Preise eingeführte Prämie muss laut Gesetz allerdings »zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gewährt werden«. Das war nach Ansicht des Betriebsrats bei der Rückversicherungstochter Allianz Re nicht der Fall, die tariflich vereinbarte Zahlung stehe damit noch aus. Die Arbeitnehmervertreter sehen bei der Verteilung der Prämie zudem ihr Recht auf Mitbestimmung verletzt und haben das Arbeitsgericht München angerufen, für den 7. November ist dort eine Anhörung angesetzt. Die Allianz geht »selbstverständlich davon aus, alle rechtlichen Anforderungen erfüllt zu haben«, und betont, ihre Vergütungen seien zuletzt stärker gestiegen als die Inflation. Einen ähnlichen Konflikt gab es bereits beim Discounter Aldi Süd. Steuergewerkschafter hatten vorab gewarnt, bei der Inflationsausgleichsprämie drohten Missverständnisse und Missbrauch. DAB



Christoph Hardt / Geleler-Fotopress / picture alliance

Ärztbudgets sparen drei Milliarden

GESUNDHEIT Die Debatte um die Vergütung von Kassenärzten spitzt sich zu. Die Summe des Geldes, das Ärzte für die Behandlung gesetzlich Versicherter erhalten, ist bislang begrenzt – was Teile der Ärzteschaft stört. Eine Aufhebung der Budgetierung würde jedoch jährliche Mehrkosten von rund drei Milliarden Euro verursachen, geht aus einer Schätzung des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung hervor. Ärzte machen enge Budgets mitverantwortlich dafür, dass Termine in Praxen manchmal nur schwer zu bekommen sind. Für Kinderärz-

te wurden die Vorgaben bereits geändert. Der Koalitionsvertrag sieht einen solchen Schritt auch für Hausärzte vor, damit ihnen jede erbrachte Leistung erstattet werden kann. Zuletzt sprach sich jedoch der Bundesrechnungshof gegen sogenannte Entbudgetierungen für sie aus. Auch ein Komplettanstieg wird von Experten kritisch gesehen. »Budgets haben eine Steuerwirkung«, sagt Stefan Greß, Gesundheitsökonom an der Hochschule Fulda. Ärzte könnten abschätzen, wann sie die Begrenzung überschritten haben und kein Geld mehr für bestimmte Leistungen bekommen. »Würde das wegfallen, hätten wir eine Kostenexplosion.« MUM



Blutdruckmessung in Arztpraxis

Energieausweise »unbrauchbar«

IMMOBILIEN Wissenschaftler und Verbraucherschützer stellen die Aussagekraft aktueller Energieausweise infrage. Diese ordnen den Zustand eines Gebäudes anhand des Energieverbrauchs dreier vergangener Jahre ein – mit teils irreführenden Resultaten: So haben die Menschen während der Pandemie 2020 und 2021 ungewöhnlich viel Energie verbraucht, nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine 2022 hingegen waren sie zum Sparen aufgefordert. Wenn nun Verbrauchsausweise auf Basis dieser Jahre ausgestellt würden, ließen sie »keinesfalls« Rückschlüsse auf die Zukunft zu, warnen die Aachener Energieökonomin Constanze Liepold und Paul Fabianek. Es sei davon auszugehen, dass ein Großteil der 2023 ausgestellten Energieausweise »praktisch unbrauchbar« sei. Ver-

braucherschützer teilen die Bedenken. »Die Schwächen von Verbrauchsausweisen werden aktuell besonders deutlich«, sagt Christian Handwerk von der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Die teurere Alternative zu Verbrauchsausweisen sind sogenannte Bedarfsausweise, die den Energiebedarf anhand baulicher Kriterien ermitteln. Sie sind allerdings nur für alte Häuser vorgeschrieben, welche die erste Wärmeschutzverordnung von 1977 nicht erfüllen, sowie für Neubauten und frisch gedämmte Gebäude. Künftig sollte es nur noch Bedarfsausweise geben, fordert Handwerk. Allerdings müsste der Bund dafür das Gebäudeenergiegesetz überarbeiten. In der jüngsten umstrittenen Novelle habe sich die Ampelkoalition auf Heizungen beschränkt, moniert Handwerk. Die Vorschriften für Energieausweise sei sie »bislang leider nicht angegangen«. BEM

Die Panzermacher

RÜSTUNGSKONZERNE Sie liefern Leopard, Gepard und Boxer und schrauben an den Kampfmaschinen der Zukunft: Doch dafür müssen die Ingenieure und Manager beim Waffenhersteller KNDS die Produktion umstellen – und lernen dabei von der Autoindustrie.



KNDS-Vorstandsvorsitzender Haun

Frank Haun ist so etwas wie die graue Eminenz der europäischen Rüstungsindustrie. Er wirkt entsprechend stolz an diesem Herbstmorgen, doch zugleich auch besorgt. Der Chef des europäischen Rüstungsunternehmens KNDS sitzt an einem riesigen ovalen Tisch in der Konzernzentrale in Amsterdam und analysiert die Weltlage.

Ein paar Tage zuvor hat die palästinensische Terrororganisation Hamas Israel angegriffen. Haun – hohe Stirn, meliertes Haar – spricht nun mit dem Gestus des Elder Statesman über die Gefahr einer Eskalation in Nahost. Er redet über Chinas drohenden Griff nach Taiwan (»davor habe ich immer gewarnt«), über eine mögliche amerikanische Haushaltssperre und was all das für die Bereitschaft der USA bedeuten könnte, die Ukraine im Kampf gegen Russland weiter zu unterstützen.

Europa allein, sagt Haun, sei nicht in der Lage, genug militärische Hilfe zu leisten, und das müsse sich schleunigst ändern. Dazu brauche es jedoch endlich »eine stärkere rüstungspolitische Zusammenarbeit in Europa«. Mit dieser Forderung geht Haun bei der Politik schon seit 20 Jahren hausieren, als er damals in die Geschäftsführung des Panzerbauers Krauss-Maffei Wegmann (KMW) aufstieg; KMW fusionierte er 2015 mit dem französischen Rivalen Nexter Systems zu KMW+Nexter Defense Systems (KNDS). Lange habe jedoch kaum jemand zugehört.

Die Bundesregierung sah die Hauptaufgabe der Bundeswehr in Auslandseinsätzen am Hindukusch oder in Afrika. Hauns Unternehmen werkelte in der Schmutzecke der deutschen Wirtschaft vor sich hin und rieb sich in deutsch-französischen Eifersüchteleien auf – und im Abnutzungskampf mit dem Wehrbeschaffungsamt. KNDS wurde zum Sinnbild einer verkorksten europäischen Rüstungspolitik.

Erst nach Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 und der verteidigungspolitischen »Zeitenwende«-Rede von Olaf Scholz änderte sich das. Seitdem ist Haun der Mann der Stunde. Kaum ein Unternehmen betrifft der Weckruf des Bundeskanzlers mehr als KNDS, dem Hersteller des legendären Leopard-Panzers, der für die Größe, aber auch die tödliche Effizienz heimischer Wehrtechnik steht. »Wir müssen kriegstüchtig werden«, sagte Verteidigungsminister Boris Pistorius am

vergangenen Wochenende. Was für ein Satz.

Ob das Ziel erreicht werden kann, hängt auch und vor allem an der Rüstungsindustrie, an KNDS. Was macht das mit den rund 9000 Menschen, die dort arbeiten? Wie schauen sie auf diesen Krieg? Wie schaffen sie es, auf Kriegsproduktion umzustellen, von Manufakturbetrieb auf Massenfertigung? Welche Lehren ziehen Ingenieure und Entwickler aus den Geschehnissen auf dem Schlachtfeld, wo ihre Produkte rollen, der Gepard, die Panzerhaubitze 2000, der Marder und nicht zuletzt der Leopard?

Der SPIEGEL hat in den vergangenen Monaten mehrere KNDS-Mitarbeiter begleitet, in der Werkshalle, im Büro, auf dem Truppenübungsplatz. Sie erzählen von dem Stress der Neuorientierung, von neuem Stolz und von einer heimlichen Genugtuung. Es entsteht das Bild eines Unternehmens, für das der Krieg eine Chance ist. Und das zugleich fürchtet, dass Deutschland seiner Aufgabe nicht gewachsen ist.

BERLIN: DIE LOBBYISTIN

Der Anruf kam am Samstagmorgen, einen Tag vor jener denkwürdigen Sitzung des Bundestags nach dem russischen Angriff auf die Ukraine. Nadine Timm saß mit ihrem Mann am Frühstückstisch, als das Handy klingelte, so erinnert sie sich. Ein Regierungsbeamter war am Apparat und erkundigte sich nach dem Gepard, dem alten Flakpanzer, den ihr Chef in einem Interview am Tag nach Kriegsausbruch erwähnt hatte. 50 Exemplare stünden noch auf dem Hof.

Instinktiv begann sie abzuwehren. Sie sagte: Nein, man wolle die natürlich nicht ohne Exportgenehmigung an die Ukraine liefern. Das sei ein Missverständnis. Kriegswaffen seien das. War nur so eine Idee, dass die Ukrainer die sicher gebrauchen könnten.

Timm, Lobbyistin des Rüstungsunternehmens, hatte einen Rüffel aus der Bundesregierung für jenes Interview bekommen. Kriegsgerät öffentlich anzupreisen, das kam in Berlin bislang nicht gut an, argwöhnisch beobachteten die Politiker ihre Firma.

Doch mitten in der Verteidigungsrede unterbrach sie der Regierungsbeamte: »Haben Sie die Geparden noch?« Da wusste Timm: Irgendetwas hat sich gerade komplett verändert. »Das war für mich die Zeitenwende«, sagt Timm.

»Plötzlich war Schwung da, Empathie und Patriotismus auf allen Seiten«, erinnert sich die 47-Jährige. Sie



Felix Schmitt / The New York Times / Redux / laif

Leopard-2-Fertigung bei KNDS in München: »Eine gute deutsche Besatzung schafft manuell zehn Schuss in einer Minute«

ist die erste Ansprechpartnerin ihres Konzerns für die Regierung, wenn es um die Ukraine geht. Wie kaum jemand sonst bekam sie unmittelbar den Bewusstseinswandel in der Politik zu spüren, ihre Telefone standen nicht mehr still. »Am Anfang saß ich am Wochenende auf meinem Pferd, und ständig klingelte das Telefon.«

Mit Kriegsausbruch begann im Verteidigungsministerium ein eigenes Lagezentrum zu arbeiten, der heutige Sonderstab Ukraine. Rund um die Uhr besetzt, soll er Kriegsgerät beschaffen, den Transport regeln, Genehmigungen besorgen. Die Beamten starteten eine Maschinerie, von der die friedensverwöhnte Nation lange geglaubt hat, sie nie zu benötigen.

Das Ministerium rief ein paar Monate später erneut an. Das Unternehmen solle einen Antrag für die Ausfuhr der Gepard-Panzer stellen. Timm entgegnete, sie habe nicht mal einen Kaufvertrag mit der Ukraine. Das interessierte den Beamten am anderen Ende der Leitung nicht: Sie solle mal machen, wurde ihr gesagt, und sie füllte mit ihren Leuten die Anträge aus.

Nicht nur das Rüstungsexportrecht war plötzlich sehr dehnbar, sondern auch das, was als solide Finanzführung gilt. »Wir haben Teile bestellt und abgenutzte Leoparden wieder aufgeböhlt, also kriegstauglich gemacht«, sagt sie. Manches auf Treu und Glauben, ohne vertragliche Sicherheit. »Unser Finanzgeschäftsführer ist ein verständnisvoller Mann«, erzählt Timm, »aber dass der ruhig geblieben ist, war keine Selbstverständlichkeit.«

Plötzlich mussten Ersatzteile für die Panzerhaubitze 2000 organisiert werden und ein Reparaturbetrieb in Litauen für ein Gerät, das an der

Front an einem Tag so viel Munition verschießt wie auf westlichen Truppenübungsplätzen in zehn Jahren nicht. Eine logistische Mammutaufgabe, vor allem für die Instandsetzungsteams ihres Unternehmens. »Alte Regeln waren plötzlich außer Kraft gesetzt«, sagt sie.

Die Lobbyistin ist stolz auf das, was sie mit ihrem Team in den ersten Kriegsmonaten auf den Weg gebracht haben. Aus ihrem Zimmer direkt neben dem Brandenburger Tor kann sie auf den Reichstag und das Kanzleramt schauen. Dicker, heller Teppich liegt aus, an den Wänden hängen Kunstwerke: Panzer als niedliche Piktogramme vor Tarnmustern in Pink. »Alle hatten sich in einer Welt eingerichtet, in der alles seine Zeit braucht«, sagt Timm. Bis zur »Zeitenwende«-Rede.

Inzwischen ist der Pragmatismus der ersten Monate verflogen. Weiterhin setzen sie alte Leopard-Panzer für die Ukraine instand. »Aber die alten Zeiten sind wieder da«, sagt Timm. Bislang habe man immer so schnell gearbeitet wie nur irgend möglich. Jetzt aber stünden wieder Forderungen im Raum nach Pönalien in den Verträgen für teils jahrzehntealtes Material. »Wenn wir statt sechs acht Wochen brauchen, sollen wir zahlen«, sagt Timm. KNDS baut deshalb wieder Puffer in die Lieferverträge, zwei, drei Wochen mehr, damit nicht gleich eine Buße fällig wird. Die anfängliche Euphorie ist Ernüchterung gewichen, zumindest bei der Statthalterin in Berlin. Sie macht sich weniger Sorgen um die Ausrüstung der Ukraine als um die der Bundeswehr.

Ganze 18 Kampfpanzer hat der Bund inzwischen bestellt. Zu wenig,

»Plötzlich war Schwung da, Empathie und Patriotismus auf allen Seiten.«

Nadine Timm, Lobbyistin

meint Timm. Bei 125 Stück hätte das Unternehmen mehr Investitionssicherheit gehabt. Sie fürchtet, dass die 100 Milliarden Euro nicht ausreichen, um genügend adäquates, modernes Material bereitzustellen und dessen Betrieb für die Bundeswehr zu sichern. Haushaltsmittel müssten verstetigt, Forschung und Entwicklung von neuer Technik bei den Unternehmen angestoßen werden.

MÜNCHEN: DER PRODUKTIONSCHIEF

»Hey, wie läuft's?«, fragt Florian Hohenwarter in den Panzer hinein. Der 47-jährige »Geschäftsführer Operations« ist auf die Wanne eines Leopard 2 geklettert und blickt in eine hell ausgeleuchtete, kreisrunde, etwa zwei Meter große Öffnung, auf die später einmal der Turm samt Kanone aufgesetzt werden wird. Unten kniet ein Mechaniker und hantiert mit einem wuchtigen Schraubenschlüssel, Größe 41, an der Hydraulik, eine Präzisionsarbeit.

Noch steht der Koloss in der Werkshalle in München-Allach. Er hat schon mehrere Schritte der Endmontage durchlaufen, »Takte« nennt Hohenwarter das. Im ersten Takt wurde die aus Panzerstahl geschweißte Wanne bereitgestellt, im zweiten wurden die Drehstäbe montiert, im dritten die Laufrollen, so geht es weiter, bis im November der fertige Leo nach Ungarn geliefert werden soll. Rund 4500 Teile müssen zu einer mit tödlicher Präzision funktionierenden Kampfmaschine zusammengesetzt werden.

In der Halle ist es erstaunlich ruhig, kein Fließband summt, kein Roboter schnarrt, fast alles ist Handarbeit. Die Produktion ist auf größte Flexibilität ausgelegt, die Mitarbeiter können diesen Monat einen Leopard bauen und im nächsten einen Puma. Wer hier anfängt, braucht mehr als ein Jahr, um das alles zu beherrschen, heißt es in der Firma.

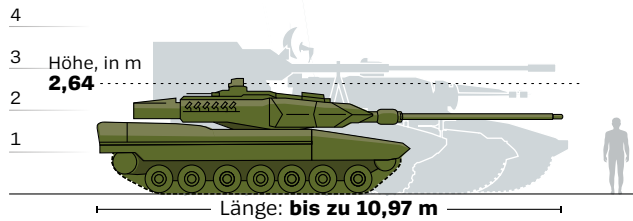
Im Moment stehen sechs Leopard-Panzer in unterschiedlichen Stadien der Fertigung auf engstem Raum über die Halle verteilt. Für 18 Leopard 2 liegen Aufträge vor, erst für Ungarn, dann für Norwegen. Dreimal also muss die Halle gefüllt werden, dreimal müssen in möglichst enger Taktung die vormontierten Komponenten angeliefert und eingebaut werden. »Wir müssen von der Manufaktur in die Kleinserienproduktion kommen«, sagt Hohenwarter. »Aber es ist eine Gratwanderung, es geht nicht darum, hier eine Fließbandfertigung einzuführen wie in der Autoindustrie.«

Schweres Gerät

Wichtige Produkte von KNDS im Vergleich

KAMPFPANZER LEOPARD 2

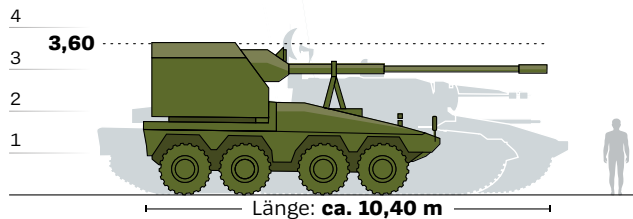
Einsatz an der Front



- Gewicht: **max. 63,9 t** Leistung: **1100 kW**
- Höchstgeschwindigkeit: **max. 70 km/h**
- Bewaffnung: **Glattrohrkanone, Granatmaschinenwaffe, Maschinengewehr**

BOXER RCH 155*

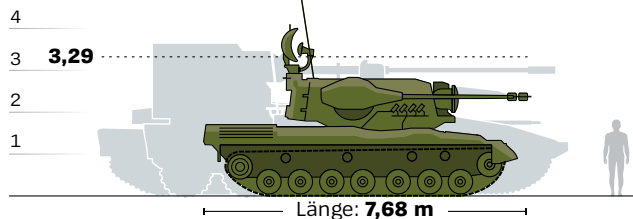
Einsatz an der Front



- Gewicht: **unter 39,0 t** Leistung: **max. 600 kW**
- Höchstgeschwindigkeit: **über 100 km/h**
- Bewaffnung: **Artilleriegeschütz**

FLAKPANZER GEPARD

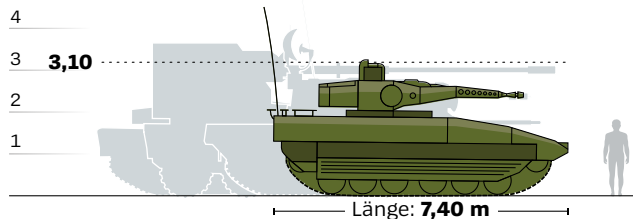
Einsatz zur Flugabwehr



- Gewicht: **47,5 t** Leistung: **610 kW**
- Höchstgeschwindigkeit: **65 km/h**
- Bewaffnung: **Maschinenkanonen**

SCHÜTZENPANZER PUMA

Einsatz an der Front



- Gewicht: **max. 43,0 t** Leistung: **800 kW**
- Höchstgeschwindigkeit: **70 km/h**
- Bewaffnung: **Lenkflugkörper, Maschinenkanone, Maschinengewehr**

• Quellen: KNDS, Bundeswehr; * noch nicht ausgeliefert

Dort kennt er sich aus. Rund 25 Jahre lang hat Hohenwarter bei Mercedes-Benz gearbeitet und die hoch automatisierten Prozesse optimiert, in denen Luxuslimousinen und Hightech-SUVs millionenfach entstehen. Im Frühjahr wechselte er zu KNDS. Früher malten seine Kinder ihn mit einem Mercedes, jetzt haben sie ihm einen Fantasiepanzer gebastelt, er steht neben Miniatur-Leos und -Panzerhaubitzen in einem Regal in Hohenwarters neuem Büro in Allach. Die Aussicht, an der Zeitenwende mitzuwirken, lockte ihn.

Hohenwarter soll den Panzerbauern beibringen, was sie von der Just-in-time-Produktion der Autobranche lernen können. Aber erst einmal musste er von den KNDS-Leuten lernen, was es heißt, Leos statt Limousinen zu produzieren. In den ersten Monaten besuchte Hohenwarter Standorte und erlebte Gänsehautmomente, wenn Kollegen von eigenen Kampfeinsätzen erzählten. Ein Mitarbeiter berichtete, wie er in Afghanistan in einem Dingo-Transporter angeschossen und aus dem Fahrzeug geschleudert worden war. Bei den Servicemitarbeitern habe mehr als jeder Dritte Kampferfahrung, sagt Hohenwarter.

Die Mannschaft spüre, dass sie von einer Welle der Veränderung stehe. Früher seien die Kollegen »in einer Auslastungslogik« gewesen. Das Ziel war es, die vorhandenen Werke und Mitarbeiter so auszulasten, dass immer genug zu tun war, auch wenn neue Aufträge auf sich warten ließen. Man habe nicht gewusst, wann die nächste Bestellung kommt, und musste »beschäftigungsoptimal strukturieren, zum Teil sogar strecken«.

Jetzt müsse man unter Zeitdruck höhere Volumina liefern. Der Verteidigungsminister macht Tempo. Von Jahresbeginn bis Ende August hat er dem Haushaltsausschuss des Bundestags 31 Beschaffungsvorlagen vorgelegt, Auftragswert: 21 Milliarden Euro. Auch europäische Partner wollen schnell neue Panzer. Bei KNDS hat sich das Auftragsvolumen im vergangenen Jahr verdoppelt.

Deswegen hält die Grundidee eines Produktionssystems »Serienfertigung« Einzug: Vom Zieldatum der Auslieferung her wird rückwärts durchgetaktet. »So ertüchtigt man die ganze Organisation, da sonst alles am Ende in der Produktion stockt und man kaum Abliefertermine einhalten kann.«

Hohenwarter will standardisieren, er spricht von Plattformlösungen und Innovationszyklen in der Informationstechnik, auf die man sich einstel-

len müsse – da klingt der frühere Automanager durch. »Man kann nicht mehr jahrelang an einem System rumentwickeln.« Doch anders als Mercedes sind KNDS und andere Rüstungskonzerne auf den guten Willen der Politik angewiesen, die bislang gern mit irren Spezialwünschen die Produktion verkompliziert.

Bei seinem Rundgang durch das Werk in Allach ist der Produktionschef in der sogenannten Integrationshalle angekommen. Hier werden die fertigen Kampfmaschinen geprüft, das Zusammenspiel aller Komponenten getestet, das dauert zehn bis zwölf Tage. Ein Leopard 2 steht schräg auf einer Rampe, der Turm dreht sich, das mehr als fünf Meter lange Kanonenrohr, Kaliber 120 Millimeter, schwingt bedrohlich durch die Luft.

In dem beklemmend engen Innenraum erklärt Markus Niedermeyer – Gruppenmeister Systemprüfung – vom Platz des Ladeschützen aus, was im Ernstfall passiert. Der Kommandant neben ihm hat an der Seite einen Bildschirm, der mit einem »Battle Management System« verbunden ist, über Datenfunk kommen Informationen über die Umgebung und mögliche Ziele herein. Der Kommandant wählt ein Ziel aus, der Turm oben auf dem Panzer richtet sich darauf aus; der Kommandant übergibt an den Richtschützen, der Zentimeter vor ihm etwas unterhalb sitzt; der lasert das Ziel an, »Feuer frei«. Detonation, nachladen, nächster Schuss.

»Eine gute deutsche Besatzung schafft manuell zehn Schuss in einer Minute«, sagt Niedermeyer. Man habe damit bisher alle Wettbewerbe gegen Konkurrenzpanzer gewonnen.

Draußen neben dem Kampfpanzer spricht Roland Lietz davon, was es heißt, Panzer zu fertigen. »Es ist eine andere Emotionalität, wenn Sie etwas produzieren, das für einen Kriegseinsatz gebaut wird«, sagt der Leiter Fahrzeugbau, ein knorriger Sauerländer. Er war zwölf Jahre beim Bund, habe »lang genug im Leopard gewohnt«. Bei Übungen, auch im

Kampfeinsatz in Jugoslawien. »Wenn man weiß, dass auf einen geschossen wird oder geschossen werden kann, ist es ein ganz anderes Gefühl als in Deutschland auf dem Übungsplatz.« Für Leute, die das erlebt hätten und jetzt im Panzerbau arbeiteten, gehe deshalb Sicherheit über alles.

Und die Menschen, auf die der Leopard schießt? Moralische Bedenken scheinen Hohenwarter, Lietz und ihre Mitarbeiter nicht zu haben. Im Gegenteil, der Krieg in der Ukraine bestärkt sie in dem Glauben, das Richtige zu tun. »Früher sagten die Leute im Bekanntenkreis eher, ich bin im Fahrzeugbau«, erzählt Lietz. »Heute sagen sie, ich baue Panzer.«

KASSEL: DER EINKAUFSLER

An der Wand hinter Heinz Oestervoß hängt eine Tabelle. Er braucht sich nur schnell umzudrehen, dann weiß er Bescheid. »Unsere Risikoanalysen sind eine große Hilfe in der täglichen Arbeit«, erzählt er. Firmen sind aufgelistet, Hunderte Namen, und dahinter ein grünes oder ein rotes Kästchen. Rot bedeutet, dass Oestervoß aufpassen muss. »Risikopotenzial«, so heißt die Spalte, und wenn die rot unterlegt ist, dann bedeute das: »Bei denen kann ich mich nicht auf eine pünktliche Lieferung verlassen.«

Oestervoß ist Bereichsleiter Einkauf und Logistik bei KNDS Deutschland. Er ist verantwortlich, dass die »Autos« pünktlich vom Hof rollen können. »Autos«, so nennen er und seine Leute die stählernen Kampfmaschinen, die sie produzieren. Zeitenwende bedeutet für ihn, dass die vielen Tausend Bauteile für einen Leopard oder eine Panzerhaubitze rechtzeitig da sind. Vom Kanonenrohr über die Stahlwanne bis zur Unterlegscheibe.

Damit das klappt, braucht er möglichst viele Lieferanten mit einem grünen Kästchen in seiner Tabelle. Oestervoß hält die persönliche Beziehung zu den Lieferanten für entscheidend. Auch wenn das viel Zeit kostet. 12 Stunden, manchmal 15 Stunden dauerten seine Arbeitstage in den ersten Kriegsmonaten, berichtet er. Oestervoß teilt seine Lieferanten ein in die großen und die kleinen. Bei den Großen habe er keine Probleme, mit einer Vertragsstrafe zu drohen, wenn der Nachschub nicht komme.

Aber das Gros seiner Zulieferer sind kleine und mittelständische Unternehmen, die Sicherheiten brauchen, bevor sie in ihre Produktion investieren. Da helfen jahrelange Geschäftsbeziehungen. »Ich sag dann schon mal, da müsst ihr den blauen Augen vom Oestervoß trauen.« Dafür feilsche er auch nicht um ein paar Cent. Er frage dann am Telefon: »Was braucht ihr, um Montag zu liefern? Wochenendschicht, Nachtschicht? Gut, das regeln wir.«

Der 65-Jährige mit dem rheinischen Gemüt arbeitet seit 2005 für KNDS. Als er begann, war das Geschäft ein anderes. 36 Monate Lieferzeit. Wenn da ein Teil gefehlt habe, sei man zum Wehrbeschaffungsamt nach Koblenz gefahren und habe gesagt, es wird ein



»Wochenendschicht, Nachtschicht? Das regeln wir.«

Heinz Oestervoß, Bereichsleiter Einkauf

bisschen länger dauern. »Jetzt ist Krieg in der Ukraine, da wird ein Panzer nicht in 30 Monaten benötigt, sondern am besten sofort.« Die Beschleunigung ist enorm. Jeden Morgen gibt es neue Meldungen im System. Nachts sind sie aus den Reparaturzentren nahe der ukrainischen Grenze eingetrudelt.

An den Ersatzteilen kann Oestervoß ablesen, wie es an der Front läuft. Ihn lasse das nicht kalt, sagt er. »Die Ukrainer kämpfen auch für unsere Sicherheit«, sagt Oestervoß. Die Lieferketten bei KNDS funktionierten, dank des persönlichen Einsatzes seiner 250 Leute im Einkauf und weil man traditionell viel auf deutsche Lieferanten gesetzt habe.

Doch Oestervoß hat mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie viele Einkäufer in der Industrie. Panzerstahl gibt es derzeit nur bei einem einzigen Produzenten in Schweden, Thyssenkrupp hat die Sparte zugemacht. Ruft er nun bei den Schweden an, ist er Bittsteller. Deshalb hat Oestervoß sich persönlich ins Auto gesetzt, um den Chef der Dillinger Hütte davon zu überzeugen, eine Produktion für Panzerstahl aufzubauen.

Kanonenrohre kauft Oestervoß bei Rheinmetall. Die haben sie bislang auf einer Produktionslinie gefertigt. Sowohl 120-Millimeter-Rohre als auch 155 Millimeter. Beim Gipfel mit der Rüstungsindustrie habe der Kanzler dem Rheinmetall-Chef eine zweite Maschine abgerungen. Er habe sich die Fundamente dafür erst vor wenigen Tagen angeschaut, sagt Oestervoß. »Wir können nur hoffen, dass die auch rechtzeitig fertig wird.« Sonst werde es im nächsten Jahr knapp mit den Lieferungen.

TRUPPENÜBUNGSPLATZ ALTENGRABOW: DER CHEFENTWICKLER

Auf einer Lichtung mitten im Kiefernwald steht das neueste Kriegsgerät aus dem Hause KNDS: der Boxer RCH 155. Sein Dieselmotor brummt monoton in der flirrend heißen Luft des Truppenübungsplatzes Altengrabow bei



»Man kann nicht mehr jahrelang rumentwickeln.«

Florian Hohenwarter, Produktionschef

Magdeburg. Plötzlich schwenkt das Kanonenrohr in Richtung Süden. »Waffe geladen; wartet auf Countdown«, knarzt die Stimme des Kommandanten aus dem Funkgerät, das Axel Scheibel am Hosenbund trägt.

Der hager 61-jährige Mann mit dem hellgrauen Lockenkopf beobachtet vom Waldrand aus, wie sich die Radhaubitze in Stellung bringt. Schnell streift er sich die Ohrenschützer über. Dann hallt die Stimme des Übungsleiters über die Lichtung: »Kommando: fünf, vier, drei, zwei, eins. Feuer.« Ein heftiger Knall ertönt, Rauch quillt seitlich aus der Mündung des Rohres. Die Schallwelle lässt den Hosenstoff flattern. Noch ein Knall. Nur leicht ruckelt der Panzer unter dem Rückstoß der austretenden Geschosse. Ein letztes Mal kracht ein Schuss, gefolgt von dem Zischen der Luft, die das Projektil verdrängt.

Scheibel, als Geschäftsführer zuständig für Entwicklung, ist Ende September nach Altengrabow gekommen, weil hier der Boxer seine letzten Prüfungen durchläuft. Bald soll er seine Zulassung von der Bundeswehr erhalten. Seine Leute haben ein provisorisches Camp mit Bauwagen voller Sensorik und Rechner aufgestellt.

Scheibel, genannt der Doktor, erklärt seinen Besuchern die Testanordnung: »Wir variieren während der Versuche unter anderem den Anstellwinkel des Rohres und die Stärke der Treibladungen.« Die Präzision des Geräts begeistert ihn.

Seine Aufmerksamkeit gilt den Zahlenkolonnen, die über sein Funkgerät eintreffen. Es sind die Zielkoordinaten der Einschläge, acht Kilometer entfernt. Scheibel nickt zufrieden. »Alles hat gestimmt.« Obwohl die Geschosse im Abstand von sieben Sekunden abgeschossen wurden, sind sie zwei Sekunden nacheinander eingeschlagen. »Dafür haben der Winkel und die unterschiedliche Treibladung gesorgt«, so Scheibel.

Noch ist der neue Boxer RCH 155 nicht ausgeliefert. »Aber die Produktion läuft bereits«, sagt Scheibel. Ende kommenden Jahres sollen die ersten Exemplare übergeben werden. »Erstkunde ist die Ukraine«, sagt Scheibel. Es sind die besonderen Fähigkeiten des Geschützes, die ihn so wichtig für den Kampf gegen die russischen Aggressoren machen.

Das Geschützmodul des Boxers verschießt seine Artilleriemunition mit dem Kaliber 155 Millimeter auch aus der Fahrt. »Das ist weltweit einzigartig«, erklärt Scheibel. Das Geschützmodul ist eine Weiterentwicklung von jenem der Panzerhaubitze 2000. Der Entwicklungschef hatte die Idee, das Modul auf den Radpanzer zu setzen. Das ist nun über ein Jahrzehnt her. Noch lange vor dem Einmarsch der Russen auf der Krim. Die Generäle, denen er damals von seinem Einfall erzählte, hätten mit dem Kopf geschüttelt. Selbst die Amerikaner waren nicht überzeugt.

Vielleicht auch deshalb, weil damals niemand an einen Landkrieg dachte. In dieser Zeit sprachen die Militärs von asymmetrischer Kriegsführung, so wie in Afghanistan, wo der

Gegner mit Sprengfallen und Kalaschnikows vorging. Da brauchte es keine Artillerie.

Scheibel überzeugte seine Vorgesetzten, trotzdem einen Prototyp des rollenden Artilleriegeschützes zu bauen. »Mobilität ist Teil des Schutzes«, so beschreibt er sein Kalkül von damals. Treffen zwei hochgerüstete Landstreitkräfte aufeinander, dann beginnt beim Angriff mit Artillerie ein Wettrennen gegen die Zeit. Die Waffe muss in eine Stellung gefahren werden. Aus der Flugbahn des ersten Schusses kann der Gegner die Abschussposition bestimmen. »Zwei, maximal drei Minuten bleiben jetzt noch Zeit, bis der Gegenschlag kommt«, sagt Scheibel. In dieser Zeit lassen sich ein paar mehr Schüsse abgeben. Dann nichts wie weg.

Was aber, wenn das Geschütz gar nicht in einer Stellung parken muss? Lange schien das undenkbar. Zu schwer war es, die Flugbahn eines Geschosses so präzise aus der sich bewegenden Position vorauszuberechnen. Das Projektil fliegt auf seinem Weg ins Ziel, das über 40 Kilometer entfernt liegt, bis auf mehr als 10 Kilometer Höhe. Es schlägt dann auf einer vorbestimmten Fläche ein, die nicht viel größer als ein Volleyballfeld ist. Eine winzige Fehlstellung des Rohres würde dafür sorgen, dass das Ziel um Hunderte Meter verfehlt wird.

Scheibel ist seit fast 30 Jahren in der Firma. Alle respektieren ihn. Das liegt daran, dass er als Typ gilt, der gedanklich immer einen Schritt weiter ist. Genau die passende Eigenschaft für die Rüstungsindustrie. Jede neue Waffe wird über kurz oder lang ihre Überlegenheit verlieren, weil der Gegner einen Weg findet, sie zu bekämpfen. Scheibel ist sich der perversen Logik bewusst, Friedensaktivisten kritisieren seine Branche dafür. Aber jetzt scheinen die Zeiten so, dass man dieses tödliche Spiel wieder mitspielen muss.

Es ist Mittagspause. Gemeinsam mit dem Übungsleiter, dem Kommandanten und dem Fahrer des Boxers sitzt Scheibel an einem Biertisch, ein Partyzelt spendet Schatten, es



»Zwei, maximal drei Minuten bis zum Gegenschlag«

Axel Scheibel, Entwicklungschef

gibt Gyros aus Aluschälchen. Der Ukrainekrieg sei für sie ein wertvolles Studienfeld, sagt Scheibel. Man habe es mit einem gläsernen Schlachtfeld zu tun. Es gebe kein wirkliches Versteck mehr, aus dem heraus die Soldaten operieren können.

Das liege an der Beobachtung des Kampfgebiets mithilfe von Drohnen und Satelliten, ergänzt durch eine allgegenwärtige Kommunikation. Daraus würden sich ganz viele Dinge ganz natürlich ergeben. »Eine logische Abfolge«, wie er es ausdrückt, geleitet von drei einfachen Fragen: »Wie wird der Gegner zukünftig agieren, welche Fähigkeitslücken resultieren daraus, und wie kann man sie schließen?«

Ein paar grobe Antworten gibt es schon. Für die kommenden Jahre muss Scheibel einen neuen Kampfpanzer entwickeln, basierend auf dem Leopard. Dessen Sensorik muss die Besatzung noch besser schützen, wenn Drohnen ihn entdeckt haben und mit Bomben angreifen. Geht es nach KNDS, dann soll es nicht bei solchen kleinen Schritten bleiben.

Man will ein vollkommen neues System für den Bodenkampf entwickeln: Ein sogenanntes Main Ground Combat System, abgekürzt MGCS, soll unter Leitung des deutsch-französischen Gemeinschaftsunternehmens entstehen. Bemannte und unbemannte Kampffahrzeuge sollen im Verbund gegen den Gegner der Zukunft kämpfen. Aber ob das jemals Realität wird?

AMSTERDAM: DER VORSTANDSVORSITZENDE

»Meine Hoffnung war, dass der Angriff Russlands auf die Ukraine den entscheidenden Anstoß für eine engere Kooperation in Europa geben würde«, sagt Manager Haun in seinem Konferenzraum in Amsterdam. Mittlerweile ist er ernüchtert: Die Beharrungskräfte seien riesig.

Bei MGCS geht immer noch kaum etwas voran. KNDS und der zweite deutsche Partner Rheinmetall beharren sich unentwegt, die Franzosen misstrauen den Deutschen, die Deutschen den Franzosen. Überhaupt fehlt der politische Wille, eine Richtung vorzugeben. Die Zeitenwende-Dynamik und das Gefühl der Dringlichkeit würden schnell verfliegen, wenn das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro verbraucht sei, prophezeit Haun.

Zur Not, denkt der KNDS-Chef laut nach, werde man es wieder machen wie früher: im Verborgenen arbeiten, nicht im Rampenlicht. Wenn die Politik nicht agiere, müssten die Unternehmen eben zusammenkommen. In Hauns Vision soll KNDS binnen zehn Jahren zu einem »europäischen Unternehmen mit Partnern aus Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien« zusammengewachsen sein.

Europa brauche diesen Rüstungsriesen, ist Haun überzeugt, die sicherheitspolitischen Risiken seien enorm. »Die Welt ist derzeit ein Pulverfass.«

Martin Hesse, Gerald Traufetter



Bidens wackeliger Boom

SUBVENTIONEN Mit riesigen Öko-Investitionspaketen treibt Joe Biden die US-Wirtschaft zu neuen Höhen und versetzt Europas Politiker in Staunen. Die Wähler wünschen sich trotzdem Donald Trump zurück. Warum?

Joe Biden? Jon Evans muss nicht lange nachdenken. Guter Typ, der Präsident. Er sorgt dafür, dass nicht weit von hier, in Thacker Pass im Bundesstaat Nevada, gerade Hunderte Menschen in einem erloschenen Vulkan an der Zukunft arbeiten. Ton mit hohem Lithiumgehalt will Evans, Chef von Lithium Americas, dort abbauen. Das Leichtmetall ist der wichtigste Rohstoff für Batterien in Elektroautos, die Biden mit seinem Öko-Subventionsprogramm »Inflation Reduction Act« (IRA) üppig fördert.

Gut bezahlte, zukunftsichere Jobs seien das, sagt Evans, dunkelblonde Haare, Seitenscheitel, schwarze Weste über dem hellblauen Hemd. Arbeit und Wohlstand für eine strukturschwache Gegend im Westen der USA. Nicht nur für Jahre, für Generationen. Dank des Präsidenten im fernen Washington. Der Manager kommt richtig in Fahrt, hier zwischen

riesigen stählernen Steinezerkleinern und gigantischen Tanks in einem Gewerbegebiet am Rand der Stadt Reno. Das Unternehmen unterhält hier sein Forschungszentrum, probiert und demonstriert, wie es nördlich von Thacker Pass einmal aussehen soll, wenn die Mine Ende 2026 ihren Betrieb aufnimmt. An diesem Vormittag wirkt es zudem wie die perfekte Kulisse für ein Biden-Wahlkampfvideo. Inklusive der obligatorischen übergroßen Stars-and-Stripes-Fahne, die von der Decke weht.

Eine ganze Batterieindustrie werde sich neben seiner Mine ansiedeln, tönt Evans. Und all das sei nur möglich, weil Biden großzügig geholfen habe. Etwa mit zinsgünstigen Darlehensgarantien im Rahmen des IRA: 3,4 Prozent Zinsen für zehn Jahre habe er so bekommen, für Hunderte Millionen Dollar Risikokapital. Grandiose Konditionen, sagt Evans. Wie überhaupt die Wirtschaftspolitik des

US-Präsident Biden im Bundesstaat Maryland: »It's the economy, stupid« – das gilt nicht mehr

Präsidenten. Wenn sich die Menschen künftig fragen würden, wie der Boom eigentlich angefangen habe? »Na genau so«.

In exakt einem Jahr stellt sich US-Präsident Joe Biden zur Wiederwahl. Und wenn Bill Clintons altes Wahlkampf-Bonmot »It's the economy, stupid« noch gilt, müsste die Sache eigentlich klar sein. Wirtschaftlich könnte es kaum besser laufen für Biden. Die Arbeitslosenquote liegt seit Monaten unter vier Prozent, das Wirtschaftswachstum erreichte im vergangenen Quartal fast fünf. Fast schon chinesische Verhältnisse.

Selbst bei seinem großen Wahlversprechen, Industriearbeitsplätze wieder in die USA zurückzuholen, ist der Präsident erstaunlich weit gekommen. Amerika ist die einzige große Industrienation der Welt, die brummt – und dabei den rapiden Zinserhöhungen trotz, mit denen ihre Notenbank Fed die Inflation zu zähmen versucht.

Die Wirtschaftspolitik des Präsidenten hat an diesem Aufschwung einen so großen Anteil, dass sie ihr eigenes Label hat: »Bidenomics«, ein Öko- und Technologie-Keynesianismus, der auf die wachsende Staatsverschuldung ebenso wenig Rücksicht nimmt wie auf die Verbündeten in Europa. Mit dem eine Billion Dollar schweren Infrastrukturpaket, dem 369 Milliarden Dollar umfassenden IRA und dem ähnlich gut ausgestatteten Chips Act, der etwa den Bau von Halbleiterfabriken fördert, hat Biden trotz knapper Mehrheiten drei gewaltige Subventionsprogramme durch den Kongress gebracht.

Die Amis klotzen derart, dass die Europäer beim Werben um grüne Investitionen kaum mithalten können. Zahlreiche Unternehmen wandern gerade vom alten Kontinent ab oder verlagern zumindest ihre Investitionen auf die andere Seite des Atlantiks. Der Schweizer Solarmodulhersteller Meyer Burger etwa, der Chemieriese Evonik oder auch die Autobauer von Volkswagen bis BMW. Der Chiphersteller Intel, der mit Geld aus Washington neue Werke in Ohio und Arizona baut, drehte den Spieß gar um, nutzte den finanziellen Rückenwind aus der Heimat als Hebel und forderte auch in Deutschland hohe Zuschüsse für sein Werk in Magdeburg. Am Ende sah sich Berlin genötigt, fast zehn Milliarden Euro springen zu lassen.

Doch sosehr die Bidenomics in Europa bewundert und nachgeahmt werden – im eigenen Land hilft die Politik dem Amtsträger nicht. Im

Gegenteil: Die Hälfte der Wählerinnen und Wähler in den entscheidenden Swing States denkt laut einer aktuellen Umfrage der Nachrichtenagentur Bloomberg wehmütig an die wirtschaftliche Situation unter Bidens Vorgänger Donald Trump zurück.

In Wahlumfragen liegt der Präsident bestenfalls gleichauf mit seinem Vorgänger, gegen den er wahrscheinlich im kommenden Jahr wieder antritt. 2020 lag Biden in der Wählergunst noch um mehr als fünf Prozentpunkte vorn. Bezogen auf die Wirtschaftspolitik gibt aber fast die Hälfte der Befragten an, es eher dem Ex-Präsidenten als dem Amtsinhaber zuzutrauen, die Konjunktur weiter anzukurbeln. An Biden glauben indes nur 35 Prozent. In einer Umfrage des Senders NBC lagen Trumps Republikaner in der Frage nach der Wirtschaftskompetenz 21 Prozentpunkte vor Bidens Demokraten – so hoch war der Vorsprung zuletzt vor 32 Jahren.

Warum?

An einem Nachmittag Mitte September versucht der Bidenomics-Erfinder selbst, seine Botschaft an die Wählerschaft zu bringen. Die Gäste in einem Saal des Community College in Largo, eine halbe Stunde außerhalb von Washington, D. C., haben ihre Sitze eingenommen. Nur Biden lässt auf sich warten.

Währenddessen macht sich ein Mitarbeiter mit dem Akkuschauber am Geländer des dreistufigen Bühnentreppchens zu schaffen. Mit kräftigem Rütteln testet seine Kollegin, ob die Stange hält. Nicht, dass der Präsident ein weiteres Mal stürzt. Als der 80-Jährige vor ein paar Monaten bei einem Auftritt vor Kadetten über einen Sandsack stolperte und fiel, fühlten sich die Kritiker bestätigt: zu alt für eine zweite Amtszeit.

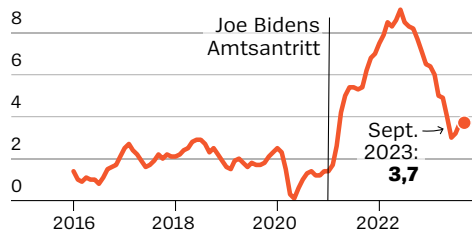
Als es endlich losgeht, hält Biden eine halbstündige Grundsatzrede. Seine Botschaft ist die alte, aber er versprüht neue Dringlichkeit. »Was sind die Bidenomics?«, fragt der Präsident – und die Antwort geht diesmal über die übliche Bilanz seiner wirtschaftlichen Erfolge hinaus. Die Amerikaner müssten »wissen, dass sie die Wahl haben zwischen Bidenomics und MAGAnomics«, ruft er in den Hörsaal.

Damit alle verstehen, was gemeint ist, haben die Helfer auf den Stühlen Kärtchen ausgelegt, die die Entscheidung plakativ illustrieren: links das Konterfei eines aufmunternd lächelnden Biden, der »Ausgaben hart arbeitender Familien reduziert«. Rechts die aggressiv verzerrten Fratzen republikanischer Rechter wie Marjorie Taylor Greene oder Matt Gaetz auf schwarzem Grund, die angeblich »weitere Steuergeschenke für Wohlhabende« und Sozialkürzungen planen – ganz wie ihr inoffizieller Parteiführer Donald Trump, auf dessen nationalistische »Make America Great Again«-Ideologie (MAGA) Biden abzielt.

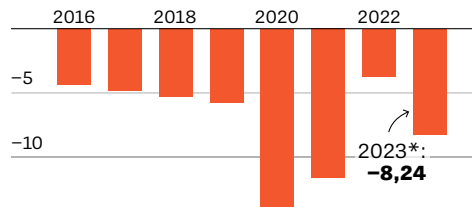
Es ist jener stramm rechte Flügel der Republikaner, der die Partei wenig später ins Chaos stürzen wird und Anfang Oktober den eigenen Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, Kevin McCarthy, abwählt. Die Fraktion

Kosten des Wachstums

Inflationsrate der USA, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in Prozent



Neuverschuldung, in Prozent des BIP



* Schätzung

Quellen: International Monetary Fund, World Economic Outlook Database

hat mittlerweile einen neuen Chef, den eher unbekannten Mike Johnson. Doch ob der in der Lage sein wird, die Fraktion zusammenzuhalten und auch mal Kompromisse einzugehen, ist ungewiss.

Für Biden ist das eine komplizierte Situation. Bis Mitte November muss das Repräsentantenhaus einen neuen Bundeshaushalt verabschieden oder wenigstens den geltenden Etat verlängern. Gelingt das nicht, ginge Finanzministerin Janet Yellen bald das Geld aus. Pünktlich zur Weihnachtsshoppingseason müssten Staatsdiener auf ihren Lohn warten, an den Flughäfen käme es zu Verzögerungen.

Die schlechte Stimmung kurz vor den Feiertagen könnte letztlich an Biden oder den



Manager Evans

Republikanern im Kongress hängen bleiben, wahrscheinlich aber nicht an Trump. Zwar ist der eng mit der Hasadeurtruppe in der republikanischen Fraktion verbündet. Doch im Haushaltsstreit ist der Ex-Präsident Zuschauer und kann entspannt von der Seitenlinie kommentieren – so wie im September, als er frohlockte, ein »government shutdown«, ein Regierungsstillstand, könnte den Justizapparat und damit die zahlreichen Strafprozesse gegen ihn ausbremsen.

Die MAGAnomics, vor denen Biden warnt, scheinen den Wählern jedenfalls in gar nicht so schlechter Erinnerung zu sein. Vielleicht, weil die US-Wirtschaft auch unter Trump ordentlich lief, teilweise gar besser als heute – bis die Coronapandemie den Aufschwung wenige Monate vor der Wahl jäh beendete. Der große Unterschied zu den Biden-Jahren: Die Neuverschuldung des Staates war damals niedriger als heute, die Preissteigerungen lagen auf Normalniveau, und der Benzinpreis – das Thermometer der amerikanischen Wählerseele – blieb günstig.

Da mag manch Amerikaner wehmütig werden. Zwar hat sich die Inflation von ihrem Höchstwert von mehr als 9 Prozent Mitte 2022 auf derzeit 3,7 Prozent mehr als halbiert. Doch das ist noch immer weit höher als in den 40 Jahren davor. Viele Wähler erleben solche Preissteigerungen zum ersten Mal – und geben Biden die Schuld. Die steigenden Preise sind laut Bloomberg ein Hauptgrund, warum die Stimmung unter den Wählern gerade so schlecht ist, vor allem in den Swing States, wo das Rennen um die Präsidentschaft üblicherweise entschieden wird. Drei von vier Befragten gaben dort jüngst an, die Inflation im Portemonnaie zu spüren.

Die Ironie: Viele der Probleme, mit denen Biden kämpft, hat sein Vorgänger verursacht. Die Hauptursache der hohen Inflation liegt im Lieferkettenchaos der Pandemie, die Trump erst unterschätzte und dann lange nicht in den Griff bekam. Die hohe Staatsverschuldung, die in den vergangenen zwölf Monaten trotz Boom um zwei Billionen Dollar oder 7,4 Prozent der Wirtschaftsleistung gewachsen ist, hängt auch mit den »Trump Tax Cuts« zusammen, die vor allem reichen Amerikanern und Unternehmen zugutekamen.

Womöglich hat Biden sich hiervon nicht klar genug distanziert. Wahr ist auch, dass sich seine Bidenomics in einigen Punkten nicht so sehr von Trumps MAGAnomics unterscheiden. Zwar tritt Biden gegenüber Europa weniger breitbeinig auf als sein Vorgänger, doch seine Subventionspolitik atmet viel von dessen »America First«-Gedanken. Und statt angesichts der boomenden Konjunktur die Zügel anzuziehen, treibt Biden die Defizite auf neue Höhen.

In der Hoffnung, langfristig komplette grüne Industrien in die USA zu ziehen, gibt seine Regierung das Geld mit beiden Händen aus. Und heizt so die Inflation weiter an. Der Inflation Reduction Act jedenfalls hätte längst umbenannt werden müssen. Statt die Inflation

zu senken, drehen die Milliardenausgaben die Preisspirale zumindest kurzfristig immer schneller.

Mancher Manager kann kaum glauben, wie üppig ihn der US-Staat mit Subventionen bedenkt: »Ich bin über die Höhe der Förderung etwas erstaunt gewesen«, sagt Elmar-Marius Licharz, Finanzchef von Volkswagen Nordamerika, und zählt auf, wo der deutsche Autoriese vom IRA profitiert: 7500 Dollar Elektroautoförderung erhalten die Käufer von in den USA produzierten ID4-Stromern vom Staat.

Direkte Steuergutschriften erhält VW, wenn es seine Batterierohstoffe aus US-Anlagen wie Thacker Pass einkauft, und noch mal mehr, wenn es die Batterie-Packs in den USA, Kanada oder Mexiko montiert. Eine Autobatterie made in America bezahle der Staat schon jetzt zu einem Drittel, in den nächsten Jahren könne die Förderung auf fast die Hälfte steigen. »Das ist unendlich viel Geld«, sagt Licharz.

Für Volkswagen ein Geschenk. »Für Europa ist das brutal«, sagt der VW-Mann. Autos aus Wolfsburger oder Emdener Werken zu exportieren lohne sich immer weniger, weil die USA nur heimisch produzierte Fahrzeuge bezuschussen. Er hoffe, dass die USA ihre Subventionspolitik künftig enger mit den Verbündeten diesseits des Atlantiks abstimmen. Zuletzt sind Verhandlungen, den IRA auch für europäische Fabrikate zu öffnen, am Widerstand der Amerikaner gescheitert.

Ein Subventionswettlauf zwischen den großen Volkswirtschaften werde die Preise nur noch höher treiben, sagt der Ökonom Adam Posen, Präsident des Thinktanks Peterson Institute. »Angesichts des starken Arbeitsmarkts besteht immer noch ein Risiko, dass sich die Inflation wieder beschleunigen könnte.« Steigende Benzinpreise – wie jetzt durch den aufflammenden Nahostkonflikt – könnten den Anstoß geben, das Preisniveau wieder steigern und die Fed bis weit ins Wahljahr zu weiteren Zinserhöhungen zwingen.

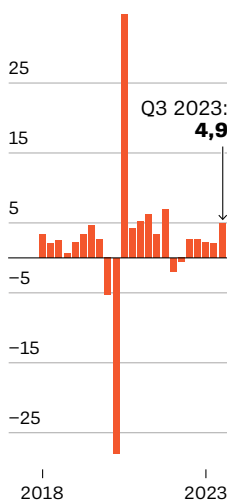
Immerhin, die US-Konsumenten lassen sich davon bislang kaum beeindrucken. Sie kaufen nach Herzenslust. Seit Monaten kennen die Indikatoren des staatlichen Bureau of Economic Analysis nur eine Richtung: nach oben. Als Amazon, der weltgrößte Onlinehändler, gerade sein Shopping-Bonanza »Prime Day« abhielt, bestellten die US-Mitglieder mehr als 25 Millionen Produkte direkt bei dem Händler – und weitere 150 Millionen bei Drittanbietern auf



Trump-Fans in Florida: Bei der Wirtschaftskompetenz meilenweit vorn

Überraschend stark

Wirtschaftswachstum der USA, Veränderung zum Vorquartal in Prozent*



* saisonbereinigte Jahresrate
 Quelle: Bureau of Economic Analysis

der Amazon-Plattform. Das Weihnachtsgeschäft verspricht ähnlich dominant zu werden. Das Softwareunternehmen Adobe rechnet mit saten 222 Milliarden Dollar Umsatz für die Onlinehandelsbranche in diesem Jahr – plus fünf Prozent zum Vorjahr.

Der Grund? Gerade die Mittelschicht, sagt die Wirtschaftswissenschaftlerin Claudia Sahn, habe sich in der Pandemie einen »schönen Puffer« aufgebaut, weil sie in den Jahren der Coronabeschränkungen extrem wenig konsumiert habe. Nach Angaben der Zentralbank Fed stieg das reale mittlere Nettovermögen, also die Ersparnisse quer durch alle Bevölkerungsschichten, zwischen 2019 und 2022 um satte 37 Prozent. Das helfe nun, die steigenden Preise wegzustecken, sagt Sahn, die viele Jahre bei der Fed arbeitete.

Viel wichtiger aber sei der starke Arbeitsmarkt. Das Wirtschaftswachstum, angeheizt durch Bidens Politik, und der Fachkräftemangel bescherten weiten Teilen der Bevölkerung ein deutliches Lohnplus – welches sogleich ausgegeben werde. »Seit der Pandemie sind die Amerikaner ungewöhnlich pessimistisch«, sagt Sahn. Das wiederum führe zu »double spending«, doppeltem und dreifachem Konsum. Vieles könne ja morgen schon teurer, womöglich zu teuer sein.

Eigentlich, sagt Sahn, könne sich die US-Regierung kaum wünschen, dass die Strategie ihrer Zentralbank Fed aufgehe. Deren Zinserhöhungen

hätten unter anderem das Ziel, die überstimulierte Wirtschaft abzukühlen, um so die Nachfrage und schließlich die Inflation zu senken. »Wenn wir den Jobboom verlieren, verlieren wir den Konsum. Verlieren wir den Konsum, verlieren wir die Wirtschaft«, so Sahn. Schließlich Sorge der private Kauf von Gütern und Dienstleistungen für fast 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der USA.

Dass es mit dem Wachstum ewig weitergeht, glauben indes die wenigsten. Michael Strain, der am wirtschaftsnahen American Enterprise Institute in Washington forscht, verweist auf die jüngsten Kursentwicklungen großer US-Einzelhändler wie Target oder Dollar General. Deren Investoren, so Strain, gingen offensichtlich nicht davon aus, dass der Kaufboom andauere – und begannen, Anteile zu verkaufen.

Auch der Arbeitsmarkt laufe zwar weiter viel besser als erwartet, zeige aber Schwächen. So seien zuletzt nur noch einige Hunderttausend neue Jobs pro Monat entstanden. Noch vor einigen Monaten seien es deutlich mehr gewesen. »Spätestens zum neuen Jahr wird sich das auch auf den Konsum auswirken«, sagt Strain. »Wir werden einen ziemlich deutlichen Rückgang der Ausgaben sehen.«

Für den Biden-Boom könnte das ein jähes Ende bedeuten. Pünktlich zum Start des Wahljahres.

Simon Book, Alexander Demling, Ines Zöttl

»Wunderwuzzi« am Abgrund

IMMOBILIEN René Benko hat in wenigen Jahren ein Milliardenimperium errichtet, doch nun gerät es ins Wanken. Baustellen liegen still. Banken scheuen neue Geschäfte mit ihm. Und seine Geldgeber arbeiten an der Entmachtung des Milliardärs.

Wie das Skelett eines Riesen ragt der Rohbau am Rand der Hamburger HafenCity in die Höhe. Kräne stehen ringsum, kaum einer dreht sich noch. Nur vereinzelt sind Menschen in gelben Westen zu erkennen, die in den Elbtower-Etagen herumlaufen. Eine der größten Baustellen Europas ist wie ausgestorben.

Der Mann am Eingang in einem hellgrauen Container sagt, er sei Vorarbeiter. Zu arbeiten habe er indes nichts. Er sitze bloß rum. Die anderen Kollegen? Die meisten seien anderswo. Wer hier sei, räume ein bisschen auf. Wie es weitergehe? Keine Ahnung, »ich kann mich leider zu gar nichts äußern«.

Wo gerade noch urbane Zukunft entstehen sollte, herrscht Novembertristesse. Ersonnen wurde der Elbtower von Hamburgs damaligem Bürgermeister Olaf Scholz als neues Wahrzeichen der Stadt, geplant mit 64 Etagen als dritthöchstes Gebäude der Republik, gedacht als 245-Meter-Statement gen Himmel.

Und nun? Bleibt es bei der Verzögerung der Arbeiten, oder drohen Umbau, Abriss, eine Ruine gar? Die zuständige Stadtentwicklungssenatorin Karen Pein (SPD) spielt Notfallszenarien durch, seitdem die Baufirma Lupp vergangene Woche stopp gerufen hat – weil Auftraggeber René Benko, 46, und seine Immobilienfirma Signa nicht mehr zahlen.

Zahlen wollen? Zahlen können?

Die Lage ist komplex. Nicht nur in Hamburg ruhen Signas Kräne, stocken Projekte. Ob in Düsseldorf oder Berlin, in München oder Stuttgart – Benko habe »die Zahlungen breitflächig eingestellt«, sagt einer seiner Manager. Nach internen Zahlen schrieb allein die Muttergesellschaft, die Signa-Holding, im vergangenen Jahr mehr als 500 Millionen Euro Verlust. 2023 soll es kaum besser aussehen. Konzernweit dürfte der Fehlbetrag Milliarden betragen, obwohl Benko seit Monaten ans Eingemachte geht und versucht, reihenweise Gebäude zu Geld zu machen. Nun meldet die hauseigene Entwicklungsgesellschaft Signa Development laut Nachrichtenagentur Bloomberg auch noch Liquiditätsprobleme.

Benko drücken obendrein riesige Schulden. Sein 20-Milliarden-Euro schweres Im-

perium ist mehrheitlich auf Pump finanziert. Allein die Holding stand Ende vergangenen Jahres bei Banken und Versicherungen mit 2 Milliarden Euro im Minus, ein Großteil davon, stattliche 1,3 Milliarden, sind bis Ende dieses Jahres fällig. Und da ist längst nicht alles berücksichtigt: Benkos Reich ist verschlungen, es gibt Dutzende Firmen und Unterfirmen und Unterunterfirmen, die sich gegenseitig gehören, beleihen, kreditieren. Dazu kommen offizielle und inoffizielle Investoren, aktive und stille Teilhaber. Um all die Ansprüche aus Krediten und Anleihen, aus Genussscheinen und Dividenden, aus Mezzanine-Kapital und Vorzugsaktien zu befriedigen, braucht Benko ständig frisches Geld und neue Projekte.

Alte Schulden mit neuen bedienen – dieses gefährliche Spiel funktioniert spätestens seit der Pandemie nicht mehr. Das Vertrauen in den Österreicher und seine angeblich übermenschlichen Immobilienfertigkeiten ist weg. Banken scheuen neue Geschäfte mit ihm. Auch private Investoren wenden sich enttäuscht ab und wollen Insidern zufolge Benko kein frisches Kapital mehr geben.

Das Geld ist mittlerweile offenbar so knapp, dass Gehälter nur verzögert und Dividenden kaum noch gezahlt werden. Selbst seinen so wichtigen wie teuren Medienanwalt kann sich der Maestro laut Insidern kaum



Unternehmer Benko

mehr leisten. Bankkredite immerhin, so ist zu hören, würden noch bedient. Sollten sie besser auch. Würden sie fällig gestellt, müsste die Signa wohl Insolvenz anmelden.

Erst am vergangenen Dienstag wurde vielen Gesellschaftern der Holding das ganze Ausmaß der Katastrophe klar: Da schalteten sich die Herren Milliardäre am Nachmittag erstmals ohne Benko im Videocall zusammen, um über die Zukunft der Signa zu beraten. Lindt & Sprüngli-Präsident Ernst Tanner war dabei, Strabag-Großaktionär Hans Peter Haselsteiner, Kaffeemaschinenunternehmer Arthur Eugster sowie Fressnapf-Gründer Torsten Toeller und Mitglieder der wohlhabenden südamerikanischen Logistikdynastie Arduini. Auch der einstige Schlecker- und Galeria-Sanierer Arndt Geiwitz wählte sich ein. Er berät Benko schon länger. Nun soll er nach dem Willen der Investoren die komplette Kontrolle übernehmen.

Die Geldgeber stecken in einem nahezu klassischen Dilemma. Was sollen sie tun, um aus Benkos Kartenhaus herauszukommen? Dem verbrannten Geld neues hinterherwerfen? Es wäre wohl sofort weg. Die Investitionen abziehen? Dann stürzte Benkos Konstrukt noch schneller ein – und begräbe ihre Hunderte Millionen gleich mit.

»Die Gemüter kochten hoch«, sagt einer, der dabei war. Sie seien mit »Märchen« versorgt worden, Benko habe »jedem offensichtlich das erzählt, was der hören wollte«, sagt ein Investor. Habe über die Jahre in brillanter Form, zumeist persönlich, charmant umgarnd mit hübschen Geschichten über neue Investments und formidable, aber unbekannte Geldgeber die wahre Lage verschleiert. Manchem Geldgeber von Signa-Töchtern etwa soll der Österreicher erklärt haben, die Dividende müsse leider, leider für alle ausfallen, das Geld werde für Investitionen gebraucht, um sich gegen die Krise zu stemmen. Tatsächlich berichteten andere, sie sei ihnen gezahlt worden.

Im Gesellschafterkreis stellen sie sich nun große Fragen: Lasten auf Signas verschachteltem Konstrukt womöglich viel mehr Schulden als gedacht? Welche Gebäude sind wie beliebt? Wie viele Teile der Signa gehören überhaupt noch Benko selbst? Sind sie womöglich einem Schneeballsystem aufgegessen? Vor allem: Wie viel Geld braucht Signa, um zu überleben? Mal ist von 10 Millionen Euro die Rede, dann von 50 Millionen. Einer glaubt, es seien derzeit 400 Millionen nötig. Ein anderer sagt, »es geht eher in die Milliarden«.

Wenn Giganten wanken, sind die Taumelbewegungen anfangs kaum wahrzunehmen, dann aber umso deutlicher. Ist der Kipppunkt überschritten, geht es schnell. Wer sich und das Seine nicht rechtzeitig in Sicherheit gebracht hat, wird beim Niedergang womöglich mitgerissen.

Benko scheint großes Risiko immer einkalkuliert zu haben. Die Projekte seiner Signa waren stets eine Nummer größer, abenteuer-

licher, waghalsiger als die der Konkurrenz. Binnen wenigen Jahren arbeitete sich der Schulabbrecher vom Vertriebspraktikanten beim Finanzvermittler AWD zu einem Immobilienmogul hoch, sammelte Trophäen wie andere Leute Briefmarken: Er baute das Goldene Quartier in der Wiener Innenstadt, bevor irgendwer auf Luxusshopping setzte. Er fusionierte Karstadt und Kaufhof, kaufte die Londoner Kaufhausikone Selfridges und fabulierte von Europas führendem Warenhauskonzern.

Als der SPIEGEL Benko kurz vor Weihnachten 2020 erstmals mehrere Stunden lang in Wien zum Gespräch traf, wischte der Milliardär alle Bedenken weg. Zu geringe laufende Einnahmen, um die Zinsen zu zahlen? Wird aus Gebäudeverkäufen erledigt. Zu hohe Bewertungen des Portfolios? Er schaffe schließlich »einzigartige Werte« in »unwiederbringlichen Lagen«, argumentierte Benko.

Tatsächlich glaubten Banker und Reiche ihm und seinen Geschichten allzu gern, weil sie mitverdienen wollten beim großen Immobilienpoker. Und Benko wusste sie zu bezirzen, lud zu Häppchen und Champagner auf seine Jacht, in sein Jagdrevier oder das »Chalet-N«, ein schlossartiges Bergdomizil in Oberlech, benannt nach seiner Frau Natalie.

Selbst die Bundesregierung ließ sich von Benkos Charme einlullen, sie spendierte in der Coronakrise 700 Millionen Euro Steuergeld, um Galeria zu retten – und stellte nicht allzu hohe Ansprüche an Transparenz, Sicherheiten oder Eigenbeteiligung. Ergebnis: Mittlerweile ist der Kaufhauskonzern durch die zweite Insolvenz gegangen, das Steuergeld wohl futsch, wie man im Wirtschaftsministerium zähneknirschend zugibt. Benko hinderte das nicht, vergangenes Jahr um weitere gut 200 Millionen Euro vom Staat zu bitten, wenn auch vergebens.

Sicher scheint derzeit nur eines: »Keiner glaubt mehr, dass Benko die Situation gedreht bekommt«, sagt ein Gesellschafter. Vielmehr gebe es den »Verdacht, dass mit der Signa-Gruppe grundsätzlich etwas nicht stimmt, und das seit langer Zeit«.

Ex-Unternehmensberater Roland Berger hat bereits den Notausgang genommen und seine Verkaufsoption für die Prime-Sparte der Signa gezogen, in der wichtige Bestandsimmobilien liegen. Auch Toeller, der 4,5 Prozent an der Holding hält, informierte Benko über seinen Ausstieg. Er habe Druck auf Benko machen wollen, berichtete Toeller seinen



1,45
Milliarden
Euro

geplanter
Wert der
Immobilie bei
Fertigstellung
2026

Quelle: Signa

Chris Emil Jansen / IMAGO

Hamburger Elbtower:
Alle Warnungen
ignoriert?

Mitgesellschaftern. Dieser habe nur kurz den Erhalt bestätigt.

Als die Geldgeberrunde am Dienstagabend auseinander ging, war man sich einig: Die Benko-Show soll vorbei sein. Das Vertrauen »aller Investoren« sei weg, sagt ein Geldgeber, »unwiederbringlich«. Frisches Kapital für Signa soll es nur geben, wenn der Meister seine Macht abgibt – und Sanierer Geiwitz als Generalbevollmächtigter übernimmt. Sein Auftrag: endlich völlige Transparenz schaffen. Benko müsse »zur Einsicht kommen und einwilligen«, er sei gescheitert.

Benko selbst trägt zur Vertrauensbildung wenig bei. Der einstige »Wunderwuzzi«, wie sie ihn lange in Österreich nannten, scheint abgetaucht, ist weder für alle seine Investoren noch für den SPIEGEL erreichbar. Eine Anfrage zu den Vorwürfen lässt er unbeantwortet. Nurmehr wenige Tage blieben ihm, um sein Lebenswerk Signa zu retten, glaubt ein Wegbegleiter. Aus seiner Sicht laufe alles auf eine mögliche Insolvenz zu.

Das wäre eine Katastrophe, nicht nur für Benko und seine Investoren.

Schwierigkeiten dürften auch jene Bürgermeister bekommen, die große Teile ihrer Stadtentwicklungsprojekte – und damit ihre politische Zukunft – in Benkos Hände gelegt haben. In Berlin etwa, wo die Signa mit der Zustimmung des Rathauses den halben Kurfürstendamm und den Alexanderplatz umkrepelt. Oder in München, wo Benkos Baustellen sich bis tief hinein in die City zur Alten Akademie ziehen.

In Hamburg werden dem Senat um Stadtoberhaupt Peter Tschentscher (SPD) nach dem Elbtower-Debakel bereits unangenehme Fragen gestellt.

Die Stadt habe »alle Warnungen vor Benko ignoriert«, sagt Heike Sudmann, Parlamentarische Geschäftsführerin der Linksfraktion. Auch aus den eigenen Reihen kommt Kritik. »Die Stadt war so blauäugig, an das Geschäftsmodell von Herrn Benko zu glauben«, sagt Mathias Petersen, ehemaliger SPD-Landeschef, heute Vorsitzender des Haushaltsausschusses in der Bürgerschaft.

Tschentscher beharrt darauf, die Verträge mit Benko seien »gut verhandelt«. Die Stadt werde »keine finanziellen Belastungen übernehmen«. Bei einem Abbruch des Vorhabens hätten die privaten Investoren einen großen wirtschaftlichen Schaden. Er gehe davon aus, dass sie aus eigenem Interesse »eine Lösung für die Wiederaufnahme der Bautätigkeit finden«.

Nach SPIEGEL-Informationen bahnt sich bereits eine Lösung an. Benko verhandelt demnach mit Logistikunternehmer Klaus-Michael Kühne, der an Signa Prime beteiligt ist, über einen Einstieg in den Turmbau zur Elbe. Kühne mag sich nicht äußern, doch ein solcher Coup dürfte für ihn eine Genugtuung sein. Der Milliardär hat noch eine Rechnung mit den Stadtoberen offen. Der Senat hatte im Oktober Teile des Hafens verkauft – an einen Konkurrenten von Hapag-Lloyd, wo Kühne Großaktionär ist. Er fühlte sich dupiert.

Kühne als Retter, mit dem Anschein, als ob ohne ihn in Hamburg dann doch nichts gehe – und der wie nebenbei sein Benko-Investment rettet. Zumindest er wäre damit wohl: fein raus.

Tim Bartz, Simon Book, Kristina Gnirke, Ansgar Siemens, Gerald Traufetter

Kritische Lage

Jahresabschlüsse der
Signa Holding GmbH,
in Millionen Euro

Ergebnis
nach Steuern

570,4

2021

2022

-504,6

Verbindlichkeiten

1996

635

2021

2022

Quelle: Unternehmen

»Grünes Wachstum ist ein Wunschtraum«

UMWELT Lassen sich Klimaschutz und Wirtschaftswachstum gleichzeitig erreichen? Nein, sagt der Forscher Jefim Vogel – und plädiert für eine radikale Alternative.

Vogel, 33, forscht als Umweltökonom am Sustainability Research Institute der britischen Universität Leeds. Mit dem Wirtschaftsanthropologen Jason Hickel hat er eine viel beachtete Analyse zum grünen Wirtschaftswachstum publiziert.

SPIEGEL: Herr Vogel, eines der großen Versprechen unserer Zeit lautet, dass man Klimaschutz und Wirtschaftswachstum unter einen Hut bringen kann. Was halten Sie davon?

Vogel: Nicht viel. Wir haben für unsere neue Studie Daten von 36 Industriestaaten unter die Lupe genommen, das Ergebnis ist eindeutig: Keinem Staat ist es gelungen, seinen CO₂-Ausstoß auch nur annähernd schnell genug zu reduzieren und gleichzeitig sein Bruttoinlandsprodukt zu steigern. Grünes Wachstum ist ein Wunschtraum, von dem wir uns schleunigst verabschieden sollten.

SPIEGEL: Was macht Sie da so sicher? Deutschland hat den Treibgasausstoß seit den Neunzigerjahren deutlich zurückgefahren, bei teils kräftigem Wirtschaftswachstum.

Vogel: ... aber es reicht nicht, Emissionen einfach nur zurückzufahren. Gerade reiche Länder wie Deutschland müssen ihre Emissionen viel schneller reduzieren als bisher, wenn wir eine Klimakatastrophe verhindern wollen. Der Maßstab muss das Pariser Klimaabkommen sein. Und das beinhaltet nicht nur ein globales Klimaziel, sondern auch Gerechtigkeitsprinzipien.

SPIEGEL: Was meinen Sie damit?

Vogel: Ein Mindestmaß an Gerechtigkeit hieße, das verbleibende globale CO₂-Budget anteilmäßig auf alle Länder zu verteilen. Jeder Mensch bekäme dann den gleichen Anteil an der CO₂-Restmenge, die maximal noch ausgestoßen werden darf. Weil wohlhabende Länder wie Deutschland pro Kopf sehr viel mehr Treibhausgas emittieren als ärmere Staaten,

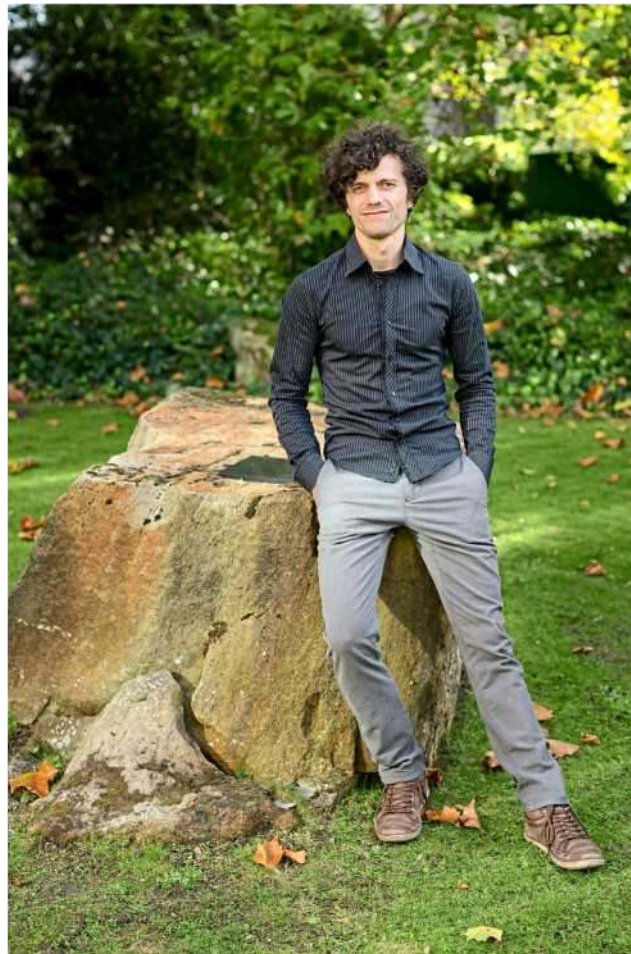
müssten sie ihren Ausstoß deutlich schneller reduzieren.

SPIEGEL: Wie schneidet Deutschland in Ihrer Analyse ab?

Vogel: Von 2023 an stünden Deutschland noch 2400 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß zu. Wenn man Importe und Exporte berücksichtigt, hat Deutschland seine Emissionen zwischen 2013 und 2019 im Schnitt um etwa 14 Millionen Tonnen pro Jahr reduziert, das sind etwa 1,2 Prozent. Wenn es so weitergeht, bräuchte Deutschland über 250 Jahre, um bei Null-Emissionen zu landen.

Ökonom Vogel:

»Wirtschaftsleistung ist nicht das, worauf es für die meisten Menschen ankommt«



Simon Wiffen / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Wie schneiden die anderen Industrienationen ab?

Vogel: Manche besser, manche schlechter. Aber keines der elf Industrieländer, das seine Emissionen bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum gesenkt hat, ist dabei auch nur annähernd schnell genug. Das gilt auch für Großbritannien, Frankreich, die Niederlande oder Kanada.

SPIEGEL: Trotzdem versprechen viele Politiker, dass grünes Wachstum möglich ist – auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck.

Vogel: Nur weil Politiker das Mantra vom grünen Wachstum wiederholen, wird es nicht wahrer. Was soll denn daran grün sein, wenn Industrieländer weit über ihren Anteil am globalen CO₂-Budget hinausschießen und damit die Klimakrise verschärfen? Das ist, als würde der Kapitän der »Titanic« sagen: »Keine Sorge, wir werden langsamer!«, bevor er mit leicht reduzierter Fahrt den Eisberg rammt.

SPIEGEL: Aber es könnte doch sein, dass Deutschland seine Emissionen in Zukunft schneller reduziert – zum Beispiel weil viel mehr Menschen auf ein Elektroauto umsteigen oder erneuerbare Energien schneller ausgebaut werden.

Vogel: Natürlich gibt es noch viele Einsparpotenziale. Aber wenn wir die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzen wollen, müssten die Industriestaaten ihre Emissionen im Schnitt pro Jahr 15-mal schneller reduzieren. Selbst das 1,7-Grad-Ziel scheint kaum erreichbar, solange die Wirtschaft weiterwächst, also immer mehr produziert und konsumiert wird. All das trägt ja zu höherem Energieverbrauch und mehr Emissionen bei.

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

Vogel: Statt auf Wirtschaftswachstum um jeden Preis zu setzen, sollten wir uns von Wachstumszielen verabschieden. Wir sprechen vom Post-Wachstums-Modell, in dem die Nachfrage gezielt und auf faire Weise reduziert wird. Es gibt Wirtschaftsbereiche, die es für das menschliche Wohlbefinden braucht. Und andere, in denen wir reduzieren können, ohne menschliches Wohlbefinden einzuschränken.

SPIEGEL: An welche denken Sie?

Vogel: Man muss nicht zigmal im Jahr in den Urlaub fliegen oder ein tonnenschweres SUV fahren. Auch Fleisch, Fast Fashion, Kreuzfahrten oder Privatjets sind verzichtbar. In der Mobilität müssen wir mehr auf öffentliche Transportmittel oder den Radverkehr setzen, im Gebäudesektor können wir durch bessere Isolierung

rung viel Energie sparen. Und natürlich müssen wir fossile Energien durch erneuerbare ersetzen.

SPIEGEL: Viele Leute dürften Ihnen grundsätzlich zustimmen. Aber soll der Staat über Fragen des persönlichen Lebensstils bestimmen? Das ist eine beunruhigende Vorstellung.

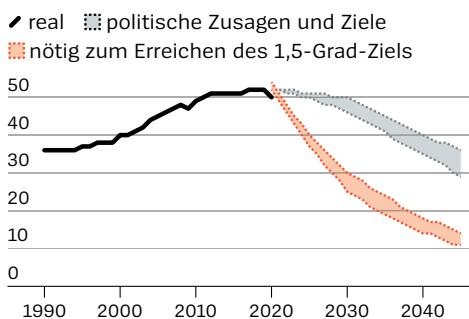
Vogel: Der Staat sollte natürlich nicht eigenhändig bestimmen, was und wie viel wir produzieren und konsumieren. Das müssen wir im demokratischen Prozess gemeinsam bestimmen. Tatsächlich sind laut Meinungsumfragen viele der Maßnahmen, die wir vorschlagen, sehr beliebt. Und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sie den Lebensstandard vieler Menschen verbessern würden.

SPIEGEL: Wie soll das funktionieren?

Vogel: Gut isolierter Wohnraum senkt die Heizkosten und erhöht die Wohnqualität. Grüne Städte haben weniger Luftverschmutzung und Lärmbelastung, sie werden im Sommer weniger heiß und sind lebenswerter. Und wenn man kein Auto braucht, spart man in der Regel viel Geld. Den Konsum reduzieren müssen vor allem die Reichen in unserer Gesellschaft. Sie verfügen nicht nur über den Großteil des materiellen Vermögens, sondern konsumieren am meisten und verursachen damit auch die meisten Emissionen. Vielflieger machen in einem Jahr mehr Flugreisen als die meisten Menschen in ihrem ganzen Leben. Muss das sein?

Ungenügende Maßnahmen

Jährliche Treibhausgasemissionen weltweit, in Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalente



Quelle: Climate Action Tracker, Stand: November 2022

SPIEGEL: Das, was Sie als Post-Wachstums-Szenario bezeichnen, klingt für manche wie Öko-Sozialismus.

Vogel: Ich verstehe, dass die Aussicht auf Veränderung manchen Menschen Angst macht. Aber es geht darum, die Bedürfnisse der Menschen gezielter zu befriedigen als heute. Viele Leute wollen ein Auto, aber was sie eigentlich benötigen, ist Mobilität. Wenn der Staat ein gutes, kostenloses Nahverkehrsangebot aufbaut, sorgt das für mehr Wohlstand und Klimaschutz zugleich.

SPIEGEL: ... aber auch für weniger verkaufte Autos und eine schrumpfende Wirtschaftsleistung.

Vogel: Wirtschaftsleistung ist aber nicht das, worauf es für die meisten Menschen ankommt. Was zählt, sind eine sichere Lebensgrundlage, sichere Jobs, Gesundheit und Zeit für Familie und Freunde und so weiter. Eine Post-Wachstums-Ökonomie zielt neben der Vermeidung der Klimakatastrophe genau auf diese Dinge ab. Sie sind für das menschliche Wohlergehen entscheidend und hängen nicht grundsätzlich vom Wirtschaftswachstum ab.

SPIEGEL: Wie wollen Sie das etwa den Beschäftigten in der deutschen Automobilindustrie erklären, die ihre Jobs verlieren würden?

Vogel: Eine Post-Wachstums-Ökonomie bietet mehr Jobs, nicht weniger. Etwa mit einer öffentlichen Jobgarantie, die jedem eine Beschäftigung bietet, der arbeiten kann und will. In vielen Bereichen wird mehr Arbeit gebraucht, seien es erneuerbare Energien, der öffentliche Nahverkehr, die Sanierung von Gebäuden oder im Gesundheitswesen. Gleichzeitig kann man die Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung besser verteilen, etwa mit einer Viertagewoche. Und bevor Sie fragen: Ja, all das kann man finanzieren, ohne dass das zu mehr Inflation führt.

SPIEGEL: Hand aufs Herz: Halten Sie das für realistisch?

Vogel: Ich glaube, dass es eine breite Unterstützung für große Veränderungen geben wird. Weil die Menschen merken werden, dass die Klimakatastrophe anders nicht abzuwenden ist.

Interview: Michael Brächer

“
Amazon sieht
Potenzial in mir,
sie unterstützen
mich”

Lohnerhöhung für
Logistik-Mitarbeitende
nach 12 & 24 Monaten

Nur einer von vielen Vorteilen

amazon



Die Zukunft dieser afghanischen Mädchen ist ungewiss, sie kommen aus Pakistan, wo sie als Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus nur geduldet waren. Jetzt sollten sie von dort abgeschoben werden, am 1. November lief die Frist ab, Zehntausende flohen. An Grenzübergängen wie hier in Torkham stauten sich Laster, Busse, Menschen. Betroffen sind rund 1,7 Millionen Afghanen – all jene, die in den vergangenen 40 Jahren aus dem Land fliehen mussten – erst vor den Sowjets, dann vor Krieg, zuletzt vor den Taliban.

Wakil Kohsar / AFP

Spaniens Spieler

ANALYSE Pedro Sánchez setzt für seine Wiederwahl mal wieder alles auf eine Karte.

In seiner Karriere hat sich Pedro Sánchez schon aus so mancher misslichen Situation befreit. Er hat eine Pandemie, einen Vulkanausbruch und zwei Neuwahlen überstanden. Im Zweifel geht der Sozialist voll ins Risiko – und ist damit erfolgreich. Selbst seine Gegner trauen ihm inzwischen fast alles zu. Doch was Sánchez nun vorhat, grenzt an ein Himmelfahrtskommando: Womöglich schon kommende Woche will er sich im Parlament erneut zum Ministerpräsidenten wählen lassen, nachdem Alberto Núñez Feijóo, der eigentliche Wahlsieger, nicht genug Abgeordnete hinter sich versammeln konnte. Sánchez braucht diesmal die Unterstützung von mindestens sechs Parteien. Darunter sind baskische Nationalisten und Sánchez' linker Koalitionspartner Sumar – vor allem aber jene katalanischen Separatisten, die Spanien im Oktober 2017 in eine schwere Krise stürzten. Damals erklärte Regionalpräsident Carles Puigdemont

die katalanische Unabhängigkeit. Nur um sie keine Minute später wieder auszusetzen – auch er wusste nicht, wie das mit dem eigenen Staat nun genau funktionieren sollte.

Der aktuelle Regionalpräsident Pere Aragonès, vor allem aber Justizflüchtling Puigdemont, gelten vielen Spaniern noch heute als Staatsfeinde. Sánchez will trotzdem mit ihnen paktieren, selbst dem Deal mit Puigdemont stehen offenbar nur noch Details im Wege. Die Zugeständnisse, die Sánchez den Katalanen gemacht hat, sind politisch heikel. Besonders unbeliebt ist die geplante pauschale Amnestie für Hunderte Separatisten. Noch vor einem Jahr hat Sánchez ein solches Gesetz als verfassungswidrig bezeichnet. Eine Mehrheit der Spanier ist gegen diese Regelung. Fast 60 Prozent würden lieber erneut wählen, als die Separatisten davonkommen zu lassen. Sánchez, der Verräter – der Slogan für die Kampagne der Opposition steht bereits fest. Pedro Sánchez nimmt den Imageschaden bewusst in Kauf. Und setzt darauf, dass er lange genug regieren kann, um die verlorenen Stimmen zurückzugewinnen. Scheitert er wider Erwarten doch noch im Parlament, gäbe es im Januar Neuwahlen. Gut möglich, dass dann Konservative und Rechtsextreme die Macht übernehmen würden. Jenes Bündnis also, das Sánchez im Juli gerade noch verhindern konnte. Steffen Lüdke

Milei, Schrecken des Mercosur

ARGENTINIEN Die Furcht vor einem Sieg des Rechtspopulisten und selbst ernannten »Anarchokapitalisten« Javier Milei bei der Stichwahl am 19. November hat einen Nebeneffekt: Sie erhöht den Druck auf die Europäische Union und das südamerikanische Wirtschaftsbündnis Mercosur, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen so schnell wie möglich zum Abschluss zu bringen. Milei hatte verkündet, dass Argentinien aus dem Mercosur austreten werde, wenn er zum Präsidenten gewählt werde. Brasilien ist gemeinsam mit Argentinien, Uruguay und Paraguay Mitglied der Organisation. Brasiliens Präsident Lula drängt jetzt darauf, die Verhandlungen möglichst noch vor der Stichwahl in Argentinien abzuschließen. Das Abkommen könne als »Gegengift« gegen Maßnahmen wirken, die »die Region durcheinanderbringen können«, sagte Brasiliens Wirtschaftsminister Fernando Haddad im Hinblick auf einen Wahlsieg Mileis. Brasilien

macht die Europäer für den schleppenden Verlauf der Verhandlungen verantwortlich. Einige europäische Länder würden sich gegen die Öffnung ihres Marktes für brasilianische Agrarprodukte sperren. Die Europäer hingegen kritisieren Brasilien, das sich gegen schärfere Umweltschutzauflagen sperre. Auch Paraguay, das im Dezember den Vorsitz im Mercosur von Brasilien übernimmt, macht Druck: Wenn Lula es nicht schaffe, die Verhandlungen bis Anfang Dezember zum Abschluss zu bringen, »werde ich im kommenden Halbjahr nicht daran weiterarbeiten«, verkündete Staatschef Santiago Peña. Er setzt auf bilaterale Abkommen mit außereuropäischen Staaten. Die EU und der Mercosur hatten mehr als 20 Jahre über das Freihandelsabkommen verhandelt, 2019 kam es zu einer Einigung. Allerdings steht seine Ratifizierung durch die Parlamente mehrerer europäischer Staaten noch aus. Kritik entzündete sich vor allem an den möglichen Folgen für die Umwelt, insbesondere für den Amazonasregenwald. JGL

Mehr Kontrollen auf der Balkanroute

SLOWAKEI Der Ende Oktober frisch vereidigte Premier Robert Fico zieht im Kampf gegen illegale Migration die Zügel an. Mit massiv verstärkten Patrouillen, tschechischer Spezialtechnik, Wasserwerfern, Drohnen und Hundestaffeln will der Linkspopulist vor allem die grüne Grenze zu Ungarn ab sofort überwachen lassen. Die Slowakei war in den vergangenen Monaten zum bevorzugten Ziel von Migrant*innen geworden – dank freundlicher Mithilfe, behaupten Kritiker des ungarischen Premiers Viktor Orbán,

der damit den Wahlsieg des ähnlich autokratischen Slowaken Fico begünstigt habe. Mehr als 40.000 Menschen überquerten bereits im laufenden Jahr die Grenze zur Slowakei illegal – ein Zuwachs um fast 1000 Prozent. Begünstigend wirkte sich dabei die liberale Linie von Ficos Vorgängerregierung in Bratislava aus, die die Geflüchteten etwa aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak duldet und versorgen ließ. Nicht nur der Kurswechsel in der Slowakei könnte die innereuropäischen Schleuserrouten dramatisch verändern: Auch an den deutschen und österreichischen Außengrenzen wird wieder verschärft kontrolliert. Ob der bevorstehende Regierungswechsel in Warschau indes ein weniger striktes polnisches Grenzregime bringt, ist unklar. Der mutmaßliche künftige Premier Donald Tusk hatte Angela Merkel in der Vergangenheit vorgeworfen, ihre Willkommenspolitik 2015 habe den Siegeszug europäischer Rechtspopulisten erst ermöglicht. WMA



Fico



Mahnwache für verstorbene Schülerin Garavand in Washington

»Nasrin trug kein Kopftuch«

IRAN Aktivist Reza Khandan über die erneute Inhaftierung seiner Frau, der Anwältin Nasrin Sotoudeh



Privat

Khandan, 59, lebt in Teheran und ist mit der bekannten Menschenrechtsanwältin Sotoudeh, 60, verheiratet, die vergangene Woche verhaftet wurde.

SPIEGEL: Herr Khandan, aus welchem Grund ist Ihre Frau wieder im Gefängnis?

Khandan: Um ihre Solidarität zu zeigen, ging Nasrin am vergangenen Sonntag auf Teherans größten Friedhof zur Beerdigung der 16-jährigen Schülerin Armita Garavand. Die junge Frau wurde wohl nach einem Konflikt mit der Sittenpolizei in der Teheraner U-Bahn bewusstlos, fiel ins Koma und wurde später für hirntot erklärt. Meine Frau trug kein Kopftuch. Auch die anderen protestierenden Frauen waren unverschleiert. Auf dem Friedhof wurden mehr als 100 Menschen verhaftet.

SPIEGEL: Was ist genau passiert?

Khandan: Während die Tote zu Grabe getragen wurde, stürzten etwa 50 Sicherheitskräfte auf die Protestierenden zu, schlugen auf sie ein und schleiften sie an Händen und Füßen über die Grabsteine in bereitstehende Polizeiwagen. Seit dem Aufstand nach dem Tod der Kurdin Jina Mahsa Amini vor mehr als einem Jahr will der Staat jeden Widerstand im Keim ersticken.

SPIEGEL: Ahnte Ihre Frau, in welche Gefahr sie sich begab?

Khandan: Nasrin ist 2018 zu 38,5 Jahren verurteilt worden, aus gesundheitlichen Gründen befand sie sich gerade auf Hafturlaub. Am Abend vor der Beerdigung hatte sie bereits einen Koffer gepackt, um auf eine erneute Verhaftung vorbereitet zu sein. Damit ging sie auf die Beerdigung. Nasrin hat sich ein Leben lang für die Rechte von Kindern und Frauen eingesetzt. Sie sagte, sie könne jetzt nicht einfach schweigen. Nun sitzt sie im Frauengefängnis Gharchak unweit von Teheran.

SPIEGEL: Warum geht der Staat so hart vor?

Khandan: Die Regierung kämpft nur noch ums politische Überleben. Das Wie spielt dabei keine Rolle mehr.

SPIEGEL: Und Sie kämpfen dagegen an.

Khandan: In jedem von uns steckt die Hoffnung, dass es uns eines Tages besser gehen wird. Sonst hätten wir unser Land längst verlassen oder eine kleine Nische gefunden, in der man überleben kann. Aber natürlich geht es so nicht weiter. Wir brauchen eine strukturierte, gut organisierte Opposition.

SPIEGEL: Wie hält man das aus?

Khandan: Wir unterstützen einander sehr. Der einzige Grund, warum ich Nasrin nicht auf den Friedhof begleitet habe, war, weil sich einer von uns um unseren Sohn kümmern muss. Wenn wir beide im Gefängnis säßen, wäre er allein. BAS, SUK

In den Fängen der Banden

HAITI Entführte Ärzte, vertriebene Familien, nächtliche Straßenschlachten: Gangs beherrschen die Hauptstadt des Karibikstaats und terrorisieren die Bewohner. Lange bekämpften sie einander – nun kommen sie zusammen und drohen der Regierung. *Von Alexander Sarovic*



Ralph Tedy Eto / REUTERS



Odelyn Joseph / picture alliance / AP



Odelyn Joseph / DER SPIEGEL

1 | Ehemaliger Polizist »Barbecue« (M.) mit Gefolge bei einer Kundgebung in Port-au-Prince im September **2** | Vor den Gangs geflohene Bewohner im Viertel Carrefour-Feuilles **3** | Barrikaden zum Schutz vor Bandengewalt im Stadtteil Canape Vert

Gegenseitig wollen sie sich nicht mehr abknallen, immerhin. Er habe Frieden geschlossen mit seinen einstigen Todfeinden, versichert Kempes Sanon. Demnächst wolle er eine Messe mit ihnen feiern, als Zeichen der Versöhnung und in Gedenken an jene, die in den Kämpfen zwischen ihnen getötet wurden.

Danach, sagt Sanon, würden die Gegner von einst gemeinsam ihren wahren Feind jagen: Haitis Regierung. »In Afrika haben Männer mit Waffen vor Kurzem Präsidenten gestürzt – das können wir auch.«

Sanon, ein Mann mit Glatze und gläsernen Augen, wurde des Mordes beschuldigt und saß wegen Entführung ein. Vor zwei Jahren brach er aus dem Gefängnis aus. Dann riss er nach und nach die Gewalt über Bel Air an sich, ein Elendsviertel im Zentrum der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince.

Heute ist er einer der mächtigsten Gangster des Landes.

Der Status ist blutig umkämpft: Etwa 200 kriminelle Banden gibt es schätzungsweise in Haiti, einem karibischen Inselstaat mit knapp zwölf Millionen Einwohnern und einer Fläche, die kleiner ist als Brandenburg. Die Gangs beherrschen fast die ganze Hauptstadt. Manche kontrollieren Ein- und Ausfahren im Hafen, andere handeln mit Drogen und Waffen.

Kempes Sanons Gruppe, die Bel-Air-Gang, macht ihr Geld auch mit Entführungen, die vor allem Haitis Mittelschicht in Panik versetzen. Von Bel Air schwärmen die Fußsoldaten des Bandenchefs aus, hier halten sie viele ihrer Opfer gefangen.

Die Straßen des Viertels sind an diesem stickigen Mittag fast leer. Müll häuft sich auf Brachen. Uringestank hängt in der Luft. Die Sonne fällt auf die Ruinen kleiner Hütten, die im Bandenkrieg verwüstet wurden, auf geschmolzenes Wellblech, unverputzte Schlackensteine mit Schmauchspuren und Einschusslöchern.

Vor Sanons Quartier stehen junge Männer mit nacktem Oberkörper und Sturmgewehr Spalier, seine Späher preschen auf Mopeds durchs Viertel. Wachposten haben die Gegend abgeriegelt. Die Gang entscheidet, wer rein- und wer rausdarf.

Nur wenige Bewohner des Slums zeigen sich auf den Straßen. Manche linsen verängstigt aus ihrer Hütte. Viele ihrer Nachbarn flohen aus der Gegend oder wurden vertrieben, als die Bel-Air-Gang ihre Herrschaft gegen die G9 verteidigte, Haitis wohl mächtigste Bande. Die Kämpfe dauerten Monate; noch im Frühjahr

brannten hier Häuser, knatterten amerikanische AR15-Gewehre.

Der Krieg sei nun aber vorbei, sagt Sanon. Der Bandenchef steht im Unterhemd vor einer blauen Betonbude im Herzen seines Reviers. Die Tattoos auf seinen Armen sind verblasst, als wäre die Tinte in der Karibiksonne geschmolzen. Zwei seiner Leute sitzen hinter ihm, murmeln misstrauisch ob der Fremden, die Fragen stellen. Sanon herrscht sie genervt an.

Die Feinde von früher, fährt er fort, seien nun Verbündete. »Viv Ansanm« nennt sich das neue Bündnis, zusammenleben. »Wenn es Probleme gibt, regeln wir das unter uns«, sagt Sanon. Dann nehmen seine Untergebenen ihn doch beiseite. Es sei besser, wenn er nicht zu viel über das Bündnis spreche, erklären sie.

In Haiti machen Gangster die Dinge nun unter sich aus. Statt eines Rechtsstaats regiert das Recht des Stärkeren. Gewalt und Verbrechen plagen das ärmste Land der westlichen Hemisphäre schon lange. Doch so schlimm wie in den vergangenen beiden Jahren war es wohl nie.

Im Sommer 2021 ermordete ein Killerkommando Jovenel Moïse, den letzten gewählten Präsidenten Haitis. Beteiligt waren kolumbianische Söldner und ein Drogenschmuggler, Beamte der haitianischen Justiz und ein Ex-Senator. Nach dem Mord taumelte das Land ins Chaos.

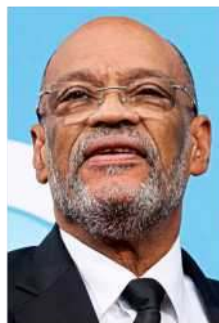
3000 Menschen wurden in diesem Jahr ermordet, etwa 1000 entführt. Einst wirkten die Gangs nur in den Slums, nun herrschen sie über die gesamte Hauptstadt. Wenn sie um Territorien kämpfen, leiden Zivilisten, zumeist die Ärmsten. Gangster ermorden Männer, vergewaltigen Frauen, überfallen Kirchen und Waisenheime. Ihre Opfer werden vertrieben oder lebendig in ihren Häusern verbrannt.

»Wir können euch zeigen, wo früher die Front verlief«, sagt ein junger Mann aus Sanons Gang, der sich als Jacques vorstellt. Er führt durch eine schattige Gasse, es riecht nach Marihuana, Bässe wummern, dazu tönt die lakonische Stimme von Izo, einem rappenden, mit der Bel-Air-Gang verbündeten Bandenboss. Ein Teenager mit Rastas sitzt auf einer Treppe und schiebt Wache, links neben ihm eine halb volle 0,2-Liter-Flasche des einheimischen Rums Barbancourt, auf der Stufe unter ihm eine leere.

Vor einer Brache bleibt die Gruppe um Jacques stehen. Früher stand hier mal ein Haus, im Bandenkrieg brannte es komplett ab. Die Steine



Dieu Nalo Chery / picture alliance / AP



Blair Gable / REUTERS

Präsident Moïse 2020, Premierminister Henry

**9000
Polizisten**

**sind noch im
Land aktiv,
fast 800
haben 2023
zuletzt
den Dienst
quittiert.**

Quelle: Uno

sind nur noch Pulver, überall liegt zerknülltes Wellblech. Hier habe es die heftigsten Kämpfe gegen die G9 gegeben, sagt Jacques. Ein junger Mann zieht sein Hemd hoch, zeigt zwei Narben oberhalb seines Beckens. »Eine Kugel hat mich getroffen«, sagt er, »hier rein, da raus.«

Heute ficht nichts mehr die Herrschaft der Gruppe über das Viertel an, keine andere Gang, schon gar nicht der Staat. Ein Bandenmitglied, das sich Jacques angeschlossen hat, zeigt ein Handyfoto. Hinter einem Riss im Display liegt ein Mann um die zwanzig in einer Blutlache. »Wir haben ihn gestern um fünf umgebracht«, sagt das Gangmitglied. »Er hat mit der Polizei zusammengearbeitet.«

Haitis Banden fürchten die Polizei nicht. Sie treiben sie vor sich her. Die Gangster können mit Morden prahlen, weil es im Land weniger als 9000 aktive Polizisten gibt. Viele von ihnen sind korrupt und arbeiten mit den Gangs zusammen. Andere verlassen die Truppe und nicht selten das Land. Laut einem Uno-Bericht haben im ersten Halbjahr 2023 fast 800 Beamte den Dienst quittiert.

Die Lage ist so schlimm, dass Haitis angeschlagener Premier Ariel Henry die internationale Gemeinschaft schon vor einem Jahr um Hilfe ersuchte. Anfang Oktober genehmigte der Uno-Sicherheitsrat eine Polizeimission. Mindestens 1000 Polizisten sollen der haitianischen Regierung helfen, die Gangs in den Griff zu bekommen. Doch ein Gericht in Kenia, das die Mission anführen soll, hat die Entsendung einstweilen gestoppt. Bis die ausländischen Kräfte in Haiti sind, werden Monate vergehen.

Unklar ist auch, wie gut sie für einen Kampf in den engen Gassen der Elendsviertel gerüstet sind. Die Banden hingegen kennen das Gebiet genau. »Wenn sie zu uns ins Ghetto kommen, werden viele von ihnen sterben«, sagt einer aus Sanons Bel-Air-Gang.

Respekt gebieten in den Slums von Port-au-Prince nicht Männer in Uniform, sondern andere. Allen voran ein Mann, dessen Name in diesen Minuten durch die Gassen von Bel Air hallt: »Barbecue«, Chef der G9, der gefürchtetste Gangster des Landes. Die Nachricht erreicht auch die jungen Männer um Jacques. Ihr Boss Kempes Sanon und Barbecue wollen sich treffen. »Setzt euch, und wartet hier«, sagt Jacques.

Keine halbe Stunde später fährt ein schwarzer Nissan-Pick-up ohne Nummernschild vor. »Folgt uns«, ruft

Bandenchef Sanon vom Beifahrersitz. Die Fahrt geht vorbei an mit Stacheldraht gesicherten Mauern und von Kugeln durchsiebten Fassaden in das benachbarte Viertel Delmas 6, Barbecues Machtzentrum. An einer Straßenecke bleibt der Nissan stehen. Ein lebensgroßer Bart Simpson glupscht von einer Hauswand auf die Straße; unter dem Graffiti knurrt ein angeketteter Kampfhund.

Aus einem Haus gegenüber tritt Barbecue auf den Platz, ein stämmiger Mittvierziger mit wachen Augen und mürrischer Miene. Er trägt eine Magnum-Pistole am Gürtel, hackt eilig Nachrichten in sein Handy. Das Treffen mit Sanon ist vorbei, bevor es begonnen hat. Es habe gerade eine Entführung gegeben, sagt Barbecue, und er wolle nicht, dass die Entführer ihre Geiseln durch sein Gebiet schleusen. Deshalb werde er jetzt die Straßen abriegeln. Er ruft drei bewaffnete Männer herbei. Sie springen in ihre Autos und fahren los.

Dass ausgerechnet Barbecue als Garant für Ordnung auftritt, macht deutlich, wie tief Haiti in den Abgrund gestürzt ist. Jimmy Chérizier, wie der Bandenchef bürgerlich heißt, fing als junger Mann bei der Polizei an und diente später in einer Spezialeinheit. Wie viele Polizisten in Haiti muss auch er irgendwann zu dem Schluss gekommen sein, dass es einträglicher ist, mit den Gangs zusammenzuarbeiten. Während der Präsidentschaft von Jovenel Moïse wechselte er ganz die Seiten und schmiedete ein Bündnis aus neun Banden, die »Revolutionskräfte G9 Familie und Verbündete«, kurz: G9.

Heute steht Barbecue auf einer US-Sanktionsliste. Haitianische Menschenrechtler werfen ihm vor, im Kampf um Territorium an einer Reihe von Massakern beteiligt gewesen zu sein. Darunter eines in Bel Air und eines im Slum La Saline, bei dem vor fünf Jahren mindestens 71 Menschen getötet wurden und mehr als 100 Häuser niederbrannten. Danach wurde er bei der Polizei gefeuert.

Barbecue streitet die Vorwürfe als politisch motiviert ab. Im Chaos, in das Haiti gestürzt ist, versucht er stattdessen, sich neu zu erfinden: als Stimme der Slums, als Volkstribun mit politischen Ambitionen.

Am Tag nach der Entführung empfängt der Bandenchef an derselben Straßenecke in Delmas. Er hält einen Umschlag in der Hand und zählt die 500-Gourdes-Scheine darin: »46, 47, 48.« Von dem Geld – jeder der Scheine hat einen Gegenwert von etwa 3,50 Euro – wolle er ein Soundsystem für eine Party mieten, erzählt Barbecue. Die Nummer drei seiner Truppe hat Geburtstag.

Dann führt er zu einem Haus mit Swimmingpool. Ein junger Mann in grünen Badelatschen sitzt auf der Terrasse, ein Sturmgewehr auf den Oberschenkeln. Barbecue lässt sich in einem kühlen Zimmer nieder. Die Klimaanlage surrt, ein neuer Flachbildfernseher hängt an der Wand.

»Ich habe mit Entführungen nichts zu tun«, behauptet Barbecue über den Vorfall vom

»Du bist Gangster auf deine Art, ich auf meine.«

Bandenchef Sanon

Vortrag. »Deshalb will ich nicht, dass andere ihre Opfer in meinem Gebiet verstecken.«

Nicht alle halten sich an die Vorgaben. Niemand hier musste sich lange fragen, wer für das Kidnapping verantwortlich war. Infrage kam nur Sanons Bande. Wollte er Barbecue mit dem Treffen bloß von der Entführung ablenken?

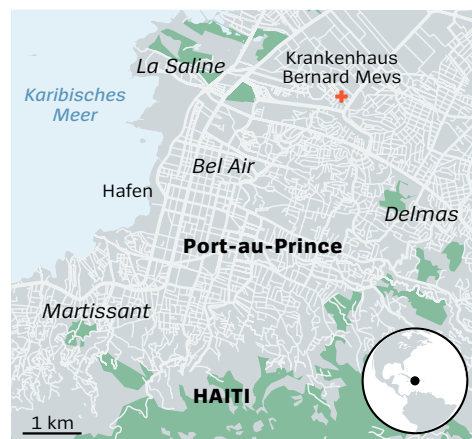
Über die Details spricht Barbecue nicht. Nur so viel: Er habe die Sache mit Sanon besprochen. Außerdem lasse er jetzt ein Tor an der Grenze zwischen seinem und Sanons Gebiet bauen – so werde künftig niemand mehr Geiseln durch sein Revier schleusen.

Die Spannungen zwischen den Bandenchefs seien größer, als sie zugeben, sagt eine Quelle in der Polizei. Demnach hatte Barbecue von Sanon verlangt, mit den Kidnappings aufzuhören. Sanon habe abgewinkt: »Du bist Gangster auf deine Art, ich auf meine.«

Barbécues anderes Vorhaben ist nicht minder ehrgeizig als der Frieden zwischen den Gangs: »Wir wollen Ariel Henrys Regierung stürzen«, sagt er. »Sie hat keine Legitimität.« Der Bandenchef fordert den Rücktritt des Premierministers; unlängst führte er eine bewaffnete Kundgebung durch Port-au-Prince.

Tatsächlich sprechen wohl die meisten Haitianer dem Premierminister die Legitimität ab. Henry wurde nie gewählt, sondern übernahm nach dem Mord an Moïse die Führung im Land, auch auf Betreiben der USA. Haitis Eliten nutzen seit Jahrzehnten bewaffnete Banden für ihre Zwecke: Politiker und Geschäftsleute bezahlen und bewaffnen die Gangs; die beschaffen im Gegenzug Stimmen und bekämpfen Gegner.

Doch der Mord am Präsidenten scheint das Kräfteverhältnis im Land endgültig verrückt zu haben. Die Gangs sind heute so stark, dass man fragen muss, ob nicht sie die neue Macht in Haiti sind. Barbecue lächelt, als schmeichelte ihm der Gedanke. »Wenn du wirklich stark bist, musst du das nicht sagen.«



5 • Grafik, Karte: OpenStreetMap

Im vergangenen Herbst blockierten seine Leute das wichtigste Hafenterminal der Hauptstadt. Fast zwei Monate lang ächzte das Land unter wachsendem Hunger und Spritengpässen. Am Ende soll der Betreiber des Terminals Berichten zufolge Hafenarbeiter aus Barbécues Gegenden eingestellt haben – für das Doppelte des üblichen Lohns.

Viele sehen die politischen Forderungen des Bandenchefs als Vorwand. In Wirklichkeit wolle er nur sich und seine Leute bereichern.

Barbecue wettet indes unbeirrt gegen die Regierenden. Die heizten die Gewalt auf der Straße an, um ausländische Truppen ins Land zu bringen, sagt er. »Und das bedeutet nie etwas Gutes für uns Haitianer.«

Ende 2010 – neun Monate nach einem Erdbeben, das mindestens 200.000 Menschen tötete – verunreinigten im Land stationierte Uno-Soldaten einen Fluss mit Abwasser. Die Cholera brach aus, 10.000 Haitianer starben. In den Jahren zuvor hatten Blauhelme Frauen vergewaltigt. Die jüngste Uno-Entscheidung begrüßen dennoch viele im Land, so groß ist die Verzweiflung.

Bis zum Eintreffen der ausländischen Polizisten sind die Haitianer auf sich gestellt. Am späten Nachmittag leeren sich die Straßen von Port-au-Prince. Abends und nachts hallen Schüsse bis in die friedlicheren Vororte. In den Stadtteilen, die die Banden nicht beherrschen, ziehen die Bewohner vor Einbruch der Dunkelheit Barrikaden hoch, schweißen Autowracks zusammen, zerren Äste und Zementsäcke auf die Fahrbahn.

Seit April patrouillieren Bürgerwehren in einigen Straßenzügen, unterstützt von Teilen der Polizei. Videos zeigen grausige Akte der Selbstjustiz: Bürger prügeln mutmaßliche Gangmitglieder zu Tode, verbrennen sie lebendig. Die Banden reagieren mit Vergeltung.

Die kriegsähnlichen Zustände treiben vor allem die Ärmsten in die Flucht. Etwa 200.000 Vertriebene gibt es in Haiti. Hunderte von ihnen harren seit Wochen in einem staatlichen Theater in der Hauptstadt aus. Das Gebäude trägt auch 13 Jahre nach dem großen Erdbeben Risse, es regnet rein, Kinder schreien. Die Menschen berichten von Gangs, die ihre Häuser mit Molotowcocktails anzünden und dann um sich schießen.

15 Autominuten vom Theater entfernt steht das Bernard Mevs, eines der letzten funktionierenden Krankenhäuser der 1,3-Millionen-Stadt Port-au-Prince. Hier behandeln Ärzte die Opfer der Banden. Sicherheitsleute mit Gewehren bewachen das Gelände.

In einem kleinen Saal liegt ein schwächlicher Mann. Eine Wunde klafft in seiner Schädeldecke, er hat viel Blut verloren. Die Krankenschwestern haben seine linke Hand mit Plastiktüten ans Bett gefesselt. Ab und an zuckt sein Körper jäh hoch, und er spuckt unkontrolliert in den Raum, wohl eine Folge der Hirnverletzungen.

Am Bett steht seine ältere Schwester, eine zierliche Frau mit Kopfbedeckung. Es sei vor-



Odeyn Joseph / DER SPIEGEL

gestern bei der Arbeit passiert, erzählt sie. Ihr Bruder, 46, verkaufte Wasser im Stadtzentrum, als dort eine Schießerei ausbrach. Eine Kugel traf seinen Kopf. Er ist bei Bewusstsein, hat seither aber nicht gesprochen.

Für die Behandlung hat sie sich 350 Dollar bei einem Bekannten in den USA geliehen, der will die Summe bald zurück. »Wir werden dafür arbeiten müssen«, sagt sie.

Vor zwei Jahren sei die Familie aus Martissant vertrieben worden, einem Slum im Süden der Stadt. Gangs hätten damals ihre Cousins ermordet, erzählt die Frau. Seither habe sie kein Zuhause, schlafe bei Bekannten, wasche Kleider, um Geld zu verdienen.

Auch die jüngere Schwester des Patienten ist ins Krankenhaus gekommen. Vor fünf Jahren, erzählt sie, habe sie fast das gleiche Schicksal ereilt. Gangster hätten an ihrem Verkaufsstand einen Kunden hingerichtet, den sie für einen Spitzel hielten. Dabei habe eine Kugel sie im Bauch getroffen. »Ich glaube«, sagt sie, »dass ich seitdem keine Kinder mehr kriegen kann.«

Ein Mitarbeiter des Krankenhauses tritt an die beiden Schwestern heran und teilt ihnen mit, dass ihr Bruder in den kommenden Tagen operiert werden soll. Die Ärzte haben Blutkonserven angefordert. »Kraniotomie« steht auf einem Vermerk: Sie werden seinen Schädel öffnen.

Die Ärzte im Krankenhaus berichten, dass sie seit zwei Jahren deutlich mehr Patienten mit Schusswunden als früher behandeln, an manchen Tagen bis zu zehn. Oft seien Polizisten unter den Opfern, erzählt Vagnola Delijacques. Die junge Notärztin studierte in Kuba, ehe sie vor sechs Jahren im Bernard Mevs anfang. Inzwischen sei vieles anders als zu ihrer Anfangszeit: Sie behandelt die Folgen der Gewalt nicht nur jeden Tag, sie wird selbst bedroht. In Port-au-Prince entführen Banden regelmäßig Ärzte, um Geld von deren Familien zu erpressen.

Auf dem Weg zur Arbeit sei sie besonders vorsichtig, erzählt Delijacques. Sie fahre nur Motortaxi, wechsele jeden Tag die Route. Gestern habe sie es wegen einer Schießerei fast nicht ins Krankenhaus geschafft. Manchmal sei es so gefährlich, dass ihre Ablösung nicht kommen könne. »Dann schlafe ich hier«, sagt sie.

In diesem Jahr hätten schon zehn Kollegen das Land verlassen, sagt Delijacques. Ein Programm der Biden-Regierung ermöglicht das: Haitianer mit Angehörigen in den USA, die für sie bürgen, können sich dort zeitweilig niederlassen. Viele Polizisten und Ärztinnen machen davon Gebrauch. Krankenhauschefs berichten von fast täglichen Abgängen. Auch sie denken daran, Haiti zu verlassen, sagt Delijacques. Sie habe Verwandte in der kanadischen Provinz Québec.

Schutzsuchende vor dem Theatergebäude in Port-au-Prince: Kriegsähnliche Zustände, die die Ärmsten vertreiben

Die, die am dringendsten gebraucht werden, verlassen das Land. Und die Löcher, die die Abwanderer reißen, stopfen die Gangs – oder geben vor, das zu tun.

Er kümmere sich um alle Anliegen der Menschen hier, rühmt sich Barbecue, der in Delmas aufwuchs. »Ich helfe beim Schulgeld, mit Arztkosten, schütze die Frauen vor Vergewaltigern.« Der Bandenchef tritt vors Haus. »Ich habe sogar einen Pool im Ghetto gebaut«, sagt er stolz. An Wochenenden lasse er die Klassenbesten aus der Nachbarschaft hier planschen.

Dann läuft er raus auf die Straße. Der junge Mann mit den Badelatschen folgt ihm, ebenso zwei andere Bewaffnete. Barbecue geht vorbei an Straßenständen, einer einbeinigen Frau auf Krücken und einer Wandmalerei. Von der Mauer blicken überlebensgroß Che Guevara und der Revolutionär Thomas Sankara aus Burkina Faso hinunter; gleich neben ihnen ein drittes Gesicht: Joaquín »El Chapo« Guzmán, der berühmteste mexikanische Drogenboss.

Die Street-Art-Werke spiegeln Haitis Bandenlandschaft: Manche Bosse versuchen wie Barbecue, sich den Anstrich eines volksnahen Kümmerers zu geben. Andere stehen wie Sanon und seine Gang unverblümt zu ihrem Gangsterdasein.

Keine 100 Meter hinter der Wandmalerei schufteten Männer in grünen Helmen auf einer Baustelle. Er lasse hier eine Schule bauen, sagt Barbecue, acht Klassenzimmer und einen Hof. Kurz dahinter stapeln andere Arbeiter Steine aufeinander: Es ist das Tor, das Geiseltransporte durch das Viertel verhindern soll. Schließlich schwingt in der Nähe eine dritte Bauarbeitertruppe die Vorschlagshämmer. Hier schaffe er Raum für 50 Familienwohnungen, erklärt der Bandenchef. Aus den drei schwer bewaffneten jungen Männern in Barbecues Tross sind während des Spaziergangs zwei Dutzend geworden.

Auch eine Gruppe von fünf Frauen in weiten Röcken ist ihm gefolgt. Was die hier machten, will eine wissen und deutet auf die hämmernenden Arbeiter. Eines der abgerissenen Häuser habe ihr gehört. Jetzt sei es zu spät, sich zu beschweren, faucht Barbecue sie im Vorbeigehen an. Sie habe es ja verlassen und sei nie zurückgekommen.

Für einen Moment sagt niemand etwas. Dann ruft einer aus Barbecues Gefolge der Frau hinterher: »Sei still – oder ich jage dich mit Kugeln in die Luft.«

Die Rückkehr der Götter

NEPAL Jahrzehntlang stahlen Schmuggler und Händler wertvolle Artefakte aus dem Land im Himalaja. Diese tauchten in westlichen Museen wieder auf und an den Swimmingpools reicher Leute. Ein Mann versucht, die Schätze nach Hause zu bringen.

Sie sitzt im Halbdunkel, an eine unverputzte Wand gelehnt. Lakshmi-Narayan, kaum einen Meter groß, 70 Kilogramm schwer, acht Arme. Mann und Frau in einer Person, geschätztes Alter: mehrere Hundert Jahre.

Ihr Zuhause ist ein kleiner Raum aus Backstein mit Pagodendach in Lalitpur bei Kathmandu, einer Stadt im Zentrum Nepals. Der Tempelvorplatz wird als Lagerstätte für Bau-schutt genutzt, ein verschwitzter Tagelöhner hievt sich einen Korb mit Sand auf den Rücken und schlurft davon. Es staubt, Mopeds hupen, ein Straßenhund hat vor dem Eingang zum Heiligsten seine Notdurft verrichtet.

Kein schöner Anblick – aber Roshan Mishra ist entzückt. Für den Nepalesen ist Lakshmi-Narayan sein größter Erfolg. Er war es, der die hinduistische Statue zurück nach Nepal brachte.

37 Jahre nach ihrem Diebstahl.

1984 hatten Unbekannte die Statue nachts aus dem Tempel in Lalitpur entwendet. Wie so viele andere Objekte zu dieser Zeit in Nepal. Jahrzehntlang hatte sich das damalige Hindu-königreich abgeschottet. Anfang der Sechzigerjahre begannen dann die Besucher heranzuströmen. Das Land im Himalaja galt als einer der letzten unberührten Orte der Erde: spirituell beseelt und unerforscht. Hippies und Abenteurer zog es in die Berge. Sie trieb nicht nur die Suche nach sich selbst oder dem nächsten Joint. Sondern oft auch nach einer guten Gelegenheit. Etliche Artefakte wurden damals geraubt – oft mithilfe einheimischer Schmuggler und Händler. Bronzen, Geschmeide, Ritualbesteck – das kulturelle Erbe Nepals verschwand, nur um Jahre später am anderen Ende der Welt wieder aufzutau-chen. In den Vitrinen berühmter Museen; an den Swimmingpools reicher Leute.

Nepals Tempel waren damals nicht bewacht oder verschlossen. Warum auch? »Für die Leute war es unvorstellbar, dass jemand ihre Götter stehlen würde«, sagt Mishra. Lakshmi-Narayan etwa ist für Hindus kein kunstvoll geschliffenes Stück Stein, sondern die Gottheiten höchstpersönlich. Das Objekt der Wohnort ihrer Seele. Ein Artefakt unbeschreiblichen Werts also, aber nichts, für das jemand, der bei Sinnen ist, Geld bieten würde.

In den USA sah man das anders. Dort tauchte Lakshmi-Narayan in den Neunziger-jahren das erste Mal wieder auf. Das berühmte Auktionshaus Sotheby's versteigerte sie für einen unbekannten Preis an den Höchst-bietenden: einen privaten Sammler, dessen Familie in Amerika ein Vermögen mit Ein-machgläsern gemacht hatte.

»Für die Ausländer waren wir dieses exo-tische Land. Unsere Heiligtümer eine Ware«, sagt Mishra. Der 48-Jährige fährt mit dem Finger über die Holzverzierungen der Fassa-de des Tempels, in dem Lakshmi-Narayan steht: Fratzen mystischer Fabelwesen und fauchender Löwen sind darin eingearbeitet. An manchen Stellen ist das Holz heller, die Schnitzereien sind weniger kunstvoll. Hier haben Diebe Stücke herausgebrochen. »Wann immer ich die Kopien sehe, frage ich mich, wohin die Originale verschwunden sind.« Bis heute ist nicht klar, wie viele Kunstschätze in den chaotischen Jahrzehnten abhanden-



Tempelbesucherin in Lalitpur



Aktivist Mishra

gekommen sind. Manche Schätzungen gehen davon aus, dass 80 Prozent aller nepale-sischen Artefakte im Ausland illegal ausge-führt wurden.

Mishra hat es sich zur Aufgabe gemacht, sie nach Hause zu holen. Gemeinsam mit rund einem Dutzend Mitstreiterinnen und Mitstrei-tern hat er die Nepal Heritage Recovery Cam-paign gegründet, eine Organisation, die ver-sucht, die verlorenen Schätze aufzuspüren. Ihr Slogan: die Rückkehr der Götter.

Sie sind nicht die Einzigen. Aktivisten und Regierungen rund um die Welt fordern ihre Kulturgüter zurück. Auch von deutschen Mu-seen. Kambodscha will Tausende Kunstwer-ke wiederhaben, ägyptische Experten fordern die Büste der Nofretete aus dem Neuen Mu-seum in Berlin ein. Vor Kurzem gab Deutsch-land die ersten Benin-Bronzen zurück. Außenministerin Annalena Baerbock brach-te die Objekte persönlich nach Nigeria. Das Thema Restitution ist wichtig geworden. »Es war falsch, sie zu nehmen, und es war falsch, sie zu behalten«, sagte Baerbock in Abuja. Die Rückgabe zeige die »Bereitschaft, das eigene Handeln kritisch zu bewerten«.

Hört man jedoch Mishra zu, bekommt man den Eindruck: Allzu viel hat sich nicht geän-dert. Er habe es mit Museen zu tun, erzählt er, die ihn am liebsten ignorierten und es oft auch täten. Mit Auktionshäusern, die voll-mündig Artefakte anpriesen, wenn es darum gehe, sie zu verkaufen. Aber verstummten, wenn er sie fragt, woher das Objekt ursprüng-lich stamme – und ob es für seine Herkunft Belege gebe. Neulich gelang es Mishra und seinem Team, eine Auktion in Frankreich im letzten Moment zu stoppen. Seitdem sind fünf Artefakte verschollen, den Besitzer kann Mishra nicht ermitteln.

Anders als viele Länder Asiens und Afrikas war Nepal keine Kolonie, die Händler waren Privatleute und Beamte, keine staatlich finan-zierten Akteure. Hinzu kommt: Nepal ist klein, arm und geopolitisch wenig bedeutend. Anders als etwa sein großer Nachbar Indien, um dessen Gunst sich der Westen derzeit so sehr bemüht. Wo Premierminister Narendra Modi von seinem diesjährigen Staatsbesuch in Washington 105 Artefakte zurückbrachte.

Kathmandus Regierung hingegen forderte lange nicht, sie fragte im besten Fall höflich nach. Und so kann Nepal ein Gradmesser da-für sein, wie ernst es dem Westen und seinen Institutionen mit der Restitution wirklich ist.

»Es kann eine frustrierende Arbeit sein«, räumt Mishra ein. Es gebe heute kaum einen Tempel, der nachts nicht verschlossen sei, kaum einen Schrein, der nicht hinter Gittern liege. Trotzdem gehe der Diebstahl weiter. Er könne das Ausmaß nicht beziffern. Aber sein Gefühl sei: Für jedes Artefakt, das er und sei-ne Leute zurückbrächten, verließen etliche andere das Land. Meist steckten Einheimische hinter dem Schmuggel. Die örtlichen Behör-den schauten zu und für die richtige Summe wohl auch gern weg. »Das Problem ist, dass die Nachfrage nach nepalesischen Kultur-

Kishor Sharma / DER SPIEGEL (2)



Kishor Sharma / DER SPIEGEL

gütern im Ausland noch immer groß ist. Der Handel floriert nach wie vor.«

Hinter Mishra flackern Kerzen im Wind, der Duft von Ruß mischt sich mit dem Geruch aus dem Fast-Food-Restaurant daneben. Er ziehe es vor, an die schönen Erlebnisse zu denken, sagt Mishra. Wie an den Fall des Diplomatensohns, der im Erbe seines Vaters 40 nepalesische Kulturgüter vorfand und sie freiwillig zurückgab.

Oder an Lakshmi-Narayan.

Es war 2019, als Mishra und Aktivisten aus den USA auf die Statue aufmerksam wurden. Lakshmi-Narayan war mittlerweile als Leihgabe des privaten Sammlers im Dallas Museum of Art ausgestellt. Mishra und andere Aktivisten prangerten das in den sozialen Medien an. Sie konnten alte Schwarz-Weiß-Fotos vorweisen, die belegen, dass das Heiligtum aus dem Tempel in Lalitpur stammt und dort in den Achtzigerjahren als gestohlen gemeldet wurde.

Der nepalesische Außenminister schaltete sich ein, sogar das FBI nahm Ermittlungen auf. Das Dallas Museum of Art und der Sammler zeigten sich einsichtig. Im März 2021 ließen FBI-Agenten mit weißen Handschuhen die Statue in eine Holzkiste gleiten. Wenig später landete Lakshmi-Narayan mit einer Frachtmaschine am Flughafen in Kathmandu.

Mishra sagt, er könne nicht verstehen, warum Menschen sich die Heiligtümer anderer Völker in den Garten stellten. Er ist nicht der Typ,

der schnell wütend wird. Meistens wirkt er eher nachdenklich.

Man stelle sich vor, die Geschichte der Welt wäre anders verlaufen. Die Reliquien des Westens würden heute im Osten aufbewahrt. Die Bronze-Statue des heiligen Petrus befände sich nicht im Petersdom, sondern in Peking zur Schau. Oder das Turiner Grabtuch hinge bei Mishra über dem Sofa. Was dann wohl los wäre?

Ein älterer Mann mit mürrischem Gesicht hat sich hinzugesellt und lauscht dem Gespräch. Als er Mishra erkennt, hellt sich seine Miene auf. Er stellt sich als Hüter des Tempels vor und zieht sein Handy hervor. Das, sagt er, müsse man sehen.

Er zeigt ein Video von dem Tag, als die Statue in den Tempel zurückkehrte. Gelbe und orangefarbene Ringelblumen zieren das Gebäude. Hunderte Menschen drängen sich auf dem Vorplatz. Trommeln sind zu hören. Auf einer Sänfte tragen Gläubige die Statue auf ihren Schultern durch die Menge. Lakshmi-Narayan sieht auf den Bildern gut aus. Das Gesicht glänzt schwärzlich im Licht, die Konturen ihrer Wangen sind scharf.

Heute, gut zwei Jahre nach ihrer Rückkehr, ist die Statue kaum wiederzuerkennen. Der Stein wirkt matt. In den Fugen kleben Reste von Blumen. Gesicht und Oberkörper sind mit zinnoberrotem Puder beschmiert. Tausende Hände müssen über Monate hinweg die Statue gestreichelt und berührt haben. Und ihr als besondere Ehrerbietung manchmal

Originalstatue Lakshmi-Narayan, Kopie (r.) im Tempel von Lalitpur:

»Wir wollen, dass sie am Leben teilnehmen«

auch Milch über den Kopf gegossen haben.

Mit Reparationsforderungen konfrontiert, wenden Museen manchmal ein, Artefakte sollten nicht einem Staat gehören, sondern der Menschheit. Dass ein möglichst großes Publikum die Schätze sehen sollte. Und dass, wenn man ehrlich sei, Lakshmi-Narayan im temperaturkontrollierten Raum in Dallas besser aufgehoben war als an dieser staubigen Straße irgendwo in Nepal.

Mishra holt Luft. Da mache man es sich jetzt etwas einfach.

Selbstverständlich habe eine jahrhundertealte Statue einen künstlerischen Wert. Er, der selbst Kunst studiert hat, erkennt das an. Aber Nepals Statuen seien nicht mit den Büsten griechischer Götter zu vergleichen. »Tote Monumente kann man ins Museum stellen. Wir reden von unseren Göttern, von echtem, gelebtem Glauben.« Wer sich im Morgengrauen an einen der Tempel des Tals setzt, kann dem Klang der Glocken lauschen und den Frauen und Männern dabei zuschauen, wie sie ihre Götter um Segen bitten. Wie sie erst die Gottheit berühren und dann die eigene Stirn.

Es ist nicht so, dass Mishra etwas gegen Museen hätte. Er leitet selbst hauptberuflich eins: das Taragaon Museum für Kunst in Kathmandu. Und selbstverständlich würden sich auch Nepalesen um das kulturelle Erbe ihres Landes sorgen. Nur habe man eine völlig andere Vorstellung davon, was das bedeutet: »Ihr wollt unsere Götter hinter Glas für die Ewigkeit konservieren. Wir wollen, dass sie am Leben teilnehmen.«

Fast alle Objekte, die die Nepal Heritage Recovery Campaign zurückbringt, gehen daher in den Besitz der Gemeinde über, der sie einst gestohlen wurden. Im Museum landet ein Artefakt nur dann, wenn es die Gläubigen so wollen. »Wir hatten den Fall der Göttin Sarasvati. Jemand hatte der Statue den Kopf abgeschlagen und ihn gestohlen«, erinnert sich Mishra. Monatelang hatten sich die Aktivisten um die Rückkehr bemüht. Als der Kopf endlich in Nepal ankam, lehnte die Gemeinde ihn ab. Was sollten sie mit einem kaputten Kopf ohne Körper anfangen?

Mishra lächelt, er selbst ist nicht religiös. Im Tempel zeigt er auf eine kleinere, fast identische Statue. Nach ihrem Verschwinden hatte die Gemeinde eine Replika anfertigen lassen. Aber über die Jahre hätten die Gläubigen sie lieb gewonnen, sagt Mishra. Und so verehren sie im Tempel von Lalitpur nun zwei Gottheiten: links das Original, rechts die Kopie.

Laura Höflinger



S • Grafik



JULIEN FAURE / DER SPIEGEL

Krieg und Unfrieden

FRANKREICH Aus Protest gegen Russlands Krieg in der Ukraine nimmt eine französische Kleinstadt kein Geld vom Kreml mehr an. Jahrelang hatte sie damit ihren orthodoxen Promi-Friedhof finanziert.

Der Priester predigt Frieden. »Habt Verständnis füreinander«, sagt er, »akzeptiert eure Unterschiede.« Er wechselt zwischen Russisch, Kirchenslawisch und Französisch hin und her, seine Botschaft ist immer dieselbe. Auch auf dem Friedhof, der die Kirche mit dem blauen Zwiebeltürmchen umgibt, ist sie zu vernehmen: Die Liturgie wird per Lautsprecher nach draußen übertragen.

Abwechselnd schallen die Stimme des Priesters und russische Choräle über die Gräber hinweg. Viele Grabstätten sind mit Efeu zugewuchert, aus manchen sprießen Bäume. Bis hinüber auf die andere Seite des Friedhofs erklingt der Gottesdienst, bis an die Stelle, an der Wladimir Putin einmal Blumen niedergelegt hat.

Draußen, in der ikonenvierten Kirche, dirigiert Nicolas Lopoukhine den Chor, wie an jedem Sonntag. Lopoukhine, ein Mann wie ein Bär,

ist auch Chef des Vereins zur Pflege russisch-orthodoxer Gräber hier in Sainte-Geneviève-des-Bois, 25 Kilometer südlich von Paris. Der Angriffskrieg des russischen Präsidenten Putin gegen die Ukraine spalte die Kirchengemeinde, sagt Lopoukhine nach dem Gottesdienst, »deswegen reden wir unter uns lieber nicht darüber«.

Er befürwortet die EU-Sanktionen gegen Russland, aber die Frau drüben an der Pforte zum Beispiel, die sich Vera nennt, hat eine ganz andere Meinung. »Natürlich unterstütze ich unseren Präsidenten, ich bin Patriotin«, flüstert sie in gebrochenem Französisch. Eines aber wühlt sie in diesen Zeiten besonders auf: »Es ist wirklich schäbig«, sagt sie, »dass Frankreich unseren Friedhof verfallen lässt.«

Krieg und Unfrieden auf dem Friedhof: Das städtische Gräberfeld von Sainte-Geneviève-des-Bois, das eine der größten russischen Ruhe-

stätten außerhalb Russlands beherbergt, ist mit dem Ukrainekrieg zum Schauplatz der Konfrontation zwischen Moskau und dem Westen geworden.

Gewöhnlich ist es in politischen Konflikten so, dass die Vergangenheit die Gegenwart vergiftet. In Sainte-Geneviève ist es die Gegenwart, die die Vergangenheit stört. Nämlich die Totenruhe von rund 12.000 vor allem russischstämmigen Menschen, die hier bestattet sind. Darunter Prominente, Prinzessinnen, Nobelpreisträger.

80 Prozent der Gräber werden nicht gepflegt, sagt Nicolas Lopoukhine. Der 67-jährige Kirchendiener lädt zu einer Führung über das weitläufige Gelände ein. Überall sind Gedenksteine umgestürzt und Grabplatten eingefallen. In kleinen Schreinen verwittern Heiligenbildchen. Holzkreuze vermodern. Und der Krieg macht alles noch schlimmer.

Denn seit Putin die Ukraine überfallen hat, rollt kein Rubel mehr von Moskau nach Sainte-Geneviève: Bis zum Krieg erhielt der 35.000-Einwohner-Ort für die orthodoxe Ruhestätte Geld aus dem Kreml. Seit 2022 aber hat die Stadtverwaltung diese Partnerschaft mit Russland eingefroren.

Insgesamt etwa zwei Millionen Euro hatte Russland in den Jahren zuvor nach Sainte-Geneviève überwiesen, um damit die Gebühren der orthodoxen Gräber zu begleichen, deren Erben das nicht mehr taten oder nicht mehr auszumachen waren. »Angesichts der Kriegsverbrechen in der Ukraine müssen wir diese Kooperation mit der Russischen Föderation aussetzen«, sagt ein Vertrauter des linken Bürgermeisters.

Zur Wahrheit gehört: Die EU-Finanzsanktionen gegen Russland haben Transfers ohnehin sehr erschwert. Aber der Kleinstadt geht es auch darum, ein Zeichen gegen die Großmacht setzen.

Als der Gräberstreit im vergangenen Winter bekannt und die ebenso diskret wie gut laufende Achse Moskau-Sainte-Geneviève unterbrochen wurde, zeigte sich die russische Seite empört. Es sei »absolut inakzeptabel, dass politische Spielchen im Kontext der Ukraine Krise eine so scheußliche Form annehmen«, erklärte die russische Botschaft in Paris.

Symbole russisch-orthodoxer Kirchenkultur spielten bis zum Krieg eine Rolle in Putins Einflussstrategie in Frankreich. So glänzen seit 2016 in Paris die goldenen Kuppeln der Dreifaltigkeitskathedrale. Der von Putin

**Grab des Ballett-
tänzers Nurejew in
Sainte-Geneviève-
des-Bois:** »Gehörte
zum Pflichtprogramm
für Touristen«

bei seinem früheren Amtskollegen Nicolas Sarkozy durchgesetzte Monumentalbau, direkt am Seine-Ufer errichtet, steht jetzt als unübersehbarer russischer Leuchtturm im Herzen der französischen Hauptstadt. Der Friedhof im Vorort Sainte-Geneviève wiederum wirkt mit seinen kyrillischen Inschriften und den Dreibalkenkreuzen wie eine kleine Enklave weit im Westen Europas.

Dem Kreml ist diese Insel offensichtlich wichtiger als vielen der französisch gewordenen Nachfahren derer, die dort bestattet sind. Putin selbst hat diesen Ort zum Nationalsymbol stilisiert: »Wir müssen uns alle daran erinnern und niemals vergessen, dass wir die Kinder ein und derselben Mutter sind, deren Name Russland ist«, sagte er, als er einmal den Friedhof besuchte. Das war im Jahr 2000, gleich nach seinem Amtsantritt als Präsident. Seitdem waren auch zwei orthodoxe Patriarchen aus Moskau da, wichtige Stützen von Putins Macht.

Das Gräberfeld von Sainte-Geneviève ist ein politischer Ort.

In besseren Zeiten, als es noch kein Corona, keinen Ukrainekrieg und keine Sanktionen gab, war er auch eine Touristenattraktion. Täglich bis zu sechs Busse mit Reisenden aus Russland waren einst nach Sainte-Geneviève gekommen, erzählt Nicolas Lopoukhine. »Der Friedhof gehörte für sie zum Pflichtprogramm wie der Eiffelturm und Montmartre.«

Nun kommen keine Touristen mehr. »Trotzdem glauben die Russen, dass sie mit ihren Zahlungen das Eigentum am Friedhof erworben haben«, sagt Lopoukhine. »Selbst seit Beginn des Ukrainekriegs hält die Botschaft auf dem Gelände Zeremonien ab.«

Wie zum Trotz hat jemand blau-gelbe Fähnchen auf manchen Gräbern postiert. Etwa 3000 Menschen, die hier beerdigt sind, waren eigentlich Ukrainer, sagt Nicolas Lopoukhine.

Der Rentner, früher einmal Führungskraft in einer Pharmafirma, gehört nicht zu denen, die ihre Familiengräber verfallen lassen. Angefangen mit seinen Urgroßeltern, vor der Oktoberrevolution von 1917 geflohenen Zaristen, ruhen sämtliche Generationen hier. Lopoukhine pflegt das schlichte weiße Grab so sehr wie die russische Herkunftskultur: Selbst seine Enkel müssen noch Russisch lernen, Lopoukhine besteht darauf.

»Wir sind Franzosen voll und ganz. Aber der Friedhof ist unsere Verbindung zu Russland.« Mit seinem Verein zur Grabpflege unterhält er im Auftrag von Angehörigen etwa 600 Gruften, gegen einen Obolus von jeweils 275 Euro im Jahr. »Unsere Arbeit reicht bei Weitem nicht.«

Dass der Friedhof unter Denkmalschutz steht, bewahrt ihn nicht vor dem Verfall. Dabei erzählt er die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Er ist ein Stein und Erde gewordener Zeuge sowjetischen Exils. Seinen Ursprung hat er in der »Maison Russe«, einem

»Was ist schon eilig auf einem Friedhof? Der Vorteil hier ist doch, dass wir die Ewigkeit vor uns haben.«

Nicolas Lopoukhine, Vorsitzender des Vereins zur Pflege russisch-orthodoxer Gräber

Flüchtlingsheim für betagte Gegner der bolschewistischen Revolution, das zehn Gehminuten vom Friedhof entfernt liegt. 1927 verzeichnete die »Maison Russe« ihren ersten Todesfall. Das Haus gibt es noch, es ist heute ein Pflegeheim für die russische Diaspora, im Eingang steht eine Zarenbüste.

Über die Jahrzehnte zogen immer neue Auswanderer nach Paris und Umgebung. Auf die Sowjetexilanten nach dem Ersten Weltkrieg folgten die nach dem Zweiten. Zuletzt landeten die Andersdenkenden der Siebziger- und Achtzigerjahre auf dem Friedhof.

»Die russische Elite sprach Französisch, deswegen kamen viele hierher«, sagt Lopoukhine. Er schlängelt sich zwischen Birken und Büschen hindurch, die Herbstsonne lässt vermooste Gedenksteine grün schimmern.

Lopoukhine führt zu der Gräberreihe, die als das Taxi-Karree bekannt ist: Nach der Flucht vor Lenin hatten sich nicht wenige russische Adlige als Taxifahrer in Paris verdingt. Reihenweise Generäle liegen hier außerdem, Abkömmlinge der Zarenfamilie, auch viele prominente Künstler. Iwan Bunin etwa, erster russischer Nobelpreisträger für Literatur. Oder der Filmemacher Andrej Tarkowski; der Maler Serge Poliakoff. Der Ballettvirtuose Rudolf Nurejew, der in Paris zum Superstar avancierte. Sein Grab ist als bunter, mosaikbesetzter Teppich gestaltet. »Wir müssen re-

gelmäßig Mosaikmeister aus Ravenna bestellen, um den Teppich zu reparieren«, erzählt Lopoukhine. Immer wieder brechen Souvenirkäufer die wertvollen Steinchen aus Nurejews Totenteppich heraus.

In den nächsten Jahren laufen die Konzessionen für bis zu 2000 Gräber aus, schätzt Nicolas Lopoukhine. Reiche Russen aus der Schweiz und den USA böten ihm großzügige Summen zur Rettung des Friedhofs an, erzählt er. Er schlage die Zuwendungen bislang aus, weil er nicht wisse, wie die Mittel erworben wurden. »Ich will nicht, dass auf dem Friedhof Geld gewaschen wird.«

Vor dem Krieg war alles einfach. Die Stadtverwaltung schickte jedes Jahr im Herbst eine Liste an die russische Botschaft in Paris. Darauf waren durchschnittlich etwa 150 Gräber aufgeführt, für die das Nutzungsrecht auslief und die daher von der Kommune anderweitig vergeben werden könnten. Das wollte Russland verhindern und übernahm die Gebühren – die von der Stadt jetzt aber nicht mehr angenommen werden. Nach Angaben der Botschaft entgehen Sainte-Geneviève-des-Bois damit 200.000 Euro jährlich.

Das ist der Preis dafür, gegen Putin zu sein.

Doch nun zieht sich der Krieg hin. Und je länger er dauert, desto deutlicher wird, dass die Stadt still und leise nach einem Ausweg aus dem Gräberstreit sucht. Die Rolle als Rächerin der Ukraine scheint Sainte-Geneviève auf die Dauer unbequem.

Nachdem es den Konflikt erst forciert hatte, gibt das Städtchen heute auf Nachfrage beschwichtigende Erklärungen ab: Von der Kommunalverwaltung drohe dem russischen Friedhof keinerlei Gefahr, windet sich ein Ratshaussprecher. Selbst wenn die Nutzungsrechte abgelaufen seien, habe man nicht vor, die Gräber aufzulösen.

Die Kulturattachée der russischen Botschaft in Frankreich, Natalija Kantsewitsch, frohlockt schon: »Sobald wir dürfen, werden wir die Zahlungen wieder aufnehmen und die Rückstände begleichen.« Mehr noch, die Diplomatin möchte alte Pläne zur umfassenden Restaurierung des Friedhofs wiederbeleben. 2018 hatte das russische Kulturzentrum in Paris ein aufwendiges Sanierungsprojekt im Umfang von mindestens zwei Millionen Euro angestoßen, aus dem dann nichts wurde – aus bekannten Gründen. Im Moment sind das nur Absichtserklärungen. Den Verfall der Gräber bremsen sie nicht.

Für Nicolas Lopoukhine, den Mann aus der Kirchengemeinde, scheint die Wiederherstellung der Friedhofsruhe weniger dringlich als für Moskau. Der Gräberstreit habe seine Perspektive auf die Dinge verändert, sagt er. »Was ist schon eilig auf einem Friedhof? Der Vorteil hier ist doch, dass wir die Ewigkeit vor uns haben.« Dringlich sei, dass Putins Krieg ende, sagt Lopoukhine.

»In Sainte-Geneviève geht es nur um die, die schon tot sind. In der Ukraine geht es um die Lebenden.«

Leo Klimm



Denkmalschützer Lopoukhine auf dem Friedhof

Julien Faure / DER SPIEGEL

Elf Tage in der Schlange

ZOLLSTREITIGKEITEN Russische Angriffe haben die ukrainische Wirtschaft nicht gestoppt. Nun aber bedroht ein Zwist mit Polen die Produktion. Lässt der Nachbar seine Grenzer mit Absicht trödeln?

Wenn im Westen der Ukraine Luftalarm ausgelöst wird, und das geschieht oft, dann steht auch in den Hallen des deutschen Autozulieferers Leoni alles still. Das Unternehmen lässt hier, nahe Lwiw, Kabelbäume produzieren. Beinahe ist das Routine: Sind russische Marschflugkörper im Anflug, springen die Mitarbeiter in Busse und werden in Luftschutzbunker gebracht.

Die Produktion des deutschen Konzerns leidet nicht unter diesen Unterbrechungen, die Ausfälle werden bei Bedarf an den Wochenenden nachgeholt. Der Einsatz der Mitarbeiter sei beeindruckend, heißt es in der deutschen Leoni-Zentrale. Seit Kriegsbeginn gebe es kaum Krankmeldungen. Die Ukrainer wollten beweisen, dass sie ihr Land trotz Kriegs am Laufen halten können.

Fatalerweise sind die Jobs der aktuell 5500 Leoni-Beschäftigten in der Ukraine dennoch bedroht. Das hat nicht mit dem Aggressor im Osten zu tun, sondern mit bürokratischen Hürden weiter westlich: An der Grenze zu Polen sind die Wartezeiten für Fracht-Lkw aus der Ukraine binnen weniger Wochen stark angestiegen. Zwar ist die Schlange nur virtuell, denn Exporteure in der Ukraine melden ihre Transporte an und bekommen einen Termin, zu dem die Lkw an der Grenze sein sollen. Aber Anfang August lagen zwischen Anmeldung und Termin am wichtigen Grenzübergang Yahodyn-Dorohusk noch 5 Stunden, Ende Oktober waren es 11 Tage und 13 Stunden (siehe Grafik). Tendenz: stark steigend.

Für Leoni ist das kein kleines Problem. Das Geschäft funktioniert nur, solange das Unternehmen zuverlässig liefern kann. »Just in time« ist noch immer wichtig. Die Terminziele mit den Kunden in der deutschen Autoindustrie erstrecken sich in der Regel über fünf bis zwölf Tage – eine Zeitspanne, die inzwischen oft nicht einmal mehr rechnerisch ausreicht. Leoni warnt: Sollten die Grenzprobleme

nicht bald gelöst werden, »müssen wir eventuell Produktion aus der Ukraine abziehen, auch wenn wir das nur ungern tätigen«, sagt Vorstandsmitglied Ingo Spengler dem SPIEGEL.

Die Lage ist absurd. Die EU hilft der Ukraine, den Staatshaushalt zu stabilisieren, Kriegslasten zu schultern und Steuerausfälle zu kompensieren. Monat für Monat fließen Milliarden aus dem Westen nach Kiew. Die Bundesregierung müht sich, mit 280 Millionen Euro Garantien des Bundes allein in diesem Jahr Firmen Investitionen in der Ukraine schmackhaft zu machen.

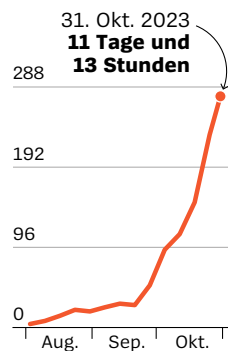
Zeitgleich aber könnten die Grenzprobleme abwürgen, was an funktionierender Wirtschaftskooperation bereits besteht. Die ukrainische Wirtschaft stehe am Beginn einer fragilen Erholung, sagt Robert Kirchner, Ökonom und Ukrainekenner des Beratungsunternehmens Berlin Economics. Dafür sei es aber »wichtig, dass niemand Knüppel ins Getriebe wirft«.

Das scheint jedoch der Fall zu sein. Zwar steigt der Andrang an der Grenze saisonal traditionell an. Nach der Erntezeit rollen vermehrt Laster mit Getreide und Lebensmitteln über die Grenze. Hinzu kommen die massiven Einschränkungen beim Export über das Schwarze Meer.

Auf polnischer Seite wird allerdings nicht häufiger abgefertigt, son-

Stillstand

Durchschnittliche Wartezeiten für die Abfertigung von Lkw zwischen der Ukraine und Polen am Grenzübergang Yahodyn-Dorohusk, in Stunden



Quelle: Electronic Border Crossing Queue

Leoni-Arbeiter in Nezhukhiv bei Lwiw 2021:

»Wichtig ist, dass niemand Knüppel ins Getriebe wirft«



dern seltener. Im Oktober ließen die polnischen Grenzer sogar weniger Güter durch als in den Vormonaten. Geschäftsleute berichten dem SPIEGEL zudem, die polnischen Beamten verschleppten Abfertigungen mitunter gezielt.

»Das ist ein verdeckter Streik der polnischen Grenzabfertigung«, sagt ein deutscher Manager. Eine vor Kurzem aus der Ukraine zurückgekehrte Wirtschaftsdelegation berichtet, die Zöllner hätten ausgiebig nach »Schmuggelzigaretten« im Motorraum von Pkw gesucht, für die Lkw-Abfertigung aber angeblich keine Zeit gehabt. »Es kann nicht sein, dass ein Land im Krieg ausgebremsst wird durch Probleme, die seine Nachbarn leicht beheben könnten«, sagt Reiner Perau, Chef der Auslandshandelskammer in der Ukraine.

Hintergrund der Verzögerungen ist offenbar ein seit Monaten schwelender Streit zwischen Polen und der Ukraine. Zu Kriegsbeginn standen die Führungen beider Länder noch demonstrativ zusammen, inzwischen werden öffentlich ausgetragene Konflikte häufiger. Polnische Landwirte hatten zu Jahresanfang gegen die Konkurrenz durch ukrainisches Getreide protestiert. Die EU sperrte daraufhin vorübergehend ukrainische Agrarprodukte für den direkten Verkauf.

Als im September die Regelung auslief, verhängte Polens konservative Regierung im Alleingang ein nationales Embargo. Die Ukraine kündigte ihrerseits eine Klage gegen den Nachbarn bei der Welthandelsorganisation an, das kam in Warschau nicht gut an.

Inzwischen hat die Ukraine ihre Klage zurückgezogen. Klar bleibt: Der gemeinsame Feind Russland reicht im zweiten Kriegsjahr nicht mehr aus, um alle widerstrebenden Interessen zu überstrahlen. Polens Grenzbehörden ließen eine Anfrage des SPIEGEL unbeantwortet.

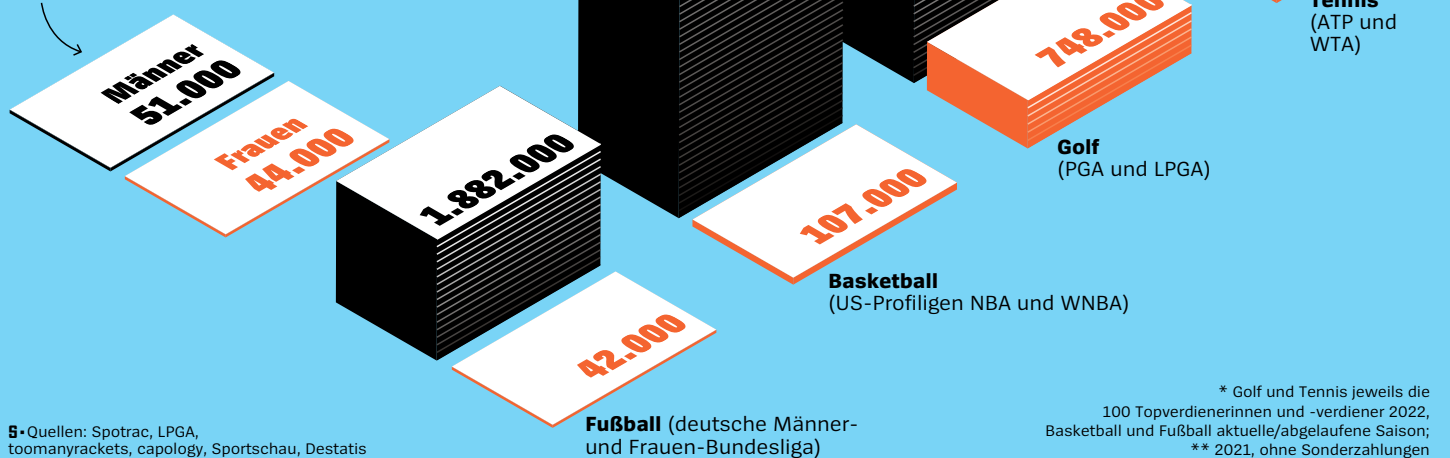
Die Lage könnte sich bald sogar weiter zuspitzen. Polnische Lkw-Fahrer haben angekündigt, die Grenzübergänge zu Polen mit ihren Fahrzeugen blockieren zu wollen. Sie stören sich an der Konkurrenz durch ukrainische Spediteure. Der Ostauschuss der Deutschen Wirtschaft ist mittlerweile so genervt, dass er ein Eingreifen der EU fordert. »Hier wird offenbar in einigen EU-Nachbarländern politisch taktiert«, sagt Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa des Verbands. Das Thema müsse deshalb »Chefsache bei den nächsten EU-Gipfeln werden«.

Benjamin Bidder

Der große Unterschied

Durchschnittsjahreseinkommen* von Sportlerinnen und Sportlern in Euro

Vergleich: **Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer**** in Deutschland



Bei den WTA Finals treffen die besten acht Tennisspielerinnen der Welt aufeinander, das Turnier in Mexiko geht noch bis Sonntag. Mitte November folgt das ATP-Pendant bei den Männern in Italien. 9 Millionen Dollar Preisgeld erhalten die Frauen, 15 Millionen die Männer. 2019 bekamen die Frauen bei den Finals sogar mal mehr als die Männer – eine Seltenheit im Profisport. Dabei ist der Gender-Pay-Gap im Tennis noch vergleichsweise gering, ganz im Gegensatz zu anderen Sportarten.

HALL OF FAME

Jessica Hawkins, Formel-1-Testfahrerin

Zwei Dinge, mindestens, lassen sich über die Engländerin Jessica Hawkins sagen: Sie fährt gern Auto. Und sie fährt besser Auto als die allermeisten Männer.

Als Kind begann sie im Kart, später fuhr sie in der britischen Formel-4-Meisterschaft und in der ehemaligen W-Series, in der ausschließlich Frauen gegeneinander antraten. Auch die nachfolgende F1 Academy soll ein Sprungbrett in die Formel 1 sein. In der Königsklasse sind Frauen bis heute eine Randerscheinung. Lella Lombardi startete zuletzt 1975 und 1976 bei zwölf Rennen. 1992 versuchte

Giovanna Amati, sich mit Brabham zu qualifizieren. Seitdem kam keine Frau mehr über Trainings- oder Testeinsätze hinaus.

Jessica Hawkins arbeitete als Stuntfahrerin, um den Motorsport finanzieren zu können. Im James-Bond-Film »Keine Zeit zu sterben« flog sie mit Autos durch die Luft. Sie macht, was anderen zu gefährlich ist. »So etwas wie einen Männer- oder Frauenjob gibt es nicht«, sagt sie.

Ins Guinnessbuch der Rekorde schaffte sie es, als sie für Honda etwas fuhr, das man den schnellsten Rasenmäher der Welt nennen könnte: In rund

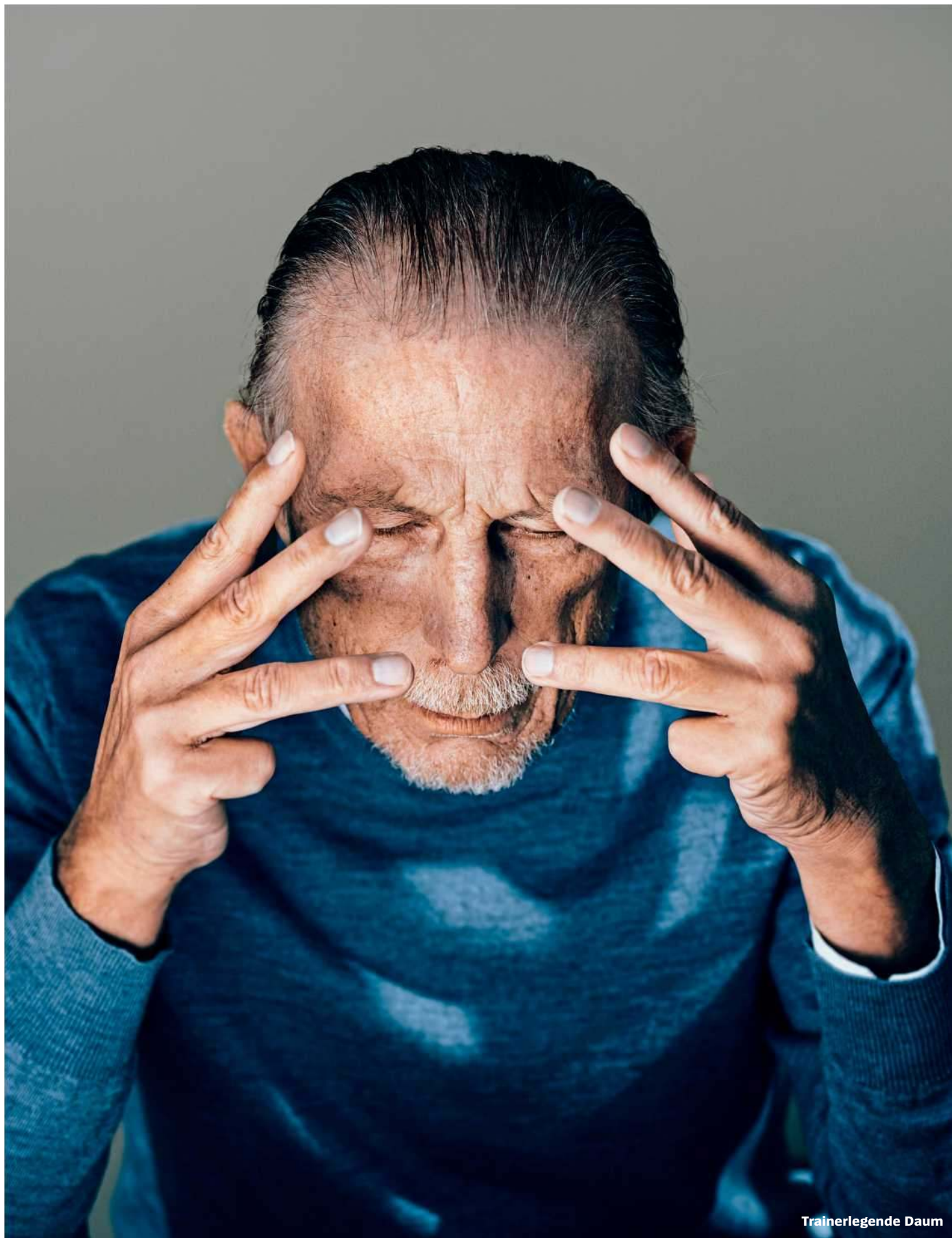
6,3 Sekunden brachte sie das Gefährt auf 100 Kilometer pro Stunde. 2021 wurde Hawkins »Fahrer-Botschafterin« bei Aston Martin. Dass sie es mit ihren 28 Jahren noch in ein Formel-1-Cockpit schafft, gilt als unwahrscheinlich. Umso bemerkenswerter, dass sie kürzlich auf dem Hungaroring bei Budapest ein Formel-1-Auto steuerte: 26 Runden fuhr sie mit dem 2021er Aston Martin



Hawkins

von Sebastian Vettel, die Motorleistung liegt geschätzt bei 1000 PS. Eine Besonderheit für Hawkins, eine Sensation für Frauen im Motorsport, immer noch. Es sei der beste Tag ihres Lebens gewesen, sagte sie. Ihre Rundenzeiten sind nicht bekannt. Nico Rosberg, Weltmeister von 2016, behauptete, Hawkins sei schnell gewesen im Vergleich zum offiziellen Testfahrer Felipe Drugovich. Aston Martin kommentierte das nicht konkret. Hawkins sieht in ihrer Fahrt mehr als eine PR-Aktion. Sie wolle dazu beitragen, dass eine Frau in die Formel 1 kommt, sagt sie. »Wir verdienen unseren Platz, wir sind fähig. Wir können gegen die Jungs fahren.« NGO

Verblüffende Leistungen, große Gesten, magische Momente: Der Sport produziert Geschichten von Menschen, die Außergewöhnliches vollbringen. Jede Woche stellen wir einen vor.



Trainerlegende Daum

Julia Sellmann / DER SPIEGEL

Die Kunst des Grasfressens

KARRIEREN Christoph Daum war Meistertrainer in drei Ländern und Protagonist einer der legendärsten Pressekonferenzen des deutschen Fußballs. Er ließ Spieler barfuß über Scherben laufen und die rumänische Nationalelf ihren eigenen Bus ziehen. Jetzt, mit 70, steht er vor der größten Herausforderung seines Lebens: Lungenkrebs. *Von Max Polonyi*

In manchen Nächten, ohne dass am Tag zuvor etwas Besonderes vorgefallen wäre und obwohl er sich gut fühle, habe er einen Albtraum, sagt Christoph Daum. Der Albtraum begleite ihn schon viele Jahre lang, wie viele genau, kann er nicht sagen. Was er in dem Traum erlebe, sei fast immer identisch. Er befinde sich in einem Gebäude ohne Fenster, in einem Gang oder in einer Grube, einem dunklen Ort jedenfalls, sagt Daum. Alles, was er wolle, sei, diesen Ort zu verlassen, doch es gebe keinen Ausgang. Je länger der Traum dauere, desto panischer suche er nach der Tür, so lange, bis die Verzweigung kaum noch auszuhalten sei. Dann wache er auf.

Köln-Hahnwald Mitte Oktober: Vor einem Haus hinter hohen Mauern parkt ein schwarzer Geländewagen mit einem Aufkleber des 1. FC Köln auf der Heckklappe. Das Haus ist stattlich, drum herum ein Garten von der Größe eines Parks, auf dem Rasen surrt ein Mähroboter. Hinten bei den Tannen, im ersten Stock eines Anbaus, steht ein schlanker Mann am Fenster und winkt. Der Mann ist Christoph Daum. »Kommense rein!«, ruft er über den Hof.

Er sieht gut aus, leicht gebräunt im Slim-Fit-Pullover, zurückgelegte Haare und Schnauzbart. Daum wirkt bestens gelaunt. Er führt durch einen Flur, in dem ein lebensgroßer Pappaufsteller von Christoph Daum mit der Meisterschale von 1992 steht. Er geht die Treppe hoch, vorbei an der gerahmten Zeichnung eines goldenen Schlüssels, darunter die Worte »Schlüssel zum Erfolg«. An der Wand lehnt ein Porträt Gerhard Schröders, darüber: Mustafa Kemal Atatürk in Öl auf Leinwand. Atatürk, der Vater der modernen Türkei, ist Daums Idol, einer, der voranging. »Frauenrechte, Säkularisierung, was der geschafft hat, Wahnsinn«, sagt Daum. »Wir gehen in mein Büro«, sagt er, da störe man seine Frau Angelica nicht.

Er hat zu sich nach Hause eingeladen, weil es etwas zu besprechen gibt. Wenige Tage später wird er 70 werden, zum Geburtstag erscheint eine Dokumentation über sein Leben. Aber da ist noch mehr. Daum hat Lungenkrebs, seit März vergangenen Jahres hat er 22 Chemotherapiesitzungen und zahlreiche Bestrahlungen über sich ergehen lassen. Er sagt, er wolle anderen Betroffenen Mut ma-

chen. Er wolle sie motivieren, nicht aufzugeben. So wie er es als Trainer mit seinen Spielern getan hat.

Daum war mal einer der gefragtsten Fußballtrainer Deutschlands. Ein Überflieger. Schon mit 32 wurde er Cheftrainer in Köln, einer der jüngsten der Bundesligageschichte. Er führte den VfB Stuttgart 1992 zur Meisterschaft, wenig später wurde er Pokalsieger und Türkeimeister mit Beşiktaş Istanbul. Daum galt als Schreihals, aber auch als legendärer Motivator, er ließ die Spieler von Bayer Leverkusen barfuß über Scherben laufen und ging mit dem FC Brügge zum Kickboxen. Einmal, da war er gerade Trainer der rumänischen Nationalmannschaft, befestigte er vor einem WM-Qualifikationsspiel ein Seil am Teambus – und ließ die Spieler dann das tonnenschwere Fahrzeug ein Stück weit den Berg hochziehen. Ein andermal hängte er 40 Tausendmarkscheine an die Kabinettür des 1. FC Köln, um den Spielern zu zeigen, was jeder beim Gewinn der Meisterschaft bekäme. Träume müsse man greifbar machen, damit man sie umsetzen könne, sagt Daum.

Sein eigener Traum war es, Bundestrainer zu werden. Im Jahr 2000 hatte er den Vertrag mit dem DFB schon abgemacht; was dann folgte, ist deutsche Fußballgeschichte: Kokainvorwürfe, eine Pressekonferenz am Montagvormittag in Leverkusen, eine positive Haarprobe. Daum floh nach Florida. »Aus der Daum!«, titelte »Bild am Sonntag« und »Lügen-Nase Daum« die »B.Z.«, auf einem Foto von ihm mit Pinocchio-Nase. Wenige im deutschen Fußball sind so tief gefallen wie er.

Daum ist wieder aufgestanden. Er wurde später noch Österreichmeister und Pokalsieger, zwei weitere Male Türkeimeister und 2008 Aufstiegheld in Köln. Wenn man so will, ist seine Biografie ein einziges Comeback.

Jetzt, sechs Jahre nach seiner letzten Trainerstation in Rumänien, steht er vor der größ-

ten Herausforderung seines Lebens: dem Kampf gegen die Krankheit. Er wolle zeigen, sagt Daum, wie Christoph Daum auch diese Herausforderung meistere.

Die Heizung ist ausgefallen, Daum hat einen Heizstrahler angeknipst, aber das Scheißding funktioniere nicht richtig, sagt er. In seinem Büro hängen Schwarz-Weiß-Fotos von früher, auf einem schlägt er eine Mauer mit einem Vorschlaghammer ein, auf einem anderen trägt er ein asiatisches Kind auf den Schultern, darunter steht: »Verantwortung kann man nur tragen, wenn man Rückgrat hat.« An seinem Computer klebt ein Zettel, darauf steht: »Todo Pasa – alles geht vorbei.«

Im Büro riecht es, als wäre hier einmal geraucht worden, vor langer Zeit. Daum sagt, die letzte Zigarette habe er voriges Jahr im März geraucht, am Tag der Diagnose. Er sei immer gern Raucher gewesen. 40 Jahre Marlboro Lights, und zwar aus Überzeugung. Aus Genuss. Eine nach dem Essen, eine zum Kölsch oder Glas Rotwein, »dat passt«. Die letzte rauchte er morgens zum Kaffee, eher beiläufig, so wie er es jeden Morgen getan hatte. Dann verabschiedete er sich von seiner Frau und fuhr in die Klinik.

Dort sagte ihm der Arzt, dass es nun Gewissheit gebe und die Punkte in seinem Brustkorb leider bösartige Tumoren seien, so erinnert sich Daum. Der Doktor habe ihm die Tumoren auf einem CT-Bild gezeigt, viele kleine Punkte seien darauf zu erkennen gewesen, sagt Daum, aber er habe nicht verstanden, was das bedeute. In Momenten schwerer Niederlagen denke man an die blödsinnigsten Dinge, sagt Daum. Er habe auf die Punkte gestarrt und daran gedacht, was es die Woche noch zu erledigen gäbe. Die Rasenkanten müssten mal wieder geschnitten werden. Das mache er immer selbst, mit dem Seitenschneider, sagt Daum, das schafften die Mähroboter nicht.

Von entscheidender Bedeutung in jeglicher Krise, sagt Daum, sei es, seinen Willen augenblicklich wieder zu fokussieren. Immer einmal mehr aufstehen als hinfallen, das sei sein Lebensmotto. Er müsse sofort das Rauchen aufgeben, habe der Doktor gesagt, man könne ihm dabei helfen, auch mit Medikamenten. »Hören Sie mal zu«, habe Daum gesagt, Rauchen sei reine Willenssache. Er erklärte dem

»Verantwortung kann man nur tragen, wenn man Rückgrat hat.«

Doktor, dass er bis eben gerade noch habe rauchen wollen, und jetzt, wo es so schlechte Neuigkeiten gebe, wolle er es eben nicht mehr. »Ich habe schon in diesem Augenblick aufgehört«, sagte Daum, und der Doktor habe mit offenem Mund dagesessen. »Der kannte Christoph Daum noch nicht«, sagt Christoph Daum.

Daum steht jetzt auf und zieht seinen Kragen runter bis zur Brust. »Fühlen Sie mal«, sagt er, »den Knubbel.« Er hat einen Port unter der Haut, über den ihm die Chemoflüssigkeit direkt in die obere Hohlvene gespritzt wird. Der Port sei wunderbar, sagt Daum, so verteile sich die Flüssigkeit besser, und außerdem bekomme man aus seinen Venen momentan eh kaum noch Blut. Die müssten sich erst mal erholen.

Er nehme so gut wie keine Medikamente, nur Folsäure und irgendwas gegen Arterienverkalkung, nichts Weltbewegendes, sagt er. Er fühle sich topfit, jedenfalls unter diesen Umständen. Jeden Morgen gehe er joggen, ein paar Kilometer, dann leichtes Krafttraining, um seinen Körper zu spüren.

Daum hat mit einem Ernährungsberater gesprochen, er wollte wissen, was er essen solle, um seine Genesung zu unterstützen. Der Berater habe gesagt, er solle mehr Gemüse zu sich nehmen. »Mach ich!«, ruft Daum. Dann esse er eben Linsen statt Kotelett. Gesundheit müsse man sich erkämpfen.

Nur an manchen Tagen, wenn die Muskeln träge seien und die Knochen schmerzten, wenn die Chemotherapie jeden Atemzug zur Herausforderung mache, dann sage ihm sein Körper: Geh ins Bett. Bleib liegen. Lass es sein. Das seien die schwarzen Tage, sagt Daum, die, auf die es ankomme. Die Daum-Tage. An diesen Tagen führe er ein ernstes Gespräch mit sich selbst, so wie früher mit seinen Spielern. Daums Augen weiten sich jetzt, wie damals an der Seitenlinie. »Weißte wat?«, schreit er. »Und du bewegst dich jetzt!« So rede er mit sich selbst. Dann gehe es schon wieder.

Seit fast zwei Jahren kämpft er jetzt mit dem Krebs. Vorigen Herbst war er beinahe metastasenfrei, doch dann, zu Weihnachten, hatte er mehr Tumoren als zum Zeitpunkt der Diagnose. Im Mai flog er nach New York, er wollte bei der Uni-Abschlussfeier seines Sohnes Jean-Paul dabei sein. Daum holte sich eine Lungenentzündung, vier Tage lag er auf der Intensivstation. Spezialisten aus Köln und den USA behandelten ihn, »hey,



1 | Fußballer Daum als Spieler des 1. FC Köln um 1980
2 | Meistertrainer mit dem VfB Stuttgart 1992
3 | Beim Gehen auf Glasscherben als Cheftrainer von Bayer Leverkusen 1999
4 | Mit Ehefrau Angelica 2019
5 | Vor Gericht in Koblenz im Zuge der Kokainaffäre 2001

privat

Hans Rauchensteiner

Dieckhoff / Kölner Express

Daniel Hinz / People Image

Kai Pfaffenbach / REUTERS

Chris, unser Ziel ist es, dich kreisfrei zu machen«, hätten die amerikanischen Ärzte zu ihm gesagt. Ihm fielen die Haare aus. Als er abmagerte, zwang er sich, doppelte Portionen zu essen.

Auf seinem Schreibtisch liegt der Prospekt eines indischen Mönchs und Gurus, »Will-Power and Its Development« steht darauf, Willenskraft und ihre Entwicklung.

Er meditiere jeden Morgen nach der Lehre Sri Sri Ravi Shankars, sagt Daum, auch wenn er diese Praktiken die meiste Zeit seines Lebens als »Schwangerschaftsübungen« abgetan habe. Daum rückt sich seinen Stuhl zurecht und sagt, das Erste und Letzte, was der Mensch tue, sei ein Atemzug. Dazwischen spiele sich das Leben ab. Durch Zwerchfellatmen, sagt Daum, könne man sein Lungenvolumen schon um einen halben bis ganzen Liter verbessern. Dann seien da zum Beispiel der »Victory Breath« und die »Sky-Atmung«, Daum beugt sich jetzt vor, schließt die Augen und spreizt die Finger. Es ist ganz still in Köln-Hahnwald.

»Einatmen, eins, zwei, drei, vier, fünf, ausatmen, eins, zwei, drei, vier, fünf«, sagt Daum leise, das sei ein Atemzyklus, er wiederhole das zehnmal. »Merken Sie?«, sagt Daum. Er richtet sich auf, schaut zum Horizont und macht dabei kurze Atemstöße, »schu, schu, schu, schu«. Es gehe um die Überzeugung, dass es hilft, sagt Daum. Wenn man überzeugt sei, helfe es auch.

Daum erklärt jetzt die Staubsaugervertreterphilosophie nach Daum: Ein Staubsaugervertreter klingelt bei zehn Hausfrauen, die ersten neun knallen die Tür gleich wieder zu. Die zehnte aber, sagt Daum, kaufe einen Staubsauger. Jeder Tiefschlag, jeder Fehlversuch führe letztlich zum Erfolg. Man müsse nur überzeugt sein, dass es irgendwann klappt. Das habe er seinen Spielern schon vor 30 Jahren erzählt. »Von zehn Schüssen gehen zwei, drei rein«, sagt Daum. Aber jeder Fehlschuss bringe dich dem Tor näher. Das sei reine Statistik.

Er steht auf und öffnet einen Wandschrank, darin stehen Dutzende Aktenordner. Sie sind beschriftet mit Jahreszahlen von 1988 bis 2016, auf einem steht »LAKTATTESTE«, auf einem anderen »Eintracht Frankfurt – Taktikbesprechung, Noten, Spieler«, auf einem weiteren »ROM, A-Nationalteam, TR-Plan«. Es ist alles da, jede Station. Daum hat alles abgeheftet, seine ganze Karriere. Fast 30 Jahre Fußballgeschichte in dicken Leitz-Ordern.

Während Daums Karriere hat der Fußball gleich mehrere Evolutionschritte gemacht. Als Daum 1986 seinen ersten Cheftrainerposten in Köln antrat, gab es keine iPads und keine Key-Indikatoren, mit denen man die Leistung von Spielern statistisch erfassen kann. Als er anfang, sagt Daum, habe man die Jungs im Training einfach laufen lassen, bis zum Kotzen. 400 Meter mit zwei Medizinbällen unterm Arm.

Die Spielanalyse, sagt Daum, habe aus zwei VHS-Rekordern bestanden, vor denen er zehn Stunden lang saß und hin und her spulte, bis er Bandsalat hatte. Es war eine Zeit, in der die deutsche Nationalmannschaft verdonnert wurde, vor Spielen die Hymne zu singen, und mit dem Ball eher kämpfte als spielte. »Kratzen, beißen, Gras fressen«, die deutschen Tugenden, sagt Daum. Wenn er von den alten Tugenden erzählt, leuchten seine Augen, als hielte er die Meisterschale von 1992 in den Händen.

»Wissen Sie«, sagt er, im Laufe einer Karriere bekomme man zwangsläufig ein Label verpasst. So sei das im Fußball. »Felix Quälix Magath, Professor Rangnick, Motivator Daum.«

Manchmal, sagt Daum, habe er sich gewünscht, dass seine Fachkompetenz mehr wahrgenommen worden wäre, besonders in den deutschen Medien. Aber so sei es jetzt. Dann schweigt er lange.

Manche Krebspatienten empfinden ihre Erkrankung als quälende Warterei, solange Metastasen im Körper sind und der Kampf mit dem Tod unentschieden ist. Daum wartet nicht. Er will einer sein, der vorangeht, der in den Vorwärtsgang schaltet. Er ist wie ein Guru, kein sanfter indischer Yogi, sondern einer, der die Kunst des Grasfressens lehrt. Von Daum kann man lernen, wie man barfuß über Scherben läuft.

Nur hin und wieder, wenn sich seine Stimme senkt, wenn er einen Punkt gemacht hat und auf seine Hände schaut, kommt noch etwas anderes in ihm zum Vorschein, etwas Dunkles. Dann wirkt es, als verbürge sich hinter all den Atemübungen und Motivationsreden eine Verwundung, die er schon lange mit sich herumträgt und die nicht heilen will.

Daum schaut sich auf YouTube den Mitschnitt der Pressekonferenz von damals an, 9. Oktober 2000 in Leverkusen, das Deutsche Sportfernsehen DSF berichtete live. Der Daum im Video sagt: »Ich werde den Nachweis meiner Unschuld erbringen.« Der Daum im Büro sagt: »Scheiße.«

Im Video sagt Daum den berühmten Satz: »Ich tue dies, weil ich ein absolut reines Gewissen habe.« Der Daum im Büro schweigt. Das Video stoppt. Er selbst würde sich das nie anschauen, aber er habe die Pressekonferenz dennoch sicher 250-mal gesehen, sagt er nach einer Weile. Auf Wunsch von Journalisten. Er erinnere sich natürlich an jede Sekunde. Es sei gewesen wie in einem Albtraum.

Er habe weggewollt. Weg aus Leverkusen, weg aus Nordrhein-Westfalen, weg aus Deutschland. »Weg vom Ort des Grauens«, sagt Daum.

Hin und wieder komme das noch hoch. Die Enttäuschung, sagt Daum. Die Schlagzeilen klangen damals so, als hätte er ein ganz

zes Land im Stich gelassen. Was damals auf ihn eingepresselt sei, habe seine Schmerzgrenze erreicht, »kaum auszuhalten«. Er habe immer einer der Besten sein wollen. Bundestrainer zu werden, das sei sein Lebenstraum gewesen.

Mit seinem Auftritt bei der Pressekonferenz hatte er sich um diesen Traum gebracht. Vielleicht nagt das am meisten an ihm: im entscheidenden Moment nicht die Wahrheit gesagt zu haben, seinen eigenen Ansprüchen nicht genügt zu haben.

Als er vor wenigen Jahren an seiner Autobiografie arbeitete, habe er seinem Ghostwriter gesagt: »Stellen Sie nicht so viele Fragen, schreiben Sie einfach, dass ich ein Riesen-

arschloch bin.« Er sei dann viel im Garten herumgelaufen, nachts habe er schlecht schlafen können. Als die Biografie fertig war, wollte der Verlag sie »Schnee von gestern« nennen, sagt Daum. Da habe Daum gesagt, dass ein anderer Titel vielleicht passender wäre.

In dem Buch beschreibt er auch die Zeit, nachdem alles herausgekommen war. Wie er bei seiner Lebensgefährtin Zuflucht suchte und für sein Leben keine Perspektive mehr sah.

Daum sitzt in seinem Büro, lehnt sich zurück und denkt nach. Dann ruft er: »So what? Keep a little bit of sunshine in your pocket.«

Er macht jetzt einige Ausführungen zur herzbergschen Motivationstheorie, nach der jeder Mensch, egal ob Bauarbeiter oder Mittelstürmer, nach Anerkennung strebe.

Gemeinsam mit den Ärzten, sagt Daum, habe er die Punkte in der Lunge fast vollständig zurückgedrängt, es seien jetzt nur noch ganz wenige. Er könne nicht mehr oft ins Stadion, dafür fehle ihm die Kraft, aber er schaue noch immer jeden Tag Fußball. Mindestens fünf Tage die Woche, wenn es ein vernünftiges Montagsspiel gebe, auch sechs. Es gibt ja immer was zu sehen, dienstags, mittwochs Champions League, donnerstags Europa League, freitags Bundesliga, samstags Konferenz, dann die Sonntagsspiele.

Daum hat auf seinem Computer eine Liste erstellt, 100 Dinge, die er tun will, bevor er stirbt. Die Pyramiden der Azteken in Mexiko sehen, einmal nach Machu Picchu in Peru. Mehr Zeit mit der Familie verbringen, mit seinen Enkeln. 70 Dinge hat er schon abgearbeitet. Manches hat er gestrichen: Die Hobbithäuser in Neuseeland müsse er doch nicht sehen, sagt er, und er wolle auf keinen Fall noch mal eine Safari machen. »20 Jeeps um einen Baum, da oben hockt ein Leopard, der denkt sich, die Idioten«, sagt Daum. Er habe die Big Five gesehen, die fünf wichtigsten Tiere Afrikas, das reiche.

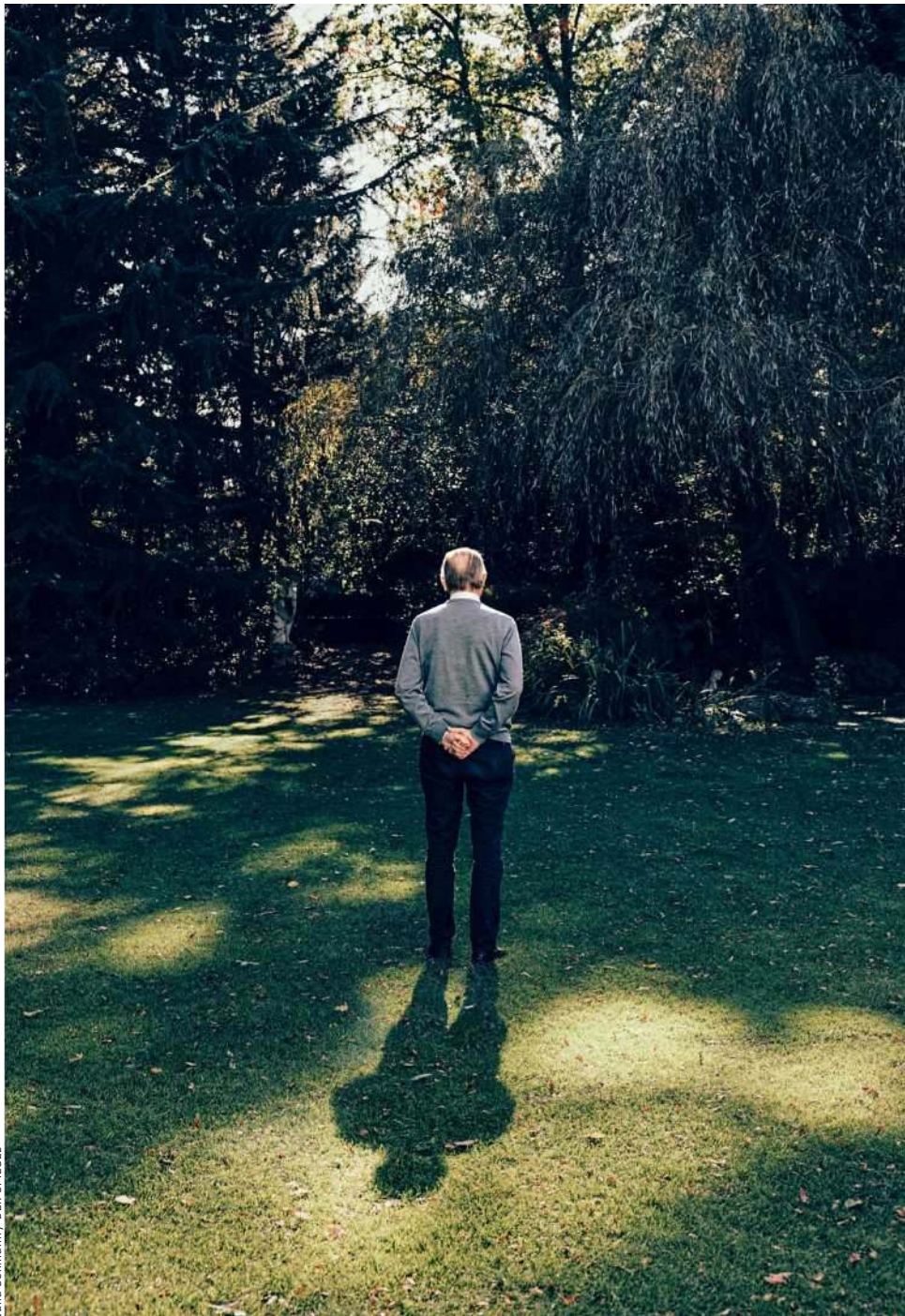
In den Nächten, wenn er im Traum wieder in der Grube ist und den Ausgang nicht findet, knipst er die Lampe auf seinem Nachttisch an. Dann nimmt er sich einen der »Asterix«-Bände vom Schrank und liest. Daum hat alle Bände. In »Asterix und Kleopatra« bekommt ein Architekt von Kleopatra die unmögliche Aufgabe, einen Palast zu bauen in nur drei Monaten – wenn er es nicht schafft, wird er den Krokodilen zum Fraß vorgeworfen. Natürlich schafft er das Unmögliche.

»Asterix und Kleopatra«, sagt Daum, sei sein Lieblingsband.

Zum Abschied kommt er mit raus in den Garten. Es ist Nachmittag geworden, die Bäume werfen Schatten aufs Gras, Schatten auf ihn. Christoph Daum steht da, halb im Dunkel, halb im Licht und sagt, zu dem Albtraum würde Sigmund Freud wohl sagen, da sei etwas unverarbeitet, irgendetwas aus der Vergangenheit vielleicht.

Und was sagt Christoph Daum?

Daum sagt: »Ich hab einfach scheiße geschlafen.«



Julia Seilmann / DER SPIEGEL

Krebspatient Daum in seinem Garten in Köln: Einmal mehr aufstehen als hinfallen



Nationalcoachin Voss-Tecklenburg bei der WM in Australien: Rückendeckung verloren

Telegram@shabarsbibliothek

Auseinandergelebt

FUSSBALL Vor der WM der Frauen jubelte der DFB über die Vertragsverlängerung mit Bundestrainerin Martina Voss-Tecklenburg, wenige Monate später sprechen beide Seiten nur noch über Anwälte miteinander. Rekonstruktion eines teuren Missverständnisses.

Ich bin noch nie weggelaufen, wenn es schwierig geworden ist.«

»Ich bleibe hartnäckig und stark.«

Das hatte Martina Voss-Tecklenburg kurz nach dem überraschenden Vorrunden-Aus bei der Weltmeisterschaft der Frauen in Australien und Neuseeland im August gesagt. Sie werde also Bundestrainerin der DFB-Auswahl bleiben, die Unterstützung des Deutschen Fußball-Bundes hatte sie damals.

Es sind Sätze wie aus einer anderen Zeit. Heute sprechen Voss-Tecklenburg, 55, und der DFB nur noch über Anwälte miteinander. Es ist das Ende eines Entfremdungsprozesses, der den deutschen Fußball der Frauen grundsätzliche Probleme stellt.

Denn jene WM hatte auch gezeigt, wie rasant sich die Sportart entwickelt, wie sehr

kleine Nationen die Großen inzwischen ärgern können. Gleichzeitig spielten die WM-Finalistinnen aus England und Spanien einen so guten Fußball, dass viele Beobachterinnen und Beobachter davon überzeugt waren: Die DFB-Auswahl hätte da nicht mithalten können.

Für die deutschen Fußballerinnen, zweimalige Weltmeisterinnen und achtmalige Europameisterinnen, könnte es sogar noch schlimmer kommen. Nach dem ersten Vorrunden-Aus bei einer WM in der Geschichte des deutschen Fußballs der Frauen ist es nun möglich, dass sich die Mannschaft auch für die Olympischen Sommerspiele 2024 nicht qualifiziert – bereits bei den Spielen in Tokio 2021 waren die deutschen Frauen nicht dabei.

Noch vor einem Jahr jubelten viele über das hervorragende deutsche EM-Ergebnis und TV-Rekordquoten. Spielerinnen und Trainerin besuchten Talkshows und standen nach ihrem zweiten Platz im Rampenlicht. Manche Kolumnisten schwärmten und fragten, ob nicht Voss-Tecklenburg die so schwachen DFB-Männer trainieren könnte.

Alles längst vergessen.

Es gäbe viel zu tun im deutschen Fußball der Frauen. Doch Voss-Tecklenburg erkrankte kurz nach der WM, der Verband geriet auch deswegen an den Rand der Handlungsunfähigkeit. Ein Direktor (oder eine Direktorin) für den Fußball der Frauen, der (oder die) richtungweisende Entscheidungen treffen könnte, ist noch nicht gefunden.

Es geht darum, wie man international den Anschluss hält – und wer künftig die Fußballerinnen trainieren soll. Horst Hrubesch, derzeit Interimstrainer, macht den Job nur auf Zeit. Er ist 72 Jahre alt und eigentlich Nachwuchsdirektor beim Hamburger SV.

Voss-Tecklenburg selbst wird nach ihrer vollständigen Genesung nicht auf den Posten zurückkehren. Die endgültige Trennung von ihr sei nur noch eine Frage der Zeit, sagen Kenner. Von einem völlig zerrütteten Verhältnis ist die Rede.

Der DFB wird den Vertrag mit der Bundestrainerin auflösen, und das wird nicht billig. Zwar soll man sich bereits kurz nach der EM 2022 einig gewesen sein, mit Voss-Tecklenburg zu verlängern, aber die Verhandlungen zogen sich hin. Kurz vor der WM in Australien und Neuseeland verlängerte der DFB dann den Vertrag mit ihr bis 2025 – eine Entscheidung, die man beim Verband längst bedauern dürfte.

Denn Voss-Tecklenburg steht damit eine Abfindung zu. Insider berichten, dass diese zwar nicht bei einer Million Euro liege, wie mancherorts kolportiert wird, aber auch nicht weit davon entfernt sei. Im September hatte der DFB bereits Männer-Nationaltrainer Hansi Flick freigestellt und dafür angeblich 4,5 Millionen Euro Abfindung gezahlt.

Finanziell ist der DFB ohnehin angeschlagen. Nach den vielen schlechten Turnierergebnissen seit dem WM-Titel 2014 der Männer fehlten Prämien in Millionenhöhe, der neue DFB-Campus in Frankfurt wurde um 30 Millionen Euro teurer als geplant, mit der nachträglichen Aberkennung der Gemeinnützigkeit für 2014 und 2015 drohen Steuernachzahlungen in zweistelliger Millionenhöhe.

Und es wird noch schlimmer, weil der DFB aus eigenen Fehlern nicht gelernt hat. Kurz vor der Weltmeisterschaft der Männer 2018 hatte der Verband den Vertrag mit dem damaligen Bundestrainer Joachim Löw bis 2022 verlängert, wenige Wochen darauf scheiterte Löw mit der DFB-Auswahl als amtierender Weltmeister in der Vorrunde.

Die Geschichte wiederholt sich nun – wobei der Bruch zwischen DFB und Voss-Tecklenburg, was das Tempo und die Vehemenz angeht, in

der Geschichte des deutschen Fußballs beispiellos sein dürfte.

Im April ließ DFB-Präsident Bernd Neuendorf noch mitteilen: »Martina Voss-Tecklenburg ist eines der prägenden Gesichter und eine großartige Botschafterin des Fußballs der Frauen, auch über die Grenzen Deutschlands hinaus.« Man sei fachlich und menschlich voll überzeugt von der Bundestrainerin.

Auch unmittelbar nach dem historischen WM-Scheitern gab es von Neuendorf ein Bekenntnis. Damals sagte er: »Wir haben den Vertrag mit ihr erst vor wenigen Monaten verlängert nach dieser überaus erfolgreichen Europameisterschaft im vergangenen Jahr und haben ihr das Vertrauen ausgesprochen, das sie nach wie vor auch genießt.«

Die Unterstützung kam überraschend. Neuendorf war nicht nach Australien gereist, er hatte sich kein Bild von der Situation machen können. Aus dem Kreis der Funktionäre war nur Joti Chatzialexiou dicht am Team. Der Sportliche Leiter Nationalmannschaften war 2018 eng an der Berufung von Voss-Tecklenburg zur Bundestrainerin beteiligt, bis heute gilt er als Vertrauensperson und Fürsprecher der Vertragsverlängerung kurz vor der WM.

In einem kürzlich erschienenen Statement bedankte sich Voss-Tecklenburg für die Unterstützung in der vergangenen Zeit bei drei Personen namentlich, darunter bei Chatzialexiou.

Unklar ist, welche Rolle er künftig beim DFB spielen wird. Der noch zu vergebende Direktorposten im Fußball der Frauen soll offenbar mit einem externen Kandidaten besetzt werden. Und mit Andreas Rettig gibt es einen neuen Geschäftsführer und Nachfolger von Oliver Bierhoff. Ex-Manager Bierhoff soll ebenfalls eine Rolle bei der Vertragsverlängerung mit Voss-Tecklenburg gespielt haben.

So oder so: Es gibt viele Geschichten darüber, wer im Führungschaos bei den DFB-Frauen was verbockt hat.

Eine Rolle spielt auch die Mannschaft, die nicht zu 100 Prozent zur Bundestrainerin fand. Bereits nach Voss-Tecklenburgs erstem Turnier, der WM 2019, soll es kleinere Risse zwischen Team und Trainerin gegeben haben. Das wird auch in einer vom DFB in Auftrag gegebenen Dokumentation angedeutet. Dort wird erzählt, wie Anweisungen der Trainerin die Spielerinnen überforderten.

Die Trainerin wird von Begleitern als sehr konsequent beschrieben, mit

»Voss-Tecklenburg ist eine großartige Botschafterin des Fußballs der Frauen.«

Bernd Neuendorf, DFB-Präsident, im April

einem klaren Weg, von dem sie nicht abweiche. Manche finden das professionell, andere stur. Bei der WM 2023 fielen Schlüsselspielerinnen aus, Voss-Tecklenburg reagierte mit gewagten Experimenten. So setzte sie Spielerinnen als Außenverteidigerinnen ein, die auf dieser Position kaum Erfahrung hatten.

Einige aus dem Team sollen darüber frustriert gewesen sein. Diese Störungen erreichten die DFB-Spitze, als Fußballerinnen nach ihren Eindrücken von der WM 2023 befragt worden waren. Dabei soll neben dem Unverständnis über taktische Entscheidungen auch der Kommunikationsstil Voss-Tecklenburgs bemängelt worden sein. Es habe Spielerinnen gegeben, die sich von der Bundestrainerin völlig ignoriert gefühlt hätten.

Nicht einmal bei der erfolgreichen EM 2022 scheint das Verhältnis intakt gewesen zu sein. Eine Spielerin soll hinterher sogar gesagt haben, man habe das EM-Finale nicht wegen, sondern trotz Voss-Tecklenburg erreicht. Das sagten Personen dem SPIEGEL, die den Aufarbeitungsprozess der WM eng begleitet haben.

Das offenbar gestörte Verhältnis zwischen Voss-Tecklenburg und einem Teil des Teams hätte aber wohl nicht zwangsläufig zur Trennung geführt, sagt ein Insider. Der endgültige Bruch folgte offenbar erst Wochen nach der WM.

In jene Zeit fällt auch die Krankmeldung der Bundestrainerin. Eine offizielle Diagnose wurde nie mitgeteilt, Voss-Tecklenburgs Ehemann sprach öffentlich von körperlicher und mentaler Erschöpfung.

Voss-Tecklenburgs Krankschreibung soll mit der sechsten Woche ge-

endet sein, danach hätte ihre Krankenkasse die Lohnfortzahlung übernehmen müssen. Für Voss-Tecklenburg hätte das bedeutet, dass sie nun weniger Geld bekommen hätte. Die Bundestrainerin hat nach ihrer Krankschreibung einen Urlaubsantrag eingereicht, um sich weiter erholen zu können. Der DFB stimmte zu.

Zwei Auftritte der Bundestrainerin als Rednerin bei Kongressen während ihres Urlaubs sorgten schließlich für Irritationen. Nach SPIEGEL-Informationen hat Voss-Tecklenburg außerdem Mitte Oktober noch an einem dritten Event teilgenommen, zum Thema Gürtelrose; die Bundestrainerin war 2021 selbst an Gürtelrose erkrankt. Bei den beiden bisher bekannten Terminen ging es um »Teambuilding und Coaching« und »Change Management im Frauenfußball«. Der DFB habe zwar zugestimmt, dass die Bundestrainerin im Erholungsurlaub Termine wahrnehmen könne. Man sei aber nicht davon ausgegangen, dass Voss-Tecklenburg gleich als Motivationsrednerin bei Veranstaltungen auftrete.

Der DFB veröffentlichte anschließend ein kühles Statement, in dem es hieß, er habe die Auftritte »zur Kenntnis genommen«.

Zwei Tage zuvor hatte Präsident Neuendorf bei der Vorstellung des Interimscoachs Hrubesch noch gesagt, er könne aus Fürsorgepflicht nichts zur Zukunft von Voss-Tecklenburg sagen. »Wir wollen, dass sie sich gut erholt. Wir geben ihr die Zeit, die geben wir auch uns. Wir üben keinerlei Druck aus. Wo es um die Gesundheit von Menschen geht, muss es verantwortungsvoll abgehen«, sagte er.

Ein Insider sagt: Mit den Auftritten als Motivationsrednerin sei allen klar gewesen, dass es keine gemeinsame Zukunft geben könne.

Von den Kongressreden der Bundestrainerin erfuhren die Spielerinnen unmittelbar vor den für die Olympiaqualifikation bedeutsamen Länderspielen gegen Wales und Island. Das Team habe »sauer« reagiert, hieß es anschließend.

Nationalspielerin Lena Oberdorf, die mit 17 Jahren unter Voss-Tecklenburg debütierte, ging anschließend sogar auf Distanz: »Ich hätte mir da etwas anderes gewünscht. Dass man sagt: Okay, wir klären erst mal, was bei der WM passiert ist.«

Es ist ein Bruch, der nur Verlierer zurücklässt. Und noch ist unklar, wer den Scherbenhaufen aufkehren wird. Jan Göbel

Verbandsfunktionär Neuendorf: Aus Fehlern nichts gelernt



Markus Hintzen



Plötzlich treiben Schwäne vor der Tür: Angestellte des Shoreside Café in Bosham, West Sussex, füttern die Tiere, die auf den überfluteten Straßen des Städtchens im Süden Großbritanniens schwimmen. Der englische Wetterdienst Met Office warnt vor weiteren Überschwemmungen, starkem Regen und Sturmböen, die das Sturmtief »Ciarán« vor allem an der Südküste verursachen könnte. Vor wenigen Wochen hat bereits Sturm »Babet« für schwere Schäden gesorgt.

Peter Macdiarmid / eyevine / lat

Schmutziges Geld

ANALYSE Banken haben weltweit klimaschädliche Energieprojekte mit Billionenkrediten finanziert. Bei einigen Geldhäusern gibt es nun ein Umdenken.

Hausbau, Unternehmensgründung oder eine Weltreise: Ohne Kredit sind viele Vorhaben nicht möglich. Das gilt auch für die Betreiber der größten Erdöl-, Erdgas- und Kohleprojekte der Welt. Die wurden zwischen 2016 und 2022 von 60 Banken mit rund 1,8 Billionen Dollar unterstützt (1,7 Billionen Euro). Der überwiegende Teil davon waren Kredite, mit denen indirekt 422 fossile Großprojekte gefördert wurden. Diese werden »Kohlenstoffbomben« genannt, weil sie über ihre Lebenszeit gerechnet mehr als eine Milliarde Tonnen CO₂ ausstoßen.

Ein internationales Recherche-Team, zu dem der SPIEGEL gehört, hat die in Datenbanken, Studien und Geschäftsberichten zugänglichen Informationen zu Öl-, Gas- und Kohleprojekten von fast 900 Unternehmen und ihren Geldgebern ausgewertet.

Die drei klimaschädlichsten Banken der Welt sind demnach alle US-amerikanisch: auf dem ersten Platz der Riese JPMorgan Chase, dann Citi, gefolgt von der Bank of America. Die Deutsche Bank vergab an 46 Energiekonzerne 27,7 Milliarden Dollar, was sie nicht bestätigen will. Sie argumentiert mit der Vertraulichkeit von Kundeninformationen.

Laut dem Weltklimabericht können nur noch rund 500 Milliarden Tonnen CO₂ ausgestoßen werden, will man eine Erderwärmung von mehr als 1,5 Grad verhindern. Allein die bereits laufenden Förderstätten würden mehr als 880 Milliarden Tonnen CO₂ in die Atmosphäre entlassen. Jede neue Investition in fossile Projekte führt zu einer weiteren Überschreitung des CO₂-Budgets.

Doch es gibt auch gute Nachrichten. Laut der Auswertung gingen die klimaschädlichen Kreditvergaben zurück: Im Jahr 2016 hat die Deutsche Bank noch fast 9 Milliarden Dollar an neuen Krediten für fossile Unternehmen bewilligt, 2022 waren es nur noch 780 Millionen. Tatsächlich habe sich seit 2016 einiges getan, bestätigt Christel Dumas von der ICHC Brussels Management School. Freiwillig allerdings würden sich Banken kaum ändern, sagt sie. Mittlerweile gebe es aber immer mehr Klimaschutzvorschriften in der EU. Susanne Götze

Königliche Halle

ARCHÄOLOGIE Ein zehnköpfiges Team um den Archäologen Immo Heske von der Georg-August-Universität Göttingen hat im brandenburgischen Seddin einen einzigartigen Fund aus der Jüngerer Bronzezeit ausgegraben: eine Halle, 10 Meter breit und gut 30 Meter lang. Es handelt sich vermutlich um das Haus eines Königs mit dem Namen Hinz, der hier vor fast 3000 Jahren residierte. Sein monumentales Grab liegt etwa 250 Meter entfernt.

Im März entdeckten Heske und sein Team erstmals Spuren dieser »Halle des Königs«, die etwa im zehnten Jahrhundert vor Christus entstand. Von dem Gebäude selbst ist wenig übrig. Die Holzbohlen und das Flechtwerk aus Lehm, aus denen die Wände bestanden, sind zerfallen. Doch die allmählich verfaulenden Balken haben

Spuren im Boden hinterlassen, die den Grundriss des Hauses nachzeichnen.

»Wir waren überwältigt, wie groß dieses Gebäude gewesen sein muss«, sagt Heske. Die Holzbalken der Wände waren mit Steinen verstärkt, die bis heute erhalten sind. »Das ist sehr ungewöhnlich und ein Indiz, wie schwer das Gebäude gewesen sein muss«, sagt Heske. Er vermutet, dass in den Obergeschossen des Hauses Unmengen an Getreide lagerten, über dessen Verteilung der König zu Lebzeiten verfügt haben dürfte.

Besonders sind auch zwei Abschnitte der Außenwände: Sie bestanden nicht aus Holz, sondern aus übereinandergeschichteten Steinen. »Solche Trockenmauern sind bisher einzigartig für jene Zeit in ganz Europa nördlich der Alpen und ein weiteres Indiz, wie weitreichend die Kontakte gewesen sein müssen«, sagt Heske. Vorbilder für diese Bauweise gibt es beispielsweise in Italien.

Von außen waren die Steinmauern der Halle in Brandenburg deutlich erkennbar. Das Innere des Hauses hatte eine große Feuerstelle, um die herum wahrscheinlich Versammlungen abgehalten wurden. »Da wollte offenbar jemand zeigen: Seht her, ich habe Einfluss«, meint der Archäologe. KOE

Modell des Königshauses in Seddin



Universität Göttingen / Sem. UFG

»Das ist doch »fantastiskt!«

LINGUISTIK Nach 140 Jahren gibt es erstmals ein komplettes Wörterbuch der schwedischen Sprache. Hier verrät Chefredakteur Christian Mattsson, 57, welchen Begriff er am liebsten mag.



Daniel Nilsson

SPIEGEL: Herr Mattsson, unter Ihrer Führung ist das historische Wörterbuch der schwedischen Sprache fertigge-

stellt worden. Wie fühlen Sie sich?

Mattsson: Es ist ein besonderer Moment. Die Arbeiten liefen 140 Jahre lang. Generationen von Forschenden sind verstorben, ohne die Chance zu haben, das Werk vollendet zu sehen. Und jetzt ist es so weit. Das ist doch »fantastiskt!«

SPIEGEL: Warum dauert es überhaupt 140 Jahre, ein Wörterbuch zu erstellen?

Mattsson: Die Arbeit ist sehr kompliziert. Man muss sehr akribisch sein und tief graben. Immerhin geht es darum, jede mögliche Art zu dokumentieren, wie ein Wort genutzt worden ist. Dafür greifen wir auf ein Archiv zurück, in dem 8,2 Millionen Zitate zu finden sind, die meisten davon handschriftlich auf Papier. Allein für das schwedische Wort »öga«, also Auge, wurden zum Beispiel

fast 3000 dieser Fundstellen analysiert. Das führte dann zu 90 verschiedenen Wörterbucheinträgen zur Bedeutung dieses einen Begriffes. Und diesen Job müssen wir für fast alle schwedischen Wörter seit dem Jahr 1521 erledigen.

SPIEGEL: Warum 1521?

Mattsson: Es gibt schon ein anderes Wörterbuch für die schwedische Sprache des Mittelalters. Und das reicht eben bis in die 1520er. Fertiggestellt wur-

de es übrigens von dem Forscher, der dann die Arbeit an unserem Wörterbuch begann.

SPIEGEL: Schon jetzt ist klar, dass Ihr Wörterbuch kein Bestseller wird. Gerade einmal 600 Exemplare werden gedruckt. Warum?

Mattsson: Je nach Art des Einbandes kann eine Bücherreihe fast 6000 Euro kosten. Das gibt doch niemand aus. Zumal man das komplette Wörterbuch kostenlos im Internet finden kann. Wir gehen davon aus, dass von den 600 gedruckten Sets höchstens 200 verkauft werden, im Wesentlichen an Bibliotheken.

SPIEGEL: Das Wörterbuch umfasst 33.111 Seiten in 39 Bänden. Wie viele Einzelbegriffe werden insgesamt erklärt?

Mattsson: Wir haben 511.960 Einträge. Das erste Wort ist

»A«, also der Buchstabe, ein eher langweiliger Eintrag. Der letzte lautet »öxla« und ist schon spannender.

SPIEGEL: Was bedeutet das?

Mattsson: »Öxla« bedeutet zu vermehren. Das Wort ist allerdings seit dem 16. Jahrhundert kaum mehr benutzt worden. Das kennt heutzutage eigentlich niemand mehr in Schweden. So ähnlich ist das übrigens auch bei meinem Lieblingswort...

SPIEGEL: Welches ist das?

Mattsson: Es heißt »urgytja« und bedeutet Verschwendung. Es ist aber auch eng verwandt mit dem Wort für Schlamm. Leider wird es seit dem 18. Jahrhundert kaum noch benutzt. Wobei sich das jetzt vielleicht etwas ändert. Denn mit der Fertigstellung des Wörterbuchs haben schwedische Zeitungen schon ein paarmal über das Wort geschrieben.

SPIEGEL: Vor gut zehn Jahren hat sich in Schweden ein eigenes Verb zu Ehren des Fußballstars Zlatan Ibrahimović gebildet. Es heißt »zlatanera«, dominieren. Kommt das auch in Ihrem Wörterbuch vor?

Mattsson: Nein, wir sind ein historisches Wörterbuch. Die Einträge müssen die Zeiten überdauern. Und »zlatanera« war nur ziemlich kurz in Gebrauch. Wir nehmen keine Begriffe auf, die kommen und gehen. Es wurde sehr intensiv genutzt, als Ibrahimović noch spielte. Seit seinem Karriereende wird es aber kaum noch verwendet. CHS



Die ersten der 39 Bände des schwedischen Wörterbuchs

Johan Nilsson / TT Nyhetsbyrån / picture alliance



Ilkay Karakurt / DER SPIEGEL

HANFANBAU Kiffen wird in Kürze legal, doch Nutzhanfbauern berichten von verstärkter Verfolgung durch die Justiz. Dabei ist ihr Cannabis ein Alleskönner: hilfreich gegen die Klimakrise, gesund als Lebensmittel, Hoffnungsträger für den Bau. Deutschland aber macht den Problemlöser zum Problem.

Trecker, Silos, Menschen in Gummi-stiefeln: Der Ihinger Hof nahe Stuttgart wirkt wie ein normaler Agrarbetrieb. Tatsächlich ist er ein Freilandlabor. Forscher der Universität Hohenheim bauen hier probe-weise Feldfrüchte an, die exotisch anmuten, aber in Deutschland eine große Zukunft haben könnten, Soja und Kichererbsen etwa. Und Cannabis.

Prachtvoll und meist kerzengerade ragen die Hanfstängel mehr als zweieinhalb Meter hoch in den schwäbischen Himmel. Der typisch erdige, zitronig-frische Duft entströmt ihren Blüten. Es ist Ende September; vor gut 140 Tagen wurde ausgesät, jetzt sind die Riesen erntereif.

Doktorand Danilo Crispim Massuela, 33, schneidet einzelne Pflanzen verschiedener Sorten aus dem Versuchsfeld. Im Labor wird der Hanfexperte aus Brasilien sie später auf ihre Inhaltsstoffe testen. Seine Chefin Simone Graeff-Hönninger, 49, Professorin für Pflanzenbau, will herausfinden, welche von den EU-weit zugelassenen Nutzhanfsorten auf süddeutschen Äckern am besten gedeihen.

Dieses Wissen fehlt bislang, auch weil es lange zu diesem Gewächs keinerlei Forschung gegeben hat. Bis 1996 war kommerzieller Nutzhanfanbau in Deutschland streng verbo-

ten, also selbst der solcher Sorten der Gattung Cannabis sativa, die so umgezüchtet worden sind, dass sie höchstens Spuren der psychoaktiven Substanz THC produzieren.

Diesem Hanf, der wohl niemanden high machen kann, haftet bis heute ein Stigma an – tragischerweise, denn er hätte das Zeug dazu, zu einem Superstar der Agrarwende und der Nachhaltigkeit aufzusteigen. Er bindet große Mengen des Klimagases Kohlendioxid (CO₂), liefert Lebensmittel, Textilien und Baustoffe. Ökonomisch wie ökologisch wäre er bei guter Förderung ein wahres Rundumtalent: »Wir kennen keine andere Pflanze mit einem solch breiten Anwendungspotenzial«, sagt Graeff-Hönninger, in Deutschland eine Pionierin des Cannabisanbaus für die Wissenschaft.

Das Besondere: Jedes Stückchen von ihm ist vielfältig nutzbarer Rohstoff, »alles ist verwertbar«, sagt Graeff-Hönninger, »die Wurzel, die Schäben, wie das holzartige Innere der Stängel heißt, die sie umgebende Bastfaser, die Blüten, die Blätter und die Samen«.

Andere Länder wissen das längst. China zum Beispiel hat einen beispiellosen Cannabisboom staatlich angeordnet. Nutzhanf war dort noch bis 2010 verboten, jetzt schon ist das Land Weltmarktführer für Faserhanf. Bis

2030 will es seine Anbaufläche auf mehr als 1,3 Millionen Hektar vervielfachen, 2016 war das Gewächs noch auf 40.000 Hektar begrenzt.

Auch in Deutschland versuchen Landwirte, Unternehmerinnen und Forscher das nach vielen Jahren der staatlichen Unterdrückung ramponierte Geschöpf wiederzubeleben, aber die Aufgabe gestaltet sich schwierig. In Politik und Justiz regen sich immer noch Vorbehalte gegen die Pflanze. Bauern und Hanf verarbeitende Betriebe klagen, dass sie nichts Verbotenes täten und dennoch Schikanen ausgesetzt seien.

Der Bundestag berät derzeit das »CanG«, schon Mitte November soll das Gesetz zur Legalisierung von Drogencannabis verabschiedet werden. Ab nächstem Jahr darf demnach wohl jeder Erwachsene kleine Mengen Marihuana besitzen oder selbst herstellen. Für die Landwirte hingegen, die unverdächtigen Nutzhanf anbauen, soll es laut der aktuellen CanG-Kabinettsvorlage kaum Erleichterungen bei der oft übereifrigen staatlichen Kontrolle geben. Die Folge: »Als Nutzhanfler stehst du immer mit einem Bein im Gefängnis«, sagt eine Landwirtin in Schleswig-Holstein.

Dabei ist Cannabis seit Jahrtausenden ein Helfer der Menschheit, er diente ihr als Me-

dizin, Nahrung und als Grundstoff für Textilien. Hildegard von Bingen empfahl Cannabis einst zur Vorbeugung von Magenschmerzen. Seefahrer wie Christoph Kolumbus drangen in neue Welten vor dank ihrer Hanfseile und Hanfsegel. Rembrandt und andere alte Meister pinselten ihre Kunstwerke auf Hanfleinwände oder Hanfpapier.

Erst im 20. Jahrhundert geriet die altegediente Kulturpflanze als Sinnesvernebler in Verruf und unter deutschen Bauern in Vergessenheit. Das rächt sich nun: Es gibt hier kaum funktionierende Märkte mehr für die Pflanze. Die Infrastruktur in Landwirtschaft und Handel, die sie bräuchte, um zu florieren, ist unterentwickelt. Weil die Zucht neuer Sorten illegal war, ist die Nutzpflanze genetisch im Rückstand: »Cannabis ist jetzt da, wo der Mais im Jahr 1950 war«, urteilt Forscherin Graeff-Hönninger.

Dabei ist das Marktpotenzial der Pflanze gewaltig. Die untere Hälfte des Hanfstängels eignet sich als klimafreundliches Baumaterial, etwa für Bausteine, die aus Hanfschäben, Kalk und Wasser gepresst werden. Hanfmauern sind schadstofffrei und schwer entflammbar, sie bieten eine hervorragende Wärme- und Schallsolation. Vor allem aber: Jeder einzelne Hanfziegel führt zu negativen CO₂-Emissionen, weil er Kohlenstoff für Jahrzehnte oder länger aus der Atmosphäre holt.

»Für das klimaneutrale Bauen«, sagt Graeff-Hönninger, »ist das ein ziemlich genialer Werkstoff.« Keine Branche werde durch Hanf in naher Zukunft so verändert wie das Baugewerbe, erwartet Florian Pichlmaier, ein 29-jähriger Hanfunternehmer und Vorstandsmitglied des Verbands European Industrial Hemp Association.

Die Fasern der Pflanze eignen sich auch für Dämmplatten im herkömmlichen Hausbau, sie sind Glaswolle und Styropor ökologisch überlegen. Überdies können sie in Kleidung erdölbasierte Fasern wie Polyester oder Polyamid ersetzen.

Die Autokonzerne Audi, Volkswagen und BMW nutzen Hanffasern bereits als Verkleidung für Türen oder als verstärkendes Element in Verbundwerkstoffen im Armaturenbrett. Hanf kann sogar zu jenem Material verarbeitet werden, das 3D-Drucker nutzen, um jede beliebige Struktur zu erschaffen.

Die obere Hälfte der Pflanze hingegen beherbergt die süßlich-nussig schmeckenden Hanfsamen. Sie werden inzwischen als »Superfood« vermarktet, denn in den praktisch THC-freien Kernen stecken neben vielen Mineralien und Ballaststoffen alle essenziellen Aminosäuren, an denen es gerade Veganern oft mangelt.

Pichlmaiers Pforzheimer Hanffirma Signature Products ist an einem Projekt beteiligt, das aus Hanfsamen einen schmackhaften Fleischersatz entwickeln soll. Das Bundesbildungsministerium investiert darin mehr als eine Million Euro. Beteiligt sind etwa die Uni Bonn, ein großer Hersteller veganer Wurst und der Südzucker-Konzern. Die festere Tex-

tur der Hanfproteine soll sich im Mund fast wie echtes Fleisch anfühlen, jedenfalls besser als die bisher verwendeten Proteine von Erbsen, Weizen oder Soja.

So vielfältig die Chancen des Hanfs, so verblüffend seine Leistung auf dem Feld. Ein Hektar Cannabis, in wenigen Wochen hochgeschossen, bindet 9 bis 15 Tonnen CO₂, mehr als ein junger Wald gleicher Größe in Jahren. Cannabis braucht wenig Wasser und Dünger und keinerlei Pflanzenschutzmittel – er wächst so schnell, dass er alles Unkraut zu Tode beschattet. Er vermag zudem, Schwermetalle wie Blei oder Kadmium aus verseuchten Böden zu entfernen.

Auch die EU-Kommission interessiert sich für Hanf, er soll im »Green Deal«-Programm dazu beitragen, dass die europäische Wirtschaft bis 2050 klimaneutral werden kann. Cannabis, so heißt es in einem Dokument der EU-Kommission, könne überdies helfen, Bodenerosion zu verhindern und Biodiversi-



Doktorand Crispim Massuela



Hanfpionierin Graeff-Hönninger

tät zu schützen, weil sich Insekten in ihm so wohlfühlen.

Cannabis scheint nichts Geringeres als ein Wundergewächs zu sein – doch in Deutschland gelingt ihm der Durchbruch nicht, was auch am anhaltenden Widerstand der Justiz liegt. Die Fläche, auf der Nutzhanf in diesem Jahr angebaut wurde, beträgt rund 5800 Hektar. Das ist immerhin etwa 13-mal so viel wie vor zehn Jahren, aber weniger, als für Blumenkohl und Radieschen bereitsteht. Der Zukunftspflanze Cannabis fehlt es hierzulande an Investitionen, an gutem Willen, selbst an Rechtssicherheit.

Spezialmaschinen für die Hanfernte? Fehl-anzeige. Viele Bauern behelfen sich mit Getreide-Mähdreschern für die obere Hälfte der Pflanze. Die so wertvolle untere Hälfte müssen sie aber oft unterpflügen, weil ihnen die Werkzeuge fehlen, die Hanfschäben von den Hanffasern zu trennen.

Solche Maschinen gibt es zwar, etwa in Frankreich, wo Nutzhanf nie verboten war und nun Europas größte Nutzhanfindustrie beheimatet ist. Aber die Geräte sind unbezahlbar für die typischerweise kleinen Hanfbetriebe in Deutschland – wie den von Maren Thomassek, 59.

Seit 2019 baut die Diplom-Biologin auch Cannabis auf ihrem Biohof nahe der Nordseeküste an. »Ich war vom Potenzial der Pflanze überzeugt«, sagt sie. Jetzt weiß sie: »Hanf ist schwierig – und das liegt nicht an ihm.«

Großkunden für ihre eher kleine Ernte konnte die Unternehmerin nicht finden, daher verkauft sie auf diversen Landfrauenmärkten Hanfkekse, karamellisierte Hanfkörner oder Hanftees aus getrockneten Cannabisblüten und -blättern. Anders als vor wenigen Jahren seien die Menschen inzwischen gegenüber Cannabislebensmitteln sehr aufgeschlossen.

Über ihren Anbau hat Thomassek vorsichtshalber die Polizei informiert. Außerdem hält sie sich an alle Auflagen, die ihr die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) vorgibt. Das sind viele; keine Feldfrucht wird stärker reguliert.

Am 30. August vergangenen Jahres, nur Tage vor der vom BLE offiziell genehmigten Ernte, fiel dennoch ein 26-köpfiger Ermittlungstrupp aus Staatsanwalt und Polizei über Hof und Felder ein. Der Verdacht: Thomassek und ihr jetzt 27-jähriger Sohn seien schuldig des »gemeinschaftlichen unerlaubten Handel-treibens mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge«. Darauf steht eine Gefängnisstrafe von »nicht unter einem Jahr«. Blätter und Blüten wurden beschlagnahmt.

In Deutschland gebe es Dutzende ähnliche Fälle, sagt Thomasseks Anwalt Ferdinand Weis. Mal seien es Razzien gegen Bauern, mal gegen Gewerbetreibende. »Wir haben eine erhöhte Kontrolldichte beim Nutzhanf«, klagt Jürgen Neumeyer, Geschäftsführer des Branchenverbands Cannabiswirtschaft. Das führe dazu, dass einige Landwirte schon wieder von der Pflanze abrückten. In diesem Jahr ist die Anbaufläche zum ersten Mal seit 2013



Ilkay Karakurt / DER SPIEGEL

gesunken. Fast 250 Bauern haben aufgegeben, nahezu jeder vierte.

Zum Verhängnis wird den Landwirten nicht selten die sogenannte Rauschklausel, eine juristische Schlangengrube. Deutsche Bauern – und nur sie, keine Gärtner, schon gar keine Privatleute – dürfen zwar Nutzhanf mit einem THC-Gehalt von bis zu 0,3 Prozent anbauen. Ihr Produkt fällt aber dennoch unter das Betäubungsmittelgesetz. Und dort heißt es, dass selbst dieser Hanf nur Zwecken dienen dürfe, »die einen Missbrauch zu Rauschzwecken ausschließen«.

Aber wer kann das schon gewährleisten?

»Ich kann mir auch aus alkoholfreiem Bier einen Schnaps brennen, wenn ich weiß, wie das geht«, sagt Maren Thomassek trocken. Ihr Anwalt Weis sagt, es sei theoretisch vorstellbar, nur praktisch völlig unwahrscheinlich, dass sich ein Mensch mit Nutzhanf berauschen würde.

Das Verfahren gegen Thomassek wurde vor einigen Wochen eingestellt, allerdings nur, nachdem sie einer Geldauflage zugestimmt hatte. Die beschlagnahmte Ernte bekam sie nicht zurück, Schadensersatz auch nicht. Für sie war dies sogar noch ein glimpflicher Verlauf. Zwei Betreiber eines Braunschweiger Cafés waren zuvor zu mehrmonatigen Haftstrafen auf Bewährung verurteilt worden.

Auch sie hatten Nutzhanftees verkauft, der fast identisch war zu dem, der längst auch in Apotheken oder Supermärkten vertrieben wird. Das Gericht vertrat aber die Auffassung, dass jede Form von Cannabishandel zu Konsumzwecken, ganz gleich, ob mit oder gar ohne THC, strafbar sei. Die Prozesse zogen sich über sechs

Jahre hin und beschäftigten selbst den Bundesgerichtshof. Ende August wurde das letzte Verfahren eingestellt – »wegen Geringfügigkeit«.

An diesem Justizgestrüpp wird das Cannabisgesetz der Ampel nach derzeitiger Lage wenig ändern. Das könnte zu grotesken Situationen führen: Millionen Kiffer dürfen sich bald legal hochpotentes Gras für den Eigenbedarf auf dem Balkon ziehen, während Staatsanwälte gleichzeitig Landwirtinnen wie Maren Thomassek wegen ihrer Kräutertees verfolgen, deren Missbrauch sie schließlich nicht ausschließen können.

Doch selbst wenn die Ampel den Missbrauchspassus aus dem Gesetz

Geschäftsfrau Frank im Drogentresor:

»Ich bin es leid, ständig Steine in den Weg gelegt zu bekommen«

Grünes Multitalent

Wofür legaler drogenfreier Nutzhanf gut sein kann

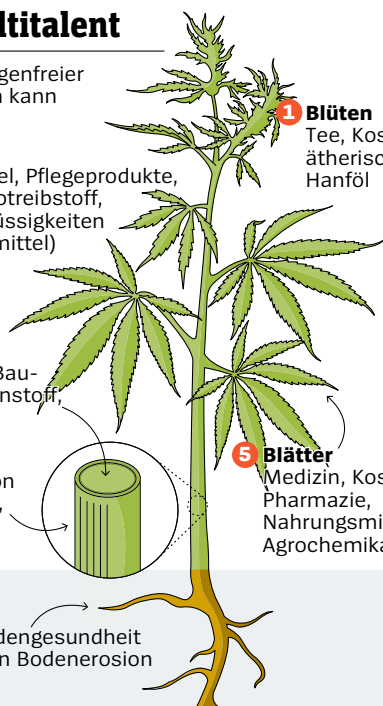
2 Samen

Nahrungsmittel, Pflegeprodukte, Kosmetika, Biotreibstoff, technische Flüssigkeiten (z.B. Lösungsmittel)



3 Schäben als Baumaterial, Brennstoff, Tiereinstreu

4 Fasern für die Herstellung von Papier, Plastik, Textilien



6 Wurzeln sorgen für Bodengesundheit und verhindern Bodenerosion

1 Blüten

Tee, Kosmetika, ätherisches Hanföl

5 Blätter

Medizin, Kosmetika, Pharmazie, Nahrungsmittel, Agrochemikalien

S • Grafik

nähme: Cannabis bleibt für deutsche Bauern ein Gewächs voller Risiken. Auch legaler Nutzhanf kann als Naturprodukt den gültigen EU-Grenzwert für THC durchaus einmal überschreiten, abhängig von der Genetik, den Wuchsbedingungen und dem Zeitpunkt einer Probenentnahme. »Wenn das passiert, muss ein Landwirt seine gesamte Ernte vernichten«, sagt Forscherin Graeff-Hönniger.

Andere Länder gehen da pragmatischer vor. Italien hat seit Jahren einen Grenzwert für THC in Nutzhanf von 0,6 Prozent. Die Schweiz hat sich für eine Obergrenze von 1 Prozent entschlossen. »Dadurch können Bauern ganz andere Sorten anbauen und ihre Ernte stark erhöhen«, sagt die Hohenheimer Expertin. Sorgen, dass dies zu Missbrauch einladen könnte, teilt sie nicht.

Bernd Frank, 65, aus Malsch nahe Karlsruhe ist der Pionier des Nutzhanfes in Deutschland. Seit 1996 verkauft er Saatgut und völlig unverdächtige Hanfprodukte: Mehl, Öl, Tiereinstreu, Garne für die Textilindustrie. »Ich kämpfe für diese Pflanze, für die Landwirtschaft, für die Ökologie«, sagt der Chef der Firma Bafa, was für »Badische Naturfaseraufbereitung« steht, ein Name, so lahm, dass er wohl den leisen Anklang an das Alarmwort Cannabis vermeiden sollte.

Der Familienbetrieb hat inzwischen 20 Mitarbeiter, doch Frank ist desillusioniert. Er fühlt sich verfolgt von Ämtern und Behörden. Ein Beleg dafür sei das, was gerade seiner Tochter widerfahren sei.

Almut Frank, 41, leitet einen Betriebsteil, in dem sie bisweilen mit Extrakten mit höheren THC-Gehalten zu tun hat. Dafür hat sie eine Spezialgenehmigung der Bundesopiumstelle, zur sicheren Lagerung dieser Substanzen verfügt sie über einen Tresorraum wie in einer Bank.

Kürzlich schickte die Geschäftsführerin eine Probe per Kurier an ein zertifiziertes Labor, um sie auf ihre Inhaltsstoffe testen und dann vernichten zu lassen. Das ist ihr von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe als Drogendelikt ausgelegt worden – im »besonders schweren Fall«.

Erst nach Monaten hat der Staatsanwalt das Ermittlungsverfahren ohne Angabe von Gründen eingestellt. Der Vorfall hinterließ bei Almut Frank ein Gefühl der Bitterkeit. Sie sei es leid, sagt sie, »ständig Steine in den Weg gelegt zu bekommen«.

Vielleicht haben die Franks doch auf die falsche Pflanze gesetzt. Zumindest in Deutschland.

Marco Evers

Störenfriede im Schleim

MEDIZIN Forschende entdecken einen Zusammenhang zwischen Ernährungsweise und Nahrungsmittelallergien: Bleibt der Nachschub an Ballaststoffen aus, entstehen im Darm überschießende Immunreaktionen.

Ganz gleich, ob Nüsse, Weizen oder Hühnerei – heutzutage reagieren viel mehr Menschen allergisch auf bestimmte Nahrungsmittel als noch vor Jahrzehnten. Mindestens drei Prozent der Erwachsenen in Deutschland sind inzwischen von Lebensmittelallergien betroffen, bei den Kleinkindern sind es vier Prozent, Tendenz steigend.

Als Ursache für Hautausschlag, Niesreiz, Blähungen, Durchfall, Atemnot oder gar einen lebensbedrohlichen Schock nach einer Mahlzeit haben Fachleute seit einiger Zeit auch die in den Industriestaaten verbreitete Ernährungsweise im Verdacht. Wer immer mehr Zucker und kaum noch Ballaststoffe zu sich nimmt, wirbelt seine Darmflora durcheinander. Doch der Mechanismus war bisher nicht bekannt: Wie genau kann Chaos im Ökosystem des Darms dazu führen, dass man gewöhnliche Inhaltsstoffe von Lebensmitteln plötzlich nicht mehr verträgt?

Nun glauben die Forscherinnen Amy Parrish und Marie Boudard vom Luxembourg Institute of Health in Esch-sur-Alzette, eine Antwort gefunden zu haben. Ihren Erkenntnissen zufolge vergrämt eine falsche Ernährungsweise viele nützliche Mikroben im Darm.

Bakterien der Art *Akkermansia muciniphila* dagegen wuchern heran – und fressen fleißig Löcher in die Schleimschicht des Darms. Dadurch entstehen an der Schleimhaut Entzündungen; das Immunsystem kann seine angeborene Fähigkeit verlieren, oral aufgenommene Stoffe wie Nahrungseiweiße zu tolerieren.

Die Ergebnisse wurden unlängst im renommierten Fachblatt »Nature Microbiology« veröffentlicht. Dessen Redaktion ist voll des Lobes: Die Autorinnen und ihr Team hätten erstmals »einen bestimmten Mikroorganismus dingfest gemacht, der den Abbau der oralen Toleranz bewirkt«, heißt es in einem Kommentar.

Akkermansia muciniphila ist ein oval geformtes Bakterium, das in großer Zahl in einem ungewöhnlichen Lebensraum siedelt: im Darmschleim des Menschen. Bislang galten die Bakterien als ausgesprochen nützlich. Sie bewohnen den Schleim nicht nur, sondern fressen ihn auch. Weil sie damit überschüssiges Sekret entfernen, helfen sie dem Schleim, seine Aufgaben zu erfüllen.

Er erleichtert nicht nur den Stuhlgang, sondern bildet eine Barriere zwischen dem Darm und seinem fauligen Inhalt. Dieser Schutzschild ist einige Hundert Mikrometer dünn und besteht aus zwei Schichten.

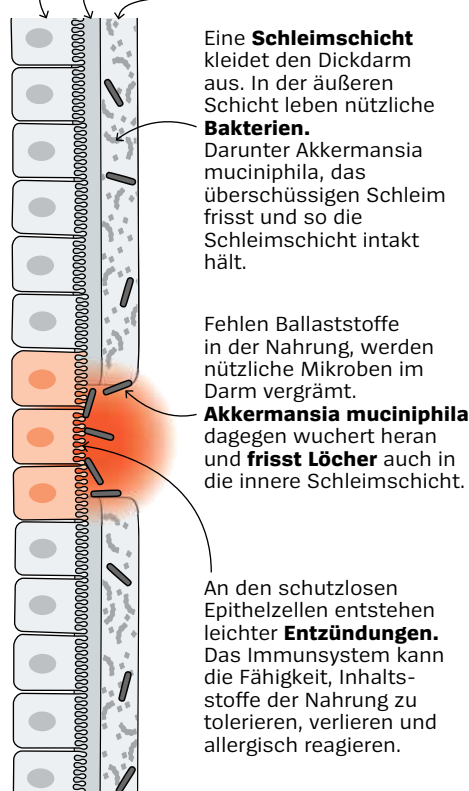
Die innere liegt direkt auf den Darmzellen und ist so zäh, dass keine Mikroorganismen in sie eindringen können. Die äußere Schicht dagegen ist weicher und bildet eine Zone, in der auch *Akkermansia* unterwegs ist. In dieser Zone lernen Immunzellen des Körpers, gute und böse Mikroorganismen zu unterscheiden. Und auch die Immuntoleranz entsteht hier: Inhaltsstoffe aus der Nahrung

Ballaststoffe gegen Löcher

Eine Ernährungsweise ohne Ballaststoffe bringt die Darmflora aus dem natürlichen Gleichgewicht.

Epithelzellen der Darmschleimhaut

innere und äußere Schleimschicht



Quelle: Nature Microbiology 2023

werden geduldet, auch wenn sie eigentlich fremd sind.

Die Ergebnisse aus Luxemburg zeigen nun: Die Schleimfresser können ihre delicate Aufgabe nur dann erfüllen, wenn die Darmflora um sie herum intakt ist.

Und die Mikrowelt ist nicht mehr heil, wenn der Nachschub an Haferflocken, Leinsamen, Schwarzbrot, Gemüse oder anderen Lebensmitteln ausbleibt, die viele Ballaststoffe enthalten. Diese bestehen zum größten Teil aus Polysacchariden, großen Molekülen, die Zellwände oder andere Strukturen in Pflanzen bilden.

Der Mensch kann sie nicht verdauen, aber für bestimmte Bakterienstämme in seinem Darm sind sie die Lebensgrundlage. Sie spalten die großen Moleküle in immer kleinere Einheiten und leben von der Energie, die dabei frei wird. Der Mensch hat auch etwas davon: Seine Zellen nutzen die Endprodukte der Zersetzung als Botenstoff oder Energiequelle.

Diese Symbiose haben die Forschenden in Luxemburg in Experimenten bewusst zerstört. Sie gaben Mäusen 40 Tage lang ein Futter ohne Ballaststoffe. Im Unterschied zu Tieren, die im gleichen Zeitraum ausgiebig Ballaststoffe fressen konnten, erschien ihre Darmschleimhaut angegriffen und entzündet. Das war offenbar das Werk von *Akkermansia muciniphila* – das Bakterium hatte sich massenhaft vermehrt.

Dann untersuchten die Forschenden das Immunsystem der Mäuse und entdeckten: Jene Tiere mit der falschen Ernährung zeigten vermehrt Anzeichen einer überschießenden Immunreaktion. Als ihnen Erdnüsse oder Proteine aus Hühnerei verabreicht wurden, reagierten sie besonders allergisch. Zu dieser heftigen Antwort, das zeigten weitere Experimente, kam es offenbar verstärkt, wenn der Darmschleim übermäßig mit *Akkermansia muciniphila* besiedelt war.

Die eigentlich gute Bakterienart werde bei falscher Ernährung in die Rolle eines Störenfrieds gedrängt, glaubt der maßgeblich an den Untersuchungen beteiligte Biologe Mahesh Desai. »Im Umfeld einer ballaststoffarmen Ernährung macht *Akkermansia* den Schleim durchlässiger und verändert auch das Verhalten der anderen Mitglieder der Gemeinschaft«, so Mahesh. Auch andere Darmmikroben würden nun schädliche Seiten zeigen, was zu einer Einbuße der Immuntoleranz führe. Die komplizierten Vorgänge möchte das Team um Desai in einer weiteren Publikation genauer erklären.

Doch schon jetzt sind die Ergebnisse angetan, beim Essen auch an die Bakterien im Darm zu denken. Menschen, die jeden Tag 25 bis 29 Gramm Ballaststoffe zu sich nehmen, leben epidemiologischen Studien zufolge überdurchschnittlich lange und erkranken seltener an Darmkrebs, Diabetes mellitus Typ 2, Herzinfarkt, Schlaganfall und Autoimmunerkrankungen.

Jörg Blech

Weckruf der Natur

EVOLUTION Wie kommt Neues in die Welt? Ein Evolutionsbiologe aus Zürich stellt jetzt eine Theorie dazu vor: Die Natur bringe fortwährend Neuheiten hervor, die meisten würden nie genutzt. Wenn aber eine dieser »schlummernden Schönheiten« geweckt wird, kann das die Welt verändern.

Darwins Evolutionslehre erklärt, wie sich Arten wandeln. Ihr zufolge verläuft die Evolution in winzigen Schritten. Die Eigenschaften der Organismen verändern sich langsam, sie werden so optimal an die Umwelt angepasst. Doch lässt sich damit auch erklären, wie gänzlich Neues entsteht? Der Ursprung von Innovationen in der Natur zählt noch immer zu den großen Rätseln der Evolutionsbiologie.

Andreas Wagner von der Universität Zürich hat sich dieses Rätsel zur Lebensaufgabe gemacht. Er studiert Mutationen von Fruchtfliegen, er verfolgt, wie sich Hefezellen an sich verändernde Umweltbedingungen anpassen, und er simuliert Evolution am Computer.

In einem neuen Buch beschreibt Wagner, wie seine Forschung für ihn ein neues Bild biologischer Innovationen entstehen ließ*. Seine zentrale Erkenntnis: Fast alles, was die Natur zu einem Zweck hervorbringt, taugt auch für andere Zwecke. Je komplexer ein System, desto vielfältiger sind die Möglichkeiten, die sich dabei auftun.

Er geht davon aus, dass die Natur unermüdlich Innovationen erschafft, die in den meisten Fällen gar nicht genutzt werden. Die Umwelt bestimmt darüber, welche der vielen neuen Fähigkeiten gebraucht wird. Wagner

beschreibt dies als »Erweckung« von »schlummernden Schönheiten«. Fünf Argumente für seine Theorie:

1. Gestiefelter Orang-Utan

Alles spricht dafür, dass schon der Urmensch *Homo erectus* ein Auto hätte lenken können. Doch hat er es nicht getan. Es mangelte ihm nicht an den nötigen motorischen oder kognitiven Fähigkeiten, es mangelte vielmehr an Autos.

Auch der heutige Mensch kann weitaus mehr, als er tatsächlich tut. Die meisten Dinge, zu denen er fähig ist, wurden noch nie getan. *Homo sapiens* konnte schreiben, lange bevor das erste Wort geschrieben war. Schon die Höhlenmenschen hätten Algebra, Geometrie und vermutlich sogar die Quantenmechanik begreifen können, hätten sie sie nur gekannt. Und auch das Schachspiel, Skibretter oder die Flöte konnten nur erfunden werden, weil der Mensch die Fähigkeiten, sie zu nutzen, schon vorher besaß.

Er entfaltet die in ihm schlummernden Talente erst, wenn diese geweckt werden. In diesem Sinne lässt sich die Kulturgeschichte begreifen als fortgesetzte Erweckung bereits vorhandener Begabungen.

Viele menschliche Fähigkeiten schlummern auch im Menschenaffen. Um dies zu belegen, zitiert Wagner eine Beobachtung der kanadischen Primatologin Anne Russon. Sie studierte Orang-Utans in einem Rehabilitationscamp auf Borneo. Ihr besonderes Interesse galt

einem Weibchen, das begierig die Tätigkeiten der menschlichen Pfleger imitierte.

Dieses Tier, so schildert es Russon, hämmerte, sägte, schärfte Äxte, hackte Holz, grub mit Schaufeln, fegte, pumpte Wasser, blies mit dem Blasrohr, reparierte Blasrohrpfeile, zündete Zigaretten an, wusch Geschirr und Wäsche, setzte sich Brillen auf, zog Stiefel an, kämmte sich das Haar, wischte sich das Gesicht mit Kleenex ab, trug Sonnenschirme, rieb sich mit Insektenschutzmittel ein: Kulturgeschichte im Zeitraffer-tempo.

2. Der Mann, dem das Lesen verloren ging

Die Natur hat den Menschen mit einem Daumen ausgestattet, damit er greifen kann. Seine Augen sind zum Sehen da, die Beine hat er zum Laufen. Doch wozu dienten dem Urmenschen in der Savanne nutzlose Fähigkeiten wie die, ein Auto fahren zu können?

Besonders die Frage, wie der Mensch das Lesen lernte, lange ehe es Buchstaben gab, wurde gründlich untersucht. Wie Wagner erläutert, nutzt die Natur dazu neuronale Schaltkreise, die zu einem ganz anderen Zweck entstanden sind.

Sichtbar wird dies im Kernspintomografen: Wenn ein in der Röhre liegender Proband liest, wird das Großhirngewebe in der Furche zwischen Schläfen- und Hinterhauptlappen aktiviert. Hier sitzen demnach die zum Lesen erforderlichen Neuronen.

Zugleich aber ist diese Hirnregion auch an der Verarbeitung anderer visueller Reize beteiligt: Sie ist spezialisiert darauf zu analysieren, wie sich im Blickfeld liegende Linien kreuzen. Das half schon in der Urzeit, Objekte aller Art voneinander zu unterscheiden.

Erst als Menschen vor gut 5000 Jahren begannen, Schriftzeichen zu verwenden, zeigte sich, dass in diesen neuronalen Schaltkreisen ein verborgenes Talent schlummerte: Diese Hirnregion ist wie geschaffen dafür, Buchstaben zu erkennen.

Erstmals kam der französische Neurologe Joseph Jules Dejerine dem Phänomen auf die Spur. Im Jahr 1887 untersuchte er den Patienten



Orang-Utan in einem
Schutzzentrum



Buchdrucklettern



Wasserfloh der Gattung
Daphnia

* Andreas Wagner: »Sleeping Beauties: The Mystery of Dormant Innovations in Nature and Culture«. One-world Publications, London; 352 Seiten.

ten »C«, dem morgens bei der Lektüre eines Buchs die Fähigkeit zu lesen verloren ging. Plötzlich sah er keine Buchstaben, sondern nur noch sinnlose schwarze Striche auf dem Papier. Nach seinem Tod stellte sich heraus, dass ein Schlaganfall das zwischen Hinterhaupt- und Schläfenlappen liegende Hirngewebe zerstört hatte.

Schon Dejerine war klar, dass es sich hier um einen rätselhaften Defekt der visuellen Wahrnehmung handeln musste. Verwundert stellte der Forscher fest, dass sein Patient auch nach dem Anfall noch schreiben konnte. Allerdings schloss er dabei zumeist die Augen – anschließend entziffern konnte er, was er da geschrieben hatte, nicht.

3. Dschungelgeburt

Die Natur steckt voller schlummernder Talente. Auch unter Tieren, Pflanzen und sogar unter Bakterien sind sie verbreitet. Wagner ist überzeugt davon, dass »sleeping beauties« eine wirkmächtige Triebfeder der Evolution darstellen.

Als Beispiel erzählt er davon, wie vor 15 Jahren im Urwald Venezuelas eine bis dahin unbekannte Gruppe Yanomami entdeckt wurde. Ärzte sammelten unter anderem Stuhlproben von ihnen ein, um die Darmflora dieser Wildbeuter zu studieren. Die Untersuchung förderte eine Überraschung zutage: Viele der untersuchten Bakterien erwiesen sich als resistent gegen moderne Antibiotika.

Wie war so etwas möglich? Wie konnten Menschen, die nie Kontakt zur modernen Zivilisation gehabt hatten, in Berührung mit resistenten Krankheitskeimen gekommen sein? Vermutlich gar nicht, lautet Wagners Antwort. Alles spreche dafür, dass die Widerstandskraft gegen viele Wirkstoffe der modernen Medizin schon im Urwald schlummert.

Erklärlich wird dies durch eine in der Natur weit verbreitete Eigenschaft von Enzymen: Moleküle, die von der Evolution hervorgebracht werden, um eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen, sind meist auch fähig, andere zu bewältigen, obwohl sie dafür gar nicht geschaffen wurden.

So dienen einige Enzyme dazu, bestimmte Giftstoffe aus der Bakterienzelle herauszupumpen. Wenn sie nun aber ein Antibiotikum irrtümlich als einen solchen Giftstoff identifizieren, so werden sie dieses aus der Zelle entfernen – und geboren ist damit eine Antibiotikaresistenz.

4. Fischfutter als Genfabrik

Wasserflöhe der Gattung *Daphnia* sind durchsichtig und winzig klein. Aquariumbesitzer kennen sie als Fischfutter, ansonsten sind sie unscheinbar.

Und doch haben diese Tiere eine Eigenschaft, die sie einzigartig macht: *Daphnien* sind, soweit bekannt, Weltmeister im Produzieren von Erbanlagen. Rund 30.000 Gene tragen sie, das sind 5000 mehr, als sich im Erbgut des Menschen finden. 10.000 dieser Gene sind gar exklusiv. Sie finden sich einzig bei *Daphnia* und nirgends sonst. »De-novo-Gene« nennt sich das.

Eindrücklich widerlegen diese Krebstierchen ein Dogma, das unter Molekularbiologen und Genetikern lange Zeit unangefochten galt: Neue Gene, so glaubte man, sind stets Varianten alter Gene. Sie können nicht aus dem Nichts entstehen. *Daphnia* beweist das Gegenteil. Das Tier fertigt neue Gene in Massen.

Wozu dieser Überfluss? Was stellt ein Organismus wie *Daphnia* mit all den Genen an? Der Evolutionsbiologe Wagner glaubt, es zu wissen: Die vielen Gene lassen sich als Sortiment schlummernder Talente betrachten, sagt er. Innovationen werden gleichsam auf Halde fabriziert und warten dann darauf, gebraucht zu werden. Sie dienen als Schutz vor künftigen Eventualitäten: Wann immer das Tier auf eine neue Bedrohung trifft, wird sich irgendein Gen finden, das dagegen hilft.

Forschende haben es ausprobiert. Sie setzten *Daphnia* vielen Widrigkeiten aus: Giftstoffen wie Arsen und Kadmium; UV-Strahlung; Sauerstoffarmut; infektiösen Krankheitskeimen; räuberischen Insekten. Und tatsächlich: Bei jeder neuen Herausforderung wurden einige der 10.000 exklusiven Gene hochgeregelt. Sie halfen den Tieren, der Bedrohung standzuhalten.

5. Die Stunde der Gräser

Selbst bei wichtigen Weichenstellungen der Evolution sieht Wagner »sleeping beauties« am Werk. Einige Organismusgruppen, sagt er, hätten viele Jahrmillionen in Bedeutungslosigkeit vor sich hingedämmert, bis plötzlich unvermittelt ihre Stunde schlug. Dann scheint es, als wären die Gesetze der Evolution auf den Kopf gestellt: Nicht die Tiere passen sich der sich verändernden Umwelt an, sondern umgekehrt stellen sich die für die Tiere passenden Umstände ein.

Die ersten Ameisen etwa tauchten bereits vor 140 Millionen Jahren auf, doch erst 40 Millionen Jahre später erwiesen sie sich als Erfolgsmodell der Evolution. Auch die Säugetiere führten rund 100 Millionen Jahre lang ein Leben im Schatten der Dinosaurier. Der Asteroid, der den Sauriern den Garaus machte, war dann der Weckruf, der die Säuger aus ihrem Schlummer riss.

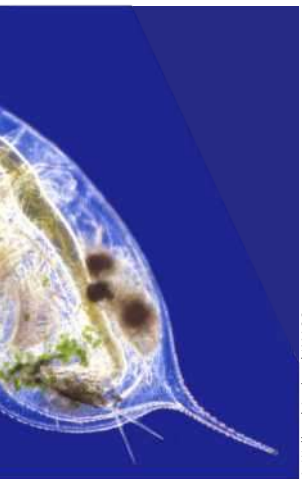
Besonders hat es Wagner die Familie der Süßgräser angetan. Sie blühten bereits in der Kreidezeit vor mehr als 66 Millionen Jahren, das bezeugen unter anderem Überreste in versteinertem Dinokot. Doch wuchsen sie lange nur in Nischen.

Zwar verfügten sie schon früh über eine neuartige Form der Fotosynthese, die in trockenem und heißem Klima deutlich effizienter als diejenige anderer Pflanzen ist. Doch rund 40 Millionen Jahre lang nützte das den Gräsern wenig. Denn das Klima in den meisten Regionen war feuchtwarm.

Dann, vor gut 23 Millionen Jahren, breitete sich Trockenheit auf der Erde aus. Es war, als hätten die Gräser auf diesen Moment gewartet. Ihre Artenvielfalt explodierte, Grasland wurde zu einer auf fast allen Kontinenten beherrschenden Landschaftsform.

Später wurde der Mensch zum Nutznießer dieser botanischen Revolution. Weizen, Hirse, Mais, Reis und Zuckerrohr: Sie alle zählen zur Familie der Süßgräser. Der Ackerbau und damit auch das Aufblühen von Hochkulturen wäre kaum möglich gewesen, hätte nicht lange zuvor weltweite Trockenheit die Gräser aus ihrem Schlummer erweckt.

Johann Grolle



M. Walker / Avalon / IMAGO

Yanomami

Robert Harding / IMAGO

Gras

Leonid Sneg / Getty Images



Aktuelle Philo-Entwürfe

Öko-Couture

MODE Die Designerin Phoebe Philo hat nach langer Schaffenspause ihre erste Kollektion unter eigenem Namen veröffentlicht. Sie ist originell, ein bisschen gaga und hebt Greenwashing auf ein neues Preisniveau.

Vor sechs Jahren hat die Britin Phoebe Philo als Chefdesignerin bei Celine gekündigt, nun ist sie mit einer ersten Kollektion unter eigenem Namen zurück. In der Modebranche wurde das mit Spannung erwartet. Etliche von Philos Entwürfen gelten als moderne Designklassiker, da sie bestes Handwerk und raffinierte Silhouetten mit alltagstauglicher Eleganz verbinden. Nach zwei Jahren Onlinehype um den Start ihres eigenen Labels ist nun der erste Schwung, sorry, »Edit« an neuen Kreationen über Philos Webshop verfügbar.

Die Sorge, wie Sie den Minirock mit den mehr als bodenlangen Seitenfransen tragen sollen, ohne ständig mit den für Philo obligatorischen hochhackigen Schuhen draufzutrapeln – die kann die De-

signerin Ihnen mit den neuen Stücken leider nicht nehmen. Auch nicht die Angst, dass Ihnen ein Witzbold den Reißverschluss, der sich bei den »Zip Trousers in Khaki Wool« auf der Rückseite von den Hosenbeinen bis zum Hintern öffnen lässt, eben bis zum Hintern öffnet. Die Bedenken, ob die »Bombé Oversized Frame Sunglasses« womöglich nur aussehen wie depperté Skibrillen, müssen Sie leider ebenfalls aushalten. Und die Frage, ob Sie sich den »Double Breasted Coat in Caviar Shearling« für 13.000 Euro jemals in Ihrem Leben werden leisten können, bleibt wohl auch offen.

Aber das schert Sie alles nicht, denn am meisten treibt Sie doch sicher die Frage um: Wie nachhaltig ist das Ganze? Und diese

Sorge kann Phoebe Philo Ihnen wirklich nehmen. »Wir sind entschlossen, ein Modehaus zu schaffen, das sozial und ökologisch gebildet ist«, heißt es in einem Statement zum ersten Edit. »Unser Ziel ist es, Abfall zu minimieren und Überproduktion zu vermeiden, indem wir merklich weniger als die antizipierte Nachfrage produzieren.« Es handelt es sich bei Philos Marketingstrategie also selbstverständlich nicht um künstliche Verknappung, durch die horrenden Preise gerechtfertigt werden sollen. Sondern um Rücksicht auf Mensch und Umwelt. Da fällt einem doch ein Stein vom Herzen! In der Branche kommt Philos Idee von Nachhaltigkeit bereits sehr gut an. Das weiße T-Shirt für 800 Euro ist schon ausverkauft. HPI

Inspiration Achterbahn

KINO Mit einer Geburt beginnt der preisgekrönte pakistanische Film »Joyland«, mit einem Todesfall endet er. Dazwischen passiert so viel, dass man kaum hinterherkommt. Romantische Komödie, Familienepos und Emanzipationsdrama – alles ist letztlich drin in Saim Sadiqs erstaunlichem Langfilmdebüt. Im Zentrum steht der junge, arbeitslose Haider (Ali Junejo). Ständig muss er bei der Familie seines Bruders aushelfen oder seinem verwitweten Vater zur Hand gehen, während seine Frau Mumtaz (Rasti Farooq) das Geld reinbringt. Als Haider nach langer Suche eine Arbeit findet, scheint in der streng patriarchalisch ausgerichteten Großfamilie endlich alles wieder seine Ordnung zu haben. Stattdessen wird aber alles nur komplizierter. Haider hat nämlich als Tänzer angeheuert, noch dazu in der Kompanie von der trans Performerin Biba (Alina Khan). Einige Hindernisse und vor allem komplizierte Schritt-kombinationen müssen überwunden werden, doch dann kommen sich die beiden näher. Haider kann nur darüber staunen, welche Welt sich ihm durch die Affäre mit Biba auftut. Dabei entgeht ihm allerdings, wie sehr nicht nur Biba, sondern



Szene aus »Joyland«

auch alle anderen Frauen in seinem Umfeld damit zu kämpfen haben, wie starr die Erwartungen sind, die die pakistanische Gesellschaft an sie hat. Ambitionen, sich selbst zu verwirklichen, hat Haider offenbar nie gehegt. Umso weniger kann er verstehen, dass andere mehr von ihrem Leben wollen, als nur den Wünschen ihrer Familie zu entsprechen. Was es wohl braucht, um Haider endlich aus seiner Passivität zu locken? »Joyland« heißt übrigens der größte Vergnügungspark in Pakistan. Wahrscheinlich hat sich Regisseur Sadiq von dessen Achterbahnen inspirieren lassen, das emotionale Auf und Ab seines Films kann es jedenfalls mit den rasantesten Fahrgeschäften aufnehmen. Als Zuschauer schreit man, lacht man, weint. Und will danach sofort noch eine Runde drehen. HPI

Noch ein Museum für Paris

KUNST Die Idee zu dem Projekt hatte Catherine Grenier, Leiterin der Fondation Giacometti in Paris, schon vor sechs Jahren. Sie suchte damals dringend nach mehr Platz, um die fast 10.000 Werke aus dem Nachlass des Schweizer Bildhauers und Malers Alberto Giacometti einem größeren Publikum zeigen zu können. Bisher muss sich die Stiftung mit 350 Quadratmetern in Montparnasse zufriedengeben, wenn auch in einem wunderschönen Art-déco-Stadtpalast gelegen. Dort konnte nur ein Bruchteil der Werke ausgestellt werden. Dabei besitzt die Stiftung, die den Nachlass verwaltet, fast 350 Skulpturen, Hunderte Gemälde und Fotografien. Nun wird ein ehemaliges Bahnhofsgelände von 1900, das nahe des Invalidendoms bisher von Air France genutzt wurde,

nach Plänen des Architekten Dominique Perrault zu einem riesigen Giacometti-Museum umgebaut. 6000 Quadratmeter Ausstellungsfläche sind vorgesehen, außerdem eine Bibliothek, ein Café, ein Restaurant und ein begrünter Innenhof. »Wir wollen einen Ort schaffen, der nicht museal, sondern zugänglich ist und in dem man einen halben Tag verbringen kann, wenn man will«, sagt Grenier. Die Eröffnung ist für 2027 geplant, im Juni wurde die Baugenehmigung beantragt. Die gesamten Kosten für die Umbauarbeiten übernimmt der französische Multimilliardär Xavier Niel. Paris baut damit seinen Ruf als neuen Standort für zeitgenössische Kunst aus – und als Mekka von Mäzenen aus der Privatwirtschaft. 2025 wird auch die Fondation Cartier ein neues Museum nach den Plänen von Stararchitekt Jean Nouvel direkt gegenüber dem Louvre eröffnen. BSA



Als Museum vorgesehener Bahnhofsbau nahe dem Invalidendom

Grönemeyer kann auch Oper

MUSIKTHEATER Der Regisseur Herbert Fritsch und der Popstar Herbert Grönemeyer haben sich oft privat und öffentlich ihrer gegenseitigen Begeisterung versichert – und es klang stets nach einer Art Liebesgeschichte. Nun präsentieren Grönemeyer und Fritsch, der für grellbunte Inszenierungen bekannt ist, ihre erste gemeinsame Arbeit. Im Theater Basel kommt am Wochenende »Pferd frisst Hut« heraus. Es ist die Vertonung der Mitte des 19. Jahrhunderts entstandenen Komödie »Ein Florentinerhut« von Eugène Labiche, die davon handelt, dass das Pferd eines reichen Nichtsnutzes in einem Pariser Park den Hut der schönen Madame Beaupthuis verspeist –

und dadurch eine Kettenreaktion um Eitelkeit, Eifersucht und duelliersüchtige Männer auslöst. Fritsch hat den Stoff 2009 schon mal mit großem Erfolg in Oberhausen präsentiert,

nun soll er in Basel unter anderem mit der Hilfe des Basler Sinfonieorchesters in einer Opernversion präsentiert werden. Grönemeyer hat einst als Theatermusiker angefangen,

doch es sei »das erste Mal, dass er für die große Bühne arbeitet, mit großem Chor und Orchester«, sagt Benedikt von Peter, der künstlerische Direktor des Basler Theaters. Der Regisseur Fritsch hatte schon für das Jahr 2020 in Bochum eine Grönemeyer-Revue mit Unterstützung des Musikers unter dem Titel »Herbert« einstudiert, die Premiere der Aufführung wurde wegen der Coronapandemie verschoben und kam nie zustande. Aus Basel berichtete Fritsch zuletzt von den Proben, das Fach der Oper sei ein »leicht kriminelles Genre« und würde ihn wegen seiner Kompliziertheit manchmal zur Verzweiflung treiben, lenkte dann aber doch ein: Eigentlich sei die »Oper die schönste Art von Unterhaltungskunst überhaupt«. HÖB



»Pferd mit Hut«-Ankündigung des Theaters Basel

Theater Basel

Telegram@shabarsbibliothek

Diese Angst, etwas falsch zu machen

DEBATTEN Erst Schweigen, dann ein Durcheinander offener Briefe – unter deutschen Kunstschaaffenden tobt ein Streit um ihre Haltung zum Gazakrieg, viele wirken orientierungslos. Wer sich wie positioniert.



Robert Gallagher

Michael Rothberg,
Literaturwissenschaftler



Reif Vennensbernd / picture alliance / dpa

Hito Steyerl,
Künstlerin



Christine Olsson / TT / picture alliance

Christian Kracht,
Autor



Eva Oertwig / SCHROEWIG

Thomas Ostermeier,
Intendant



Julia Steinigeweg / Agentur Focus

Herta Müller,
Schriftstellerin



Mohsen Assanmoghadam / dpa

Carolin Emcke,
Publizistin

Es wäre nur eine kleine Ausstellung gewesen, die das Filmhaus Köln am 27. Oktober eröffnen wollte. Halima Aziz heißt die Künstlerin, die hätte ausstellen sollen, eine 1999 in Hagen geborene Palästinenserin. Sie ist laut eigener Aussage im Gazastreifen aufgewachsen und verkauft ihre Bilder normalerweise für zehn Euro das Stück als Poster über das Internet. Vielleicht ist Ausstellung sogar ein zu großes Wort. Aziz' Bilder wären eine Begleitung der palästinensischen Filmtage gewesen.

Daraus wird nun nichts. Die Ausstellung ist abgesagt, die Filmtage sind verschoben. Was ist hier los?

Einem Autor des Blogs »Ruhrbarone« war die Ausstellungsankündigung aufgefallen – und was da eigentlich genau gezeigt werden sollte. Denn Aziz malt in ihrem naiven Stil nicht einfach nur Landschaften und Menschen. Sie malt ein Palästina, in dem keine Juden mehr leben. Es gibt immer wieder Bilder einer Palästina, auf der kein Israel vorkommt.

Die Geldgeber des Filmhauses distanzieren sich, das Ministerium für Bildung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen erklärte, fest »an der Seite Israels« zu stehen. Das Filmhaus sagte die Ausstellung ab und verschob die Filmtage voraussichtlich in den Januar.

Gern hätte man gewusst, was sich alle Beteiligten gedacht haben. Von der Künstlerin, wie sie auf ihre Kunst schaut. Ob sie möglicherweise mit der Bildsprache der Propaganda nur spielt oder ob sie das wirklich alles so meint, wie es scheint. Auch mit dem Filmhaus und dem Städtepartnerschaftsverein Köln-Bethlehem, der die inhaltliche Verantwortung trägt, hätte man gern gesprochen. Aber dann hätten sie möglicherweise sagen müssen: Wir haben nicht so genau hingeschaut. Womit man schlecht aussieht. Oder: Wir haben hingeschaut und konnten nichts Problematisches erkennen. Womit man noch schlechter aussehen würde.

So schweigen auf die Anfragen des SPIEGEL alle. Das Filmhaus Köln könnte das Symbol für den deutschen Kulturbetrieb im Herbst 2023 sein.

Fast vier Wochen ist es mittlerweile her, dass Killerkommandos der Hamas die Grenze zu Israel überquerten, mehr als 1400 Menschen ermordeten, darunter viele Kinder. Über die Handys der Opfer schickten sie Filme ihrer Taten an deren Freunde und Verwandte. Es ist das größte Massaker an Juden seit dem Zweiten Weltkrieg. Mittlerweile ist die israel-



Künstlerin Aziz:
Ein Palästina,
in dem keine Juden
mehr leben

lische Armee in den Gazastreifen eingerückt. Die Bomben auf dortige Ziele haben wahrscheinlich Tausende Menschen das Leben gekostet.

Und in Deutschland? Herrscht eine eigentümliche Kopflösigkeit in den Kulturinstitutionen. Nicht überall. Der Schriftstellerverband PEN Berlin organisierte im Rahmen der Buchmesse eine Diskussionsveranstaltung, die Feuilletons der deutschen Zeitungen sind voller jüdischer Stimmen. Palästinensische gibt es fast keine, auch das gehört zur Geschichte. Aber die weltberühmte Berliner Klubszene etwa schweigt. Dabei hätte sie durchaus Grund, der mindestens 260 toten Technotänzerinnen und -tänzer zu gedenken, die auf dem Supernova-Rave in der Nähe des Kibbuz Re'im ermordet wurden.

Diese Kopflösigkeit ist vor allem im Vergleich zu den Wochen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine bemerkenswert. Möglicherweise waren es auch die Zehntausende Flüchtlinge, die damals nach Deutschland strömten und den deutschen Kulturschaffenden signalisierten: Dieser Krieg geht auch euch etwas an. Es gab seinerzeit kaum ein Kulturhaus, das sich nicht engagierte, mit Lesungen, Aufrufen, Spenden. Auch da ging es um deutsche Geschichte, um das Verhältnis zu Russland, um die Frage, welche Konsequenzen man aus den deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg zieht. Es gab ein Durcheinander der Stimmen. Aber das ordnete sich nach und nach.

Und jetzt? Der Krieg in Nahost mag geografisch ferner liegen, Deutschland betrifft er dennoch. Ohne den Holocaust gäbe es Israel nicht, das Versprechen dieses Staates lautet, Juden den Schutz zu geben, den sie zuvor nicht hatten. Dieser jüdischen Geschichte steht eine arabische Erzählung gegenüber. Die der Palästinenser, die nach der Staatsgründung vertrieben wurden. Ist das

zu kompliziert? Es scheint zumindest, als würden gerade Loyalitäten und Gewissheiten so elementar auf den Prüfstand gestellt, dass nicht klar ist, welche Haltung Debattend Deutschland in Zukunft zum Nahostkonflikt entwickeln wird.

Es gibt einzelne Stimmen, etwa die Starkünstlerin Hito Steyerl, die ihren Schock klar formulieren und gleichzeitig einen hellsichtigen Blick auf die Komplexität der politischen Situation bewahren. Aber vor allem gibt es Unsicherheit, Angst, etwas falsch zu machen.

Was es gibt: offene Briefe, und zwar eine ganze Menge. Steyerl sieht hier einen »Herdentrieb«, wie sie dem SPIEGEL sagt. Am prominentesten ist wahrscheinlich der Brief, den das US-Magazin »Artforum« auf seiner Website veröffentlichte, rund 8000 Künstlerinnen und Künstler haben ihn unterzeichnet.

Das Massaker der Hamas erwähnte er zunächst mit keinem Wort, alle Schuld für die Gewalt sah er bei Israel. Auf Druck von Künstlern, Galeristen und Sammlern wurden später ein paar relativierende Sätze angefügt – der Chefredakteur des Magazins verlor trotzdem seinen Job. Woraufhin rund 50 Mitarbeiter in einem weiteren Brief protestierten. Es gab auch einen Gegenbrief des israelischen Kunstmagazins »Erev Rav«, den mehr als 3000 Menschen unterschrieben haben. Überall sind Deutsche mit dabei.

In der »taz« veröffentlichte eine Gruppe von über 100 »in Deutschland beheimateten jüdischen Künstler:innen, Schriftsteller:innen und Wissenschaftler:innen« einen Brief, in dem sie sich mit den Protesten in Deutschland lebender Palästinenser solidarisch erklärten. Und schlussendlich kursiert ein Brief deutscher Autorinnen und Autoren, unter ihnen Stars wie Herta Müller, Doris Dörrie und Christian Kracht. Darin wird zur Solidarität mit Jüdinnen und Juden aufgerufen – und der Literaturbetrieb für sein Schweigen kritisiert.

Ronen Eidelman ist Künstler und einer der Chefredakteure von »Erev Rav«. Er hat unter anderem in Deutschland studiert, ist weltweit vernetzt. Per Videochat aus Jerusalem sagt er über die, die nun Statements unterschreiben, in denen die Opfer und Geiseln aus seinem Land keine große Rolle spielen: »Diese Leute sind intellektuelle und gut informiert. Das ist es, was mich am meisten beunruhigt: Die Leute, die diese Briefe unterschrieben haben, sind keine Leute, die keine Ahnung

»Momentan geht es vielen darum, Komplexität aufzugeben.«

Ronen Eidelman,
Chefredakteur

haben.« Momentan, findet Eidelman, gehe es vielen offensichtlich darum, jegliche Komplexität aufzugeben.

Westliche Medien, die Briefe veröffentlichten, in denen Israel Völkermord vorgeworfen wird, hätten auf seine Bitte, einen von ihm initiierten Antwortbrief zu berücksichtigen, nicht einmal reagiert. Im Grunde, sagt Eidelman, stünden sich zwei linke Kulturlager gegenüber – die bis vor Kurzem noch eine Schnittmenge hatten. Man kenne sich, sagt Eidelman. Eigentlich habe man lange an ähnliche Utopien geglaubt.

Im Berliner Maxim-Gorki-Theater, das berühmt ist für sein divers zusammengesetztes Ensemble, für seine »postmigrantische« Programmatik und sein politisches Engagement, haben die Intendantin Shermin Langhoff und ihr Leitungsteam am 13. Oktober die Vorstellungen von Yael Ronens neun Jahre alter Inszenierung »The Situation« abgesagt. Die Aufführung beschäftigt sich mit dem Nahostkonflikt, schildert aber letztlich eine mittlerweile historisch gewordene und vergleichsweise weniger blutige Phase der oft kriegerischen Auseinandersetzung.

Gorki-Chefin Langhoff will sich auf SPIEGEL-Anfrage nicht äußern. Für die Website des Theaters hat sie mit dem Dramaturgen Johannes Kirsten einen Text zur Absage verfasst. »Der Krieg verlangt nach der einfachen Einteilung in Freund und Feind. Er wird die Probleme nicht lösen«, heißt es darin. Und: »Theater lebt von der Vielstimmigkeit. Von der Auseinandersetzung, vom Streit. Mit den großen Vereinfachern aber kann es wenig anfangen.« Die Frage ist, ob dann die Absage eines bis vor Kurzem gefeierten Stückes die beste Lösung ist.

An der Berliner Schaubühne gibt es immerhin das Debattenformat »Streitraum«, moderiert von der Autorin Carolin Emcke. Es findet weiterhin statt, mit einer Veranstaltung zum Krieg. Emcke sagt: »Er belastet uns, ängstigt uns, lässt uns verzweifeln.« Thomas Ostermeier, der Intendant der Schaubühne, sagt, Emckes Worte drückten genau das aus, was auch er in diesen Tagen denke.

Barbara Mundel, Intendantin der Münchner Kammerspiele, berichtet davon, dass sie gerade dabei sei, in ihrem Haus »eine Solidaritätsveranstaltung mit Israel auf die Beine zu stellen«. Seit Jahren beschäftige sich ihr Theater in Projekten und Workshops mit dem Antisemitismus in Deutschland und dem Aufstieg der AfD.

Wie viel Streit gibt es derzeit in ihrem Haus über den Krieg in Nahost und die Notwendigkeit, Solidarität zu zeigen? »Streit gibt es keinen, vielleicht Verwirrung und Unsicherheit bei einigen Kolleginnen und Kollegen«, sagt Mundel. Sie werde, fügt sie hinzu, ihre Unterschrift unter der Erklärung der sogenannten Weltoffenheit-Initiative zurückziehen. Durch diesen umstrittenen Zusammenschluss erklärt sich nämlich ein Teil des Schweigens.

Im Dezember 2020 gingen die Leiterinnen und Leiter einiger großer deutscher Kultur-

»Er belastet uns, ängstigt uns, lässt uns verzweifeln.«

Carolin Emcke, Autorin

institutionen damit an die Öffentlichkeit – unter anderem die damaligen Chefs des Goethe-Instituts, des Deutschen Theaters Berlin, des Hauses der Kulturen der Welt und der Kulturstiftung des Bundes. Man Sorge sich um die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, sagten sie – was eine Antwort auf den BDS-Beschluss des Bundestags war, der 2019 gefasst worden war, vor allem mit Stimmen der Union, SPD und FDP. Die Grünen waren gespalten gewesen, die Linkspartei zu großen Teilen dagegen, die AfD hatte sich enthalten. Der BDS-Beschluss fordert, Anhängern der Israel-Boykott-Bewegung keine staatlichen Räume mehr zur Verfügung zu stellen. Er ist rechtlich nicht bindend.

Die Unterstützer der Weltoffenheit-Initiative betonten zwar, selbst BDS nicht zu unterstützen. Sie wollten aber die Freiheit behalten, Stimmen aus dem sogenannten Globalen Süden einzuladen, ohne sie vorher einem Gesinnungstest unterziehen zu müssen. Wenn Integration gelingen solle, müsse der Kulturbetrieb ebenfalls pluraler werden und sich erlauben, deutsche Gewissheiten infrage zu stellen, das war das Argument.

Es war aber nur die halbe Wahrheit. Genauso wichtig: Wie die Finanzmärkte, die Industrie mit ihren Lieferketten und die höhere Bildung mit ihren vernetzten Universitäten hatte sich auch die Kultur seit den Nullerjahren mit großer Geschwindigkeit internationalisiert. Und wer mit den großen Stiftungen und Museen in den USA oder Großbritannien um die interessantesten Köpfe und die neuesten intellektuellen Thesen und künstlerischen Trends konkurrieren wollte, musste sich an den dortigen Diskursen ausrichten. »Globaler Süden«, »Postkolonialismus« und »Intersektionalität« waren die Modewörter, mit denen die Institutionen

hofften, konkurrenzfähig zu bleiben. Dass sie an amerikanischen und britischen Universitäten und in der dortigen Kunstwelt häufig mit Israelfeindlichkeit verbunden waren, schienen sie in Kauf zu nehmen. Hinter den Begriffen steckte aber eine bestimmte Weltanschauung, eine Vorstellung von westlicher Vormacht, von Rassismus als Hautfarbenproblem, bei dem Antisemitismus aber oft nicht wirklich zählt.

Die Documenta 15, die der Triumph dieser Begriffe werden sollte – die Kunstwelt des Globalen Südens zu Gast bei ihren deutschen Freunden –, war dann ihr Abgrund. Nicht nur wegen der antisemitischen Kunstwerke. Auch wegen der Hilflosigkeit der Verantwortlichen, die über Wochen außerstande waren, einen Umgang zu finden mit dem, was sie da angerichtet hatten. Das Gespräch mit dem Globalen Süden kann eben nicht voraussetzungslos funktionieren. Es gibt die deutsche Geschichte nun mal, und wer in Deutschland agiert, muss bereit sein, sich ihr zu stellen.

Wer sich allerdings in Berlin unter Kulturpolitikern umhört, kann ganz andere Töne vernehmen als noch in den vergangenen Jahren. Die Selbstverständlichkeit dürfte vorbei sein, mit der Projekte bewilligt wurden, die sich unkritisch mit dem Globalen Süden beschäftigten.

Die staatliche deutsche Kulturförderung ist ein komplexes Geflecht von Institutionen. Die Politik, die sie auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene finanziert, muss eine schwierige Balance halten. Auf der einen Seite darf sie keinen inhaltlichen Einfluss nehmen, die Kultur muss unabhängig sein. Auf der anderen muss sie aber Entscheidungen treffen, wer das Geld bekommt. Das hat zu einem labyrinthischen wie erstaunlich gut funktionierenden Gewirr von Juries, Kommissionen und Gutachtern geführt, die das übernehmen – und sich meist gegenseitig berufen. Kaum etwas geht schnell in diesem Komplex.

Trotzdem: Dass die Bundeszentrale für Politische Bildung den Kongress »We Still Need to Talk«, der im Dezember stattfinden sollte, kurzerhand absagte, dürfte ein Zeichen sein. »We Still Need to Talk« sollte noch einmal die ganze Gruppe von Wissenschaftlern und Aktivistinnen versammeln, die im Namen des postkolonialen Aktivismus und mit Verweis auf die angeblich falsch gelaufene deutsche Erinnerungskultur das besondere deutsche Verhältnis zu Israel kritisieren wollte. Kuratiert von Michael Rothberg, Literaturwissenschaftler und jüdischer Amerikaner, und Candice Breitz, Künstlerin, Professorin in Braunschweig und jüdische Südafrikanerin.

Die alten Begriffe, mit denen sich in den vergangenen Jahrzehnten gut durch den Betrieb segeln ließ, tragen nicht mehr im Moment. Zumindest nicht auf Antragsformularen. Neue aber sind noch nicht da. Welche es in Zukunft sein werden? Das wird in diesen Wochen verhandelt.

Wolfgang Höbel, Ulrike Knöfel, Carola Padtberg, Tobias Rapp



Kundgebung für Hamas-Opfer in Berlin

Die Axt an der Wurzel

KULTURPOLITIK Das Goethe-Institut muss sparen. Filialen vor allem in Europa sind betroffen und bangen um ihre Zukunft. Ein Besuch in Neapel, wo die Leiterin noch hofft, dass es anders kommt.

Ausgetretene Stufen aus Stein führen hinauf in den zweiten Stock des Palazzo Sessa zu Neapel. Schon Goethe stieg hier hoch, auf Italienreise vor 236 Jahren. »Du fühlst dich in diesem Gebäude wie in einer Zeitmaschine«, sagt Maria Carmen Morese.

Die zierliche Frau leitet im Palazzo die neapolitanische Filiale des Goethe-Instituts. Seit mehr als sechs Jahrzehnten wird am Fuß des Vesuvs mit Nachdruck und Fantasie für das Land im Norden geworben. Das Motto klingt selbstbewusst: »Sprache. Kultur. Deutschland.«

2024 allerdings soll mit dem Dreiklang Schluss sein. Der Deutschunterricht in Neapel wird gestrichen, die Etage im historischen Palazzo geräumt. Europas größte Wirtschaftsmacht, vertreten durch das Auswärtige Amt in Berlin, hat beschlossen zu sparen – auch an der Kultur und an deren Vermittlung, der »dritten Säule« der Außenpolitik. So sah und nannte das Willy Brandt.

446 Milliarden Euro schwer ist der Bundeshaushalt für 2024. Etwa 0,005 Prozent des Gesamtetats, 24 Millionen Euro jährlich, sollen künftig durch Kürzungen beim Goethe-Institut eingespart werden. Gleichzeitig verspricht die Regierung mehr als das 400-Fache dieser Summe, um die geplante Chipfabrik des US-Konzerns Intel in Magdeburg zu subventionieren.

Neun Goethe-Institute weltweit sollen geschlossen, 130 Stellen eingespart werden. In Italien würden nur die Standorte Rom, Mailand, Palermo sowie ein aufs äußerste Minimum reduziertes Institut in Neapel übrig bleiben. Maria Carmen Morese mag es noch nicht glauben – sie, die in Pompeji geboren wurde, quasi auf der Asche der Antike, die in Deutschland promovierte und ihr Herz an die Sprache Goethes verlor.

Napoli und »il Goethe«, war das nicht seit 1961 ein prächtiges Schaufenster des Nicht-mehr-Nazi-Deutsch-

Adorno und Gadamer, Beuys und Biermann, Stockhausen und die Einstürzenden Neubauten – alle waren sie da.

lands, hier im Süden Italiens? Adorno und Gadamer, Beuys und Biermann, Stockhausen und die Einstürzenden Neubauten – alle waren sie da. Und kamen in Kontakt mit kunstsinnigen Neapolitanern.

Seit Bekanntwerden der Berliner Pläne unterzeichneten mehr als 5000 Italiener die Petition zur Rettung des Instituts, darunter der preisgekrönte Autor und Anti-Mafia-Aktivist Roberto Saviano sowie Größen des neapolitanischen Kulturbetriebs. Der Direktor der Akademie der Schönen Künste protestierte schriftlich beim deutschen Botschafter in Rom. Ohne Erfolg.

An anderen italienischen Standorten sieht die Zukunft noch düsterer aus. Die Filialen in Triest, Genua und Turin sollen Anfang 2024 gänzlich geschlossen werden. Und das, kurz bevor auf der Turiner Buchmesse Deutschland samt seiner Sprache Ehrengast ist. Im Land, wo Goethe Zitronen blühen sah, wirkt es, als würde nun die Axt an die Wurzeln gelegt.

Michael Krüger, ehemals Leiter des Hanser Verlags, gibt sich perplex. »Ich bin Mitglied im erweiterten Beirat des Goethe-Instituts, aber diese Entscheidungen wurden im engsten Kreis diskutiert; mich schockiert das umso mehr, als Europa gerade nach rechts rückt und wir also an einer Weggabelung stehen.« Die Grünen hätten sich schon unter Joschka Fischer wenig für Kulturpolitik vor ihrer Haustür interessiert; auch bei Annalena Baerbock stehe Europa »nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit«.

In Berlin klingt das grundsätzlich anders. Die Einsparungen beim Goethe-Institut seien nicht zuletzt aufgrund des Widerstands von Baerbock »unterproportional« ausgefallen im Vergleich zu anderen Bereichen im Auswärtigen Amt, sagt Ralf Beste, ehemals SPIEGEL-Redakteur. Er leitet seit 2022 die Abteilung Kultur im Außenministerium und ist damit Baerbocks wichtigster Mann in diesem Bereich. Er verteidigt die als Transforma-

tion verkaufte Schrumpfkur: »Das Goethe-Institut hat ein Reformkonzept vorgelegt, das wir überzeugend finden. Deswegen haben wir es angenommen.« Es gehe künftig, so Beste, »im Lichte der Zeitenwende« unter anderem um mehr Präsenz im Osten Europas.

»Zeitenwende«, da ist es wieder, das scholzsche Schlagwort. Es klingt großspurig. Aber mit Blick auf das Goethe-Institut passt es. Die Zeiten und Schwerpunkte in der auswärtigen Kulturpolitik haben sich verändert.

1951, da lagen Teile Deutschlands noch in Schutt und Asche, fand die Regierung in Bonn gleichwohl Geld für die Gründung des Flaggschiffs auswärtiger Kulturpolitik. Gut 70 Jahre später wird abgespeckt. Dabei hatte die Berliner Ampelkoalition bei Amtsantritt 2021 versprochen, die auswärtige Kulturarbeit, »insbesondere das Goethe-Institut«, sogar zu stärken. Um drei Prozent sollten die Zuwendungen anwachsen. Zwei Jahre und einen Ukrainekrieg später sieht das Ergebnis so aus: Der Etat wird mittelfristig um satte zehn Prozent gekürzt.

Die Vertreter des Goethe-Instituts werden nun wohl straffer denn je an die Kandare des Außenamts genommen und sollen Nutzwert liefern. Aber warum treffen die Kürzungen ausgerechnet Italien so hart? Ein Land, dessen heutige Ministerpräsidentin Giorgia Meloni noch 2019 erklärte: »Ich bin allergisch gegen Deutschland, sogar bei Büchern.«

»Am Beispiel Neapel lässt sich vieles von der Fragwürdigkeit dieser Entscheidung und von der mangelnden Sensibilität belegen«, kritisiert Christoph Bartmann. Das Wort des Autors hat Gewicht, er kennt den Goethe-Betrieb als ehemaliger Leiter der Institute in New York und Warschau von innen: »In Neapel gibt es eine vitale Germanistik und auch sonst Menschen, die Deutsch lernen, das Interesse ist ungebrochen«, sagt Bartmann, »und dort soll künftig quasi ohne Budget und ohne feste Adresse gearbeitet werden?«

Ersatzweise sind Filialen im europäischen Osten, in Texas und auf den Fidschi-Inseln geplant. Bartmann, der nicht prinzipiell gegen Schließungen ist, findet diese Rochaden schwer nachvollziehbar: »Wir stehen schwach da im Vergleich mit anderen, denen es finanziell auch nicht besser geht als uns, den Spaniern etwa oder den Franzosen; Letztere klotzen gerade, indem sie 60 Meisterwerke aus Neapel im Louvre zeigen – so kann Kulturpolitik aussehen.«

Institutschefin Morese: Das Herz an die Sprache Goethes verloren



Piero Ottolenghi / Polaris / laif



Joko / Bildagentur-online / Universal Images Group / Getty Images

Hafenstadt Neapel: »Ein Paradies, jedermann lebt in einer Art von trunkner Selbstvergessenheit«

Annalena Baerbock habe »für 24 Millionen die Seele Europas verkauft«, urteilte giftig die »Süddeutsche Zeitung«. Doch wer annimmt, die Entscheidung der Bundesregierung verärgere nur ein paar weltfremde Feuilletonisten und die unmittelbar von Sparmaßnahmen Betroffenen, der sollte sich dieser Tage in Italien umhören. Die Premiere eines Stücks im Bellini-Theater von Neapel etwa, in dem der unter Polizeischutz stehende Roberto Saviano auftritt, gerät zu einer Art Vollversammlung der Freunde und Ex-Studierenden des »Goethe«, darunter der Filmproduzent des Oscarpreisträgers Paolo Sorrentino. Maria Carmen Morese, die anwesende Goethe-Chefin, erntet aufmunternde Stimmen.

»Hier, zwischen mittlerweile verschwundenen Wegen, mit Blick auf den Vesuv, stand das Haus, in dem Volfango Goethe 1787 wohnte«, steht auf einem Schild am Eingang zur Galleria Umberto I. Der Weimarer wird unter Neapolitanern vor allem wegen seiner in der »Italienischen Reise« verewigten Elogen verehrt. »Neapel ist ein Paradies, jedermann lebt in einer Art von trunkner Selbstvergessenheit«, schrieb Goethe. Ihm selbst ergehe es ebenso: »Ich erkenne mich kaum.«

An Mittel- und Hochschulen Neapels sind die deutschen Spuren in der Stadtgeschichte Untersuchungsgegenstand. Die demnächst 800-jährige Universität Federico II etwa, gegründet 1224, verdankt ihre Existenz und ihren Namen dem römisch-deutschen Kaiser

Friedrich II. Der aufgeklärte Staufer förderte Forschung und Lehre unabhängig vom Willen der Päpste.

Das deutsche Erbe lebendig zu halten, finstere Seiten inklusive, zählt zum Selbstverständnis des Goethe-Instituts. Es könne nicht sein, dass zunehmend an der Kultur gespart werde und sich in Neapel künftig »alles den Gesetzen des Tourismusgeschäfts« unterwerfe, sagt Marta Herling, Enkelin des Philosophen Benedetto Croce. Sie ist Generalsekretärin des Instituts für Historische Studien im Palazzo Filomarino. Draußen, vor der Tür, drängt durch enge Gassen die menschliche Fracht, die von monströsen Kreuzfahrtschiffen im Hafen ausgespuckt wurde. Drinnen, zwischen steilen Bücherwänden, Kulissen der Gelehrsamkeit, macht Herling keinen Hehl aus ihrem Befremden über die Deutschen.

Das Goethe-Institut sei »seit Jahrzehnten ein äußerst wichtiger Bezugspunkt« für das geistige Leben Neapels, sagt sie, eine Art »diplomatischer Vorposten« Deutschlands. Die Hoffnung auf eine Wende hat Herling noch nicht aufgegeben: »Vergessen Sie nicht, Neapel ist eine vulkanische Stadt und eine Stadt der Wunder.«

Was das Vulkanische angeht, ist einer wie Gabriel Zuchtriegel Experte, er leitet als erster Deutscher den Archäologiepark im mehrtausendjährigen Pompeji. Der gebürtige Schwabe hat sich seit seiner Ankunft 2015 im Süden die Anerkennung der Italiener erarbeitet. Wer

mit Zuchtriegel in der Lavalandschaft südlich Neapels unterwegs ist, erlebt einen Wissenschaftler, dem es um kulturelle Teilhabe sämtlicher sozialer Schichten geht, gerade im benachteiligten Mezzogiorno.

Der Star-Archäologe zählt zu den prominentesten Kritikern der Sparmaßnahmen beim Goethe-Institut Neapel: »Diese Politik ist extrem kurzsichtig, weil sie die tiefen kulturellen Verbindungen zwischen Deutschland und der Region Kampanien außer Acht lässt«, sagt Zuchtriegel: »Kurzsichtig in zweierlei Hinsicht – wegen der Deutschen, die seit Langem in dieses Gebiet kommen, und wegen der mangelnden Wertschätzung für neapolitanische Denker, die von der deutschen Kultur beeinflusst waren.« Es gebe da ein lebendiges und wichtiges Band, das nicht zerschnitten werden dürfe.

Auf dem Weg von den Ausgrabungsstätten zurück ins Zentrum von Pompeji kreuzen Besucher eine Straße, die nach Antonio Morese benannt ist. Dem Mann, der 1943 ein Massaker der nationalsozialistischen Besatzungstruppen an der einheimischen Bevölkerung verhinderte. Dank exzellenter Deutschkenntnisse erwirkte er Aufschub und schließlich Verschonung.

So steht es in Moreses Biografie, so erzählt es auch die Enkelin des Helden von Pompeji: Maria Carmen Morese. Noch leitet sie das Goethe-Institut zu Neapel.

Walter Mayr

Telegram@shabarsbibliothek

Rambo für den rechten Rand

KINO Der Indiefilm »Sound of Freedom« wurde in den USA zu einem der erfolgreichsten Blockbuster des Jahres – weil Trump-Fans sich ihn gekapert haben. Jetzt startet er in Deutschland.

Alejandro Gómez Monteverde bestellt sich einen Martini. »Extratrocken, nur eine Spur Wermut«, sagt er. Der mexikanische Regisseur wartet in einer Hotelsuite darauf, dass die Videoverbindung mit dem SPIEGEL-Journalisten ohne Störungen steht. Im Bild ist eine Flasche Wasser zu sehen, angebrochen. Doch der 46-Jährige braucht offenbar Stärkeres. Vielleicht weil auf der Promotour zu seinem aktuellen Film unbequeme Fragen zu erwarten sind.

Auf den ersten Blick ist Monteverdes Film »Sound of Freedom« eine irre Erfolgsgeschichte. Die Produktion startete als Indieprojekt und wurde dann einer der größten Blockbuster des Jahres. In den USA spielte das Werk bisher mehr als 184 Millionen Dollar ein und brachte es unter die Top Ten von 2023 – noch vor »Mission: Impossible – Dead Reckoning Teil Eins« und »Creed III – Rocky's Legacy«.

Doch der Erfolg hat etwas Beklemmendes. Der Film wurde auch deshalb so erfolgreich, weil ihn rechte Verschwörungsfanatiker kaperten. »Sound of Freedom« ist nicht nur ein Phänomen. Sondern, nach Countrysongs und Westernserien, das Kulturprodukt, an dem Amerikas Richtungskampf zwischen rechtem und linkem Lager so scharf hervortritt wie nie zuvor. Das Drama um den Film offenbart, wie tief gespalten und von Paranoia gebeutelt die US-Gesellschaft ist.

Die Idee hinter dem Actionthriller, der kommende Woche in Deutschland anlauft, klingt erst mal spannend, gar ehrenwert: »Sound of Freedom« thematisiert eine Krise, die breitere Beachtung verdient. Der Held Tim Ballard (Jim Caviezel), ein US-Spezialagent, kämpft als Einmannkommando gegen Kinderhändler und Pädosexuelle. Doch die Figur Ballard hat ein Vorbild in der Realität. Die Handlung, so der Vorspann, basiert »auf einer wahren Geschichte«. Damit begann der Ärger.

Denn der echte Agent Tim Ballard ist politisch stramm rechts und predigt in Interviews Verschwörungstheorien,



Angel Studios / 24 Bilder



Angel Studios / 24 Bilder



Angel Studios / 24 Bilder

Szenen aus »Sound of Freedom«:
Der wahre Skandal scheint woanders zu liegen

ebenso wie der Schauspieler Caviezel, der ihn darstellt. Amerikas Christlich-Konservative erhoben »Sound of Freedom« zum Pflichtprogramm, zum Schwert in ihrem Kulturkrieg gegen die Demokraten.

In diesem Krieg ist das Reizthema Kinderhandel inzwischen zentral. Viele Republikaner verdächtigen Linke, LGBTQ und sogar pauschal Einwanderer pädosexueller Übergriffe. Begonnen hatte das im Präsidentschaftswahlkampf 2016 mit der »Pizzagate«-Verschwörungstheorie, nach der US-Demokraten im Keller einer Pizzeria in Washington einen Kindersexring betrieben. Bewegungen wie QAnon schüren seitdem mit solchen Hirngespinnsten eine Panik, die nichts mit tatsächlichen Verbrechen zu tun hat, sich aber politisch instrumentalisieren lässt.

Mitten in diese aufgeladene Situation platzte Monteverdes Werk. »Sound of Freedom« ist kein gelungener Film, er ist opulent inszeniert, doch die gut gemeinte Botschaft erstickt in Klischees. Verschwörungstheorien facht der Film aber auch nicht an.

Auch Monteverde selbst bemüht sich um Neutralität – was soll er auch anderes tun? Dass sein Werk zum Spielball politischer Richtungskämpfe geworden sei, schmerze ihn, sagt er im Gespräch. »Bumm, auf einmal hatte der Film diese falschen Etiketten.« Er hoffe, dass sich nun das internationale Publikum ein eigenes Urteil bilde. »Ich bin ein großer Verfechter des individuellen Denkens. Das ist das Einzige, was wir tun können, um das politische Narrativ zu bekämpfen.«

Mit der Arbeit an »Sound of Freedom« begann der Regisseur bereits 2014 – also lange bevor der QAnon-Wahn Teile der amerikanischen Rechten korrumpierte. Damals sah er einen Bericht über internationale Menschenhändler, die Kinder zum Missbrauch verkaufen. Bis dahin, erzählt er, habe er wenig gewusst über Menschenhandel. Nach Angaben der Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen sind davon 3,3 Millionen

Kinder weltweit betroffen, die Hälfte davon wird sexuell ausgebeutet.

»Für mich gibt es zwei Arten von Filmen – die, die ich machen möchte, und die, zu denen ich berufen bin«, sagt Monteverde. »Das hier fühlte sich an wie eine Berufung.«

Gemeinsam mit dem Drehbuchautor Rod Barr begann er, das Thema für einen Kinofilm zu recherchieren, es war erst das dritte Projekt für den bis dahin eher unbekannten Regisseur. Unweigerlich stießen die beiden auf Ballards Namen. Der frühere Agent des US-Heimatschutzministeriums hatte eine Privatinitiative zur Rettung verschleppter Kinder gegründet. Er nannte sie Operation Underground Railroad (OUR), nach dem geheimen Netzwerk zur Sklavenbefreiung im 19. Jahrhundert. Bei einigen von ihm geschilderten Undercovereinsätzen in Mittel- und Südamerika gab sich Ballard als »Käufer« aus.

Eine Mission mit dem kolumbianischen Militär, bei der Ballard nach eigenen Angaben 54 Mädchen und Jungen im Alter von 11 bis 18 Jahren aus dem kolumbianischen Dschungel rettete, schaffte es 2014 sogar in die Abendnachrichten. Der Sender CBS strahlte geheime Filmaufnahmen der Razzia aus und interviewte Ballard. Am Ende des Gesprächs weinte er.

Ballard stieg zum Helden auf, zu einem, der etwas unternahm gegen den Horror, vor dem andere die Augen verschlossen. Er trat als Experte für Kinderhandel vor dem US-Kongress auf, sprach auf Symposien.

Nachdem sie sich mit Ballard getroffen hatten, schrieben Monteverde und Barr ihr Drehbuch um. Die Mission in Kolumbien stand nun im Mittelpunkt. »Sound of Freedom« hatte nur noch wenig mit Kindesmissbrauch in den USA zu tun, sondern spielte größtenteils in Südamerika. Das Muster: Weißer Retter hilft armen Latinokindern. »Im Film musste ich das Ganze verdichten, also habe ich mir etwas kreative Freiheit genommen. Es ist ein biografischer Film«, beharrt er. »Meine Hauptperson ist zufällig weiß.«

Monteverde traf noch eine weitere Entscheidung, die im Nachhinein mindestens naiv wirkt. Die Rolle des Tim Ballard habe er »einer Menge von Schauspielern« angeboten, die meisten hätten abgelehnt. Caviezel habe ihn aber mit seinem emotionalen Engagement überzeugt. Der Schauspieler hatte 2004 in Mel Gibsons umstrittenem Kreuzigungsepos »Die Passion Christi« die Hauptrolle gespielt. Oft sprach er schon damals darüber, wie wichtig ihm sein katho-

lischer Glaube sei. Dahinter lauerte eine Neigung zu rechten Verschwörungserzählungen, die nach Drehschluss voll aufbrach. 2021 verbreitete Caviezel bei einer ultrarechten Veranstaltung in Oklahoma die QAnon-Theorie, dass Hollywood und »liberale Eliten« das Adrenalin von Kindern für satanische Rituale »ernsten« – ein Unsinn, den er während der US-Werbetour für »Sound of Freedom« wiederholte.

Lange war nicht klar, ob und wann der Film überhaupt in die Kinos kommen würde. Mit einem privat finanzierten Budget von angeblich 14,5 Millionen Dollar drehte Monteverde 2018, als Verleih gewann er das Hollywoodstudio 21st Century Fox, das zu der Zeit noch Rupert Murdoch gehörte. 2019 verkaufte Murdoch 21st Century Fox an Disney. Dort verstaubte »Sound of Freedom« im Regal, wie so viele andere Fox-Produktionen.

Schließlich boten sich die Angel Studios an. Gegründet von vier Mormonenbrüdern, machte sich die christliche Produktionsfirma einen Namen, weil sie religiös durchwirkte Produktionen mittels Crowdfunding und Investoren ins Kino brachte.

Angel Studios kündigte die Premiere für den 4. Juli 2023 an, den US-Unabhängigkeitstag. Über eine App konnte man Extratickets für andere kaufen, egal ob die dann genutzt wurden. Kirchen und religiöse Gruppen buchten ganze Kinos. Fans wurden mit evangelikaler Dringlichkeit angehalten, ihre Begeisterung weiterzugeben wie die Frohe Botschaft. Die Figur Ballard wurde ein Rambo für Rechte.

Elon Musk ließ sich als Botschafter einspannen, er bot kostenlose Werbung an. Mel Gibson, im liberalen Hollywood wegen homophober und antisemitischer Äußerungen weitgehend geschmäht, forderte dazu auf, »Sound of Freedom« anzusehen. Donald Trump zeigte den Film in seinem Golfklub in New Jersey, im Beisein von Caviezel und Ballard. Monteverde sagt, er habe sich diesem Screening absichtlich ferngehalten.

Jedoch bekam der Film auch mit seiner Billigung in den USA einen Nachspann, in dem Hauptdarsteller Caviezel dem Publikum das Gefühl vermittelt, nicht nur Kinobesucher, sondern Teil einer Bewegung zu sein. »Sound of Freedom« habe für die gute Sache »jede denkbare Hürde überwunden«, sagt er und blickt dabei direkt in die Kamera. »Wir haben kein großes Studiogeld, aber wir haben euch.«



Regisseur Monteverde: Spielball politischer Richtungskämpfe

»Sound of Freedom« spielte am ersten Tag fast 20 Millionen Dollar ein. Wie viele Menschen den Film tatsächlich gesehen haben und wie viel des Erfolgs nur auf ungenutzte Sammel Spenden zurückgeht, ist bis heute unklar. Im Netz kursierten Berichte von angeblich ausverkauften, doch trotzdem leeren Kinos. Überprüfen lässt sich das nicht.

So schnell »Sound of Freedom« in rechten Zirkeln zum Phänomen wurde, so stark war die reflexhafte Gegenreaktion im linken Lager. Dort lehnten viele den Film als QAnon-Propaganda ab, oft ohne ihn gesehen zu haben. In einem der schärfsten Verrisse nannte der »Rolling Stone«-Journalist Miles Klee »Sound of Freedom« einen »Superheldenfilm für Dads mit Hirnparasiten«. Nach eigener Darstellung bekam er nach der Veröffentlichung Todesdrohungen.

Auch wurde kolportiert, dass die weltgrößte US-Kinokette AMC den Film sabotiert habe, indem sie etwa die Klimaanlage ausgestellt habe. Monteverde sagt: »Das Gegenteil ist der Fall. Die Kinos haben uns sehr unterstützt. Sonst hätten wir diese Einspielergebnisse nie erreicht.« Auch Angel Studios dementiert solche Aktionen, AMC tritt die Vorwürfe als »bizarr« ab.

Der wahre Skandal scheint ebenso woanders zu liegen. Ballard und seine Organisation OUR mussten sich in mehreren Medien vorwerfen lassen, ihre Rolle beim Kampf gegen den Kinderhandel aufgebauscht zu haben.

Sechs Ex-Mitarbeiterinnen von OUR haben Ballard und seine Organisation zudem wegen sexueller Belästigung verklagt. Sie hätten bei den Einsätzen als Ballards »Ehefrauen« posieren müssen und seien zum Sexualverkehr mit ihm gezwungen worden, heißt es in einer Klage. Auch habe Ballard OUR genutzt, um sich zu bereichern. Ballard – der sich inzwischen von OUR getrennt hat – streitet die Anschuldigungen ab: »Es sind haltlose Erfindungen, die mich und die Bewegung, die wir geschaffen haben, um Menschenhandel und den Missbrauch wehrloser Kinder zu beenden, zerstören sollen.«

Monteverde mag die Vorwürfe nicht kommentieren, sein Martini kommt endlich. Der Regisseur beendet das Gespräch, vorher weist er noch auf sein nächstes Werk hin: »Cabrini« über die heiliggesprochene Ordensschwester Francesca Cabrini. Erneut ist es seine Version einer realen Biografie. Erneut wird der Film von Angel Studios vertrieben.

Marc Pitzke

»Wir haben kein großes Studiogeld, aber wir haben euch.«

»Ich bin wie der Weihnachtsmann, überall gleichzeitig«

KARRIEREN Dolly Parton hat ein Rockalbum mit vielen Stars aufgenommen. Hier erklärt die Countrylegende, warum Mick Jagger doch keine Zeit für sie hatte, weshalb sie sich noch heute die Seele aus dem Leib singen muss – und was hinter dem wohl politischsten Song ihrer Laufbahn steckt.

Dolly Parton gibt nicht einfach Interviews. Sie gewährt Audienzen. Zum Gespräch empfängt die 77-jährige US-Sängerin, die einst als viertes von zwölf Geschwistern in einer armen, christlichen Familie in Tennessee aufwuchs und heute als »Queen of Country Music« gilt, in einem palastartigen Luxushotel in London. Am 17. November bringt Parton ihr Album »Rockstar« heraus. Darauf spielt sie mit Stars wie Elton John, Sting oder Paul McCartney Klassiker der Rockmusik, aber auch eigene Songs. Das Geheimnis von Partons Erfolg ist ein Balanceakt, so wie auch ihre Musik zwischen Pop und Tradition schwebt: Parton, die in einem melodischen Südstaaten-Singsang spricht, macht in Interviews zumeist lieber Witze über ihre operierten Brüste, als politisch Position zu beziehen. Sie wird von Konservativen wie Linken gleichermaßen verehrt und gilt auch wegen ihrer wohlwollenden Haltung zur gleichgeschlechtlichen Ehe als LGBTQ-Ikone. Seit 1966 ist sie mit Carl Dean verheiratet, das Paar lebt auf einer Farm in Tennessee. Wie immer ist Dolly Parton auch an diesem Nachmittag für das Interview makellos gestylt: Über einem eng anliegenden weißen Outfit trägt sie ein paillettenbesetztes Bolerojäckchen. Sie glitzert wie eine Diskokugel. Und plaudert dann ohne majestätische Zurückhaltung gut gelaunt drauflos.

Parton: Was wollen Sie wissen? Ich erzähle Ihnen alles!

SPIEGEL: Mrs Parton, fangen wir doch einfach mit Ihrem neuen Album an. Es enthält 30 Songs, eine ganze Menge. Aber »World on Fire« sticht heraus, das Lied ist eine Warnung vor dem Untergang der Welt, falls wir den Klimawandel nicht stoppen. Es ist das wohl freimütigste politische Statement, das Sie je gemacht haben.

Parton: Mein Lied handelt ja nicht nur vom Klimawandel. Es handelt genauso von der gesellschaftlichen Spaltung, dem Hass, all diesem ganzen Zeug. Der Song ist auch gar nicht so politisch. Was ich sagen will: Wir sollten uns nicht von der Politik oder anderen Einflüssen davon abhalten lassen, jene besseren Menschen zu sein, von denen wir wissen, dass wir sie sein müssen, um auch diese Welt zu einem besseren Ort zu machen.

Musikerin Parton:

»Das Leben ist wie eine Batterie, man braucht das Negative und das Positive«

Wir sind in einer sehr schlimmen Lage. Trotzdem habe ich den Eindruck, dass die Menschen zu viel mit sich selbst beschäftigt sind, um Geist, Ohren und Augen für das zu öffnen, was geschieht. Ich selbst lebe in einer spirituellen Welt und versuche, das Gute in jedem zu finden. Ich sehe, was vor sich geht, und denke: Wow, wie kann ich helfen? Aber ich bin niemand, der auf der Straße marschiert und demonstriert



Vijet Mohindra

oder im Fernsehen große Reden schwingt. Aber ich kann eben Songs wie »World on Fire« schreiben. Und ich habe das Gefühl, dass Gott auf diese Weise durch mich wirkt.

SPIEGEL: »Liar, liar the world's on fire«, singen Sie. Die Lügner – das sind die Politiker?

Parton: Damit meine ich alle, die leugnen, was uns herum passiert.

SPIEGEL: Was genau meinen Sie?

Parton: Es gibt so viel Hass, so viel Gier, so viel Negativität. Und das erzeugt schlechte Dinge – sogar schlechtes Wetter! Ich sage immer: Das Leben ist wie eine Batterie, man braucht das Negative und das Positive. Man kann nicht einfach eine Seite abschalten und denken, dass es dann noch funktioniert. Viele Leute verharren aber einfach in ihren Gewohnheiten, und damit im Negativen. Vielleicht können sie nicht anders. Aber ich will mir trotzdem Gedanken darüber machen, wie es anders geht. Ich leide darunter, ich bete dafür, und ich kann nur hoffen, dass es einen Gott gibt, der dabei hilft.

SPIEGEL: Fällt es Ihnen manchmal schwer, noch an Gott zu glauben?

Parton: Ich glaube, dass es Gott da draußen gibt. Aber es ist ganz egal, wie Sie es nennen wollen, eine höhere Weisheit oder die große Kraft der Natur: Ich glaube, wir alle sollten versuchen, einen Weg zu finden, mit dieser Kraft mehr in Kontakt zu treten.

SPIEGEL: Über Jahrzehnte haben Sie es mit Ihrer Musik und Ihrer Persönlichkeit geschafft, manche Kluft zu überwinden. Sie sprechen ein konservatives Countrypublikum ebenso an wie eine junge, linksliberale Popkultur.

Parton: Ja, ich habe Fans auf beiden Seiten. Sogar in meiner eigenen Familie! Man kann ja heute nicht mehr wie früher zu einem Familienessen gehen, ohne dass jemand einen großen Streit über Politik anfängt.

SPIEGEL: Haben Sie sich inzwischen mit Ihrer jüngeren Schwester vertragen? Sie ist auch Sängerin und hatte Ihnen 2019 vorgeworfen, sich nicht genug gegen sexuellen Missbrauch in der Entertainmentbranche zu engagieren.

Parton: Welche Schwester meinen Sie genau? Stella – die, die sich immer zu Wort meldet? Oh ja, ich bin mit Stella sehr im Reinen. Ich liebe sie. Wissen Sie, ich arbeite von einem Ort der Liebe aus, ich versuche, niemanden zu verurteilen oder zu kritisieren. Darüber habe ich auch mal ein Lied geschrieben, »Be That«: »Whoever you are, be that; whatever you do, do that; because anything else is just an act«. Aber: Was auch immer du bist, du musst einen Weg finden, die Welt zu verbessern, wenn du kannst. Nun ist es aber genug mit der Politik. Lassen Sie uns lieber über mein Album sprechen!

SPIEGEL: »Rockstar« feiert die Klassiker der Rockmusik. Stimmt es, dass der Anlass Ihre Aufnahme in die Rock 'n' Roll Hall of Fame war? Angeblich waren Sie überrascht, dass

»Ich habe ganz sicher nicht ständig überlegt, was politisch korrekt wäre.«

Sie als Countrysängerin dort gewürdigt werden sollten.

Parton: Mit der Hall of Fame war es so: Ich fühlte mich sehr geschmeichelt, aber ich hatte nicht darum gebeten, aufgenommen zu werden, und war skeptisch. Natürlich wurden mir die Gründe später erklärt, es ergab dann auch Sinn für mich. Aber ich dachte immer noch, ich müsste es mir verdienen. Deshalb wollte ich ein tolles Rockalbum machen, mit großartigen Rockkünstlern. Wenn das gut werden würde – dann könnte ich mir diese Ehre vielleicht auch selbst zugestehen.

SPIEGEL: Sie wollten sich selbst legitimiert fühlen?

Parton: Ja, und ich wollte, dass die Leute aus dem Rockbereich sagten: Bei Gott, sie hat es geschafft – und sie hat es gut gemacht. Es ist mir bewusst, dass die Leute wissen, wer ich bin, auch wenn sie der Countryszene nicht folgen. Ich bin ja dauernd online und sichtbar. Ich bin wie der Weihnachtsmann, überall gleichzeitig! Aber das bedeutet ja noch lange nicht, dass man mit mir etwas zu tun haben will. Ich habe mir die Seele aus dem Leib gesungen für dieses Album. Und nicht zuletzt ist mein Mann großer Rock-'n'-Roll-Fan.

SPIEGEL: Wirklich?

Parton: Ja, das ist genau Carls Musik. In all meinen Jahren mit ihm, bald 60 sind es jetzt, ist Rockmusik alles, was ich höre, wenn er dabei ist: im Auto, im Radio, im Haus, auf dem Traktor ...

SPIEGEL: Er hat darunter gelitten, dass Sie Countrymusik machen?

Parton: Er hat sich nie dafür interessiert. Er liebt mich, jedoch nicht den Country. Aber dieses Album habe ich ihm ganz bewusst vorgespielt, weil ich so viele seiner Lieblingssongs ausgewählt habe.

SPIEGEL: Was hat er gesagt?

Parton: Er liebt Led Zeppelin. Als ich vor einigen Jahren eine Bluegrass-Version von »Stairway to Heaven« aufnehmen wollte, meinte er aber, ich solle das lieber lassen. Das sei ein Klassiker, und mit denen sollte ich nicht herumfuschen. Als ich ihm den Song damals vorspielte, sagte er: »Bist du sicher, dass das »Stairway to Heaven« ist? Oder doch eher »Stairway to Hell«?« Für das neue Album habe ich den Song in seiner ursprünglichen Form aufgenommen. Ich spielte es ihm vor, und er meinte: »Ich muss sagen, das ist wirklich gut.« Er war so stolz auf mich. Das bedeutet mir sehr viel.

SPIEGEL: »Stairway to Heaven« haben Sie zusammen mit der schwarzen Starrapperin und Flötistin Lizzo aufgenommen.

Parton: Ja. Sie hat ihrer Flöte einen Namen gegeben, wussten Sie das? Sie hat sie »Sasha

Flute« genannt. Ich liebe Lizzo, sie ist der süßeste Mensch der Welt.

SPIEGEL: Es gibt auf dem Album nur eine Lizzo. Warum haben Sie nicht die Chance ergriffen, für das Album noch mehr mit diverseren und jungen Leuten zu arbeiten? Viele jüngere Musikerinnen bewundern Sie sehr, es wäre wahrscheinlich recht einfach gewesen, sie zu gewinnen.

Parton: Das wäre einfach gewesen, ja. Aber ich wollte, dass es ein klassisches Rockalbum wird. Ich wollte Songs spielen und schreiben, die sich an meine Altersgruppe richten. Wir haben viel darüber nachgedacht. Manche aus meinem Team meinten auch: Du musst ein paar der neueren Leute dazu bringen mitzumachen. Aber es hat sich letztlich nicht richtig angefühlt.

SPIEGEL: Oder wäre es zu provokant für Ihr eher älteres und konservatives Stammpublikum gewesen, mehr schwarze oder jüngere, vielleicht sogar queere Musikerinnen auf das Album zu nehmen?

Parton: Ich habe durchaus einige angefragt. Wir haben versucht, mehr Leute aus, Sie wissen schon, den Minderheiten einzusetzen. Aber ich habe ganz sicher nicht ständig überlegt, was politisch korrekt wäre. Natürlich wäre es schön, wenn ich es allen recht machen könnte. Aber egal was man tut, irgendjemand hat immer eine andere Meinung dazu. Ich bin einfach meinem Herzen gefolgt, so wie ich es bei allen anderen Dingen auch tue. Und ich habe immerhin auch Miley Cyrus auf dem Album! Sie ist für mich so etwas wie der weibliche Rockstar von heute. Und sie ist noch dazu meine Patentochter.

SPIEGEL: Wer hat für das Album abgesagt? Sie covern auf der Platte auch »Satisfaction«, aber die Rolling Stones haben nicht mitgemacht.

Parton: Ich habe »Satisfaction« extra ausgewählt, damit Mick Jagger es mit mir singt. Er wollte zwar genau diesen Song nicht, aber sehr gern mitmachen. Dann nahm er jedoch gerade sein eigenes Album mit der Band auf. Mir lief dann die Zeit davon. Aber immerhin habe ich seinen dünnen Arsch durch die Höhle und zurück gejagt, weil ich ihn unbedingt dabeihaben wollte!

SPIEGEL: Es heißt, »I Want to Hold Your Hand« von den Beatles sei einer der einflussreichsten Popsongs für Sie. Hatten Sie jetzt einen Fangirl-Moment, als Paul McCartney und Ringo Starr zusagten, mit Ihnen »Let It Be« zu singen?

Parton: Den hatte ich. Ich hätte »Let It Be« so oder so auf das Album gehoben, weil ich den Song liebe. Aber dann sagte ich zu meinen Leuten: Wäre es nicht toll, wenn Paul McCartney mit mir Klavier spielen oder singen würde? Dann sagte er tatsächlich zu – und holte sogar noch Ringo dazu. Es fühlte sich an, als hätte man die Beatles wieder beisammen.

SPIEGEL: Haben Sie sich für die Aufnahme live im Studio getroffen?

SPIEGEL Bestseller

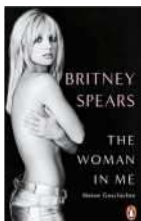
BELLETRISTIK



Der österreichische Autor, der für diesen Roman den Deutschen Buchpreis gewann, erzählt komisch und klug von einem computer-spielverrückten Helden, der in einem Wiener Bonzeninternat fürs Leben lernt. | **Platz 3**

- 1** (–) **Sebastian Fitzek**
Die Einladung Droemer; 24 Euro
- 2** (1) **Cornelia Funke** Tintenwelt 4 –
Die Farbe der Rache Dressler; 23 Euro
- 3** (5) **Tonio Schachinger**
Echtzeitalter Rowohlt; 24 Euro
- 4** (4) **Daniel Kehlmann**
Lichtspiel Rowohlt; 26 Euro
- 5** (2) **Dirk Rossmann/Ralf Hoppe**
Das dritte Herz des Oktopus Lübbe; 20 Euro
- 6** (3) **Klaus-Peter Wolf**
Der Weihnachtsmannkiller Fischer; 15 Euro
- 7** (14) **Robert Galbraith**
Das strömende Grab Blanvalet; 29,90 Euro
- 8** (6) **Ken Follett**
Die Waffen des Lichts Lübbe; 36 Euro
- 9** (7) **Ferdinand von Schirach**
Regen Luchterhand; 20 Euro
- 10** (11) **Bonnie Garmus**
Eine Frage der Chemie Piper; 26 Euro
- 11** (10) **Robert Seethaler**
Das Café ohne Namen Claassen; 24 Euro
- 12** (8) **Rebecca Yarros** Fourth Wing –
Flammengeküst dtv; 24 Euro
- 13** (9) **Walter Moers** Die Insel der
Tausend Leuchttürme Penguin; 42 Euro
- 14** (18) **Caroline Wahl**
22 Bahnen Dumont; 22 Euro
- 15** (12) **Anne Rabe**
Die Möglichkeit von Glück Klett-Cotta; 24 Euro
- 16** (13) **Elke Heidenreich**
Frau Dr. Moormann & ich Hanser; 22 Euro
- 17** (15) **Stephen King**
Holly Heyne; 28 Euro
- 18** (–) **Cassandra Clare** Sword Catcher –
Die Chroniken von Castellon Penhalligon; 24 Euro
- 19** (–) **Eva Eich**
Escape Room – Patient 13 ArsEdition; 14 Euro
- 20** (–) **Tommy Jaud** Man müsste mal – Nix ge-
macht und trotzdem happy Fischer Scherz; 16 Euro

SACHBUCH



Die berühmte US-Popsängerin rechnet ab mit der Verlogenheit der Unterhaltungsbranche und der Niedertracht der Medien, mit ehemaligen Liebhabern und mit ihrem durch ihre Arbeit reich gewordenen Vater. | **Platz 1**

- 1** (–) **Britney Spears**
The Woman in Me Penguin; 25 Euro
- 2** (–) **Florian Illies**
Zauber der Stille S. Fischer; 25 Euro
- 3** (1) **Axel Hacke** Über die Heiterkeit in schwierigen
Zeiten und die Frage, wie wichtig uns der
Ernst des Lebens sein sollte Dumont; 20 Euro
- 4** (5) **Dirk Oschmann** Der Osten –
eine westdeutsche Erfindung Ullstein; 19,99 Euro
- 5** (6) **Ewald Frie**
Ein Hof und elf Geschwister C. H. Beck; 23 Euro
- 6** (–) **Richard David Precht**
Mache die Welt Goldmann; 26 Euro
- 7** (4) **Herfried Münkler**
Welt in Aufruhr Rowohlt Berlin; 30 Euro
- 8** (9) **Brianna Wiest** 101 Essays, die dein
Leben verändern werden Piper; 22 Euro
- 9** (–) **Yael Adler**
Genial vital! Droemer; 20 Euro
- 10** (15) **Christopher Clark**
Frühling der Revolution DVA; 48 Euro
- 11** (2) **Guido Maria Kretschmer**
19521 Schritte Heyne; 20 Euro
- 12** (7) **Philip Banse/Ulf Buermeyer**
Baustellen der Nation Ullstein; 22,99 Euro
- 13** (–) **Anke Evertz**
Die Unendlichkeit in dir Ansata; 23 Euro
- 14** (11) **Reinhold Beckmann**
Aenne und ihre Brüder Propyläen; 26 Euro
- 15** (10) **Sophie Passmann**
Pick me Girls Klepenheuer & Witsch; 22 Euro
- 16** (–) **Jörg Blech**
Masterplan Gesundheit DVA; 26 Euro
- 17** (16) **Gabriele von Arnim**
Der Trost der Schönheit Rowohlt; 22 Euro
- 18** (–) **Matthias Maurer**
Cosmic Kiss Droemer; 24 Euro
- 19** (14) **Arnold Schwarzenegger**
Be Useful Lübbe Life; 25 Euro
- 20** (17) **Gregor Gysi/Hans-Dieter Schütt** Auf eine
Currywurst mit Gregor Gysi Aufbau; 22 Euro

Parton: Leider nicht. Aber ich kenne die beiden natürlich. Paul und ich sind nicht mehr die Jüngsten, Ringo auch nicht. Deshalb war es für mich so bedeutend, sie auf dem Album dabeizuhaben. Diese Leute sind für mich Legenden, mit denen ich aufgewachsen bin. Einen meiner eigenen Songs auf der Platte haben wir mit Steven Tyler von Aerosmith im Hinterkopf geschrieben. Ich hatte keine Ahnung, ob er es auch mit mir singen würde – aber er sagte Ja. Jedes Mal, wenn ich das Stück jetzt höre, denke ich: Oh mein Gott, das ist Steven Tyler!

SPIEGEL: Was kann jetzt noch kommen von Ihnen? Eine Hip-Hop-Platte?

Parton: Ach, ich weiß nicht. Was ich gern machen möchte, ist ein großes Gospelalbum. Ich weiß, das klingt jetzt ein wenig komisch, aber das wäre etwas ganz Besonderes für mich. Das hier war für mich das ultimative Rockalbum, und ich möchte das Gleiche mit Gospel machen. Dann werde ich vielleicht das Gefühl haben, für mein Vermächtnis alles beisammen zu haben.

SPIEGEL: Mrs Parton, ich muss doch noch einmal auf die globale Situation zurückkommen: Sie haben die Sechziger- und Siebzigerjahre miterlebt, darunter schreckliche, turbulente Zeiten mit Rassenunruhen und Vietnamkrieg. Dennoch waren Sie noch nie so unverblümt politisch wie jetzt. Leben wir gerade in der für Sie schlimmsten Zeit?

Parton: Ich glaube, dass wir durch das Internet einfach viel mehr mitbekommen als früher. Es passiert etwas – und eine Sekunde später ist es da draußen. Es gab schon immer Kriege, auch in der Bibel steht, dass es immer Unfrieden geben wird. Ich bin mir also nicht sicher, ob es jetzt schlimmer als je zuvor ist. Es ist immer und immer wieder das Gleiche, aber ich finde, wir sollten es jetzt langsam mal besser wissen. Wir sollten weiser sein. Wir glauben, so viel zu wissen. Aber in Wirklichkeit werden wir nur so verdammt schlau, dass wir uns selbst überschätzen. Und das ist beängstigend.

SPIEGEL: Noch könnten Sie aktiv in die Politik eingreifen.

Parton: Nein, ich werde nie politisch sein. Weil ich Politik hasse. Ich weiß, dass Menschen zu Hause immer wieder Dinge fordern wie »Dolly Parton for President!«. Aber ich kann mir nichts Schlimmeres vorstellen als diesen Job. Ich wäre sowieso nicht klug genug dafür. Oder vielleicht bin ich zu klug. So oder so ist das nicht meine Welt. Ich kann nur in meiner Welt, auf meine Weise weitergeben, was ich in mir habe. Und ein großer Teil davon ist, dass ich in der Lage bin, durch meine Musik auf bestimmte Dinge aufmerksam zu machen. Ich weiß, dass dies schlechte Zeiten sind. Aber wir können sie besser machen, wenn wir aufrichtig sind. Das ist es, was ich mit meinem Album zu sagen versuche. Er ist so politisch, wie ich es sein kann.

Interview: Andreas Borcholte

Beckett im Hochgebirge

KINOKRITIK Die Bestsellerverfilmung »Ein ganzes Leben« erzählt kühl und berührend vom Leben eines Außenseiters.

Bevor die Touristen kamen, waren die Alpen schöner und wilder als heute, aber sie waren auch ein Ort archaischer Schrecken. Der Film »Ein ganzes Leben« zeigt Gesichter, die von Schmutz und Sonnenglut zerfurcht sind, bleifarbene Berghimmel und tückische Lawinen, Waldhänge in giftigem Grün und stumpf malmende Nutztiere.

Die Gipfelhöhen und Täler Österreichs sind hier in den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts kein Idyll, das zur Erholung einlädt, sondern eine unwirtliche Gegend, geprägt von Naturkatastrophen und menschlicher Grausamkeit.

»Was soll ich mit dem Kerl?«, raunzt Bergbauer Kranzstocker, den der Schauspieler Andreas Lust mit kaltem Blick darstellt, als der achtjährige Andreas (Ivan Gustafik) in seine Obhut übergeben wird. Und dann prügelt er das zum Arbeitssklaven abgerichtete Kind fast täglich auf dem Heuboden des Hofes, bis ein Bein zerschmettert und der Knabe fürs Leben gezeichnet ist.

»Ein ganzes Leben« ist die Verfilmung eines 2014 erschienenen Bestsellerromans von Robert Seethaler. Das Buch wurde unter anderem dafür gefeiert, dass es in einem unaufgeregten, kühlen Ton die Eroberung der Alpenwelt durch den Tourismus schildert, aus ungewöhnlichem Blickwinkel. Die Erschließung schwer zugänglicher Gebirgsregionen lässt sich bei Seethaler nicht bloß als Naturzerstörungsfabel, sondern auch als Zugewinn an Zivilisation begreifen. »Manches war ihm geschenkt worden«, heißt es im Roman über den Helden, der im Lauf seines Lebens das elektrische Licht und das Fernsehen kennenlernt. »Vieles war unerreicht geblieben oder ihm, kaum erreicht, wieder aus den Händen gerissen worden.«

Andreas Egger, der im Osten Tirols als Knecht aufwächst und mit einem kaputten Bein geschlagen ist, wird im Film die meiste Zeit des Erwachsenenlebens von dem Schauspieler



TOBIS Film

Stefan Gorski gespielt. Der kraftstrotzende, sanftäugige, maulfaule Egger ist ein Außenseiter – und zugleich ein Allerweltstyp und Jedermann. Als eifriger Arbeiter verdingt er sich, kaum ist er dem sadistischen Bauern Kranzstocker entkommen, beim Seilbahnbau. Es ist ein Job mit Bedeutung: So wie die amerikanische Wildnis durch den Ausbau des Schienennetzes für die Zivilisation erschlossen wurde, bringt die Errichtung von Masten für Gondelbahnen und Lifte den Fortschritt und die Menschen aus der Ferne in die Alpenwildnis.

Regisseur Steinbichler hatte sich vor zwei Jahrzehnten mit dem schroffen, gleichfalls in einer Gebirgslandschaft spielenden Familiendrama »Hierankl« viel Lob eingehandelt und hat seither ein paar eher brave Filme gedreht. »Ein ganzes Leben« wirkt manchmal so, als seien die Härte, die Kargheit und die Gnadenlosigkeit der alpinkapitalistischen Arbeitswelt das zentrale Thema des Films. Man sieht Egger, wie er von einem brutalen Bauunternehmer gepiesackt wird, wie er als Zeuge gruseliger Arbeitsunfälle in Schockstarre verfällt und wie er vor lauter Schufferei fast die einzige Liebesgeschichte in seinem Leben verpasst. Das Leid, das er dann erfährt, scheint der Held bald in noch mehr Arbeit begraben zu wollen.

Die Kunst des Films besteht darin, dass er Eggers Liebeswerben um die

Darstellerin Richter, Kollege Gorski

Der Held ist ein Gebeutelter – und blickt doch im Alter milde zurück.

Wirtshausmagd Marie so spröde und überwältigend lakonisch schildert, wie es Seethaler im Roman gelingt. Die Marie der Schauspielerin Julia Franz Richter und Gorskis Egger mögen ein erstaunlich unromantisches Paar sein, das nahezu wortlos kommuniziert. Aber sie fallen einander mit einer rohen Entschlossenheit um den Hals, die viele im Kinopublikum zu Tränen rühren dürfte.

Die Heirat von Egger und Marie, die Freude über Maries Schwangerschaft, den Unglücksfall, der die gerade erst entstehende Kleinfamilie zerstört – all das handelt Steinbichler dann jedoch mit einer manchmal hektischen Geradlinigkeit ab, die ahnen lässt, dass hier um fast jeden Preis die Sentimentalität des Genres Heimatfilm vermieden werden soll.

»Ein ganzes Leben« handelt von einem Mann, der sein Herz vereist und seinen Verstand selten gebraucht. Im Jahr 1942 legt Andreas Egger eine Soldatenuniform an und marschiert wie ein Schlafwandler in der Mordmaschine der Nazi-Wehrmacht mit, Richtung Osten – insofern ist der Held von »Ein ganzes Leben« ein für die 1900er- und 1910er-Jahrgänge typischer Mitläufertyp.

Wer will, kann in Seethalers Buch und in Steinbichlers Film exkulpatorische Motive erkennen. Beide präsentieren einen Helden, der als Gebeutelter von Zeitläuften und privaten Schicksalsschlägen dargestellt wird. Der praktisch nie selbst Herr über seine Geschicke ist – und trotzdem als alter Mann mild und achselzuckend zurückdenkt. »An das, was war, und an das, was hätte sein können«, wie es in Seethalers Roman heißt. »Aber das waren nur kurze, flüchtige Gedanken, die so schnell vorbeizogen wie die Fetzen der Sturmwolken vor seinem Fenster.«

Genau betrachtet erzählt »Ein ganzes Leben« wie die Theaterstücke Samuel Becketts aber vor allem von der Sinnlosigkeit und Absurdität aller menschlichen Bemühungen – und nicht vom Versuch des Protagonisten, einen faulen Frieden mit seiner Biografie, seinen Taten und Unterlassungen zu machen. Der alte Egger, im Film gespielt von August Zirner mit poetisch verwittertem Gesicht und brüchiger Stimme, zieht seine Lebensbilanz: »Ich kann mich nicht erinnern, wo ich hergekommen bin, und ich weiß auch nicht, wo ich hingeh.« Es ist die Abwandlung eines Bibelzitats – und dürfte manchem modernen Touristen aus dem Herzen sprechen.

Wolfgang Höbel

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, **Telefon** 040 3007-0 · **Fax** -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · **Mail** spiegel@spiegel.de

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel





Horst Ossinger / dpa

Elmar Wepper, 79

Er hat im Laufe seines Schauspielerlebens eine Menge süßliches Zeug fabriziert, das man in Bayern und Österreich liebevoll als »Schmarrn« bezeichnet – aber in seinen besten Rollen zeichnete Elmar Wepper die Zartheit und Weisheit eines Philosophen aus. Er wuchs in München auf und drehte in den späten Fünfzigerjahren seine ersten Filme. Damit folgte er seinem älteren Bruder Fritz, der schon ein gefragter Darsteller war. Elmar Wepper spielte Ermittler in TV-Serien wie »Der Kommissar« und war in vielen Fernsehrollen fürs warmherzig Menschelnde zuständig, mit Gemütsruhe und bayerischem Zungenschlag verkörperte er durchschnittliche Heldenfiguren in Erfolgsserien der Achtzigerjahre – grundsollide und maßvoll clevere Kerle, denen alles Hallodrihafte und Schurkische fremd war. Im amüsanten Widerspruch zu seinem Ruf, der dauernette, weniger schillernde Bruder zu sein, trat Elmar Wepper dann mit Fritz in der TV-Reihe »Zwei Brüder« auf, die von 1994 an 17 Folgen lang lief. Hier übernahm Fritz den Spießer, einen strengen Oberstaatsanwalt, Elmar war als fröhlich aufmüpfiger Kriminalermittler eher das schwarze Schaf im Familienverbund. Auf große Kinoauftritte musste er lange warten, einen hatte er 2008 in Doris Dörries Film »Kirschblüten – Hanami«. Darin spielt er einen frisch Verwitweten, der nach Japan reist, weil seine Gattin (Hannelore Elsner) ein Faible für das Land hatte. Er verliebt sich ein bisschen in eine Japanerin und trägt öffentlich ein Frauenkleid, weshalb sein Sohn stöhnt: »Der macht mich völlig wahnsinnig!« Seine schönste Altersrolle war vielleicht 2011 die eines mies gelaunten Taxifahrers im Film »Dreiviertelmond«. Der Held muss sich vorübergehend um ein sechsjähriges türkisches Mädchen kümmern und beweist – natürlich – überraschend Herz. Beim SPIEGEL-Interview 2008 zeigte sich Wepper zufrieden mit seinem Leben, er trauere den verpassten Chancen nicht hinterher, sagte er. »Die Raffhaltung, alles mitzunehmen, was sich anbietet, ist mir fremd.« Vielleicht ist es nicht falsch sich vorzustellen, dass Wepper in seinen letzten Momenten in aller Seelenruhe in sich hinein gelächelt hat. Es würde jedenfalls gut zu diesem Gemütschauspieler passen. Elmar Wepper starb am 31. Oktober in München. HÖB

Jutta Müller, 94

Die in Chemnitz geborene Eiskunstlauftrainerin galt als die »eiserne Lady« ihres Sports. Für ihre Strenge war sie ebenso bekannt wie für die Pelzmäntel, die sie gern trug, wenn sie die Darbietungen ihrer Schützlinge auf dem Eis verfolgte und dabei nicht den kleinsten Fehler zu übersehen schien. Die von ihr trainierten Läufer und Läuferinnen wie Katarina Witt, Jan Hoffmann oder ihre eigene Tochter Gaby Seyfert gewannen bei Olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften insgesamt 57 Medaillen. Sie habe nichts dem Zufall überlassen, der Sport sei ihre große Passion gewesen, sagte Witt über Müller. Ohne sie, so die Sportlerin, »hätte ich nie diese Weltkarriere erreicht«. Jutta Müller starb am 2. November in Bernau. LOB

Armita Garawand, 16

Die aus einer kurdischen Region Irans stammende Schülerin betrat am 1. Oktober die Teheraner U-Bahn. Einige Zeit später fiel sie ins Koma – was dazu führte, ist umstritten. Nach Angaben der iranischen Behörden war die junge Frau bewusstlos geworden. Menschenrechtsaktivisten zufolge wurde sie dagegen von der Sittenpolizei angegriffen und schwer verletzt, weil sie kein Kopftuch getragen habe. In Onlinenetzwerken veröffentlichte Aufnahmen von Überwachungskameras zeigen, wie die junge Frau bewusstlos und ohne Kopfbedeckung aus der U-Bahn getragen wurde. Nachdem Armita Garawand wochenlang in einem Teheraner Krankenhaus gelegen hatte, wurde sie für tot erklärt. Der Vorfall sorgte für weltweiten Protest, Außenministerin Anna Lena Baerbock schrieb auf der Plattform X, die »Brutalität des Regimes« habe Garawand



Abaca / IMAGO

»die Zukunft geraubt«. Bei der Beerdigung Garawands wurden eine bekannte Bürgerrechtsaktivistin sowie weitere Teilnehmer verhaftet. Armita Garawand starb am 28. Oktober in Teheran. LOB

Matthew Perry, 54

Es war die eine Rolle, die sein Leben definieren sollte: Zehn Jahre lang spielte er in der Neunziger-Sitcom »Friends« über eine Clique, die in New York liebt und lebt, den Normalo Chandler Bing. Chandler war so durchschnittlich, dass selbst seine besten Freunde über Jahre nicht wussten, was er bei seinem Bürojob trieb. Er besaß aber eine Analysefähigkeit, die ihn zum scharfen Kommentator der Schrullen der anderen machte. Matthew Perry hatte ein so sicheres Gespür für Timing, dass er zum langlebigen Erfolg der Sitcom maßgeblich beitrug. Ausgeschöpft wurde sein Talent für



Matt Sayles / AP

die Tragik und die Wahrheit, die unter jedem guten Witz liegen, jedoch nie wieder. Er spielte in Hollywoodkomödien, in Serien, die schnell wieder abgesetzt wurden. Vielleicht beeinflusste auch sein Privatleben seine Karriere: Fast sein ganzes Leben lang kämpfte er mit Tabletten- und Alkoholabhängigkeit. Voriges Jahr veröffentlichte er seine Memoiren, schrieb über Psychiatrieaufenthalte und die Millionen Dollar, die er bislang in seinen Kampf gegen die Sucht gesteckt hatte. Perry war da schon lange gezeichnet von körperlichem Verfall – sein Humor blitzte bei Auftritten aber noch auf, zum Beispiel in dem »Friends«-Reunion-Special von 2021. Am 28. Oktober wurde Matthew Perry in Los Angeles tot in seinem Whirlpool gefunden. ETH

Tränen und Trauer

Popstar **Adele**, 35, ist bekannt dafür, während Auftritten ihren Gefühlen freien Lauf zu lassen – so auch bei ihren Halloween-Shows in Las Vegas. Verkleidet als Morticia aus der »Addams Family« schlenderte sie durch die Zuschauerreihen, während sie ihren Song »When We Were Young« sang, stoppte dann aber plötzlich und rief ins Mikrofon: »Oh mein Gott, Colin!« Adele rannte auf einen Mann zu, umarmte ihn. »Das ist mein Arzt, der mein Baby zur Welt gebracht hat«, sagte sie zum Publikum gewandt. Und zu dem Mann: »Ich habe Sie seit Jahren nicht mehr gesehen!« Adeles Sohn Angelo kam 2012 in England zur Welt. Auf ihrem dritten Album, »25«, tauchte seine Stimme bereits kurz auf, in dem späteren Song »My Little Love« ist dann sogar ein ganzer Gesprächsausschnitt zwischen Mutter und Sohn zu hören. In Las Vegas konnte Adele ihr Lied vor lauter Tränen nicht zu Ende singen, sie bat das Publikum, für sie einzuspringen. Auch der plötzliche Tod des Schauspielers Matthew Perry berührte die Sängerin offenbar – bei einem weiteren Auftritt zollte sie dem »Friends«-Darsteller und seiner Figur Chandler Bing Tribut: »Er hat eine der besten Comedycharaktere aller Zeiten geschaffen.« IPP



Casars Palace, Las Vegas / Instagram



Vianney Le Caer / AP / picture alliance

Streit mit Hund

Joe Russo, 52, hat es geschafft, sich mit einem Hundevideo unbeliebt zu machen. Als Regieduo mit seinem Bruder ist er durch Blockbuster wie »Avengers: Endgame« berühmt geworden. Nicht alle halten die Superheldenfilme der Russos allerdings für große Kunst. Zu den schärfsten Kritikern gehört Martin Scorsese. Filme wie die

»Avengers«-Reihe hätten mehr mit Freizeitparks denn mit Kino gemeinsam, so der Oscar-gewinner. Das scheint sich Russo gemerkt zu haben. Nachdem Scorsese vor Kurzem ein TikTok-Video mit seiner jüngsten Tochter aufgenommen hatte, in dem er seinem Zwergschnauzer erfolglos Regieanweisungen erteilt, hat Russo mit einem eigenen Clip reagiert. Darin lobt er, wie süß Scorseses Haustier sei –

um dann seinen eigenen Schnauzer vor die Kamera zu holen – mit den Worten: »Okay, come on, Box Office!« (»Okay, komm her, Kassenerfolg!«) Bei Filmfans kam die Witzelei über den eigenen ökonomischen Erfolg schlecht an. »In 50 Jahren wird niemand wissen, wer Joe Russo ist«, war noch einer der freundlicheren Kommentare. Ähnliches würde vielleicht auch Scorsese sagen. HPI

Für immer Elite

Der in Madrid geborene Schauspieler **Omar Ayuso**, 25, sieht sich bei seiner Arbeit in einer moralischen Pflicht. »Man hat eine Verantwortung, wenn es darum geht, die Figur zu entwickeln«, sagte er dem amerikanischen Branchenmagazin »The Hollywood Reporter«. In der erfolgreichen spanischen Netflix-Serie »Élite«, einer Mischung aus Highschooldrama und Crime, spielt er Omar Shanaa, einen schwulen muslimischen Schüler aus der Arbeiterklasse, der durch ein Stipendium die Eliteschule Las Encinas besuchen darf. Nach fünf Staffeln hatte Ayuso die Schuluniform abgelegt, um sich anderen Projekten zu widmen. Doch er kehrte bald zurück. »Eines Tages saßen wir zufällig im selben Zug, und ich fragte ihn, ob er bereit wäre zurückzukommen«, sagt Drehbuchautor Carlos Montero, der die Serie mitentwickelt hat. Auch die Ähnlichkeiten zwischen dem Schauspieler und seiner Figur Shanaa – beide sind homosexuelle Männer mit arabischem Hintergrund – hätten den Wiedereinstieg für ihn leichter gemacht, so Ayuso. »Vorbild zu sein und dieses Vorbild zu spielen ist etwas ganz Besonderes«, sagt er. »Man



Carlos Alvarez / Getty Images

muss ehrlich sein, vor allem wenn es um eine Minderheit geht, die lange ausgegrenzt wurde. Alles, was man tut, muss dazu beitragen, dass es ihr letztlich besser geht.« In den vergangenen Jahren wurde »Élite« für eine fortschrittliche und schonungslose Darstellung von Intimität und Identität gelobt. Die Serie wurde aber auch kritisiert, unter anderem gab es eine umstrittene Sexszene zwischen einer betrunkenen Schülerin und einem Schüler, manche Fans sahen darin einen Übergriff. Die kommende achte Staffel soll die letzte sein. IPP

Zurück zur Rom-Com

Viele Jahre lang war sie nicht im Kino zu sehen, jetzt ist **Meg Ryan**, 61, zurück auf der Leinwand. Und zwar gleich in mehreren Rollen. Die romantische Komödie »What Happens Later«, die nun in den US-Kinos anläuft, hat sie geschrieben, inszeniert und darin die Hauptrolle übernommen. Letzteres dürfte auch an dem recht schmalen Budget von etwa drei Millionen Dollar gelegen haben. Dafür bekommt man keine Jennifer Aniston, Sandra Bullock oder Julia Roberts. Dabei hätten alle drei zum Film gepasst, geht es darin doch nicht um das Liebesglück junger Menschen, sondern um zwei Midlife-Crisis-Geschädigte, die sich nach vielen Jahren plötzlich an einem eingeschnittenen Flughafen wiederbegegnen. Für Ryan ist der Film auch ein Wiedersehen mit der Schauspielerei, schließlich ist ihre letzte Rolle acht Jahre her. Und sie kehrt zu dem Genre zurück, das sie einst berühmt gemacht hat und dem sie dann doch den Rücken kehrte: der Rom-Com. Ryan hatte sich nach dem Erfolg diverser Achtziger- und Neunziger-Genrefilme zurückgezogen, um mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen und ernstere Rollen zu spielen. Aber an den Erfolg

von früher konnte sie nicht anknüpfen. »Es hat einfach nicht funktioniert«, sagte sie »Variety«. Die Schauspielerin war wohl zu sehr mit dem stupsnasigen, cleveren, eloquenten Love Interest verweben, das sie so häufig und so gut spielte. Fühlt sie sich bisweilen in eine Schublade gesteckt? »Wenn ja, dann bin ich nicht verärgert darüber.« Sie sei stolz darauf, dass es ihr offenbar gelinge, den »Drahtseilakt« einer romantischen Komödie zu vollführen – man müsse darin immer mit dem Filmpartner agieren, egal ob mit einem Witz oder einem Kuss. Vielleicht ist sie auch deshalb wieder zu ihren Wurzeln zurückgekehrt. EVH



Alphoto / A-way!



1992

Gary Reyes / MediaNews Group / Getty Images

Ewige Legendenbildung

Im Moment wird wieder viel über **Tupac Shakur** gesprochen – obwohl der amerikanische Musiker seit 27 Jahren tot ist. Die Hip-Hop-Legende, vor allem als 2Pac bekannt, verkaufte weltweit bisher 75 Millionen Tonträger, die Zahl seiner posthum erschienenen Alben übersteigt deutlich die vier zu Lebzeiten veröffentlichten. Shakur wurde im Jahr 1996 in Las Vegas durch vier Schüsse aus einem Auto heraus schwer verletzt und starb sechs Tage später im Alter von 25 Jahren. Lange wurde spekuliert und gerätselt, ob er nicht doch lebe und seinen Tod nur vorgetäuscht habe. Vor Kurzem aber hat die Polizei von Las Vegas einen Mann verhaftet und des Mordes an dem Rapper angeklagt. Zudem erschien Ende Oktober in den USA eine von Shakurs Familie autorisierte Biografie, »ein berührendes, einfühlsames Porträt eines Freundes«, wie die »New York Times« in ihrer

Rezension über das Buch schrieb. Auch die Schauspielerin Jada Pinkett Smith behandelt in ihren kürzlich publizierten Memoiren ihre Freundschaft zu dem Musiker. Bereits im Juli dieses Jahres ersteigerte Rapper Drake einen Ring von Shakur. Das Schmuckstück war ihm rund eine Million US-Dollar wert. Nun können sogar noch ein Polizeifoto und der Gefängnisausweis von Shakur bei einer Auktion erstanden werden – auch wenn sich hier die Frage stellt, ob die anscheinend grenzenlose Legendenverehrung nicht doch eine bittere Note besitzt: denn der Rapper saß 1995 knapp zehn Monate im Gefängnis, weil er wegen sexuellen Missbrauchs verurteilt worden war. Das Polizeifoto ist ein Schwarz-Weiß-Bild von ihm; der Gefängnisausweis liefert Angaben zu Namen, Größe, Gewicht sowie Augen- und Haarfarbe. Es soll sich allerdings nicht um den Originalausweis handeln, sondern nur um einen Ersatz. IPP



Demokratisches Gegengift

Nr. 44/2023 Titel: Wir haben Angst

Sie fragen, wie der Hass sich so festsetzen konnte – die Antwort liegt darin, dass die Politik sich mit Lippenbekenntnissen begnügt. »Wir dulden keinen Antisemitismus« bringt diesen, oh Wunder, nicht zum Verschwinden. Es gibt Präventionskampagnen gegen Tabak- und Alkoholmissbrauch und vieles mehr – wieso nicht gegen Antisemitismus?

Thomas Meyer, Zürich (Schweiz)

80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wird jüdisches Leben in Deutschland bedroht, und das nicht nur durch Rechtsextreme. Die deutsche Politik hat sich leider viel zu lange auf die Bedrohung von rechts fokussiert und gleichzeitig den Judenhass von vielen Eingewanderten ignoriert. Verbote von Organisationen wie Samidoun, welche in Deutschland die Hamas unterstützen, kommen viel zu spät. Warum musste anscheinend erst dieser brutale Angriff der Hamas auf Israel erfolgen, damit die deutsche Politik Verbote von Organisationen wie diesen beschließt?

Philipp Gössel, Kassel

Natürlich muss der Antisemitismus in Deutschland thematisiert und analysiert werden und auch die Angst der deutschen jüdi-

schen Bevölkerung. Hätte man in der aktuellen Kriegssituation nicht ergänzen können: Wir haben Angst, genauso wie die palästinensische und israelische Zivilbevölkerung, die primär unter unsinnigen Militäraktionen und dem Schüren von gegenseitigem Hass leiden müssen?

Annette Mecklenfeld, Frankfurt am Main

Der Titelartikel spannt einen zu kurzen Bogen. Das Phänomen von Alltagsantisemitismus ist alles andere als neu und beim selbst ernannten »Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung« bislang eher unter den Teppich gekehrt worden. Deshalb hilft hier anstatt der üblichen politischen Lippenbekenntnisse nur ein echter konkreter Masterplan aus der Misere, der insbesondere als wirksames demokratisches Gegengift gegenüber jeglichem radikalem Gedankengut eine deutliche Aufwertung und Stärkung des Geschichtsunterrichts im gesamten Bildungswesen beinhalten muss.

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Im letzten Artikel des Titelkomplexes schwingt der SPIEGEL mal wieder genüsslich die Moralkuile gegen die Ostdeutschen. Diesmal der Hass auf Israel, der einst von der SED-Führung verordnet wurde. Meine Wahrnehmung war völlig anders. Verwandtschaft, Freunde, das gesamte Umfeld hat 1967 den Sieg Israels im Sechstagekrieg bejubelt. Wir haben uns, wie 80 Prozent der Ostdeutschen, über die Westmedien informiert. Jassir Arafat war für uns ein Terrorist. Der normale Ostbürger konnte rein gefühlsmäßig gut zwischen der DDR-Staatspropaganda und den realen Informationen aus dem Westen unterscheiden. Das wurde natürlich nur in der Privatsphäre geäußert. Ein Hass gegen Israel war aus meiner Sicht in der DDR-Bevölkerung nicht mehrheitlich vorhanden. Auch Antisemitismus spielte im Alltag der DDR-Bevölkerung keine Rolle, es gab ja kaum noch Juden im Umfeld.

Andreas Kowanda, Dresden

Auf den wunden Punkt gebracht

Nr. 43/2023 Kolumne: Der gesunde Menschenverstand

Das ist der bisher beste Kommentar zu diesem sensiblen Thema. Ich hatte nach dem Lesen eine Gänsehaut.

Joachim Dultz, Henstedt-Ulzburg (Schl.-Holst.)

Ihr wunderbarer, einzigartiger Markus Feldenkirchen! Er bringt es mal wieder mit klaren Worten auf den wunden Punkt. Es ist zu hoffen, dass gerade dieser Beitrag auch von den dumpfen »Höckisten« gelesen wird. Es ist ja nicht so viel Text.

Hildtraut Schröder, Augsburg

Mit der Kolumne hat mir Herr Feldenkirchen sehr aus dem Herzen gesprochen. Mit 1400 ermordeten Juden geschah der massivste Angriff auf jüdisches Leben seit dem Ende der Schoa. Nach anfänglicher Betroffenheit unter den Deutschen vor zwei Wochen wird inzwischen bei jedem Fußball-Bundesligaspiel mehr Empathie und Solidarität gezeigt. Das macht mich betroffen. Auch dass sich Juden heute wieder in Ängsten befinden und wieder geschützt werden müssen vor Islamisten und Höckisten. Dies ist die allergrößte Schande für unser Land. Um Herrn Feldenkirchens Worte zu unterstreichen: Nicht nur die Politik, wir alle sollten Jüdinnen und Juden zeigen, dass wir sie sehr gern unter uns haben. Ihnen zeigen, dass sie eine große Bereicherung für jeden Menschen sind, dass sie selbstverständlich immer dazugehören, bei allem, was das Leben ausmacht, und dass wir als Bürger alles tun wollen, um sie zu schützen vor Aggressionen anderer.

Constanze Stahlberg, Seevetal (Nieders.)

Die Floskel von »unseren jüdischen Mitbürgern« ist obsolet und bei den solchermaßen marginalisierten jüdischen Bürgern unbeliebt. Sie wissen das und

vermeiden die ominöse Floskel. Aber mit zwei Formulierungen in Ihrer Kolumne errichten auch Sie eine Glaswand zwischen »uns« und »denen«: »Wir, die nichtjüdischen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes« – damit implizieren Sie, dass der SPIEGEL keine jüdischen Leser und Leserinnen hat, schließen sie also faktisch aus. Und: »Trotzdem gibt es wieder jüdisches Leben hierzulande – und das ist in jeder Hinsicht eine Bereicherung.« Diese Feststellung erinnert in ihrer Pflichtschuldigkeit und Gönnerhaftigkeit an die gelegentlich aufflammende Boulevardpresse-Begeisterung für »unsere Juden« – die genau dann »unser« sind, wenn sie irgendwelche die Kultur oder Wissenschaft bereichernden Leistungen erbracht haben. Haben Sie das so gemeint? Sicher nicht. Aber im Bemühen um sensible Ausdrucksweise im Rahmen Ihrer Ausführungen – denen natürlich uneingeschränkt zugestimmt werden muss – sind Sie unversehens in floskelhafte Unsensibilität abgerutscht.

Eleonora Martini, Leonberg (Bad.-Württ.)

Bravo!

Nr. 43/2023 Wie der Nahostkonflikt die Welt in zwei neue Blöcke trennt

Einen großen Dank dafür, dass Sie Pankaj Mishra für seinen sehr differenzierten Essay ein Forum geboten haben. Bitte tun Sie dies mit Autoren aus dem »Globalen Süden« öfter. Herr Mishra macht schonungslos deutlich, dass die Dekolonialisierung durch den Westen allenfalls ein Zwischenstadium erreicht hat. Der jüngste Konflikt zwischen Israel und Palästinensern zeigt, wie sehr der Westen bei der Durchsetzung einer Zweistaatenlösung versagt hat. Und Herr Mishra verdeutlicht, welcher Ansehensverlust damit für den Westen bei den Ländern des Globalen Südens verbunden ist. Nicht nur wird die moralische Integrität westlicher Demokratien unterminiert, sondern auch die Bereitschaft für Bündnispartnerschaften mit dem Westen systematisch geschwächt.

Dr. Franz Büllingen, Sankt Augustin (NRW)

Es ist atemberaubend, wie Herr Mishra mit vielen Tabus der westlichen Politiker, Medien und Wis-

Was für eine meisterhafte Ermittlung der Kripo! Und was für ein erbärmliches Verfahren danach. Das ist wieder mal eine Steilvorlage für die Rechtspopulisten.

Klaus H. Süberkrüp, Lübeck

Nr. 43/2023 Wie Ermittler den Einbruch in das Grüne Gewölbe in Dresden aufklärten

senschaftler bricht und die Brüchigkeit der herrschenden Narrative des Westens entlarvt. Jeder, der mit offenen Augen die Welt betrachtet, versteht, dass der »Westen« lernen muss zuzuhören. Nur so wird er die Kulturen des Globalen Südens verstehen lernen. Das ist wichtig, um sich dem Frieden zu nähern, der im Völkerrecht als Anspruch formuliert ist.

Ursula Lemke, Köln

Bravo, Herr Mishra, für die klare Darstellung, wie der eurozentristische, »westliche« Blick seit Jahrzehnten gute Politik verhindert. Moralisches Unrecht bleibt Unrecht, egal von wem, egal wann begangen. Niemals darf die Menschheit die Gräueltaten des Holocaust vergessen und auch niemals die des Kolonialismus.

Corinna Wolf, Augsburg

Danke dafür, dass Sie Pankaj Mishra Raum gegeben haben, den Nahostkonflikt aus der Perspektive des aufgeklärten Südens zu kommentieren. Es gehört Mut dazu, Sätze wie diesen zu drucken: »Warum sollten die Palästinenser enteignet und für Verbrechen bestraft werden, an denen nur Europäer beteiligt waren?« Die Frage legt die Scheinheiligkeit unserer westlichen Sichtweise offen. Es war die Entscheidung der europäischen Siegermächte und der Alliierten, die Kompensation von Leid, das wir Deutschen verursacht haben, auf Kosten Dritter zu betreiben und

Glückwunsch zu diesem Artikel. Wie die Autorin völlig zu Recht schreibt: »Wir brauchen Empathie für alle Opfer.« Selbstverständlich für die israelischen Opfer des Hamas-Angriffs, aber eben auch für die palästinensischen Opfer der Politik des Staates Israel.

Dr. Hein Krumm, Nottuln (NRW)

Nr. 43/2023 Einwurf: Die schwierige deutsche Debatte um Nahost

damit den bis heute wütenden Konflikt überhaupt erst zu begründen. Gerade deshalb darf das klare Bekenntnis zu Israel die Sicherheit und das Wohlergehen der palästinensischen Bevölkerung nicht aus den Augen verlieren. Sie tragen die Lasten unseres Handelns.

Volkhard Ziegler, Witten (NRW)

Grandios, präzise, ohne viel Schnörkel, ein Blickwinkel, der einem sonst vorenthalten wird. Ein Blick in den Abgrund, den man ertragen muss. Für viele Menschen im Westen sicherlich eine »neue« Erkenntnis. Meiner Meinung nach der beste Beitrag im SPIEGEL seit langer Zeit. Danke dafür.

Christian Forker, München

Der Rechtsstaat ist größer

Nr. 43/2023 Wie Ermittler den Einbruch in das Grüne Gewölbe in Dresden aufklärten

Für einen Leser aus Sachsen ist das schmerzlich zu lesen, eine wahre Blamage. Die Fehler, die bei der Bewachung gemacht wurden, kann keine noch so findige Polizei ausbügeln. Und ohne die vollständige Rückgabe der wertvollsten Stücke hätte man den »Deal« nie abschließen dürfen, sondern den Strafraum voll ausschöpfen müssen. Zu der ganzen Geschichte passt es, dass man, wie ich in einer Dresdner

Danke für den Beitrag von Pankaj Mishra! Er ist wie eine Kerze im Dunkeln. Erhellend, wenn auch unangenehm für westliche Politiker und Publizisten, die jetzt, vor dem Hintergrund der Terrorgräuelt, den geschichtlichen Hintergrund gerne ausblenden.

Thomas Butz, Sulzbach (Hessen)

Nr. 43/2023 Wie der Nahostkonflikt die Welt in zwei neue Blöcke trennt

Zeitung las, das gleiche Bewachungsunternehmen, das schon 2019 »tätig« war, erneut verpflichtet hat.

Heinrich Grafe, Meißen (Sachsen)

Das mit kaum verhohlener Bewunderung vorgetragene Gangsterstückchen hinterlässt bei mir einen üblen Geschmack. Ja, diese Parallelwelten gehören inzwischen zu Deutschland, wie auch zu vielen anderen europäischen und nordamerikanischen Rechtsstaaten. Überall die gleiche Verachtung für das »System« und seine gesetzestreuen Bürger – also uns. Wer das als »den Rechtsstaat auf die Knie zwingen« adelt, verkennt allerdings genau wie diese geltungsbedürftigen und arroganten Clans: Der Rechtsstaat ist unendlich viel größer, dauerhafter und wichtiger als irgendein armseliges Verbrechersyndikat. Der Rechtsstaat wägt sehr wohl ab, was wichtiger ist – ein paar Haftjahre mehr oder 400 Jahre alte Kulturgüter. Und das ist gut so.

Klaus Migeod, Ingolstadt

Die Verfasser des Artikels irren. Das testosterongesteuerte Geschäftsmodell der Familie Remmo und sonstiger Clangesellschaften ist aus der Zeit gefallen. Wenn man in diesem Kontext von Verlierern und Siegern sprechen will, so ist die Bundesrepublik Deutschland, der Rechtsstaat, sicherlich nicht der Verlierer. Demokratische Grundsätze gewahrt, Täter ermittelt und ver-

urteilt, erhebliche Teile der Beute wieder zurückerhalten – ergo gewonnen. Und genau aus denselben Gründen haben die Täter verloren, vor allem, weil man sogar eingeknickt ist und Teile der Beute wieder herausgerückt hat, man mit dem so verachteten, vermeintlich schwachen »Gegner« einen Deal gemacht hat. Was ist daran stark? Mit der Gewissheit, lebenslang keine Ruhe zu bekommen, weil einem Versicherungsdetective und Polizei ständig im Nacken sitzen? Sieger sehen anders aus.

Hans Eberhard, Dachau (Bayern)

Ich bete für sie

Nr. 43/2023 Russland: Ein 16-Jähriger wirft einen Molotowcocktail auf eine Militärbehörde – es ist sein Protest gegen den Krieg

Ihr Bericht über Jegor Balasejkin hat mich sehr berührt. Nach dem Lesen kam ich mir so hilflos vor. Der Junge im Knast, der Vater arbeitslos, und die Mutter kämpft um ihren Sohn. Was ist nur mit Russland los?

Hans-Joachim Jüttner, Unterhaching (Bayern)

Dieser Artikel hat mich zu Tränen gerührt. Ein junger, intelligenter Mensch, der tut, was sein Gewissen ihm sagt. Im Grunde ist nichts Schlimmes passiert. Angeklagt wegen einer terroristischen Straftat. Grotesker Rechtsbeistand. Das Strafmaß unfassbar und der Ort, wo er die Strafe verbringen muss, ebenso. Was macht Russland nur mit seinen Menschen? Wir leben hier in Deutschland in Freiheit und in einem funktionierenden Rechtsstaat, und ein Teil der Bevölkerung stellt das unsinnigerweise infrage – manche Politiker leider auch. Vielleicht sollten die mal das Land tauschen, um zu erfahren, was Freiheit überhaupt ist. In der Hoffnung auf ein Wunder für den jungen Mann und seine Eltern bete ich für sie. Wenigstens kann er im Gefängnis oder in der Strafkolonie nicht für diesen sinnlosen Krieg gegen die Ukraine eingezogen werden.

Ute Heckmann, Karben (Hessen)

Leserbriefe bitte an leserbriefe@spiegel.de Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter SPIEGEL.de zu archivieren.

»Freudenhaus-Preise« für Benzin

ZEITREISE Im Jom-Kippur-Krieg drosselten arabische Ölstaaten vor 50 Jahren ihre Förderung. Per Embargo drängten sie den Westen, sich von Israel abzuwenden. Sprit und Heizöl wurden teuer.



Nr. 45/1973 »Europa schlagen, Amerika treffen«

Eine Sorge immerhin war Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs los. Monatlang hatten seine Experten an Maßnahmen getüftelt, um die

überhitzte Konjunktur zu dämpfen. Doch die Entscheidung zehn arabischer Länder, ihre Ölförderung zu drosseln, erwies sich als wirkungsvollere Konjunkturbremse als alle Geld- und Fiskalpolitik.

Konkret hatten die arabischen Opec-Mitglieder am zwölften Tag des Jom-Kippur-Kriegs angekündigt, ihre Förderung jeden Monat um fünf Prozent zu reduzieren, solange die Industriestaaten an ihrer israelfreundlichen Haltung festhielten. Im Extremfall, warnte der SPIEGEL, könnte »die Nahostförderung gegen null schrumpfen. Europa müsste auf zwei Drittel seiner Ölversorgung verzichten«.

Zudem stiegen die Preise von drei auf fünf Dollar je Barrel. Verschont wurde etwa Frankreich, das Rüstungsgüter an die Araber geliefert hatte. Hauptziel der »Scheichs und Obristen« waren neben den USA die Niederlande, die starke Sympathien für Israel gezeigt hatten. Der Boykott des Rotterdamer Hafens traf auch die Westdeutschen hart, ein Viertel ihrer Raffinerieleistung hing am »Rotterdamer Ölstrang«.

Kaum ein Jahr zuvor hatte der saudische Ölminister Ahmed Zaki Yamani noch getönt, sein Land werde »die Welt geradezu mit Öl überschwemmen«, nun stellte sich der Wüstenstaat an die Spitze der »Erpressung«. Zwar hatte die Bundesregierung gemeinsam mit den EG-Partnern gefordert, dass Israel sich aus den besetzten Gebieten zurückziehe – doch die arabischen Politiker wollten mehr.

Es werde keine Ölkrise in Deutschland geben, gab sich Friderichs anfangs noch optimistisch – »wenn es sich nur um eine kurzfristige Unterbrechung handelt«.



Ölminister Yamani



Suche nach Benzin in München im November 1973

Was aber, wenn die neue arabische Einigkeit anhielt? Wie weit würde die 65-Tage-Reserve reichen? Bald zahlten Verbraucher für Heizöl das Doppelte und für Benzin bisweilen »Freudenhaus-Preise«, so formulierte es ein Esso-Manager.

Für Saudi-Arabien oder Kuwait machten die höheren Preise die Embargo-Einbußen mehr als wett. Und für den Westen gab es kurzfristig keinen »Swing-Producer«, um die Förderkürzungen auszugleichen. Die USA, 1973 weltgrößter Rohölproduzent, waren bereits auf Lieferungen aus Venezuela und Kanada angewiesen und konnten den darbedenden Europäern nicht aushelfen.

Alle alternativen Energiequellen brauchen Zeit – bis neue Offshore-Ölplattformen in der Nordsee auf Ölsuche und die geplanten Atomkraftwerke ans Netz gehen konnten, bis aus Sibirien Erdgas gen Westen floss. Um das arabische Ölmonopol zu brechen, »vergehen nach Expertenschätzungen ungefähr 15 Jahre«, wusste der SPIEGEL.

So drohten im nahenden Winter »Frostblumen an vielen Fenstern«, Deutschlands Industrie stürzte »über Nacht« in eine Rezession. Der »wirtschaftliche Aufschwung im Westen war abgewürgt, Wohlstand und Vollbeschäftigung schienen plötzlich nicht mehr selbstverständlich«, konstatierte der SPIEGEL später.

Daher sollte ein eilig verabschiedetes Energiesicherungsgesetz Rationierungen von Benzin und Heizöl erlauben. »Langsames Autobahnfahren«, keine »überflüssigen Spritztouren«, so ließen sich fast zehn Prozent Sprit einsparen, errechneten »Bonns Ministeriale«. Ähnlich wie im vergangenen Winter heiß es damals in den Spartipps, dass der Heizölverbrauch um sechs Prozent schrumpfen könne, wenn man die Wohnungstemperatur um nur ein Grad senke.

Das Ölembargo endete erstaunlich schnell, vor allem Saudi-Arabien fiel in seine Streikbrecherrolle zurück und steigerte die Förderung erheblich. Fahrverbote und Sparappelle waren fürs Erste wieder vergessen. Rainer Lübbert

HOHLSPIEGEL

Von zeit.de:

USA kündigen Militärhilfe in Höhe von 150 Euro für Ukraine an

Aus dem »Quickborner Tageblatt«:

»Alle zwei, drei Tage habe ein Arzt nach ihnen geschaut. Ein verwunderter Mann habe Antibiotika und Medikamente bekommen.«

Aus der »Rheinischen Post«:

Auto fährt nach Kollision mit E-Bike davon

Aus dem »Nordbayerischen Kurier«:

»Auch im Jahr 2024 soll das Seebühnenfestival in der Wilhelminenaue wieder tauende Besucher anlocken.«

Aushang in der Gemeinschaftsküche eines Jugendzeltlagerplatzes in Kallmünz (Bayern):

**Kühlschrank bitte
sauber verlassen!**

Aus der »WAZ«:

»Danach liegt NRW bei den Betreuungsbedingungen, bei den Bildungsausgaben sowie im Kampf um die Bildungsarmut im Ländervergleich nur auf Rang 13 von 16.«

Von der Website der »Neuen Zürcher Zeitung«:

Kim Kardashian weitet ihr Imperium auf die Sportwelt aus: In der NBA tragen die Spieler wohl bald ihre Unterwäsche

Aus den »Stuttgarter Nachrichten«:

»In einer parteiinternen Abstimmung erhielt Scalise 113 von 99 Stimmen.«